

Beschluss (vorläufig) Präambel

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Präambel des Landeswahlprogramms

1 Niemand sagt, dass es leicht wird. Aber gut kann es werden. Und zwar richtig gut! Wenn wir
2 zusammenstehen. Wenn wir Mut haben. Und wenn wir mit Überzeugung und Leidenschaft für ein
3 besseres Berlin kämpfen.

4 Zusammen ist ein Berlin, wie wir es lieben, auch in Zukunft möglich. Das Berlin der
5 Freiheit, der Weltoffenheit, der Schnauze mit Herz, der Einheit, der Vielfalt, der
6 Gegensätze und der unzähligen Möglichkeiten. Ein Berlin, in dem wie in keiner anderen Stadt
7 Ost und West zusammenwachsen – mit Konflikten und Chancen zugleich. Das Berlin, das weltweit
8 ein Anziehungspunkt ist. Das Berlin der Clubs und der Gartenlauben, der Start-ups und
9 Traditionsbetriebe, der Opern und Kegelbahnen, der Modeschauen und Skatvereine. Ein Berlin,
10 das von Kreativwirtschaft, Biotech, Robotik und Handwerk lebt. In Berlin essen wir Döner in
11 Paillette und gehen zum Fine Dining im Jogginganzug. Doch Berlin wird gerade immer grauer,
12 härter und dreckiger. Wir wollen es weiter schillernd, pulsierend, vielfältig und lebenswert
13 für alle in allen Bezirken.

14 Das Berlin, das wir so lieben, ist nicht selbstverständlich, es braucht unser Engagement und
15 muss immer verteidigt werden: mit einer Million zusätzlicher Bäume, günstigen Mieten und
16 Plätzen, auf denen man sich gerne aufhält. Wir wollen ein Berlin mit der Sicherheit, sich
17 ohne Angst frei bewegen und händchenhaltend über die Straßen laufen zu können, ganz egal,
18 wen man liebt oder woran man glaubt. Ein Berlin, das resilient aufgestellt ist gegen
19 Bedrohungen von außen und von innen, auch im digitalen Raum.
20 Ein Berlin, das pulsiert und lebt, mit Kreativen und Kulturschaffenden aus aller Welt, das
21 bunt statt grau ist. Ein Berlin, das weiter für Frauenrechte kämpft und in dem echte
22 Gleichberechtigung möglich ist. Ein Berlin, das der Wissenschaft zuhört und sich für eine
23 Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft einsetzt. Ein Berlin, das schon lange
24 selbstverständlich eine Migrationsgesellschaft ist und sich den erstarkenden Rechtsextremen
25 und dem wachsenden Antisemitismus und Rassismus in den Weg stellt. Ein Berlin, das
26 Diskriminierung auch dort bekämpft, wo sie strukturell wirkt: in Behörden,
27 Bildungseinrichtungen, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

28 Ein Berlin, das funktioniert: in dem die S-Bahn rechtzeitig kommt, die U-Bahn in schnellem
29 Takt fährt und jede*r auch wieder sicher von A nach B kommt, egal ob zu Fuß, mit dem Rad
30 oder mit dem Auto. Ein Berlin, in dem jedes Kind gut aufwächst und in Ruhe und mit Freude
31 lernen kann, egal wo es wohnt, was die Eltern machen und welche Schulen es besucht. Ein
32 Berlin, in dem Wirtschaft und Wissenschaft eine wichtige Rolle spielen und in dem unsere
33 Verwaltung in Land und Bezirken endlich digital und schnell arbeiten kann. Ein Berlin, in
34 dem die Straßen, Plätze und Parks sauber sind und in dem es genügend Wohnungen gibt, die
35 bezahlbar sind und klimafreundlich geheizt werden. Ein Berlin, in dem Bienen und
36 Schmetterlinge fliegen, Hunde in Auslaufgebieten herumtollen und einem Fuchs in
37 Reinickendorf und Hasen in Neukölln begegnen. Ein Berlin, in dem ein gesundes, sicheres und
38 gutes Leben in jedem Alter trotz der Klimakrise möglich ist. Ein Berlin, das auch in Krisen
39 funktioniert.

40 Doch die von der CDU geführte Regierung arbeitet am Gegenteil, indem sie alles kaputtkürzt,
41 was wir brauchen und lieben. Es kommt jetzt darauf an, für dieses Berlin zu kämpfen.

42 Die Welt ist im Umbruch: Überall sind autoritäre, rassistische, frauenfeindliche und rechte
43 Bewegungen auf dem Vormarsch, die Ängste schüren, Freiräume bedrohen und an den Grundfesten
44 der Demokratie rütteln. Krisen hinterlassen bei uns allen Spuren. Aber sie dürfen uns nicht
45 lähmen. Veränderungen sind möglich, die Geschichte der Europäischen Union und der
46 Wiedervereinigung haben gezeigt, dass Dialog und Kooperation Mauern überwinden können. Wir,
47 unsere Stadt, unser Berlin, aber auch wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin haben in
48 schwierigen Zeiten schon immer unseren eigenen Weg gesucht, indem wir mit Realismus die
49 Herausforderungen anerkennen, mit Kreativität neue Lösungen gemeinsam umsetzen. Wir wollen
50 von der Ratlosigkeit ins Tun kommen, um Berlin als Leuchtturm der Freiheit in einer Welt
51 voller Umbrüche zu sichern. Denn eines zeichnet uns in dieser Stadt aus: Wir sind vielleicht
52 rau im Ton, aber wenn's drauf ankommt, packen wir mit an.

53 Bei dieser Wahl wird jetzt schon Geschichte geschrieben: Erstmals dürfen auch 16-Jährige in
54 Berlin mitwählen. Wir haben es geschafft, das Wahlalter zu senken! Politik trifft heute
55 Entscheidungen, die vor allem Kinder und junge Menschen langfristig betreffen, daher ist es
56 unerlässlich, dass sie mit über ihre Zukunft bestimmen dürfen.

57 Berlin ist eine Stadt der Vielen. Wer hier lebt, arbeitet, lernt und seine Kinder großzieht,
58 gehört dazu, unabhängig von Pass, Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Teilhabe und
59 Mitbestimmung dürfen nicht vom Staatsangehörigkeitsrecht abhängen. Es ist zugleich eine
60 Chance für unsere Stadt, wenn Menschen in Berlin erfolgreich Fuß fassen. Wir wollen unsere
61 Stadt gemeinsam mit allen Berliner*innen wieder voranbringen. Deshalb machen wir
62 Bündnisgrüne auch Politik für die, die uns nicht wählen können, weil sie noch zu jung sind,
63 oder von der Wahl ausgeschlossen sind, weil sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.
64 Als proeuropäische Partei, die in der europäischen Parteienfamilie fest verankert ist, haben
65 wir für die Bezirksverordnetenversammlungen die EU-Bürger*innen im Blick, denn sie dürfen
66 hier mitstimmen. Berlin ist mit Herz und Seele eine europäische und internationale
67 Metropole, die für Frieden und Freiheit steht. Wir stehen an der Seite der Menschen in der
68 Ukraine, im sogenannten Nahen Osten, im Sudan, in Syrien und den vielen weiteren
69 Konfliktherden und Kriegen und sorgen dafür, dass die, die vor Krieg und Verfolgung fliehen
70 mussten, in Berlin eine neue Heimat finden. Die universellen und unteilbaren Menschenrechte
71 sind Anspruch und Maßstab unserer Politik. Das ist unsere Verantwortung aus der Geschichte
72 heraus und als Stadt der Freiheit.

73 Die großen Metropolen in Europa und der Welt leben vor, wie man eine Großstadt ökologisch,
74 sozial, weltoffen und fit für die Zukunft macht. Bevor die Rückschrittskoalition die Uhren
75 zurückgedreht hat, war Berlin selbst noch führend in der Welt mit dabei. Jetzt schauen wir
76 sehnsüchtig nach Paris, Seoul oder New York, denn sie brechen auf in eine sichere und
77 lebenswerte Zukunft. Diese Zukunft wollen wir auch für Berlin!

78 Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus und für die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen am 20.
79 September 2026 steht genau das zur Abstimmung: grün statt grau. Zukunft statt Rückschritt.
80 Realismus statt Symbolpolitik. Optimismus statt Mutlosigkeit. Schwarz-Rot macht eine Politik
81 gegen die Menschen dieser Stadt, wir dagegen wollen mit den Berliner*innen gemeinsam
82 anpacken und Berlin für sie lebenswerter machen.

83 Dafür brauchen wir Sie, dafür brauchen wir dich.

Beschluss (vorläufig) Kapitel 1: Berlin bleibt lebenswert

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 1 des Landeswahlprogramms (Klimaschutz, Wärme, Energie, Stadtnatur, Umwelt, Tierschutz, Ernährung, Verbraucher*innenschutz, Sport)

Berlin ist unsere gemeinsame Lebensgrundlage: Großstadt, Naturraum und Zuhause zugleich. Wie wir mit ihr umgehen, entscheidet darüber, ob Berlin auch in Zukunft lebenswert bleibt. Dabei gehören Umwelt- und Klimaschutz soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit gehören für uns untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zusammen. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin widerstandsfähig gegenüber den Folgen der Klimakrise wird und seinen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele leistet: mit konsequentem Klimaschutz, sauberer Energie und einer Stadtentwicklung, die Mensch und Natur gleichermaßen schützt. Dabei sind Klimaschutz und Klimaanpassung für uns ein elementarer Baustein einer resilienten Stadt, in der ein gutes Leben für alle möglich ist.

Deshalb ist es umso fataler, dass die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD mit ihrer Haushaltspolitik und falschen Prioritätensetzung dafür sorgt, dass die Klimaziele 2030 nicht mehr zu halten sind, und so faktisch das Ziel, Berlin 2045 klimaneutral zu machen, stark gefährdet. Das geht gegen die Interessen der Bevölkerung, denn die Stadtnatur ist den Berliner*innen wichtig. Dies hat zuletzt die Initiative „Baumentscheid“ gezeigt. Es kann nicht sein, dass es erst, eine starke Zivilbevölkerung braucht, um Umwelt- und Klimaschutz in Berlin durchzusetzen; dies sind Aufgaben, die der Senat selbst in die Hand nehmen muss: es braucht endlich wieder eine Landesregierung, die hier die richtigen Prioritäten setzt! Berlin muss sich ein Vorbild an Hamburg nehmen, das nun schon 2040 klimaneutral sein will. In Regierungsverantwortung werden wir den Fahrplan zur Klimaneutralität und -anpassung auf solide Beine stellen und Prioritäten setzen, um die Ziele schnellstmöglich zu erreichen.

Klima- und Umweltpolitik ist für uns Zukunftspolitik, sondern wirkt konkret im Hier und Jetzt: Sie sichert die Lebensqualität, schützt Gesundheit, schafft neue Chancen - und sie ist für uns auch Gerechtigkeitspolitik. Menschen mit niedrigem Einkommen, Frauen und ältere Menschen spüren in unserer Stadt die ökologischen Folgen am stärksten, obwohl sie deutlich weniger CO₂ verursachen. Deshalb müssen Klimaschutzmaßnahmen dort ansetzen, wo die Belastung am größten ist. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise. In Berlin wollen wir Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten, unbürokratisch dabei unterstützen, Förderungen wie für Balkonkraftwerke zu nutzen. Wir wollen, dass Berlin als klimaneutrale, soziale Metropole Vorreiterin wird, mit einer Energieversorgung, die sicher, 100% erneuerbar und bezahlbar ist, mit Stadtgrün, das kühlt und Orte der Erholung schafft, und mit Wasser, das in der Stadt gehalten und sorgsam genutzt wird. Berlin soll zeigen, dass mehr Klimaschutz auch mehr qualitativer Wohlstand bedeutet und Voraussetzung für das urbane Leben der Zukunft ist. Investitionen in erneuerbare Energien sind Zukunftsinvestitionen: Sie sorgen für Preisstabilität und schaffen die Voraussetzung für die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Sie sichern die Freiheit, denn fossile Brennstoffe können vorwiegend von autoritär regierten Staaten bezogen werden.

Klimaschutz endet nicht an der Stadtgrenze und nicht an der Wohnungstür. Er betrifft unseren Alltag: Es geht um saubere Luft, weniger Lärm, den Erhalt der Biodiversität, gesunde Ernährung, wirksamen Tierschutz und faire Produktionsbedingungen. Wir wollen eine Stadt, die Verantwortung übernimmt: für die Menschen, die hier leben, und für die, die unter den Folgen unseres Handelns weltweit leiden. Unsere Umwelt- und Klimapolitik ist dabei nicht nur Zukunftspolitik, sondern leistet einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Wir setzen auf

43 Kreislaufwirtschaft statt Verschwendung, auf Zusammenarbeit statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl
44 statt Profitdenken. So gestalten wir ein Berlin, das klimafest, gerecht und lebenswert
45 bleibt, für uns und für kommende Generationen.

46 1.1. Gerechte Wärmewende – Klimaschutz stärken

47 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Vorbild für konsequenten und sozial gerechten
48 Klimaschutz wird und seinen Beitrag zu den Pariser Klimazielen leistet. Mit verbindlichen
49 Zielen und klaren Zuständigkeiten machen wir Klimaschutz zur zentralen Aufgabe und bringen
50 Berlin zurück auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2040. Dafür werden wir Grüne das Berliner
51 Energie- und Klimaschutzprogramm wieder mit Leben füllen und unter Einbeziehung der
52 Empfehlungen des Klimabürger*innenrates zügig verabschieden. Entscheidend für das Erreichen
53 der Klimaziele ist neben der Verkehrs- eine erfolgreiche Wärmewende – sie ist das Fundament
54 und zugleich eine der größten ökosozialen und ökonomischen Zukunftsaufgaben unserer Stadt.
55 Nur mit konsequenter Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes, der Stromversorgung und der
56 perspektivisch geplanten Stilllegung des Gasnetzes sowie einer sozial gerechten
57 Energiepolitik bleibt Wärme bezahlbar und Berlin zukunftsfähig. Die Erreichung der
58 Klimaziele erfordert ein systematisches und koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur
59 Querschnittsaufgabe für den Senat macht. Wir wollen deshalb einen Klima-Check für alle
60 Gesetze und Maßnahmen, damit Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.
61 Und geltendes Recht muss endlich umgesetzt werden: wenn die Vorgaben des Berliner
62 Klimaschutzgesetzes nicht eingehalten werden, müssen zwingend Maßnahmenprogramme erarbeitet
63 und umgesetzt werden.

64 Potenziale der Wärmewende endlich nutzen

65 Derzeit ist Berlin noch immer stark von fossilen Energieträgern abhängig und nutzt die
66 Potenziale erneuerbarer Wärmequellen bisher kaum. Abwärme aus Industrie, Gewerbe und
67 Rechenzentren, Wärme aus Abwasser oder Gewässer und Geothermie bleiben weitgehend
68 unerschlossen. Rund 90 Prozent der Berliner Fernwärme stammen weiterhin aus Erdgas- und
69 Steinkohlekraftwerken, und im Wohnungsbereich entfallen nur etwa sechs Prozent der
70 Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien. Um klimaneutral zu werden, müssen die Wärmenetze
71 konsequent und beschleunigt auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Gleichzeitig muss die
72 Energieeffizienz vorrangig bei den energetisch schlechtesten Gebäuden gesteigert und
73 insbesondere die Sanierungsquote deutlich erhöht werden. Dadurch sollen Mietende vor
74 fossilen Kostenfallen geschützt werden.

75 Für die erfolgreiche Umsetzung der ab 2026 vorliegenden Wärmeplanung müssen Strukturen
76 geschaffen, Hemmnisse beseitigt und Förderinstrumente gestärkt werden. Die Bezirksamter
77 müssen zu handlungsfähigen Steuerungsebenen werden, die Wärmeplanung und Quartierslösungen
78 vor Ort wirksam umsetzen. Wir wollen auf bezirklicher Ebene Wärmewende-Manager*innen als
79 "Kümmerer" für die Quartierswärme finanziell absichern. Um Nahwärmeprojekte zu ermöglichen,
80 sollen die Bezirke, das Land Berlin und der Bund ihre Liegenschaften im Einzugsgebiet der
81 Netze als Ankerkunden einbringen.

82 Neben klassischer Fernwärme sind neue Nahwärmenetze eine sehr effiziente Möglichkeit,
83 erneuerbare Energien und Abwärme zu nutzen und Quartiere gemeinschaftlich klimaneutral zu
84 versorgen. Dabei wollen wir Grüne Nahwärmegenossenschaften gezielt fördern, um eine
85 bürger*innennahe und sozial gerechte Energiewende zu stärken. Die Unterstützung soll sowohl
86 Gründungs- als auch Investitionsförderung umfassen. Wir werden die abgeschaffte

87 Servicestelle energetische Quartierssanierung wieder einrichten, welche auch die Chancen der
88 auf Bundesebene wieder eingeführten energetischen Stadtsanierung optimal bündelt.

89 Mit ergänzenden Förderprogrammen wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen vorantreiben –
90 besonders dort, wo sie die beste Lösung sind: in Gebieten mit Ein- und Zweifamilienhäusern.
91 Die Förderung des Einbaus von Wärmepumpen wird von der Bundesregierung zur Debatte gestellt.
92 Um Investitionssicherheit zu bieten, müssen unsere Landesförderungen die bestehenden
93 Programme möglichst ergänzen und Lücken auffangen. Wer weder einen Eigenanteil noch die
94 Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle hängen bleiben.
95 Wir wollen eigene Förderprogramme bieten, die die Förderung umdrehen: statt Geld
96 vorstrecken, zahlt direkt das Land. Wir bauen zudem die Förderung aus, dass sie z.B. auch
97 für ein bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle genutzt
98 werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim Heizungstausch
99 mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen anstatt eine größere Investition
100 vorzufinanzieren. Wir prüfen, wie wir Haushalte mit geringem Einkommen direkter unterstützen
101 können, beispielsweise indem Kosten direkt übernommen und nicht erst von den
102 Eigentümer*innen vorgestreckt werden müssen.

103 Durch ein gutes Angebot an Unterstützungsleistungen wie Beratung und ergänzende Förderung,
104 insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen
105 vorantreiben – in Ein- und Zweifamilienhäusern, aber auch in Mehrfamilienhäusern, wo die
106 technischen Voraussetzungen gegeben sind. Kostenfreie und unabhängige Beratungsangebote wie
107 BAUinfo Berlin werden wir als zentrale Anlaufstelle aufbauen und dauerhaft sichern.

108 Die Nutzung von oberflächennaher Geothermie wollen wir erleichtern, Bohrungen auch im
109 öffentlichen Straßenraum ermöglichen und die Aufhebung der Tiefenbegrenzung geothermischer
110 Bohrungen von 100 Metern beibehalten.

111 Klimaneutrale Wärmeversorgung konsequent verwirklichen

112 In den Fernwärmegebieten sind die Betreiber*innen verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu
113 werden – doch die bisherigen Dekarbonisierungspläne genügen diesem Anspruch nicht. Gerade
114 bei der rekommunalisierten Fernwärme hat Berlin die Verantwortung, die Wärmeversorgung
115 konsequent klimaneutral und bezahlbar zu gestalten. Wir lehnen die Verbrennung von Holz in
116 Holzheizkraftwerken ab, da sie in der Realität nicht klimaneutral ist. Aufgrund des enormen
117 Holzbedarfs würde das zudem zu einer Plünderung der Wälder aus unserer Region oder anderen
118 Waldgebieten führen. Auch die geplante Müllverbrennung am Standort Klingenberg ist mit den
119 Zero-Waste-Zielen nicht vereinbar und soll daher reduziert werden. Da grüner Wasserstoff auf
120 absehbare Zeit weder in der erforderlichen Menge noch zu kalkulierbaren Preisen zur
121 Verfügung stehen wird, kommt er für uns in der Wärmeversorgung nicht infrage. Wir werden
122 dafür sorgen, dass die landeseigene Berlin Energie und Wärme GmbH (BEW) in wirklich
123 klimaneutrale Wärmetechnologien investiert und nicht in teure und fossile Sackgassen. Dabei
124 setzen wir insbesondere auf die Nutzung lokal verfügbarer Wärmequellen und effizienter
125 Technologien wie Großwärmepumpen, Tiefengeothermie und Abwärmenutzung wie z. B. aus
126 Datacentern oder dem Abwasser. Die Dekarbonisierung der Fernwärme soll eine klare Priorität
127 vor der Netzerweiterung haben. Die Preisgestaltung der BEW muss transparent sein. Moderne
128 Systeme zur Steuerung von Heizungssystemen senken mit geringem Aufwand Energieverbrauch und
129 Heizkosten. Wir setzen uns für ihren flächendeckenden Einsatz in öffentlichen Gebäuden und
130 bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein.

131 Nach der Rekommunalisierung der Fernwärme ist es unser Ziel, die BEW weiter zu
132 demokratisieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir die sozialgerechte Wärmewende vor allem
133 dann schaffen, wenn Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven sich daran beteiligen

134 können. Wir wollen deshalb Formen der effektiven und verbindlichen Beteiligung etablieren,
135 die Beschäftigte der BEW, die Berliner Zivilgesellschaft und die Kund*innen aktiv an der
136 Transformation der BEW miteinbezieht.

137 Das Erdgasverteilnetz ist nicht sinnvoll dekarbonisierbar und wird in großen Teilen mittel-
138 bis langfristig nicht mehr gebraucht. Nur dort, wo Industrie- und Gewerbestandorte versorgt
139 werden müssen, die anders nicht klimaneutral werden können, unterstützen wir den teilweisen
140 Umbau des bestehenden Gasnetzes zu einem Wasserstoffnetz mit grünem Wasserstoff.
141 Überflüssige Netzabschnitte sollen schrittweise und sozialverträglich stillgelegt werden.
142 Endkund*innen haben das Recht auf frühzeitige Information und müssen in die
143 Stilllegungsprozesse einbezogen werden. Während der Stilllegung müssen sie vor steigenden
144 Netzkosten geschützt werden. Wir lassen niemanden in der immer teurer werdenden fossilen
145 Abhängigkeit zurück.

146 Wir setzen uns für eine perspektivische Stilllegung des Erdgasnetzes ein und werden dazu mit
147 der GASAG ins Gespräch gehen. Wir bemühen uns deswegen bei der GASAG, dass ihre 25 Prozent
148 Anteilseignerschaft an die Berliner Energieagentur (BEA) überführt werden. Die
149 rekommunalisierte BEA soll im Auftrag des Landes Berlin öffentliche und private Akteure
150 unabhängig mit dem Zielen der Energiewende und der Dekarbonisierung der
151 Energieinfrastrukturen beraten.

152 Die Steigerung der Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein der Wärmewende. Gerade bei
153 der energetischen Sanierung müssen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit
154 zusammenbringen: Niemand darf dadurch verdrängt werden. Zugleich muss die Sanierungsquote
155 deutlich steigen. Dafür werden wir Grüne das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“
156 wiederbeleben und ein Stufenmodell einführen, das Eigentümer*innen verpflichtet, bei den
157 energetisch schlechtesten Gebäuden zu beginnen und Umlagen auf die Miete stärker deckelt.
158 Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter*innen, öffentlicher Hand und
159 Mieter*innen anstelle der bisherigen Modernisierungsumlage, die keine Garantie für
160 Einsparungen ist. Auf Landesebene prüfen wir zusätzliche Entlastungen für Mieter*innen bei
161 Sanierungsmaßnahmen. Mieter*innen in unsanierten Häusern dürfen nicht den Kostensteigerungen
162 fossiler Brennstoffe ungeschützt ausgesetzt werden. Das Land Berlin soll insbesondere in
163 Milieuschutzgebieten ambitionierte Sanierungen fördern und Gebäudeeigentümer entsprechend
164 beraten. In allen Stadtbezirken werden wir eine starke und unabhängige Energieberatung
165 einführen, die für alle Haushalte mit niedrigem Einkommen kostenfrei ist. Energetische
166 Sanierungen wollen wir unter der Maßgabe gestalten, dass Warmmietenneutralität bei sparsamer
167 Energienutzung möglich ist.

168
169 Als Folge der sich verschärfenden Klimakrise wird die Kühlung von Gebäuden immer wichtiger.
170 Anstelle der meist üblichen Klimaanlage mit ihrem hohen Stromverbrauch setzen wir uns für
171 klimafreundliche Lüftungstechniken und eine stromsparende und gesunde Verdunstungskühlung
172 ein. In allen öffentlichen Einrichtungen werden wir dem Vorrang geben.

173 1.2. Stromwende für Berlin – erneuerbar und sozial

174 Wir Bündnisgrüne wollen, dass die Stadt eine klimaneutrale, sichere und sozial gerechte
175 Energieversorgung erhält. Erneuerbare Energiequellen müssen konsequent ausgebaut werden,
176 damit alle Berliner*innen von der Energiewende profitieren – durch saubere Energie, faire
177 Preise und echte Beteiligungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist es, möglichst viel des Berliner
178 Stroms aus Solarenergie zu gewinnen und unseren Beitrag zum Windenergieausbau zu leisten.
179 Mit verbindlichen Ausbauplänen, gezielter Förderung und einer sozial gerechten Gestaltung

180 stellen wir sicher, dass die Energiewende allen zugutekommt – unabhängig davon, ob Menschen
181 Eigentümer*innen oder Mieter*innen sind.

182 Mehr Solaranlagen auf die Dächer und Balkone bringen

183 Berlin hat in den letzten Jahren bewiesen, dass wir bei der Energiewende vorankommen können.
184 Entscheidenden Anteil daran hatten die richtigen Weichenstellungen unter grüner
185 Regierungsbeteiligung. Mit dem Berliner Solargesetz und dem Masterplan Solarcity hat der
186 Ausbau der Photovoltaik endlich Fahrt aufgenommen. Trotzdem schreitet er noch immer zu
187 langsam voran. Obwohl eine gesetzliche Solarpflicht besteht, ist die konsequente
188 Solarnutzung, insbesondere öffentlicher Gebäude, noch immer in weiter Ferne, viele geeignete
189 Dachflächen bleiben ungenutzt. Auch Mieter*innenstrommodelle erreichen trotz der Bemühungen
190 der Berliner Stadtwerke bislang nur wenige Haushalte. Berliner*innen, die mit
191 Balkonsolaranlagen ihren Beitrag leisten wollen, werden von Vermieter*innen noch immer zu
192 oft unnötig und unverhältnismäßig ausgebremst.

193 Mehr Solaranlagen auf die Dächer und Balkone bringen

194 Ein entscheidender Baustein beim Solarausbau ist die Nutzung der Dächer öffentlicher Gebäude
195 für Solarenergie. Um dies sicherzustellen, setzen wir auf einen transparenten Umsetzungsplan
196 mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und überprüfbaren Ausbauzielen. Wir stärken die Bezirke
197 und statten sie mit den nötigen Ressourcen aus, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. So
198 sorgen wir für Verbindlichkeit, Tempo und Transparenz beim Solarausbau. Neben alternativen
199 Nutzungskonzepten sollen versiegelte Flächen wie Parkplätze auch für die Gewinnung von
200 Solarenergie erschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle öffentlichen Gebäude –
201 soweit technisch möglich – bis 2030 mit Solaranlagen ausgestattet sind.

202 Auch Mieter*innen sollen direkt von der Energiewende profitieren. Deshalb vereinfachen und
203 vereinheitlichen wir die Genehmigungsprozesse für Balkonsolaranlagen in den Landeseigenen
204 Wohnungsunternehmen. Wir wollen Mieter*innenstrom bzw. die Gemeinschaftliche
205 Gebäudeversorgung zum Standard machen, indem wir für vereinfachte Verfahren eintreten, die
206 Förderung auch für kleine Dächer ausweiten und die Vorbildrolle der Landeseigenen
207 Wohnungsunternehmen stärken. Um das Potenzial von Solaranlagen vollständig ausschöpfen zu
208 können, fördern wir zudem auch für Balkonkraftwerke die Ergänzung durch Batteriespeicher.
209 Genossenschaften und Quartierslösungen fördern wir und binden wir ein, damit alle
210 Bewohner*innen von günstigem Solarstrom profitieren. Über die landeseigene Stromnetz Berlin
211 werden wir den Smart Meter Rollout beschleunigen. Dadurch können mehr und mehr Haushalte und
212 Gewerbe von variablen Stromtarifen profitieren. Die Digitalisierung der Netze treiben wir
213 konsequent voran, um die Kosten des Netzausbaus zu senken.

214 Unser Anspruch ist es, alle Potenziale auszuschöpfen und den Anteil von Solarenergie am
215 Berliner Strommix deutlich zu erhöhen. Dafür wollen wir das Förderprogramm SolarPLUS stärken
216 und Klimaschutz stärker gegenüber dem Denkmalschutz gewichten. Auch bauen wir das
217 SolarZentrum Berlin weiter aus und entwickeln es zu einer zentralen Anlaufstelle für
218 Beratung, Unterstützung und Koordination zum Thema Solarausbau.

219 Urbane Windkraftpotenziale erschließen

220 Neben der Solarenergie wollen wir Grüne auch Windkraft konsequent nutzen. Dafür weisen wir
221 nach bundesgesetzlichen Vorgaben Windenergiegebiete aus. Wir konzentrieren uns dabei auf
222 Flächen, die die Errichtung mehrerer Anlagen ermöglichen und ökologisch vertretbar sind wie

223 z.B. auf bereits versiegelten Gewerbe- und Industrieflächen - solange die vorgegebenen
224 Abstände zu Wohngebieten eingehalten werden. Berlins Wälder haben eine Schutz- und
225 Erholungsfunktion und befinden sich im Prozess einer naturnahen Umgestaltung. Deshalb wollen
226 wir in der Regel Gewerbe- und Industrieflächen für Windenergieprojekte nutzen. Um Konflikte
227 mit Natur- und Umweltschutz von vornherein zu minimieren, etablieren wir Runde Tische mit
228 allen relevanten Akteur*innen unter Einbeziehung der Menschen vor Ort. Von den
229 resultierenden Einnahmen sollen Anwohner*innen z.B. über gemeinschaftliche Betriebsmodelle
230 profitieren. Wir wollen auch innovative Windenergieprojekte fördern und Pilotprojekte für
231 Kleinwindräder auf Hochhäusern unterstützen, die ebenso wie Balkonsolaranlagen zur
232 Energiewende beitragen können.

233 Energieverbrauch senken und schneller klimaneutral werden

234 Klimaneutralität erreichen wir nur, wenn wir zugleich sorgsam, effizient und sparsam Energie
235 nutzen. Wir wollen daher das bereits erfolgreich erprobte Modell des Energiespar-Contracting
236 ausbauen und in möglichst allen öffentlichen Einrichtungen neu durchführen. Zugleich wollen
237 wir ein Kooperationsnetz mit Unternehmen bilden, um Energieeinsparungen in Betrieben u.a.
238 durch Energieaudits zu ermitteln und auch zu realisieren.

239 1.3. Klimafeste Stadtnatur – für lebenswerte Orte

240 Berlin ist eine der grünsten Großstädte Europas. Die Stadtnatur reicht von großen
241 Schutzgebieten und Wäldern über Parks, Kleingärten und Friedhöfe bis hin zu grünen
242 Innenhöfen und Stadtbäumen. Zahlreiche Seen, Flüsse und Kanäle prägen das Stadtbild, kühlen
243 die Umgebung und machen Berlin lebenswerter. Doch all diese natürlichen Lebensgrundlagen
244 stehen unter Druck. Die Klimakrise verändert Berlin schon heute spürbar – sie trifft zwar
245 nicht alle gleich, doch sie betrifft uns alle. Hitze, Trockenheit, Stürme und Starkregen
246 nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und die Stadtnatur
247 gleichermaßen. Besonders in dicht bebauten und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen
248 mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell
249 zu einer ernsten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für Tiere.

250 Die Klimakrise wirft hier v.a. auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, denn Menschen mit
251 geringem Einkommen tragen in der Regel deutlich weniger zu der Klimakrise bei, sind aber
252 überdurchschnittlich davon betroffen, auch im Falle von Hitzewellen, die für von Armut
253 betroffene Menschen immer mehr zur Lebensgefahr werden. Gleichzeitig haben sie noch immer
254 einen vergleichsweise schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Hitze, Trockenheit, Stürme
255 und Starkregen nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und
256 die Stadtnatur gleichermaßen. Und doch sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Die
257 Klimakrise wirft auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf: Denn in besonders dicht bebauten
258 und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen mit wenig Grün sind Umwelt- und
259 Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell zu einer ernsten
260 Gesundheitsgefahr. Auch Menschen in Gemeinschaftsunterkünften, ohne sicheren Wohnraum oder
261 in beengten Wohnverhältnissen trifft die Klimakrise härter. Und das, obwohl Menschen mit
262 geringem Einkommen weniger zur Klimakrise beitragen. Besonders in dicht bebauten und sozial
263 benachteiligten Kiezen mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher.
264 Dort wird Hitze schnell zu einer ernsten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für
265 Tiere.

266 Wir Bündnisgrüne wollen Berlin klimafest und zukunftsfähig gestalten. Unser Ziel ist eine
267 Stadt, die sich an die Folgen der Klimakrise anpasst, natürliche Ressourcen schützt und

268 Umweltgerechtigkeit herstellt. Alle Berliner*innen – unabhängig von Wohnort und Einkommen –
269 sollen Zugang zu gut gepflegten Parks, kühlenden Grünflächen und grünen Erholungsräumen
270 haben. Umweltpolitik ist für uns immer auch Sozialpolitik. Deshalb werden wir bei
271 Hitzeentlastung und Grüngestaltung besonderes Augenmerk auf die Kieze legen, wo viele
272 geringverdienende und benachteiligte Haushalte leben. Andere Städte wie Wien oder Paris
273 zeigen, wie Entsiegelung, Begrünung und kluge Stadtplanung die Lebensqualität erhöhen und
274 Hitzebelastungen senken können. Berlin darf hier nicht länger hinterherhinken. Das Berliner
275 Klimaanpassungsgesetz werden wir deshalb ambitioniert und integriert mit dem Berliner
276 Mobilitätsgesetz umsetzen. Die Integration der verschiedenen Nutzungen des öffentlichen
277 Raums wollen wir auch organisatorisch zwischen den zuständigen Stellen verbessern.

278 Die Stadt für Mensch und Natur denken

279 Mit kurzfristig wirksamen Hitzeschutzmaßnahmen werden wir Grüne besonders betroffene
280 Quartiere gezielt entlasten – etwa durch Sonnensegel über Spiel- und Hundelaufplätzen,
281 die Öffnung öffentlicher, klimatisierter Gebäude an heißen Tagen, durch deutlich mehr
282 Trinkwasserbrunnen sowie zusätzliche Trinkmöglichkeiten für Haus- und Wildtiere. In
283 besonders belasteten Quartieren schaffen wir Klimainseln, die mit Schatten, Wasser und
284 Sitzgelegenheiten für sofortige Abkühlung sorgen. Doch klar ist: Kurzfristige Hilfe allein
285 genügt nicht. Wir brauchen einen langfristigen Umbau der Stadt, um sie besser an Hitze,
286 Starkregen und andere Folgen der Klimakrise anzupassen. Wir wollen den Berliner
287 Hitzeaktionsplan jährlich evaluieren und weiterentwickeln. Hierfür braucht es ausreichende
288 Ressourcen und klar geregelte Zuständigkeiten.

289 Wir werden die Entsiegelung deutlich voranbringen und die Stadt begrünen – insbesondere
290 dort, wo es bislang wenig Grün gibt. Berlin braucht ein umfassendes Entsiegelungsprogramm
291 mit dem Ziel, eine Netto-Null-Versiegelung so schnell wie möglich zu erreichen. Deshalb
292 müssen wir jedes Jahr den relativen Anteil an Entsiegelung öffentlicher Flächen deutlich
293 weiter steigern. Überdimensionierte Verkehrsflächen, Außenanlagen von kommunalen
294 Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern oder versiegelte Hinterhöfe wollen wir
295 systematisch untersuchen, um geeignete Potenziale für Entsiegelungen zu ermitteln und zu
296 priorisieren. Mit mehr Bäumen, Pocket Parks und Tiny Forests, Rank- und Kletterpflanzen,
297 entsiegelten öffentlichen Plätzen, kühlen Oasen und neuen Grünverbindungen schaffen wir
298 vielfältige Lebensräume für Menschen und Tiere und verbessern spürbar das Stadtklima. Damit
299 wollen wir nicht nur mehr Natur, sondern durch insekten-, vogel- und käferfreundliche
300 Bepflanzung auch mehr Vielfalt in der Natur schaffen. Während der CDU-geführte Senat
301 Baumpflanzungen großspurig ankündigt, setzen wir uns das ambitionierte Ziel, nicht nur eine
302 Million neuer Bäume zu pflanzen, sondern auch dafür zu sorgen, dass Pflege und Unterhalt der
303 Bäume finanziell abgesichert sind. Dazu gehört auch, dass die Baumpflegebudgets erhöht
304 werden. Wir unterstützen das von der Initiative BaumEntscheid eingebrachte und vom
305 Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz und werden für die Umsetzung sorgen.

306 Berlin muss zur Schwammstadt werden: Wir halten Regenwasser in der Stadt, statt es in die
307 überforderte Kanalisation zu leiten – durch Entsiegelung und begrünte Dächer, Regengärten,
308 Versickerungstreifen, auch um Gullys herum (sogenannte grüne Gullys), und Regentonnen. So
309 kühlen wir die Stadt, stärken die Grundwasserneubildung, bewässern das Stadtgrün und
310 schützen unsere Gewässer. Die Berliner Regenwasseragentur ist zentral für ein grüneres,
311 klimaresilientes Berlin. Sie muss ausgebaut, finanziell gestärkt und strukturell
312 weiterentwickelt werden, um dezentrales Regenwassermanagement effektiver zu koordinieren,
313 eigene Projekte umzusetzen und innovative Wassermanagement-Maßnahmen zu fördern. Ziel ist,
314 Regenwasser nachhaltig für Natur und Menschen in Neubau und Bestand nutzbar zu machen.

315 Stadtgrün erhalten und pflegen

316 Wir werden dafür sorgen, dass bestehende Grünflächen dauerhaft gesichert und klimaresilient,
317 bevorzugt mit heimischen Arten, gestaltet werden – und dass neue entstehen.
318 Kaltluftschneisen sollen erhalten und, wo möglich, ausgebaut werden – damit Berlin auch in
319 Zukunft durchatmen kann. Das Tempelhofer Feld, mit seiner herausragenden Bedeutung für das
320 Stadtklima und seiner Funktion als wichtige Kaltluftquelle, Lebensraum zahlreicher Pflanzen-
321 und Tierarten sowie einzigartiger Erholungsort, soll weiterhin geschützt bleiben.

322 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar. Wir Grüne wollen sie erhalten,
323 klimaresilient und naturfreundlich gestalten und besser schützen. Damit alle Berliner*innen
324 profitieren, sollen sich Kleingartenanlagen weiter für die Stadtgesellschaft öffnen und für
325 gemeinschaftliches Gärtnern, Klimaschutzprojekte und Umweltbildung nutzbar gemacht werden.

326 Die Pflege des Stadtgrüns wollen wir konsequent ausbauen. Dafür stärken wir die Straßen- und
327 Grünflächenämter in den Bezirken mit zweckgebundenen Mitteln, damit sie ihre zentrale
328 Aufgabe in der Pflege von Grünflächen und Bäumen erfüllen können. Die Finanzierung des
329 Unterhalts der Grünanlagen passen wir schrittweise an die realen Kosten an und nicht mehr an
330 fiktive Kostensätze. Wir setzen uns für eine umfassende Novellierung der
331 Baumschutzverordnung ein, die den Schutzstatus von Bäumen stärkt und deren Pflege verbessert
332 und nutzen alle Spielräume aus, um den Baumbestand rechtlich besser zu schützen. Wir wollen
333 die Bürger*innen bei ihrem vielfältigen Engagement für das Stadtgrün unterstützen:
334 Baumscheiben sollen ohne Genehmigung bepflanzt werden können, Regentonnen das Gießen von
335 Bäumen und Beeten erleichtern und das Modell „Hausbäume“ soll auf alle Bezirke ausgeweitet
336 werden. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und stellen
337 fachliche Beratung und Starthilfen zur Verfügung für mehr private Begrünung und urbane
338 Naturvielfalt.

339 1.4. Lebendige Umwelt – für mehr Vielfalt und 340 Lebensqualität

341 Berlin soll auch in Zukunft artenreich und lebenswert bleiben. Wir Bündnisgrüne setzen uns
342 dafür ein, Natur, Wasser, Luft und Böden konsequent zu schützen und zu regenerieren. Unser
343 Ziel ist eine gesunde Umwelt, die Mensch und Natur verbindet – mit sauberen Gewässern,
344 vitalen Wäldern, lebendiger Stadtnatur und aktiver Beteiligung der Berliner*innen. Doch
345 zunehmender Lärm, Schadstoffe und die wachsende Vermüllung bedrohen unsere Umwelt und
346 mindern die Lebensqualität.

347 Wälder als Lunge der Stadt begreifen

348 Die Berliner Wälder sind mehr als Erholungsorte – sie sind lebenswichtiger Bestandteil
349 unseres Stadtklimas, Filter für Luft und Wasser, Kohlenstoffsinken und Lebensräume für
350 unzählige Arten. Gleichzeitig sind sie massivem Stress durch Hitze, Trockenheit, Stürme und
351 Schadstoffe ausgesetzt. Wir Grüne unterstützen den laufenden Prozess einer Neuorientierung
352 der Berliner Forsten unter Einbeziehung der Umweltverbände, der Wissenschaft und der
353 Zivilgesellschaft. Das gemeinsame Ziel ist ein klimaresilienter, naturnaher Mischwald mit
354 größerer Naturvielfalt und verbesserter Wasserhaltefähigkeit. Wir setzen auf die
355 Naturverjüngung, den konsequenten Erhalt von Altbäumen und dem Belassen von Totholz im Wald.
356 Ein begrenzter Holzeinschlag soll nur dann stattfinden, wenn er der Entwicklung zu einem
357 naturnahen Dauerwald dient. Ein wissenschaftlich angeleitetes Monitoring soll die
358 Waldumwandlung unter Einbeziehung der Waldböden ständig begleiten. Die verbleibenden Moore

359 im Wald sollen erhalten, wieder vernässt und renaturiert werden. Entwässernde
360 Infrastrukturen in und an den Wäldern müssen zurückgebaut werden.

361 Den uneingeschränkten Erhalt der Berliner Wälder wollen wir landesgesetzlich absichern und
362 wollen die Waldflächen erhöhen. Mehr Waldgebiete sollen unter strikten und rechtlich
363 gesicherten Schutz gestellt werden und wir schaffen mehr und größere Naturschutzgebiete. Zur
364 Vorbeugung von Waldbränden werden wir neben technischen Maßnahmen und interdisziplinärer
365 Zusammenarbeit auch ökologische Ansätze wie die Anlage von Schutzstreifen und
366 Waldbrandriegeln durch Beweidung einbeziehen."

367 Biodiversität engagiert schützen

368 Berlin ist auch Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Doch der Verlust an
369 Biodiversität ist dramatisch: Lebensräume verschwinden, Arten geraten unter Druck und die
370 natürlichen Ökosysteme verlieren ihre Stabilität. Wir Bündnisgrüne wollen dem entschieden
371 entgegenwirken und werden die Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030+
372 entschlossen umsetzen. Lebensräume sollen erhalten, gepflegt und miteinander vernetzt
373 werden. Ziel ist ein grünes Netz von Biotopverbünden in Berlin, das die Lebensräume von
374 Tier- und Pflanzenarten miteinander verbindet. Wir schaffen Blühwiesen, Insektenkorridore
375 und naturnahe Grünflächen, die als Lebensräume für Bestäuber fungieren. Wir pflanzen Hecken
376 und Sträucher aus heimischen Arten, als Nistplätze und Schutz. Wir wollen flächendeckend
377 sichere Quermöglichkeiten ausbauen und Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung und
378 Vogelschlag ergreifen. Zudem werden wir die Wildtierhilfe stärken und das
379 Biodiversitätsmonitoring ausbauen.

380 Berlin wird die Vorgaben der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur aktiv umsetzen.
381 Wir setzen auf aktive Landschaftspflege, die ökologische Funktion, Artenvielfalt und
382 Erholungsqualität in Einklang bringt. Naturschutzräume werden nicht nur ausgewiesen, sondern
383 durch Pflege- und Managementpläne langfristig gesichert. Dazu zählen extensiv genutzte
384 Wiesen, naturnahe Uferbereiche und strukturreiche Waldränder. Wir fördern die
385 Wiederherstellung von Habitatstrukturen wie Totholz, Hecken und kleinräumigen
386 Feuchtgebieten. Wir wollen in Berlin keinen Einsatz von Pestiziden. Als ersten Schritt
387 nutzen wir keine Pflanzenschutzmittel mehr auf landeseigenen Flächen.

388
389 Die Berliner Umwelt- und Naturschutzverbände haben eine wesentliche Funktion für den Erhalt
390 unserer Stadtnatur, ihren Schutz gegen verschiedenste Nutzungsansprüche und für die
391 Umweltbildung. Deshalb werden wir sie weiterhin unterstützen und ihre Beteiligungs- und
392 Klagerechte erhalten.

393 Wasser nachhaltig nutzen und Gewässer aufwerten

394 Wasser ist Leben. Um Berlin vor einer Wasserkrise zu bewahren, müssen wir jetzt handeln.
395 Denn im Zuge der Klimakrise geraten der Wasserkreislauf der Hauptstadtregion und die
396 Wasserversorgung in Berlin immer mehr aus dem Gleichgewicht. Deshalb kommt es jetzt auf
397 entschiedenes Handeln an. Wir entwickeln den Masterplan Wasser unter Beteiligung der
398 Zivilgesellschaft zu einem wirksamen und verbindlichen Instrument weiter. Mit der "Aktion
399 Blau" engagieren wir uns für die Ausweitung naturnaher Gewässerabschnitte und Uferzonen an
400 Spree und Havel, den Seen und den kleinen Berliner Flüssen.

401
402 Um in der fortschreitenden Klimakrise die Trinkwasserversorgung in Berlin weiter zu sichern,
403 wollen wir wirksame Maßnahmen für einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit Wasser umsetzen
404 und wo möglich, den Wasserverbrauch reduzieren. Senat, Bezirke und Eigenbetriebe der Stadt

405 sollen im Sommerhalbjahr Grünflächen möglichst in den weniger heißen und sonnenarmen
406 Randzeiten bewässern sowie wassersparende Techniken nutzen, wie z.B. Tröpfchenbewässerung.
407 Private Eigentümer*innen sind aufgerufen, sich auch daran zu orientieren. Zur Bewässerung
408 wollen wir verstärkt Regenwasser verpflichtend machen. Golfplätze sollen nur noch mit
409 Regenwasser bewässert werden. Genehmigungen zur Entnahme von Grundwasser wollen wir vom
410 Grundwasserstand abhängig machen und Entgelt-Freibeträge abbauen.

411
412 Wir schließen die Verfahren zur Festlegung von zulässigen Mengen der Trinkwasserförderung an
413 allen Wasserwerken ab, auch um die Wälder und Waldmoore zu schützen. Nach anspruchsvoller
414 Reinigung wollen wir Wasser aus den Klärwerken wieder in ansonsten trocken fallende
415 Landschaften einleiten. Das stärkt dort auch die Natur und die Vielfalt des Lebens.

416
417 Wir machen uns für die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Berlin
418 stark. Mit der "Aktion Blau" engagieren wir uns für die Ausweitung naturnaher
419 Gewässerabschnitte und Uferzonen an Spree und Havel, an den Seen und den kleinen Berliner
420 Flüssen. Wir setzen uns für die Sanierung der Kleingewässer ein. An allen innerstädtischen
421 Fließgewässern schaffen wir schrittweise naturgerechte Uferkorridore und begrünen künstliche
422 Uferbefestigungen.

423 Die Berliner Wasserbetriebe sollen ihre Rolle im umfassenden Wasserressourcenmanagement
424 weiter ausbauen und die Gewinne für dringend erforderliche Investitionen nutzen können,
425 statt sie an den Landeshaushalt abzuführen. Sauberes Regenwasser wollen wir verstärkt in
426 Kleingewässer einleiten, um deren Austrocknung vorzubeugen. Verschmutztes Regenwasser darf
427 nicht mehr ungefiltert Gewässern zugeführt werden. Wir werden die Abkoppelung von der
428 Mischwasserkanalisation deutlich voranbringen, um unsere Gewässer vor Verschmutzung zu
429 schützen und Wasser in der Stadt zu halten. Wir entwickeln zudem Strategien gegen
430 Mikroplastik und per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), also sogenannte
431 Ewigkeitschemikalien – mit dem Ziel eines konsequenten PFAS-Verbots. Entsprechende
432 Grenzwerte für die Berliner Wasserversorgung sind konsequent einzuhalten, z.B. mit Blick auf
433 das belastete Wasser in Tegel.

434 Wir treiben einen sparsamen Umgang mit Wasser voran. Grauwasserrecycling soll Standard
435 werden: Gebrauchtes Wasser aus Duschen, Waschbecken und Waschmaschinen wird gesammelt,
436 gereinigt und für die Toilettenspülung und für die Vegetation wiederverwendet. Die Abwärme
437 kann zusätzlich als Energiequelle genutzt werden. Wir begrenzen private
438 Grundwasserentnahmen. Unternehmen mit großem Wasserverbrauch wollen wir transparent machen.
439 Die Wasserwirkung soll bei der Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung berücksichtigt und
440 eigene Brunnen von Unternehmen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt werden. Hierfür erteilte
441 Ausnahmegenehmigungen sollen öffentlich einsehbar sein. Wir werden Mindestgrundwasserstände
442 festlegen und den Landschaftswasserhaushalt vor weiterer Verschlechterung schützen. Zentral
443 ist, dass in Krisenzeiten der Grundbedarf aller Berliner*innen gedeckt ist. Schwengelpumpen
444 sollen instand gesetzt, in bislang unterversorgten Gebieten neu errichtet und als dezentrale
445 Notwasserversorgung, aber auch zur Wasserversorgung der Straßenbäume und des Stadtgrüns
446 durch Anwohnende gesichert werden. Bisherige Planungen für eine stadtweit gleichmäßige
447 Versorgung mit diesen Pumpen werden wir wieder aufnehmen und umsetzen. Auch wollen wir das
448 pauschale Badeverbot endlich abschaffen und das bereits bestehende
449 Wasserqualitätsmonitoringsystem stadtweit ausbauen, um nach dem Vorbild anderer europäischer
450 Städte das Baden in der Spree zu ermöglichen. Mit dem Spreebaden ermöglichen wir Abkühlung
451 im heißen Stadtzentrum und verpflichten uns selbst dazu die Wasserqualität dauerhaft
452 hochzuhalten.

453 Berliner Luft gesund machen

454 Saubere Luft ist Grundvoraussetzung für Gesundheit, Lebensqualität und intakte Ökosysteme.
455 Das Überschreiten der Grenzwerte in der Berliner Luft nehmen wir nicht hin. Deshalb werden
456 wir die Luftreinhaltepolitik konsequent an den WHO-Luftqualitätsleitlinien und aktuellen
457 wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten.

458 Mit einem ambitionierten Berliner Luftreinhalteplan werden wir die Belastung durch Feinstaub
459 und Stickoxide in allen Stadtteilen deutlich senken, um die EU-Grenzwerte möglichst schon
460 vor 2030 einzuhalten. Wir beschleunigen den Umstieg auf emissionsfreie Elektrofahrzeuge –
461 beginnend mit den BVG-Bussen. Zentrale Maßnahme ist die schrittweise Einführung einer
462 Nullemissionszone im Sinne des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) für
463 Fahrzeuge.

464 Die Senkung des Feinstaubes ist die zentrale Herausforderung. Neben den Maßnahmen im Verkehr
465 sollen ab 2030 auf Baustellen in der Nullemissionszone nur noch Maschinen nach modernem
466 Abgasstandard oder mit Rußfiltern eingesetzt werden. Bei Holzheizungen fördern wir die
467 Nachrüstung von Staubabscheidern und machen sie spätestens ab 2030 verbindlich. Das
468 Luftqualitätsmonitoring wollen wir mit modernen Sensoren weiter ausbauen und dabei
469 interessierte Citizen-Science-Initiativen einbeziehen, um die Belastungen flächendeckend zu
470 erfassen und die Wirksamkeit der Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen, sowie deren
471 Akzeptanz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen.

472 Privates Feuerwerk flächendeckend verbieten

473 Wir setzen uns weiter konsequent für ein ganzjähriges und flächendeckendes
474 Feuerwerksverkaufs- und Böllerverbot ein, um Mensch, Tier und Umwelt zu schützen. An
475 Silvester und zu weiteren besonderen Anlässen soll es alternativ zentral organisierte
476 umweltfreundliche Lichtshows geben.

477 Sauberkeit und Nachhaltigkeit stärken

478 Wir machen Berlin sauber: Wir Bündnisgrüne wollen die Reinigung von Straßen und Grünanlagen
479 deutlich ausweiten und setzen uns dafür ein, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) mit
480 ihren hohen Qualitätsstandards zukünftig alle Parks und Spielplätze reinigt, um die
481 Aufenthaltsqualität für die Berliner*innen zu steigern. Das Programm der Parkläufer*innen
482 und Kiezmanager*innen wollen wir fortführen und dauerhaft sichern. Diese Fachkräfte tragen
483 maßgeblich zur Sicherheit und einem respektvollen Miteinander in unseren Grünanlagen bei.
484 Die mehrmals im Jahr stattfindenden BSR-Kieztage wollen wir zeitlich besser an den Alltag der
485 Menschen anpassen, insbesondere durch häufigere Termine an Wochenenden. Allen Berliner
486 Haushalten möchten wir einmal im Jahr eine kostenfreie Sperrmüll-Entsorgung ermöglichen.
487 Zusätzlich setzen wir uns für vierteljährliche Sperrmülltage ein, an denen Sperrmüll
488 niedrigschwellig entsorgt werden kann. Wir unterstützen Initiativen und Bürger*innen, die
489 sich vor Ort um den öffentlichen Raum kümmern, denn wir wissen: Je mehr die Berliner*innen
490 selbst Verantwortung für ihren Raum übernehmen, desto erfolgreicher ist der Kampf gegen den
491 Müll. Deshalb wollen wir auch neue Formen der Mitverantwortung erproben, etwa durch ein
492 Pilotprojekt "Mein Stück Berlin", bei dem Anwohner*innen freiwillige Patenschaften für
493 Straßenabschnitte oder Grünflächen übernehmen können.

494 Der beste Müll ist aber der, der erst gar nicht entsteht. Deswegen setzen wir auf
495 Abfallvermeidung und Ressourcenschonung. Wir führen eine Steuer auf Einwegverpackungen,-
496 geschirr und -besteck ein, die den Umstieg auf Mehrweg fördert. Wir stärken flächendeckend

497 Repair-Cafés, Tausch- und Sharing-Plattformen, Re-Use-Kaufhäuser sowie weitere
 498 Geschäftsmodelle der Kreislaufwirtschaft und setzen die Zero-Waste-Strategie konsequent um.
 499 Textilien für soziale Zwecke zu sammeln, muss weiter möglich sein. Wir prüfen, wie
 500 gemeinwohlorientierte Sammler*innen dabei unterstützt werden können. Der Trend zu
 501 Wegwerfmode (Fast Fashion) muss begrenzt werden und die Bundesebene die von der EU
 502 angekündigte erweiterte Herstellerverantwortung der Textilproduzenten zügig umsetzen. Ein
 503 funktionierendes Reparatursystem stärkt die Verbraucher*innen und reduziert Abfall.
 504 Bioabfälle sollen vollständig über die Biotonne erfasst und in Biogas und Kompost
 505 umgewandelt werden. Die getrennte Sammlung wird verbindlich und die BSR sowie private
 506 Entsorger*innen werden verpflichtet, die nötigen Anlagen auszubauen. Um der illegalen
 507 Entsorgung im öffentlichen Raum zu begegnen, verpflichten wir die BSR, an den Recyclinghöfen
 508 alle Arten von Müll anzunehmen und erlauben ihr im Gegenzug entsprechende
 509 Entsorgungsgebühren zu erheben. Wir Grüne wollen das Recycling und die Wiederverwendung von
 510 Altholz deutlich ausbauen und verbessern.

511 Alle Maßnahmen zur Sauberkeit und Abfallvermeidung müssen öffentlichkeitswirksam,
 512 verständlich und mehrsprachig kommuniziert werden. Nur wenn Angebote bekannt sind und
 513 nachvollziehbar erklärt werden, können sie ihre Wirkung entfalten.

514 Wissen über Umwelt und Klima vermitteln

515 Wir werden die Bildungsarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken.
 516 Gartenarbeitsschulen sollen erhalten, Umweltbildungszentren und -projekte ausgebaut und das
 517 Stadtnaturranger*innen-Programm ausgeweitet werden. Wir wollen Umweltbildung in allen
 518 Bezirken fest verankern und eine zentrale Stabsstelle für Bildung für nachhaltige
 519 Entwicklung beim Senat einrichten. Wir schaffen flächendeckend naturnahe Schul- und Kitahöfe
 520 und weitere Naturerfahrungsräume, die gesunde Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche
 521 bieten, Artenvielfalt fördern und zugleich spielerisch Umwelt- und Klimabildung ermöglichen.
 522 Ergänzend soll Berlin ein „Klimahaus“ als zentralen Bildungs- und Begegnungsort für
 523 Klimaschutz, Umweltwissen und Teilhabe erhalten.

524 Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe umsetzen

525 Der Schutz von Klima, Natur und Umwelt ist auch eine regionale Aufgabe. Fragen der
 526 Trinkwasserversorgung oder der Gewässerqualität von Spree und Havel können nur gemeinsam von
 527 Berlin, dem Land Brandenburg und unseren Nachbargemeinden gelöst werden. Dafür brauchen wir
 528 eine enge Zusammenarbeit und Arbeits- und Erfahrungsaustausch. Wichtig ist uns die Förderung
 529 und Entwicklung der acht länderübergreifenden Regionalparks, insbesondere im Naturpark
 530 Barnim und im Regionalpark Barnimer Feldmark. Wir schlagen vor, dass der Naturpark Barnim
 531 und der Regionalpark Barnimer Feldmark zu Biosphärenreservaten nach den Regeln der UNESCO
 532 ausgewiesen werden.

533 Berlin hat mit seinen in Brandenburg gelegenen Stadtgütern eine besondere Verantwortung und
 534 Chance. Wir wollen, dass sie beispielgebend für eine Verflechtung von umweltschonender
 535 Landwirtschaft, artenreicher Landschaftsgestaltung und von Standorten für erneuerbare
 536 Energiegewinnung werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der
 537 Direktvermarktung bio-regionaler Produkte, insbesondere aus Brandenburg, in der
 538 Hauptstadtregion ein.

539 1.5. Echter Tierschutz – konsequent und wirksam

540 Tiere gehören zu Berlin: Sie leben in Haushalten, in Parks, in Grünanlagen, auf Bauernhöfen,
 541 in Hinterhöfen, im Tierheim, in Wildtierstationen und Laboren. Doch viele von ihnen sind
 542 nicht ausreichend geschützt. Unser Ziel ist ein Berlin, in dem Tiere geachtet und geschützt
 543 werden, Leid vermieden wird und Menschen Verantwortung übernehmen. Tierschutzpolitik darf
 544 nicht erst greifen, wenn es zu spät ist, sondern muss frühzeitig wirken. Wir Bündnisgrüne
 545 wollen, dass Tiere in Berlin als Lebewesen mit eigenem Wert anerkannt und entsprechend
 546 professionell geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere rechtlich nicht länger
 547 als Sachen behandelt werden. Berlin übernimmt Verantwortung, indem wir uns für eine wirksame
 548 Weiterentwicklung des Tierschutzrechts stark machen.

549 Verlässlich für den Tierschutz handeln

550 Wir wollen Tierschutz wieder stärken, indem wir das Amt einer*ines unabhängigen und
 551 weisungsfreien Landestierschutzbeauftragten endlich gesetzlich verankern und mit eigenem
 552 Budget und ausreichend Personal ausstatten. Das Tierschutzverbandsklagerecht muss gestärkt
 553 und die Mitwirkungsrechte qualifiziert werden.

554 Die Finanzierung von Tierheim, Tiertafel und Wildtierstationen soll dauerhaft gesichert
 555 werden – ergänzt durch einen Notfallfonds für akute Versorgungslagen – und als soziale
 556 Leistung Anerkennung finden. Viele Bereiche des Tierschutzes in Berlin werden derzeit
 557 überwiegend ehrenamtlich getragen, wir wollen diese weiterhin nachhaltig unterstützen.
 558 Wir unterstützen die Forderung nach einem Tierheimeuro, damit das Berliner Tierheim Fund-
 559 und sichergestellte Tiere auch künftig zuverlässig und kostendeckend versorgen kann. Für
 560 mehr Tierschutz und Sicherheit schaffen wir die ungerechte Rasseliste ab und führen einen
 561 verpflichtenden Hundeführerschein ein. Um den illegalen Welpenhandel zu bekämpfen, führen
 562 wir im Berliner Hunderegister ein verpflichtendes Herkunftsnachweis-Feld ein. So schützen
 563 wir Tiere vor Leid und erschweren kriminelle Geschäfte.

564 Maßnahmen für Tiere der Stadt ergreifen

565 In Zusammenarbeit mit den Bezirken und Initiativen wollen wir Grüne ein tierschutzgerechtes
 566 Stadttaubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen, tierärztlicher Versorgung und
 567 Eieraustausch flächendeckend etablieren, um den Taubennachwuchs deutlich zu reduzieren.
 568 Tierschutzwidrige Abwehrmaßnahmen wie Spikes oder Vergrämungsmittel ohne fachliche Prüfung
 569 lehnen wir strikt ab. Ferner wollen wir sichere Trinkgelegenheiten für Stadt- und Wildtiere
 570 in den Bezirken schaffen, die langfristig in verbindliche Planungsrichtlinien einfließen.

571
 572 Wir wollen landeseigene Wohnungsbaugesellschaften verpflichten, beim Umgang mit sogenannten
 573 Schadnagern konsequent auf präventive Maßnahmen zu setzen. Dazu gehören insbesondere die
 574 Behebung baulicher Mängel und andere vorbeugende Schritte, um Befall dauerhaft zu vermeiden
 575 und den Einsatz kostenintensiver, umweltbelastender und tierschutzproblematischer
 576 Bekämpfungsmaßnahmen möglichst zu reduzieren.

577 Tiere, wie zum Beispiel Sperlinge oder Fledermäuse, müssen bei Baumaßnahmen geschützt und
 578 die Einhaltung von Vorschriften besser durchgesetzt werden – energetische Sanierung darf
 579 nicht mehr im Widerspruch zum Gebäudebrüterschutz stehen und Lebensräume müssen erhalten
 580 bzw. wirksam ersetzt werden.

581 Für Wildtiere soll eine zentrale Koordinierungsstelle entstehen, begleitet von einem
 582 Förderprogramm für Nistkästen und andere Schutzmaßnahmen sowie gesetzlich abgesichert durch

583 ein umfassendes Wildtierschutzsystem. Schließlich wollen wir das Landesjagd- und
584 Naturschutzgesetz novellieren, um einerseits Wildtiere besser zu schützen und andererseits
585 dort, wo sich Mensch und Tier begegnen, eine möglichst konfliktfreie Koexistenz zu sichern.
586 Die in 2025 beschlossene Abschaffung der Schonzeiten für Waschbären und Nutrias machen wir
587 rückgängig.

588 Den Bienenschutz wollen wir durch eine gesicherte Finanzierung der
589 Bienenkoordinierungsstelle und ein kontinuierliches Monitoring von Bienen und Bestäubern
590 stärken. Zugleich möchten wir stabile Strukturen und Förderprogramme für Bienen dauerhaft
591 sichern. Für ein zentrales Register zur Meldung von Seuchen und invasiven Arten und der
592 Bekämpfung dieser wollen wir die Bienenkoordinierungsstelle stärken. Außerdem sollen
593 Imker*innen über die Koordinierungsstelle beim Thema Aus- und Fortbildungsangebote
594 unterstützt werden.

595 Forschung tierversuchsfrei entwickeln

596 Berlin soll Vorreiterin für tierversuchsfreie Forschung werden. Wir wollen ein
597 interdisziplinäres Innovationszentrum mit eigener Professur, Förderlinien und
598 Modellprojekten aufbauen sowie einen klaren Fahrplan für den Ausstieg aus Tierversuchen
599 entwickeln. Bis eine tierversuchsfreie Forschung möglich ist, werden wir uns dafür
600 einsetzen, dass Tierversuche streng kontrolliert nur dort eingesetzt werden, wo es
601 tatsächlich noch keine Alternative gibt.

602 Berlin stärkt tierfreie Forschung konsequent und baut Entwicklung, Lehre und Anwendung
603 tierfreier Methoden gezielt aus. Studierende sollen das Recht haben, tierfreie Methoden zu
604 erlernen und entsprechende Abschlüsse zu erwerben. Dafür wollen wir ein interdisziplinäres
605 Innovationszentrum mit eigener Professur, Förderlinien und Modellprojekten aufbauen.

606
607 Wir orientieren uns am international etablierten 3R-Ansatz (Replace, Reduce, Refine) – mit
608 dem Fokus auf Replacement und dem Ziel, Tierversuche schrittweise durch tierfreie Verfahren
609 zu ersetzen. Wo Tierversuche derzeit noch nicht ersetzbar sind, sorgen wir für höchste
610 Tierschutzstandards und die Schaffung von mehr Transparenz. Hier ist uns eine
611 praxistaugliche Umsetzung und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Forschenden wichtig.

612 Berlin positioniert sich klar gegen jede Absenkung bestehender Tierschutzstandards auf
613 Bundesebene.

614 1.6. Gutes Essen – für alle zugänglich

615 Essen ist zentral für unsere Gesundheit – und weit mehr als eine individuelle Entscheidung.
616 Ernährung prägt unser Wohlbefinden, unser Klima, unsere Umwelt und unser gesellschaftliches
617 Miteinander. In Berlin hängt es jedoch noch immer stark vom Einkommen ab, wie gesund und
618 vielfältig Menschen sich ernähren können. Insbesondere Mangel an Zeit und Geld führen dazu,
619 dass gerade Menschen mit weniger Einkommen schlechtere Voraussetzungen für eine ausgewogene
620 Ernährung haben. So entsteht Ernährungsarmut – mit Folgen für Gesundheit und Teilhabe.
621 Gleichzeitig wünschen sich viele Berliner*innen gesunde und nachhaltige Alternativen – die
622 aber nicht für alle erreichbar sind.

623 Wir Bündnisgrüne wollen das ändern: Alle Berliner*innen sollen Zugang zu gesunder,
624 nachhaltiger und bezahlbarer Ernährung haben – unabhängig vom Geldbeutel. Ernährung ist Teil
625 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen auf gute Informationen, Infrastruktur und

626 niedrigschwellige Angebote, die Ernährungsarmut vorbeugen und gesunde Ernährung für alle
627 möglich machen.

628 Ernährungsstrategie voranbringen

629 Die Berliner Ernährungsstrategie entwickeln wir weiter und sorgen für ihre konsequente
630 Umsetzung. Gemeinsam mit dem Berliner Ernährungsrat und engagierten Initiativen wollen wir
631 Grüne den Transformationsprozess weiter voranbringen – hin zu mehr Regionalität, fairer
632 Wertschöpfung und gesunder Gemeinschaftsverpflegung.

633 Qualität und Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsverpflegung erhöhen

634 Gute Ernährung darf auch dort keine Ausnahme sein, wo Menschen auf öffentliche Versorgung
635 angewiesen sind, wie etwa in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Geflüchtetenunterkünften
636 und Betrieben. Die Gemeinschaftsverpflegung muss gesund sein und stärker auf pflanzliche,
637 regionale, saisonale, ökologisch und fair produzierte Lebensmittel setzen. Sie spielt eine
638 zentrale Rolle in der Ernährung der Menschen – und kann als Vorbild zeigen, wie nachhaltige
639 und ausgewogene Ernährung im Alltag gelingt. Vegane und kultursensible Angebote sollen keine
640 Nische mehr sein, sondern ein selbstverständlicher Teil des gesamten Angebots – damit die
641 Bedürfnisse aller berücksichtigt werden. Konzepte wie kostenfreies Trinkwasser in allen
642 öffentlichen Einrichtungen und leicht zugängliche LebensMittelPunkte, also offene Orte in
643 den Kiezen, wo überwiegend regionale, hochwertige Nahrungsmittel gehandelt, verarbeitet und
644 gemeinsam gegessen werden, sollen gesunde Ernährung für alle erleichtern.

645 Die Qualität der Gemeinschaftsverpflegung wollen wir durch verbindliche Standards der
646 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und eine verbindliche Beteiligung der Gäste, von
647 den BSR-Kantinenbesucher*innen über die Kita-Kinder und deren Eltern bis hin zu den
648 Schüler*innen, verbessern. Große Kantinen möchten wir in die Berliner Ernährungsstrategie
649 miteinbeziehen. Die Initiative „Kantine Zukunft“ wollen wir dauerhaft verankern und
650 finanziell absichern. Mit dem Ziel, die Berliner Gemeinschaftsverpflegung flächendeckend auf
651 gesunde, nachhaltige und schmackhafte Mahlzeiten umzustellen, verstetigen wir sie als
652 zentrales Beratungs- und Kompetenzzentrum. Um eine verlässliche und hochwertige
653 Schulverpflegung sicherzustellen, werden wir die Ausschreibungsverfahren reformieren. Da wo
654 möglich, wollen wir Schulküchen bauen und für die weiterführenden Schulen ein
655 Ernährungskonzept entwickeln.

656 Ernährungsbildung stärken, regionale Kreisläufe fördern

657 Wir Grüne stärken die Ernährungsbildung für alle Altersgruppen ohne Gewichtsdiskriminierung.
658 Food-Campus und Food-Schools mit Lehrküchen und Schulgärten sowie Lernorte für naturnahe
659 Ernährungsbildung in Kitas mit eigenen Kitagärten sollen in allen Bezirken entstehen. Wir
660 fördern urbane Landwirtschaft und starke regionale Lieferketten, um Ernährungssicherheit zu
661 stärken und die Umwelt zu schützen. Kooperationen mit Brandenburg und Polen werden wir
662 ausbauen. Stadtgüter sollen Schritt für Schritt vollständig auf ökologische Landwirtschaft
663 umstellen. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und machen
664 Berlin mit neuen Obstbäumen, Sträuchern, Wildkräutern und bodennahen Pflanzen im
665 öffentlichen Raum zu einer „essbaren“ Stadt.

666 Lebensmittelverschwendung wollen wir konsequent reduzieren – von der Produktion bis zum
667 Teller. Dafür verstetigen wir die koordinierende Stelle für Lebensmittelrettung und
668 unterstützen den Aufbau und Erhalt von Kiez-Kühlschränken, in denen Lebensmittel, die sonst

669 verschwendet würden, weitergegeben werden können. Wir fördern die Beratung und Vernetzung
670 lokaler Akteur*innen sowie die Optimierung der Logistik entlang der gesamten
671 Wertschöpfungskette. Lebensmittel zu retten, darf nicht illegal sein. Wir setzen uns deshalb
672 dafür ein, dass Containern legalisiert wird und dass Lebensmittel, die nur noch über eine
673 geringe Haltbarkeit verfügen, preisreduziert anzubieten oder zu spenden.

674 1.7. Starker Verbraucher*innenschutz – digital und 675 sozial

676 Wir Bündnisgrüne setzen uns für starken Verbraucher*innenschutz ein, der Menschen in ihrem
677 Alltag stärkt und ihre Rechte sichert. Alle Berliner*innen sollen klare, verlässliche und
678 leicht verständliche Informationen zu Produkten und Dienstleistungen erhalten – ob beim
679 Einkauf, im Netz, bei der Ernährung oder der Altersvorsorge. Wir wollen Verbraucher*innen
680 befähigen, selbstbestimmt und informiert zu entscheiden, statt sie zu bevormunden. Dazu
681 gehören transparente Herkunftsangaben, faire Preise, verbindliche Siegel und starke Rechte
682 im digitalen Raum.

683 Verbraucher*innenschutz beginnt mit Bildung: Wir fördern Verbraucher*innenbildung in Schulen
684 und außerschulischen Einrichtungen – zu Themen wie Influencer*innen-Marketing, nachhaltigem
685 Konsum, digitaler Sicherheit, Altersvorsorge oder Schuldenprävention. Entsprechende
686 Weiterbildungsangebote an Schulen sollen von gemeinwohlorientierten Interessen geleitet sein
687 – z.B. durch die Verbraucherzentrale in Zusammenarbeit mit Akteuren, die keine monetären
688 Eigeninteressen dabei verfolgen. Gleichzeitig stärken wir die Lebensmittel- und
689 Veterinärüberwachung in den Bezirken und sichern die unabhängige Beratung der
690 Verbraucherzentrale Berlin langfristig – einschließlich des Ausbaus ihres zweiten Standorts
691 in Lichtenberg. Wir möchten das Projekt des aufsuchenden Verbraucherschutzes für
692 Migrant*innen wieder ins Leben rufen, damit Informationen die Breite der Bevölkerung
693 erreichen.

694 Die schwarz-rote Landesregierung hat mit ihrer Haushaltspolitik und falschen Prioritäten
695 zentrale Strukturen des Verbraucher*innenschutzes geschwächt. Wir Grüne stellen sicher, dass
696 die Verbraucherzentrale Berlin und ihre wichtige Arbeit künftig wieder verlässlich
697 finanziert und gestärkt werden – für fairen Verbraucher*innenschutz und echte Wahlfreiheit
698 für alle Berliner*innen.

699 1.8. Sport für alle – nachhaltig, inklusiv und gerecht

700 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport und
701 Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sport schafft nicht
702 nur Ausgleich und Gesundheit, sondern auch Begegnung, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt.
703 Sportvereine sind Orte des Miteinanders und der demokratischen Teilhabe. Doch der Zugang zu
704 Sport ist ungleich verteilt: In vielen Stadtteilen fehlen wohnortnahe Bewegungsräume,
705 Anlagen sind häufig sanierungsbedürftig, über 50 Sportstätten sind geschlossen und viele
706 nicht barrierefrei. Diskriminierungserfahrungen oder hohe Kosten schließen Menschen aus.

707 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport und
708 Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sportstätten sind
709 Teil der Daseinsvorsorge, ökologisch nachhaltig, barrierefrei und für alle zugänglich.

710 Sportangebote ausbauen und zugänglich machen

711 Kinder und Jugendliche müssen sich ausreichend bewegen und schwimmen lernen können. Vereins-
712 und Freizeitsport soll demokratisch, inklusiv, gewaltfrei und diskriminierungsfrei sein. Wir
713 wollen gezielt den Frauen- und Mädchensport, den Sport für trans* und nicht-binäre Menschen,
714 den Inklusionssport sowie Sportangebote für Kinder und Jugendliche und für Senior*innen
715 fördern. Das fängt in der Kita an und geht über den Schulsport bis hin zum Vereinssport.
716 Niedrigschwellige Sportangebote für Kinder und Jugendliche wollen wir ausbauen. Den
717 Schulsport wollen wir stärken, indem wir eine Vielfalt von Sport- und Bewegungskulturen
718 anbieten. Den Frauen- und Mädchensport wollen wir auch durch gezielte Lehrgänge bzw.
719 Fortbildungsangebote stärken, damit mehr FLINTA*-Personen Führungspositionen übernehmen
720 sowie als Trainer*innen oder Übungsleiter*innen tätig werden.

721
722 In Zeiten von Wartelisten und Aufnahmestopps in vielen Sportvereinen insbesondere für Kinder
723 und Jugendliche ist klar: Sporthallen und Sportplätze müssen zuerst dem Vereinssport zur
724 Verfügung stehen. Wo Nutzungskonflikte nicht entstehen, soll aber auch eine Nutzung durch
725 den vereinsungebundenen Sport ermöglicht werden. Dazu wollen wir die Sportanlagen-
726 Nutzungsvorschriften (SPAN) so ändern, dass Vereine mit entsprechendem Angebot künftig eine
727 bessere Chance auf Trainingszeiten erhalten.

728
729 Den vereinsungebundenen Sport wollen wir fördern und z.B. durch Sport im Park das Ausüben
730 von Sportangeboten ermöglichen. Skateparks und andere Sportangebote in Grünanlagen wollen
731 wir so ertüchtigen, dass dort eine professionelle Ausübung des Sports möglich ist - z.B.
732 durch die Errichtung von Toiletten, Umkleiden sowie ausreichend Sitz- und Schattenplätze.

733 Heute sind viele Sportstätten sanierungsbedürftig oder gesperrt, Schwimmbäder nicht überall
734 nutzbar. Wir wollen die Sportstätten inklusiv, multifunktional, ökologisch und nachhaltig
735 sanieren bzw. wo nötig neubauen. Jahrelange Dauerbaustellen wie beispielsweise beim
736 Paracelsus-Bad in Reinickendorf sind nicht hinnehmbar. Freie Sportgruppen stoßen auf Hürden
737 bei Versicherung und Flächenzugang – und selbst der Vereinssport kann aufgrund des
738 desaströsen Zustands und der Sperrung vieler Hallen nicht zuverlässig stattfinden. Gewalt im
739 Berliner Fußball, vor allem im Männerbereich, bleibt ein Problem. Übungsleiter*innen werden
740 oft nicht angemessen bezahlt, Inklusionssport ist nicht flächendeckend verfügbar. Das nehmen
741 wir nicht hin und werden als Grüne ein Bündel an Maßnahmen ergreifen, um Sport in Berlin
742 endlich wieder allen sicher zugänglich zu machen.

743 Perspektivisch soll die Vergütung von Übungsleiter*innen im Kinder-, Jugend- und
744 Inklusionssport auf 20–25 Euro pro Stunde steigen. Mädchen- und Frauensport wird durch
745 Gender Budgeting und Equal Pay gestärkt. Kinderschutz-Siegel sollen in allen Vereinen mit
746 Jugendsport verpflichtend sein.

747 Die Bundesligaförderung ist ein wertvoller Beitrag zur Unterstützung des Berliner
748 Spitzensportes. Wir wollen die Förderung ausbauen, so dass zukünftig alle Berliner
749 Bundesligisten auch tatsächlich gefördert werden können, wenn sie die Förderbedingungen
750 erfüllen. Darüber hinaus möchten wir das Programm auf Frauenteams in den 2. Bundesligen
751 erweitern, um insbesondere den Frauensport in Berlin zusätzlich zu fördern.“

752
753 Die Eliteschulen des Sports öffnen wir für weitere Talente, auch aus olympischen Sportarten
754 ohne Stützpunkt und nicht-olympischen Sportarten, um dort die Ressourcen bestmöglich zu
755 nutzen und den Sport in seiner ganzen Breite zu fördern. Abschulen auf Grund von fehlenden
756 sportlichen Leistungen soll es nicht mehr geben, sondern allen Schüler*innen bis zu dem von
757 Ihnen gewünschten Abschluss eine Perspektive geboten werden. Sie können beispielsweise zu
758 Trainer*innen ausgebildet werden.

759

760 Das Ehrenamt in vielen Vereinen und Verbänden erreicht zunehmend seine Belastungsgrenzen.
761 Das Programm zur Förderung hauptamtlicher Verwaltungskräfte in Vereinen und Verbänden ist
762 ein wertvoller Beitrag zur Unterstützung des Ehrenamtes. Aber die Hürden sind aktuell zu
763 hoch. Deswegen wollen wir die Fördervereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem
764 Landessportbund Berlin so ändern, dass die Mitgliedszahlen, die für eine Förderung benötigt
765 werden, deutlich sinken.

766 Sportevents klimaneutral und sozial verantwortlich umsetzen

767 Berlin ist eine internationale Sport- und Kulturmetropole. Geeignete Sport-
768 Großveranstaltungen stärken die internationale Sichtbarkeit der Stadt und können bei für
769 Berlin gut ausgestalteten Verträgen Investitionen in Infrastruktur, Sportstätten und
770 Stadtentwicklung anstoßen.

771

772 Organisator*innen sollen Sportgroßveranstaltungen bis 2030 klimaneutral und unter Einhaltung
773 menschenrechtlicher Standards planen und umsetzen – mit Bürger*innenbeteiligung, Transparenz
774 und klaren Nachhaltigkeitskriterien. Sie sollen verbindlich Abfallvermeidung, faire
775 Arbeitsbedingungen und transparente Klimabilanzen vorweisen.

776 Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Absicherung privater Profite im kommerziellen
777 Spitzensport eingesetzt werden. Berlin beteiligt sich nur dann an der Ausrichtung von
778 Sportgroßveranstaltungen, wenn Kosten, Risiken und Erträge fair verteilt sind. Veranstalter
779 und Sportverbände müssen die durch solche Events entstehenden Kosten für Sicherheit,
780 Verkehr, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verbindlich mittragen;
781 Steuerbefreiungen, Gebührenerlässe und andere Sonderprivilegien schließen wir aus. Wir
782 setzen uns dafür ein, dass die Kosten sportlicher Großveranstaltungen nicht zu Lasten des
783 Breitensports gehen.

784 E-Sport und Gaming sind Teil der Berliner Jugend- und Alltagskultur – wir fördern
785 gemeinnützige Strukturen, Medienkompetenz, Diversität und einen nachhaltigen, fairen E-
786 Sport-Standort. Werbung für Sportwetten soll eingeschränkt, Glücksspielprävention an Schulen
787 ausgebaut werden. Wir fordern eine öffentliche Kampagne zu den Risiken von Glücksspiel und
788 entsprechende Aufklärungsarbeit durch den Landessportbund Berlin, klare Warnhinweise bei
789 Glücksspiel-Werbung und ein Verbot von Glücksspielwerbung für gemeinnützige Vereine.

790 So gut wir den olympischen Gedanken finden, eine Bewerbung Berlins für die Olympischen und
791 Paralympischen Spiele ist zum jetzigen Zeitpunkt weder ökologisch noch sozial verantwortbar.
792 Der Bewerbungsprozess des Senats ist intransparent, kostenintensiv und ein unnötiger
793 innerdeutscher Wettbewerb, der durch bessere Planung und Steuerung hätte vermieden werden
794 können. Hinzu kommt, dass auch das Internationale Olympische Komitee seit Jahren zu Recht in
795 der Kritik steht. Strukturelle Demokratiedefizite, mangelnde Transparenz, unzureichende
796 Mitbestimmung von Athlet*innen sowie eine schwache menschenrechtliche Verantwortung prägen
797 das System der Olympischen Spiele. Außerdem hinterlassen Großereignisse dieser Art leider
798 enorme ökologische Fußabdrücke. Auch ökonomisch ist Olympia ein riskantes Projekt: Die
799 Kosten explodieren regelmäßig, während die versprochenen langfristigen Gewinne für Stadt und
800 Bevölkerung ausbleiben. Zudem droht eine Bewerbung soziale Ungerechtigkeiten zu vertiefen,
801 da steigende Mieten, Verdrängung und Sicherheitsmaßnahmen oft auf Kosten derjenigen gehen,
802 die ohnehin am stärksten belastet sind. Wir Bündnisgrüne setzen uns daher entschieden gegen
803 die laufende Berliner Olympia-Bewerbung ein – für ein nachhaltiges, soziales und
804 lebenswertes Berlin statt kurzfristiger Prestigeprojekte.

805 Sportinfrastruktur barrierefrei und klimaneutral ausbauen

806 Durch eine sinnvolle Sportstätten-Entwicklungsplanung und die Unterstützung der Bezirke bei
807 der Umsetzung werden wir ein berlinweites Netz barrierefreier, klimaneutraler Sportstätten
808 schaffen. Beispielsweise sollen Roll- und Eissportanlagen inklusiv ausgebaut werden, um
809 Sportarten wie z.B. Rollstuhlbasketball und Para-Eishockey zu fördern. Wir schließen
810 Versorgungslücken, wie beispielsweise in Marzahn-Hellersdorf. Mindestens drei inklusive
811 Sportstätten pro Bezirk sollen entstehen, und frei zugängliche Sportflächen wie
812 Basketballkörbe, Calisthenics-Anlagen und Tischtennisplatten werden ausgebaut. Wir stärken
813 die Bürger*innen-Beteiligung bei der Planung neuer Sportflächen und wollen dadurch Räume und
814 Angebote schaffen, die die Teilhabe und Nutzung dieser Flächen insbesondere durch FLINTA-
815 Personen, die bisher unterdurchschnittlich von solchen Flächen profitieren, aktiv fördert.

816 Auch neu errichtete Typensporthallen müssen bei der Barrierefreiheit modernen Standards
817 entsprechen. Als baufachliche Leitlinie wollen wir den „Kriterienkatalog Inklusive
818 Sportstätten“ verbindlich festlegen. Kunstrasenplätze sollen ohne Mikroplastik-Infill und
819 recyclingfähig gebaut, Eisflächen modernisiert und zukünftig klimaneutral betrieben werden.
820 Abwärme von Kälteanlagen wollen wir sinnvoll nutzen.

821 Die Vergabe der Sportstätten soll gerecht, digital und transparent nachvollziehbar sein.
822 Außengelände von Schulen sollen nach Schulschluss zugänglich sein. Sport im Freien soll –
823 unter Berücksichtigung des Lärmschutzes – auch abends möglich sein. Mit Hilfe einer
824 Schlechtwetterstrategie für Skateboardanlagen und Co. soll erarbeitet werden, wie
825 Überdachungen genutzt werden oder gebaut werden können.

826 Schwimmenlernen flächendeckend ermöglichen

827 Wir Grüne wollen alle Bezirke mit sanierten, barrierefreien und ökologisch nachhaltigen
828 Schwimmbädern ausstatten und sicherstellen, dass jedes Kind in Berlin schwimmen lernt. Dazu
829 aktivieren wir Schulschwimmszentren und schaffen zusätzliche Ferienkurse. Wir wollen
830 zusätzliche Wasserzeiten schaffen und damit auch mehr separate Schwimmunterrichtsangebote
831 sowie Schwimmzeiten für Frauen und Mädchen bzw. FLINTA-Personen ermöglichen.

832 Die Berliner Bäder werden energetisch saniert, um Strom- und Wärmeversorgung zu optimieren
833 und die Kosten zu senken. Dabei sollen regelmäßig Systeme zur Rückgewinnung der Wärme aus
834 dem Abwasser und der Abluft der Bäder zum Einsatz kommen. Schwimmbäder sind wichtige
835 Freizeit- und Sportstätten für alle Berliner*innen. Doch in Berlin mangelt es an
836 Schwimmbädern, weshalb wir eine Schwimmbadoffensive starten und Bäder schnell neubauen und
837 wiedereröffnen. Besonders in Bezirken mit fehlender Infrastruktur wird gezielt investiert,
838 damit Schwimmen keine Frage des Wohnorts ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es
839 endlich ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf, dem einzigen Bezirk ohne Sommerbad, gibt. Für
840 Freiwilligendienstleistende wollen wir den Eintritt in Schwimm- und Freibäder kostenfrei
841 ermöglichen und für Schüler*innen so gestalten, dass er fair und für alle bezahlbar ist. Wir
842 werden die gestrichenen Schwimmbusse wieder ermöglichen und dauerhaft überall, wo sie
843 benötigt werden, absichern.

844
845 Die Entscheidungen der Bäderbetriebe müssen dringend transparenter werden. Die Bezirke
846 müssen bei wichtigen Entscheidungen konsequent miteinbezogen werden. Wir setzen uns deshalb
847 für eine obligatorische Präsenzpflicht der Bäderbetriebe in allen Beiratssitzungen und die
848 Berufung von Öffentlichkeitsvertreter*innen ein. Ein Veto-Recht der Bezirksvertreter*innen
849 bei investitions- und preispolitischen Entscheidungen prüfen wir.

850 Stadien als Orte des Zusammenkommens fördern

851 Profisport soll sichere und inklusive Räume für alle Fans bieten. Wir Bündnisgrüne setzen
852 uns dafür ein, dass Stadien Orte der Begegnung bleiben, in denen Gewalt und Diskriminierung
853 keinen Platz haben. Dafür wollen wir präventive Maßnahmen, wie Fanarbeit, Awareness-
854 Strukturen und Konflikttraining weiterentwickeln und stärken.

855 Veranstalter, Vereine und Verbände, insbesondere DFL und DFB, tragen Verantwortung für die
856 Situation im Stadion: Sie müssen präventive Strukturen nicht nur organisatorisch, sondern
857 auch finanziell unterstützen. So werden Eskalationen frühzeitig verhindert und Stadien zu
858 sicheren, inklusiven Orten für alle Fans.

859 Die Einstufung von Spielen als Hochrisikospielen muss nach klaren, transparenten Kriterien
860 erfolgen, welche nachvollziehbar und überprüfbar sind. Für die zusätzlichen
861 Sicherheitskosten bei solchen Spielen wollen wir uns auf Bundesebene für alternative
862 Finanzierungsmodelle einsetzen.

863 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 1)

864 Wenn Dächer zu Kraftwerken werden – Solarpflicht auf öffentlichen
865 Gebäuden konsequent umsetzen

866 Wir Bündnisgrüne machen Berlins Dächer zu Kraftwerken für die Energiewende. Öffentliche
867 Gebäude müssen konsequent mit Solaranlagen ausgestattet werden – verbindlich, transparent
868 und überprüfbar. Ein klarer Umsetzungsplan legt Prioritäten, Zeitpläne und jährliche
869 Ausbauziele fest, um Fortschritte nachzuvollziehen, mögliche Hindernisse frühzeitig zu
870 erkennen und Anpassungen im Umsetzungsprozess vorzunehmen. So senken wir langfristig
871 Energiekosten, entlasten den Haushalt und bringen Berlin beim Klimaschutz auf Kurs.

872 Eine Million Bäume für Berlin

873 Berlin hat enormes ungenutztes Potenzial für mehr Stadtgrün – auf Höfen, Firmengeländen und
874 öffentlichen Plätzen. Wir Bündnisgrüne wollen dieses Potenzial heben. Unser Ziel: eine
875 Million Bäume für Berlin. Deshalb werden wir das BäumePlus-Gesetz konsequent umsetzen. Wir
876 schaffen klare Verantwortlichkeiten in der Verwaltung, begleiten die Umsetzung engmaschig
877 und ermöglichen es den Straßen- und Grünflächenämtern, ihrer Aufgabe nachzukommen. Vorrangig
878 sollen klimaresiliente Bäume in Hitze-Hotspots, auf stark versiegelten Flächen und in dicht
879 bebauten Kiezen gepflanzt werden. Auch bei Straßenbäumen achten wir auf Biodiversität. Durch
880 innovative Lösungen wie Wurzelkammersysteme kommen Straßenplanungen mit deutlich weniger
881 Fällungen aus. Damit die Bäume dauerhaft gedeihen, sorgen wir für verlässliche Pflege, kluge
882 Regenwassernutzung und innovative Beteiligungs- und Kooperationsmodelle. Dazu werden wir
883 gemeinsam mit Landesunternehmen und privaten Akteur*innen geeignete Pflanzflächen
884 identifizieren und Begrünung verbindlich in Bau- und Sanierungsprojekte integrieren. Ein
885 landesweiter Fonds für Stadtgrün soll die Finanzierung langfristig sichern. Durch ein
886 digitales Baumkataster und Patenschaftsprogramme binden wir Bürger*innen aktiv in Pflanzung
887 und Pflege ein und machen Fortschritte transparent. So wächst Berlin zur klimaresilienten,
888 biodiversen und lebenswerten Metropole mit einer Million neuer Bäume heran.

889 Für eine saubere, lebenswerte Stadt – zusammen mit der Berliner
890 Stadtreinigung (BSR)

891 Wir machen die Lösung von Berlins Müllproblem zur Priorität. Dafür werden wir schnell eine
892 stadtweite Verpackungssteuer einführen, die den Verpackungsmüll merklich reduzieren wird.
893 Aber wir hören bei Müllreduzierung nicht auf. Jeder Berliner Haushalt soll künftig einmal im
894 Jahr Anspruch auf eine kostenfreie Sperrmüllabholung durch die BSR haben. So ermöglichen wir
895 eine unkomplizierte und fachgerechte Entsorgung – auch für Menschen ohne Auto. Das entlastet
896 die Kieze von illegal abgelagertem Müll und stärkt den fairen Zugang zu städtischen
897 Dienstleistungen. Darüber hinaus wollen wir Grüne, dass die BSR ihr Know-how und ihre hohen
898 Standards künftig auch bei der Reinigung von allen Spielplätzen und Grünanlagen sowie
899 besonders verschmutzten Ecken der Stadt einbringt. Wo die BSR Verantwortung trägt, wird
900 regelmäßig gereinigt, Müll fachgerecht entsorgt und die Sauberkeit verlässlich gesichert. So
901 schaffen wir saubere, lebenswerte Stadträume und entlasten gleichzeitig die bezirklichen
902 Grünflächenämter. Deren Gärtner*innen gewinnen wieder Zeit, um sich auf ihre eigentliche
903 Aufgabe zu konzentrieren: die Pflege von Pflanzen, Beeten und Wiesen – für ein grüneres und
904 schöneres Berlin.

Beschluss (vorläufig) Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 2 des Landeswahlprogramms (Wohnen, Stadtentwicklung, Tourismus, Clubkultur, Soziales)

Berlin ist unser gemeinsames Zuhause. Die Frage sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts entscheidet sich hier vor Ort, im öffentlichen Raum wie in den eigenen vier Wänden. Wohnen muss als menschliches Grundbedürfnis geschützt werden. Deshalb kämpfen wir Bündnisgrüne für bezahlbare Mieten und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, gegen Spekulation und den Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden. Berlin braucht nicht nur mehr, sondern vor allem bezahlbaren Wohnraum – und einen Neubau, der soziale und kulturelle Infrastruktur, den Schutz des Klimas und der kritischen Infrastruktur sowie die Anpassungen an den Klimawandel automatisch mitdenkt.

Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind für uns Bündnisgrüne auch eine Frage von sozialer Sicherheit. Niemand soll in Berlin durchs Raster fallen und verloren gehen. Wir finden uns mit Obdachlosigkeit und Kinder- und Altersarmut nicht ab, sondern gehen die Probleme an: mit effektiven, dezentralen Hilfestrukturen, einer gut ausgestatteten Stadtteilarbeit und niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangeboten. Wir wollen, dass unser Sozialsystem für alle da ist, die Hilfe brauchen – entscheidend dafür sind gut aufgestellte, digitalisierte Ämter, die Unterstützung schnell und aus einer Hand gewährleisten können. Wir Bündnisgrüne stehen für einen modernen Sozialstaat in einer solidarischen Gesellschaft, die keinen Menschen aus dem Blick verliert. Denn das offene, vielfältige und solidarische Berlin, das wir so lieben, gibt es nur, wenn wir zusammenhalten und niemand zurückgelassen wird.

2.1. Sicheres Wohnen – sozial, klimafreundlich und gemeinwohlorientiert

Wir Bündnisgrüne stehen für ein Berlin, in dem jeder Mensch sein Recht auf angemessenen Wohnraum wahrnehmen kann. Das Land ist verpflichtet, die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sicherzustellen. Dieses Grundrecht aus Artikel 28 unserer Landesverfassung wollen wir endlich durchsetzen. Deshalb schützen wir Mieter*innen vor Wucher, Kündigung und Abriss. Wir schöpfen die Gesetzgebungskompetenzen des Landes für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik vollständig aus und setzen das Recht konsequent um: Dafür braucht es unter anderem starke Bezirke mit qualifiziertem Personal, Datenzugang und verbindlichen Kompetenzen bei Kontrolle, Beratung und rechtlicher Durchsetzung. Kleine private Vermieter*innen, die nur einzelne oder wenige Wohnungen besitzen, diese dauerhaft zu fairen Preisen vermieten und sich verantwortlich um ihre Mieter*innen kümmern, stehen dabei nicht im Mittelpunkt. Unser Ziel ist es, vor allem große, renditeorientierte Wohnungsunternehmen in die Pflicht zu nehmen und zugleich verantwortungsvolles privates Vermieten nicht unnötig zu erschweren.

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen werden wir zu dauerhaft gemeinwohlorientierten Akteur*innen weiterentwickeln – mit klaren sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Leitlinien sowie stärkerer Kontrolle.

Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur die Bereitstellung von Wohnraum, sondern auch, dass sie einen aktiven Beitrag zur Quartiersentwicklung, kultureller und sozialer Infrastruktur und

41 Klimaschutz leisten. Genossenschaften, Stiftungen oder Modelle wie das Mietshäuser Syndikat
42 zeigen, wie bezahlbarer Wohnraum dauerhaft gesichert oder neu gebaut wird. Deshalb setzen
43 wir Grüne sämtliche Hebel in Bewegung, um alle am Gemeinwohl orientierten Träger*innen
44 umfassend zu stärken. Dazu gehören für uns auch private Vermieter*innen, die rechtlich
45 verbindlich und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und sich verlässlich um ihre
46 Mieter*innen kümmern. So kommen wir unserem Ziel eines mehrheitlich gemeinwohlorientiert
47 ausgerichteten Wohnungsmarktes nach Wiener Vorbild Schritt für Schritt näher. Bündnisgrüne
48 Wohnungspolitik ist gemeinwohlorientiert und will klare Regeln für alle. Wir statten die
49 Verwaltung so aus, dass sie in der Lage ist, schnell und effektiv zu reagieren, wo
50 Missstände auftreten.

51 Öffentlichen Boden für das Gemeinwohl sichern

52 Wir Bündnisgrüne wollen öffentlichen Grund und Boden nicht verkaufen, sondern vermehren.
53 Öffentliche Grundstücke werden nach dem Prinzip der Konzeptvergabe ausgeschrieben: Wer das
54 beste gemeinwohlorientierte Nutzungskonzept hat, bekommt den Zuschlag. Wohnungsbau folgt für
55 uns nicht den Gesetzen des Aktienmarkts, sondern dem Bedarf der Berliner*innen: als klima-
56 und sozialverträgliche behutsame Innenentwicklung in Form von Aufstockung, Dachausbau,
57 Nachverdichtung sowie in Gestalt neuer Stadtquartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, kulturelle
58 und soziale Infrastruktur, Grünflächen und Mobilität von vornherein zusammen gedacht und
59 geplant werden – zu bezahlbaren Mieten.

60 Für lebendige Kieze in einer durchgrünten Stadt

61 Mit verkehrsberuhigten Kiezen und einer vielfältigen Stadtnatur, die uns vor den Folgen des
62 Klimawandels schützt, wollen wir Berlin als grüne Stadt gestalten. Die Stadtplanung erfolgt
63 demokratisch, partizipativ und in enger Abstimmung mit den Bezirken. Ob im Bestand oder im
64 Neubau: Wir wollen lebendige Kieze mit der typischen Berliner Mischung aus Wohnen,
65 kulturellen und sozialen Orten, Kleingewerbe und Handwerk durch einen besseren Schutz von
66 Gewerbemietern*innen und die Sicherung und Bereitstellung bezahlbaren Gewerberaums fördern.

67 Damit diese Berliner Mischung erhalten bleibt, werden wir eine wirksame Härtefallregelung
68 schaffen, die u.a. Kleingewerbe, Clubs, Strandbäder, Wagenburgen, soziale und kulturelle
69 Einrichtungen vor unverhältnismäßigen Steigerungen der Grundsteuer schützt.

70 Mietwohnungen wieder bezahlbar machen und vor Finanzinteressen 71 schützen

72 Wir setzen uns für bezahlbare Mieten, gut instand gehaltene Wohnungen und energetische
73 Modernisierung ein. Die großen Immobilienkonzerne unterwerfen sich stattdessen vor allem
74 den Regeln des Finanzmarktes. Die öffnet sich Schere zwischen Bestands- und Angebotsmieten
75 werden immer weiter erhöht, weiter, und das lückenhafte Mietrecht wird ausgenutzt, um
76 maximale Renditen zu erzielen. Diese Entwicklungen haben zu großen Ungerechtigkeiten auf dem
77 Berliner Wohnungsmarkt geführt, und immer mehr Menschen haben Probleme, sich angemessen mit
78 Wohnraum zu versorgen.

79
80 Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz werden wir Vermieter*innen, die mehr als 50
81 Wohneinheiten haben, dazu verpflichtet, je nach Unternehmensgröße einen bestimmten Anteil
82 ihrer Wohnungen zu bezahlbaren Preisen anzubieten, für die Instandhaltung Geld zurückzulegen
83 und entsprechende Mittel zweckgebunden in die Häuser zu investieren. So verbessern wir den
84 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und sichern einen guten Zustand aller Wohnungen. Wir wollen

85 durch die Einführung eines Wohnungskatasters endlich Transparenz auf dem Berliner
86 Wohnungsmarkt schaffen. Es kann nicht sein, dass wir oft nicht wissen, wem welche Immobilien
87 wirklich gehören, und Eigentum verschleiert wird. Bei Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-
88 Gesetz sehen wir harte Sanktionen vor: Statt nur Bußgelder auszusprechen, die viele
89 renditegetriebene Geschäftsmodelle aus der Portokasse bezahlen oder bei der Verwertung von
90 schlecht sanierten Häusern mit einpreisen, wollen wir Treuhänder*innen einsetzen, die für
91 eine ordentliche Instandhaltung und soziale Vermietung sorgen. Außerdem sollen Gewinne, die
92 sich aus Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz speisen, in Zukunft abgeschöpft werden
93 können. Unser Gesetz nimmt insbesondere große Vermieter*innen in den Blick: für sie setzen
94 wir klare Regeln. Sollten einzelne Großvermieter*innen diesem sozialen Rahmen dennoch
95 partout nicht nachkommen und sich wiederholt weigern, die Regeln einzuhalten, ist für uns
96 klar, dass diese Vermieter*innen auch auf Dauer nichts mehr auf dem Berliner Wohnungsmarkt
97 zu suchen haben und ihre Wohnungen veräußern müssen. Unser Ziel ist eine sichere Versorgung
98 breiter Berliner Bevölkerungsschichten mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum.

99
100 Viele Berliner*innen erleben schmerzhaft Verdrängung aus ihren Kiezen in Folge von
101 Umwandlungen und immer höheren Mieten. Auch deshalb haben wir Grüne uns dafür eingesetzt,
102 dass der erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umgesetzt wird.
103 Stattdessen hat Schwarz-Rot die Initiative und die Berliner*innen hingehalten. Es ist
104 unverantwortlich, dass die Initiative nun selbst einen Entwurf vorlegen und damit die Arbeit
105 der Regierung leisten muss! So geht man nicht mit der Entscheidung von Wähler*innen um!
106 Weitere vier Jahre Stillstand können wir uns nicht leisten! Die Ergebnisse der
107 Expert*innenkommission und der Gesetzesentwurf der Initiative zeigen, dass eine
108 Vergesellschaftung rechtlich möglich und finanzierbar ist. Wir werden den bereits
109 beschlossenen Volksentscheid deshalb weiter vorantreiben und unterstützen weiterhin die
110 Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

111 Zweckentfremdung und Leerstand konsequent bekämpfen

112 Wir brauchen unsere Wohnungen zum Wohnen. Wir wollen mehr Wohnraum zurückgewinnen, indem wir

113 das Zweckentfremdungsverbotsgesetz endlich schärfen und die Vollzugsdefizite beheben. Die
114 Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnung werden wir weiter unterbinden und einen
115 Bußgeldkatalog mit einem Mindestbußgeld von 50.000 Euro bei Zweckentfremdungen einführen.
116 Wir prüfen, wie man die Zweckentfremdung von Hausbooten als Ferienwohnungen möglichst
117 verhindern kann. Mit einer öffentlich einsehbaren interaktiven Karte und einer
118 entsprechenden App erleichtern wir die Meldung, Dokumentation und Verfolgung von
119 Verdachtsfällen für illegale Ferienwohnungen. Das Treuhänder*innen-Modell werden wir endlich
120 zur Anwendung bringen und damit Wohnraum in leerstehenden Häusern wieder für Wohnzwecke
121 herstellen. Mit einem schärferen Gesetz gegen spekulativen Leerstand sorgen wir dafür, dass
122 Wohnraum nach sechs Monaten Leerstand unter Zwangsverwaltung gestellt und in letzter
123 Konsequenz vergesellschaftet werden kann. Außerdem bauen wir den Milieuschutz weiter aus,
124 indem wir besonders Bezirke mit Bedarf weiterer Gebietsausweisungen wie beispielsweise
125 Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau oder Marzahn-Hellersdorf unterstützen. Zudem wird
126 Personal in den Gebieten verstärkt, um möbliertes Wohnen auf Zeit zu unterbinden.

127
128 Während viele Berliner*innen verzweifelt eine Wohnung suchen, sorgen Spekulation und
129 mangelnde Instandhaltung dafür, dass Gebäude leer stehen oder abgerissen werden, um mit
130 hochpreisigen Neubauten höhere Renditen zu erzielen. Wir Grüne werden daher neben einem
131 Monitoring auch ein Abriss-Verbot für Mehrfamilienhäuser einführen. Der Abriss von Wohnraum
132 muss grundsätzlich verboten werden. Die Umnutzung und Weiterentwicklung bestehender Gebäude

zu Wohnzwecken für Bewohner*innen und Eigentümer*innen wollen wir dagegen erleichtern. Wir werden den Umbau von Büros in Wohnraum durch ein Förderprogramm ankurbeln. Dazu gehört auch die Förderung von Generationen-WGs - auch dezidiert für queere Menschen - und die Schaffung barrierefreier, bezahlbarer, kleiner Wohnungen innerhalb bestehender Siedlungen und Quartiere, um altersgerechte Alternativen im Kiez zu ermöglichen. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt treten wir entschieden entgegen. Der Zugang zu Wohnraum muss für alle Menschen gleichberechtigt gelten. Zur Unterstützung von Diskriminierung Betroffenen leistet die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt einen wichtigen Beitrag, die wir in der letzten Wahlperiode als Modellprojekt auf den Weg gebracht haben. Sie werden wir weiter stärken.

Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen

Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen sind für viele Berliner*innen real, daher streben wir den Aufbau einer Ankaufsagentur für den Erwerb umgewandelter Wohnungen an.. Mit einem Sofortprogramm „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen“ etablieren wir Förderinstrumente für Ankäufe von aufgeteilten Häusern und einzelnen Eigentumswohnungen und stärken die Genossenschaftliche Immobilienagentur Berlin-Brandenburg (GImA) sowie Strukturen in den Bezirken, die Mieter*innen und Genossenschaften beim gemeinschaftlichen Erwerb unterstützen. Zudem wollen wir Strukturen aufbauen, um Eigenbedarfskündigungen behördlich kontrollieren zu können. Um illegale Eigenbedarfskündigungen zu verhindern führen wir ein zentrales Eigenbedarfskündigungskataster ein. Vollzogenen Eigenbedarf überprüfen wir automatisch durch einen Anschluss an die Meldedaten der Bürgerämter. Besonders vulnerable Gruppen sollen im Notfall auch bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen Ersatzwohnraum erhalten. In den Bezirken erweitern wir die kostenfreie Mieter*innenberatung und bauen die landeseigene Mietpreisprüfstelle stadtweit durch weitere Standorte aus. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen aus einkommensschwachen Haushalte rechtsschutzversichert ihre Rechte wahrnehmen können. Wir stärken die Jobcenter bzw. Sozialämter, damit sie überhöhte Mieten bei den Kosten der Unterkunft kontrollieren und ahnden können. Wir stärken die Bezirke im Kampf gegen Mietwucher. Zur Einhaltung des Bezahlbare-Mieten-Gesetzes und als Unterstützung der Bezirke schaffen wir zudem ein Landesamt für Wohnungswesen.

Nachhaltig und gemeinwohlorientiert bauen

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen stehen unter erheblichem Druck, zugleich günstige Mieten, soziale Wohnraumversorgung, hohe Instandhaltungsqualität, energetische Modernisierung und ökologische Neubauziele zu erfüllen – bei begrenzten finanziellen Spielräumen. Wir wollen sie gezielt unterstützen, damit sie ihrem öffentlichen Auftrag und den daraus folgenden Erwartungen gerecht werden können. Durch gezielte Stärkung des Gesellschafter Berlin sollen die erforderlichen Sozialwohnungen und auch die energetische Modernisierung ohne weitere Mietsteigerungen realisiert werden können. Genossenschaften brauchen – so wie auch andere am Gemeinwohl orientierte Akteur*innen – einen besseren Zugang zu Grundstücken und Fördermitteln. Sie müssen bei Planungsverfahren und Quartiersentwicklungen systematisch eingebunden werden.

Nachhaltig und klimagerecht bauen

In Berlin entsteht zu wenig bezahlbarer und nachhaltiger neuer Wohnraum - und wenn neu gebaut wird, entsteht zu wenig von dem, was tatsächlich benötigt wird. Neben hohen Baukosten

177 liegt das an vorrangig auf Renditeoptimierung sowie an kurzfristige Wertsteigerungen
 178 ausgerichteten Wohnungs- und Immobilienmarktmechanismen und Finanzierungsbedingungen, die
 179 vor allem auch die Spekulation mit Grund und Boden anheizen. Auch teilweise unangemessen
 180 hohe Baustandards, insbesondere für das Bauen im Bestand, tragen zur Erhöhung von Bauaufwand
 181 und Kosten bei. Klimagerechtes und kreislauffähiges Bauen wird zwar seit langem diskutiert,
 182 kommt aber kaum in die Umsetzung. Stattdessen dominieren herkömmliche Bauweisen, mit viel
 183 Beton und viel Abfall am Ende des Lebenszyklus. Die Grundstücksvergabe muss sich sehr viel
 184 häufiger am gesellschaftlichen Nutzen orientieren, und öffentliche Grundstücke müssen
 185 gezielt für Klimaschutz, soziale Infrastruktur und günstigen Wohnraum eingesetzt werden.

186 Berlin braucht eine ganzheitliche, nachhaltige und demokratische Stadtentwicklung –
 187 Planungsprozesse müssen transparent sein und systematisch miteinander verzahnt werden. Das
 188 werden wir Bündnisgrüne durch integrierte und zwischen allen Beteiligten von Anfang an
 189 abgestimmte und gebündelte Planungsprozesse und -abläufe ändern. Wie wichtig das ist, zeigt
 190 sich besonders bei der Entwicklung der neuen Stadtquartiere, in denen aktuell weder Kitas,
 191 Schulen, Kulturorte und andere soziale Infrastruktur sowie ÖPNV noch die Anpassung an den
 192 Klimawandel in Form von Schutz vor Hitze und Starkregen ausreichend mitgedacht und
 193 finanziell berücksichtigt werden. All diese Probleme ist der schwarz-rote Senat nicht
 194 angegangen. Stattdessen hat sein „Schneller-Bauen-Gesetz“ vor allem Doppelstrukturen
 195 geschaffen, die das Bauen nicht beschleunigen.

196 Wohnsicherheit durch mehr genossenschaftliches Eigentum stärken

197 Wir verstehen den Wunsch, sicher in den eigenen vier Wänden zu leben. Eigentumsförderung,
 198 die vielen zugutekommt, ist angesichts der Immobilienpreise aber nicht auf breiter Ebene
 199 umsetzbar. Gerade mal 41 Familien will Schwarz-Rot jetzt mit 17 Millionen Euro zum eigenen
 200 Heim verhelfen. Das ist ungerecht und Verschwendung von öffentlichen Mitteln! Deshalb wollen
 201 wir stattdessen Genossenschaften stärker fördern und Menschen mit niedrigeren und mittleren
 202 Einkommen beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen unterstützen. Denn wer in einer
 203 Genossenschaft lebt, kann in den eigenen vier Wänden dauerhaft sicher leben und auf die
 204 Unterstützung durch eine starke Gemeinschaft zählen. Dabei geht es für uns ausdrücklich auch
 205 um Sicherheit im Alter: Viele Menschen können sich eine Eigentumswohnung als Altersvorsorge
 206 nicht leisten. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen genossenschaftlichen Wohnen als
 207 gleichwertige Altersvorsorge nutzen können und dauerhaft vor steigenden Wohnkosten im Alter
 208 geschützt sind. Außerdem wollen wir die Grunderwerbssteuer nicht nur auf das Niveau von
 209 Brandenburg anheben, sondern klar sozial staffeln: Menschen, die in den eigenen vier Wänden
 210 leben wollen, zahlen weniger. Große Unternehmen sollen dafür mehr bezahlen, insbesondere
 211 auch beim Kauf von Immobilienpaketen im Rahmen von Share Deals. Im Bund setzen wir uns
 212 außerdem dafür ein, dass es im Rahmen der neuen Wohngemeinnützigkeit weitere Vergünstigungen
 213 für gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen gibt.

214 Ein Genossenschaftspakt für Berlin

215 Mit einem „Genossenschaftspakt Berlin“ werden wir Grüne mit Genossenschaften und
 216 gemeinwohlorientierten Träger*innen einen Maßnahmenplan für Bürokratieabbau,
 217 Projektfinanzierung und Grundstückszugang entwickeln. Bestehende genossenschaftliche
 218 Initiativen, die vor der Realisierung stehen, wollen wir finanziell absichern, ein
 219 Förderprogramm mit ausreichender Planungssicherheit auflegen und städtische Flächen per
 220 Erbbaurecht, basierend auf Modellen niedriger dauerhafter Festzinsen, für Genossenschaften
 221 zur Verfügung stellen. Alternativ sind auch vertragliche Rückkaufrechte durch Berlin
 222 denkbar. Zur Förderung der Genossenschaftsbewegung gründen wir eine beratende

223 Koordinierungsstelle, fordern die Aufnahme eines „Gemeinwohlprinzips“ in die Vergabeordnung,
 224 prüfen Bürgschaften für junge, neue Genossenschaften und nehmen auch Modelle wie das
 225 Mietshäuser Syndikat in Förderprogramme auf.

226 Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz werden wir Vermieter*innen, die mehr als 50
 227 Wohneinheiten haben, dazu bringen, je nach Größe einen bestimmten Anteil ihrer Wohnungen zu
 228 bezahlbaren Preisen anzubieten, für die Instandhaltung Geld zurückzulegen und in die Häuser
 229 zu investieren. Dabei sehen wir Grüne einen harten Sanktionsmechanismus vor: Statt nur
 230 Bußgelder auszusprechen, die viele renditegetriebene Geschäftsmodelle aus der Portokasse
 231 bezahlen oder bei der Verwertung von schlecht sanierten Häusern mit einpreisen, wollen wir
 232 Treuhänder*innen einsetzen, die für eine ordentliche Instandhaltung und soziale Vermietung
 233 sorgen. Außerdem sollen Gewinne, die sich aus Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz
 234 speisen, in Zukunft abgeschöpft werden können. Sollten einzelne Vermieter*innen diesem
 235 sozialen Rahmen dennoch partout nicht nachkommen und sich wiederholt weigern, die Regeln
 236 einzuhalten, ist für uns klar, dass diese Vermieter*innen auch auf Dauer nichts mehr auf dem
 237 Berliner Wohnungsmarkt zu suchen haben und ihre Wohnungen veräußern müssen. Unser Ziel ist
 238 die Versorgung breiter Berliner Bevölkerungsschichten mit angemessenem und bezahlbarem
 239 Wohnraum.

240 Wir Bündnisgrüne verschärfen das Vorgehen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum: Die
 241 ausschließliche Nutzung von Wohnraum für Ferienwohnungen werden wir gesetzlich unterbinden
 242 und einen Bußgeldkatalog mit einem Mindestbußgeld von 50.000 Euro bei Zweckentfremdungen
 243 einführen. Mit einer öffentlich einsehbaren interaktiven Karte und einer entsprechenden App
 244 erleichtern wir die Meldung, Dokumentation und Verfolgung von Verdachtsfällen. Das
 245 Treuhänder*innen-Modell werden wir endlich zur Anwendung bringen und damit Wohnraum wieder
 246 für Wohnzwecke herstellen. Mit einem Gesetz gegen spekulativen Leerstand sorgen wir dafür,
 247 dass Wohnraum nach sechs Monaten Leerstand unter Zwangsverwaltung gestellt und in letzter
 248 Konsequenz vergesellschaftet werden kann. Außerdem bauen wir den Milieuschutz weiter aus,
 249 indem wir besonders Bezirke mit wenigen Gebieten wie beispielsweise Charlottenburg-
 250 Wilmersdorf, Spandau oder Marzahn-Hellersdorf unterstützen. Zudem wird Personal in den
 251 Gebieten verstärkt, um möbliertes Wohnen auf Zeit dort zu unterbinden.

252 Miet- und Bodenrecht endlich wirksam und gerecht reformieren

253 Auf Bundesebene setzen wir Bündnisgrüne uns für eine Reform des Mietrechts und des
 254 Baugesetzbuchs ein, mit der sichergestellt wird, dass der Gebrauch von (Wohnungs-)Eigentum
 255 zugleich dem Allgemeinwohl dient, wie es das Grundgesetz vorsieht. Dazu gehören für uns vor
 256 allem die Ermöglichung eines Mietendeckels entweder durch eine Länderöffnungsklausel oder
 257 als Bundesregelung, eine dauerhafte, starke und effektive Mietpreisbremse mit Sanktion bei
 258 Verstößen und die wirksame Reform zur Bekämpfung von Mietwucher und Mietübersteuerung.
 259 Eigenbedarfskündigungen wollen wir deutlich erschweren und vulnerable Gruppen dabei
 260 besonders schützen. Indexmieten wollen wir für die Zukunft verbieten, bei derzeitigen
 261 Verträgen eine Kappungsgrenze einbauen und möbliertes Wohnen auf Zeit stark eindämmen. Wir
 262 schützen die Mieter*innen durch einen verbesserten Kündigungsschutz, eine Stärkung und
 263 Erweiterung von Vorkaufsrechten, die Entfristung des stadtweiten Verbots der Umwandlung in
 264 Eigentumswohnungen und eine Absenkung der Kappungsgrenze. Auch den Mietspiegel wollen wir
 265 reformieren und die Mieten der letzten 20 statt 6 Jahre mit einberechnen. Besonders wichtig
 266 ist uns auch eine Reform der Bodenpreisberechnung. Teure und übersteuerte Immobiliengeschäfte
 267 dürfen nicht länger die Bodenrichtwerte weiter nach oben treiben und so bezahlbaren Neubau
 268 erschweren. Wir setzen uns im Bund dafür ein, die bislang stark von
 269 Immobilienmarktinteressen bestimmte Bodenrichtwert- und Verkehrswertermittlung zu
 270 reformieren, um die Bodenrichtwerte zu senken und ihre Steigerung zu begrenzen. Bei der

271 notwendigen Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene
272 setzen wir uns dafür ein, den Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt zu stärken und
273 die bestehenden Ausnahmeregelungen zu streichen.

274 Gewerbemieten regulieren, Gewerbemieter*innen schützen

275 Nicht nur Wohn-, auch Gewerbemieten werden immer teurer, wodurch kleine inhabergeführte
276 Geschäfte, lokale Dienstleistungen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verdrängt
277 werden. Es fehlt nach wie vor an einer wirksamen Mietregulierung für Gewerbe, der
278 Kündigungsschutz ist minimal, und bei Nachverhandlungen regiert das Recht des Stärkeren. Wir
279 Grüne werden daher die Initiativen aus der letzten Legislatur aufgreifen und uns auf
280 Bundesebene sowohl für eine Mietpreisbremse für Gewerberäume als auch für eine Reform des
281 Gewerbemietrechts einsetzen, damit Mieter*innen Gewerberäume langfristig zu gleichbleibenden
282 Konditionen nutzen können und einen echten Kündigungsschutz erhalten. Den Milieuschutz
283 wollen wir auch für Gewerbe einführen.

284 Geldwäsche unterbinden, Steuerschlupflöcher schließen

285 Steuerschlupflöcher wie beim Verkauf von Unternehmensanteilen im Rahmen von Share Deals oder
286 bei der Erbschaftssteuer, also der steuerfreien Vererbung von mehr als 300 Wohnungen, wollen
287 wir auf Bundesebene schließen.

288 Landeseigenen Wohnungsbestand konsequent sozial ausrichten

289 Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sind mit inzwischen fast 400.000 Wohnungen eine der
290 wichtigsten Säulen für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, für die energetische
291 Modernisierung und den bezahlbaren Neubau. Damit dies auch so bleibt, setzen wir
292 Bündnisgrüne uns für verbindliche Gemeinwohlziele und eine effektive parlamentarische
293 Kontrolle der Unternehmensführung ein. Wir werden uns für einen übergreifenden, stadtweiten
294 Steuerungsrahmen mit Zielvorgaben, Leistungskennzahlen und langfristiger Investitionsplanung
295 für Bestandserhalt und Neubau, die Einführung eines regelmäßigen öffentlichen
296 „Transparenzberichts Wohnen“ mit einheitlichen Kennzahlen und starken, qualifizierten
297 Aufsichtsgremien einsetzen und den Mieter*innen mehr Mitentscheidungsrechte, z. B. bei
298 anstehenden Modernisierungen, geben. Den Wohnungswechsel bei verändertem Wohnbedarf wollen
299 wir für Mieter*innen durch geeignete Angebote und faire Konditionen bei Umzug in eine
300 kleinere, seniorengerechte Wohnung fördern und zwischen den Landeseigenen
301 Wohnungsunternehmen ermöglichen und weiterentwickeln. Wir werden bei der Wohnungsvergabe
302 vulnerable und einkommensarme Gruppen besser berücksichtigen, indem wir unter anderem die
303 Quote für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein (WBS-Quote) erhöhen und erwarten, dass bei
304 Neubauten und grundlegenden Sanierungen mehr für Rollstuhlnutzer*innen geeignete Wohnungen
305 errichtet werden als vorgeschrieben. Außerdem wollen wir für die Landeseigenen
306 Wohnungsunternehmen einen Mietendimmer einführen sowie, Härtefallregelungen für
307 einkommensschwache Haushalte verbessern. Wir setzen uns für ein Räumungsmoratorium und die
308 Schaffung eines Präventionskonzepts zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ein. Die
309 entsprechende Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes stellen wir sicher und setzen
310 uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen das Leitbild „Berlin vermietet
311 fair!“ für diskriminierungsarmes Vermieten umsetzen, das von der Fachstelle gegen
312 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gemeinsam mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft und
313 der Wohnungswirtschaft erarbeitet wurde.
314 Noch immer rächt es sich bitter, dass frühere Regierungen über 200.000 kommunale Wohnungen

315 verkauft haben. Damit sich dieser historische Fehler nicht wiederholt, wollen wir eine
 316 sogenannte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung einbauen, denn die Wohnungen
 317 gehören uns Berliner*innen.

318 Sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen fördern

319 Der kommunale Wohnungsbestand ist nicht nur eine entscheidende Grundlage für die
 320 Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, sondern auch eine wichtige Ressource für den
 321 Klimaschutz. Auch die Landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bestände pflegen und
 322 modernisieren, Klimaanpassung und Neubau finanzieren. Durch einen Förderfonds für sozial-
 323 ökologische Modernisierungen und die Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen wollen
 324 wir Brutto-Mietsteigerungen durch Investitionen in den Klimaschutz deckeln .

325 Damit Mieter*innen durch steigende Heizkosten nicht finanziell überfordert werden, wollen
 326 wir Grüne zielgerichtete Härtefalllösungen ausbauen und bei Bedarf zusätzliche Förderungen
 327 durch das Land bereitstellen. Im Gegenzug erwarten wir, dass unsere Unternehmen
 328 Verantwortung in den Quartieren übernehmen: durch Projekte zum Aufbau von Nahwärmenetzen
 329 genauso wie durch die Förderung und Pflege sozialer und kultureller Infrastruktur in den
 330 Kiezen. Mit einem Sofortprogramm für soziale Gewerbemieten stellen wir leer stehende
 331 Erdgeschossflächen sozialen Trägern, Kulturschaffenden, Jugendeinrichtungen und
 332 Nachbarschaftsinitiativen zu gedeckelten Mieten zur Verfügung und entwickeln ein soziales
 333 Gewerbemietmodell, das Vergabekriterien gemeinwohlorientiert gestaltet.

334 Knapp ein Viertel der Berliner*innen wohnt in Großwohnsiedlungen. Wie überall in Berlin sind
 335 auch hier starke Nachbarschaften die beste Voraussetzung für solidarisches Zusammenleben und
 336 gegenseitige Unterstützung. Mit mehr Beteiligungsangeboten wollen wir Engagement für
 337 öffentliche Räume in der Nachbarschaft stärken und Gemeinschaftsorte schaffen. Dafür wollen
 338 wir Instrumente wie bezirklichen Beteiligungsbüros, Sozialraumplanung, Stadtteilkoordination
 339 und Quartiersmanagement bis hin zu Mobiler Stadtteilarbeit stärken und ausbauen. In Gebieten
 340 mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf werden wir weiterhin gezielt und bedarfsgerecht in die
 341 soziale und kulturelle Infrastruktur, die Pflege öffentlicher Räume und die Quartiersarbeit
 342 investieren.

343 Wohnen, Arbeiten und Leben finden zunehmend in der Metropolregion statt, deshalb wollen wir
 344 die Wohnungsfrage gemeinsam mit Brandenburg diskutieren. Die Landeseigenen
 345 Wohnungsunternehmen bauen bereits teilweise in Brandenburg. Statt Zersiedelung wollen wir
 346 insbesondere entlang von S- und Regionalbahnlinien bezahlbaren Neubau für die
 347 Metropolregion. Um hier voranzukommen, wollen wir den Dialog auf Regierungsebene
 348 intensivieren..

349 Wohnungsbau auch bei der Nachverdichtung sozial und ökologisch
 350 ausrichten

351 Der Wohnungsbau muss sich an den sozialen Bedarfen orientieren und zugleich ökologisch und
 352 klimafreundlich werden. Wir Grüne starten eine Potenzialanalyse für sozialverträgliches,
 353 ökologisches und bedarfsorientiertes Bauen im Bestand in allen Bezirken. Maßvolle
 354 Nachverdichtung im Bestand soll dort, wo sie bestehende Wohnqualitäten berücksichtigt, dazu
 355 beitragen, Neuversiegelung und weiteren Zubau von Infrastruktur zu begrenzen. Grundlage
 356 dafür ist das verbindliche Leitbild „Gutes Quartier“ mit sozialen, ökologischen,
 357 verkehrlichen und baukulturellen Standards. Die Schaffung von neuem und bezahlbarem Wohnraum
 358 muss im Einklang mit einer ganzheitlichen Stadtentwicklung stehen, daher müssen
 359 Innenentwicklungskonzepte und der Ausbau der sozialen Infrastruktur einer Nachverdichtung

360 immer vorangehen. Unser Ziel ist es, grüne Innenhöfe und unversiegelte Flächen zu erhalten –
 361 wie z.B. den Emmauswald. Stattdessen sollen Baulücken, Brachen und überbreite Straßen
 362 genutzt werden. Um möglichst wenig Fläche neu zu versiegeln, setzen wir auf mehrgeschossige
 363 Wohnbebauung anstelle von Flachbauten z.B. von Supermärkten oder Parkplatzflächen.

364
 365 Wir wollen, dass bei einer moderaten Überschreitung der Traufhöhe nicht sofort die
 366 Anforderungen für Hochhaus-Bauten erfüllt werden müssen. Hochhäuser können sinnvoll sein,
 367 wenn damit von landeseigenen oder gemeinnützigen Wohnungsunternehmen dauerhaft
 368 preisgünstiger und sozialer Wohnraum geschaffen wird. Außerdem müssen sie stadtplanerisch in
 369 die Umgebung passen, ökologischen und Klimaschutz-Ansprüchen gerecht werden und dem
 370 Gemeinwohl dienen. Immer neue Bürotürme oder Wolkenkratzer gegen den Willen der Bezirke und
 371 Nachbarschaften – wie am Gleisdreieckpark oder der Warschauer Straße – lehnen wir ab. Um
 372 umstrittenes Planungsrecht durchzusetzen, hat der schwarz-rote Senat in den letzten Jahren
 373 immer wieder den Bezirken die Zuständigkeit entzogen - was wir entschieden ablehnen.

374
 375 In Berlin sind 85% der Wohnungen vermietet. Die anderen 15% sind selbstgenutztes Eigentum,
 376 ca. 150.000 Wohnungen sind in Eigenheimen, Doppelhäusern und Reihenhäusern zu finden. Wir
 377 wollen diese Siedlungsgebiete verkehrlich besser anbinden und die Infrastruktur stärken.
 378 Gerade hier werben und unterstützen wir aktiv dabei, Vorreiter beim Klimaschutz und der
 379 Solarnutzung zu werden. In geeigneten Stadtlagen werben wir zudem für Nachverdichtung und
 380 Wohnungsneubau.

381 Leerstand aktiv in Wohnraum umwandeln

382 In Berlin stehen über 2,2 Millionen Quadratmeter an Büroflächen leer. Deshalb wollen wir
 383 Bündnisgrüne den Umbau in Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo es
 384 möglich ist, wollen wir leer stehende Büros zu bezahlbaren Wohnungen umbauen und zügig erste
 385 Pilotprojekte entwickeln. Berlin braucht nicht mehr Büroräume und neue Bürogebäude, sondern
 386 muss vor allem die vorhandenen Büroflächen besser nutzen. Bevor neue Bürogebäude gebaut
 387 werden, sollten die vorhandenen instand gesetzt und entweder als Wohnungen oder eben als
 388 modernisierte Büroflächen genutzt werden. Wir wollen nicht, dass neue Bürogebäude weiter
 389 Flächen versiegeln. Deshalb werden wir ein Bürobau-Moratorium verhängen und kein weiteres
 390 Baurecht für neue Bürogebäude erteilen. Wir wollen stattdessen für die Schaffung von Wohnraum
 391 sorgen. Auch zahlreiche Shopping-Center haben mit Leerstand zu kämpfen. Deshalb wollen wir
 392 deren Nutzung für soziale und kulturelle Angebote sowie öffentliche Daseinsvorsorge
 393 unterstützen.

394 Wohnraum effizienter nutzen

395 Im Laufe des Lebens verändern sich Wohnungsbedarfe. Dies betrifft vor allem ältere Menschen
 396 - Ihnen soll im Rahmen einer sozial-ökologischen Wohnberatung Unterstützung angeboten werden
 397 bei Maßnahmen zur Barrierereduzierung z.B. per Mietermodernisierung, bei Um- oder Ausbau für
 398 eine Wohnungsteilung oder bei der Suche passender Seniorenwohnangebote mit verschiedenen
 399 Betreuungsoptionen oder gemeinschaftlichen Wohnformen. Erwünschte Wohnungswechsel im
 400 vertrauten Umfeld sollen unterstützt und begleitet werden. Diese Bedarfe sollen auch bei der
 401 Planung künftiger Neubauquartiere einbezogen werden. Neue Wohnbauvorhaben sollen möglichst
 402 viele schaltbare Wohnungen vorsehen, bei denen große Wohnungen in zwei kleinere teilbar sind
 403 und zwei kleinere zu einer familiengerechten Wohnung zusammengelegt werden können.

Wir werden auch gegen Immobilienspekulant*innen vorgehen, die auf ihrem Baugrund keinen Wohnraum schaffen. Dafür werden wir die Grundsteuer C sowie strenge Baugebote einführen, damit diese ihrer Pflicht zur Bebauung nachkommen.

2.2. Moderne Stadtentwicklung – Boden dauerhaft für das Gemeinwohl sichern

Öffentlicher Grund und Boden wird nicht mehr privatisiert, sondern bleibt als „Allmende“ dauerhaft in öffentlicher Hand oder gemeinwohlorientierter Trägerschaft. Mit einer vorausschauenden, sozial-ökologisch ausgerichteten Bodenbevorratung sichern wir Bündnisgrüne strategisch wichtige Flächen und damit die gemeinwohlorientierte Entwicklung der Stadt. Dafür richten wir einen Ankaufsfonds ein, auf den auch die Bezirke und gemeinwohlorientierte Akteur*innen in Abstimmung mit dem Land zugreifen können. Für ehemalige landeseigene Grundstücke, die spekulativ gehortet oder zweckentfremdet werden, schaffen wir ein Rückkaufsrecht. Die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) werden wir stärker an einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung statt an einer Maximierung der Einnahmen ausrichten. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

Die Liegenschaftspolitik werden wir mit Hilfe einer Boden- und Liegenschaftsagentur transparent und planvoll steuern: Jede Vergabe wird in einer zentralen Datenbank nachvollziehbar, beteiligungsorientiert und gemeinwohlverpflichtet erfasst. Unter dem Motto „Boden für Gemeinwohl“ werden wir uns dafür einsetzen, dass ein festgelegter Anteil landeseigener Grundstücke vorrangig an Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger*innen per Erbbaurecht zu vergünstigten, langfristig kalkulierbaren Konditionen mit niedrigen Festzinsen vergeben wird. Für jede Vergabe öffentlicher Grundstücke werden wir die Konzeptvergabe gesetzlich verpflichtend machen. Dabei gilt in Zukunft: Das beste Konzept entscheidet, nicht der höchste Preis. Darüber hinaus werden wir ein niedrigschwelliges, transparentes Konzeptvergabeverfahren mit 30 Prozent Mindestanteil für gemeinwohlorientierte Träger*innen einführen, bei dem der Erbbaurechtszins umso geringer ist, je sozial-ökologischer die geplante Nutzung wird.

Die Stadt gemeinsam, sozial und klimaresilient entwickeln

Statt eine Stadtentwicklungspolitik zu verfolgen, die von oben herab entscheidet, setzen wir Grüne uns für eine kooperative Stadtentwicklung ein, bei der die Menschen und nicht die Investor*innen im Mittelpunkt stehen.

Klimaschutz und -anpassung sowie die sozial gerechte Stadt mit bezahlbaren Mieten werden wir zum Leitprinzip der Stadtentwicklung machen. Die Stadt muss schnell resilienter und krisenfester werden, vor allem durch die Anpassung an Hitze und Starkregen und den Ausbau der grünen und blauen Infrastruktur. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf mehrfach belastete Quartiere.

Stadtentwicklung ist mehr als einzelne Häuser oder Grundstücke. Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke wachsen können. Dazu stärken wir die Bezirke, um integrierte Entwicklungskonzepte für Umbau, Erhalt von Gebäuden, Infrastruktur, Klimaschutz, Grünflächen und Straßen zu erstellen.

Die bestehenden Stadtentwicklungspläne und Landesprogramme werden wir regelmäßig fortschreiben. Bestehende und zukünftige EU-Förderprogramme wollen wir für antragsstellende Organisationen und Verwaltungen zugänglicher machen. Wir Bündnisgrüne wollen die Stadt und

ihre Kieze weiter zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte. Bei der Planung von Ausgleichsflächen sorgen wir dafür, dass die Mittel in Berlin und in der Nähe von Bauvorhaben bleiben. Wir werden aufbauend auf dem Liegenschaftskataster ein landesweites Flächenregister schaffen, das Informationen zu Eigentum, Nutzung, Leerstand, baulichem Zustand und Potenzialflächen enthält. Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung entwickeln wir weiter und erhöhen die Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum (WBS-Wohnungen) auf 50 Prozent. Außerdem wollen wir im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung einen Anteil von bezahlbaren Gewerberäumen erreichen. Denn auch hier besteht ein dauerhafter Mangel. Die Privatisierung von kommunalen Gewerbehöfen (der GSG) unter Rot-Rot erfordert dringend den erneuten Aufbau von kommunalen Gewerbehöfen, den wir unter Rot-Grün-Rot bereits begonnen haben. Auch für Kultur- und Kreativräume wollen wir eine verbindliche Quote in neuen Quartieren – so stärken wir soziale Teilhabe und kulturelle Bildung. Wir prüfen, ob im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung auch Oberschulplätze geschaffen bzw. finanziert werden können, die wir in den nächsten Jahren dringend brauchen werden.

Stadtplanung begreifen wir als gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft und öffnen die Verwaltungsstrukturen für regelmäßige Stadtdebatten, eine öffentliche Wettbewerbskultur und transparente Partizipation. Bürger*innen sollen aktiv mitwirken können – mit echter Mitsprache und transparenten Beteiligungsverfahren auf klar definierter Grundlage. Dafür braucht es eine verständliche und zeitgemäße Darstellung und Koordination von Stadtentwicklungsprozessen und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten. Dies umfasst sowohl eine berlinweite übersichtliche und allgemeinverständliche Zusammenschau und Kommunikation der Planungen als Ausstellung und in digitaler Form, als auch beispielsweise Bezirksausstellungen und Veranstaltungen zur Quartiersentwicklung. Mit uns wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Beteiligung aller betroffenen Fachämter bei jeder Quartiersentwicklung von Anfang an verpflichtend. An den Orten, wo bislang keine B-Pläne existieren, werden wir deren Entwicklung gemeinsam mit den Bezirken und den Anwohner*innen vorantreiben. Dadurch lässt sich sowohl Beteiligung als auch die Planung von sozialer Infrastruktur bei der Gebietsentwicklung sicherstellen.

Grün und lebenswert bauen

Eine mögliche Internationale Bauausstellung 2034/37 in Berlin muss eine Bauwende- und Umbau-IBA sein: Eine IBA, die an die IBA der 1980er-Jahre anknüpft und eine behutsame Stadtentwicklung, Umbau im Bestand und Klimaschutz ins Zentrum setzt, kann eine Bereicherung sein. Dabei ist auch an soziale Ideen des Städtebaus der 1920er Jahre anzuknüpfen, indem neue visionäre, soziale und ökologische Formen des (Um-)Bauens und Wohnens für die Berliner Bevölkerung des 21. Jahrhunderts entwickelt und beispielgebend umgesetzt werden.

Mit einer modernen und zeitgemäßen Bauordnung fördern wir das serielle und klimagerechte Bauen, vereinfachen das Umbauen im Bestand und senken damit zugleich die Baukosten. Initiativen und Lösungen für kostengünstigen Neubau im Sinne des Hamburg-Standards unterstützen wir. Durch Typengenehmigungen und eine digitalisierte Genehmigungsplattform für Bauanträge beschleunigen wir zugleich die Genehmigungsverfahren. Das Bauen mit Holz in Berlin ist ein Erfolg unserer Regierungsbeteiligung. Für den Neubau und die Sanierung sollen nachwachsende und ökologische Baustoffe wie Holz, Stroh, Lehm und Hanf sowie neu entwickelte CO₂-arme Baustoffe zum Einsatz kommen. Nicht nur bei der Vermietung, auch beim Neubau sollen

496 die Landeseigenen Wohnungsunternehmen Vorbilder sein: Sie bauen ökologisch und dem Bedarf
497 entsprechend und senken die Kosten durch den Aufbau gemeinsamer Baukapazitäten. Das
498 Schumacherquartier wollen wir als großes Holzbauquartier mit flexiblen Grundrissen sowie
499 vielen kleinen, barrierefreien Wohnungen errichten, um spätere Umzüge zu ermöglichen und den
500 Wohnraum bestmöglich zu nutzen.

501 Denkmalschutz und Klimaschutz zusammen denken

502 Denkmalschutz und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Die Weiterentwicklung Berlins zu einer
503 lebenswerten grünen Metropole mit hoher Aufenthaltsqualität wollen wir unter Beachtung des
504 Denkmalschutzes verfolgen. Wir wollen das Berlin von morgen unter Berücksichtigung seines
505 Bestandes und seiner Qualitäten weiter bauen, ohne dabei das Berlin von gestern zu
506 rekonstruieren. Wir konservieren keine "Stadt der Steine" und wollen, dass Berlin grün statt
507 grau wird. Dazu gehört auch, dass Klimaschutz und Barrierefreiheit trotz Denkmalschutz
508 möglich sein müssen. Den Denkmalschutz wollen wir um eine Baukultur im Sinne der
509 Bundesstiftung Baukultur erweitern und die Kriterien für den Schutz „erhaltenswerter
510 Bausubstanz“ vereinheitlichen. Zur Unterstützung dieser Ziele wollen wir einen „Runden Tisch
511 Baukultur“ mit den Senatsverwaltungen sowie der Fach- und Zivilgesellschaft etablieren.

512 Stadtquartiere nachhaltig, bezahlbar und nah gestalten

513 Neue Stadtquartiere entwickeln wir klimaverträglich und mit Nutzungsmischung, autofreien
514 Mobilitätsangeboten und stadtverträglicher Dichte – unter Einbindung der Bezirke, der
515 Zivilgesellschaft und gemeinwohlorientierter Bauträger*innen. Wir Grüne stellen sicher, dass
516 Kitas, Schulen und ÖPNV, aber auch Grünflächen, Kultur, Sport, Jugendorte, Treffpunkte für
517 Jung und Alt, Nahversorgung und soziale Infrastruktur von Anfang an mitgeplant und umgesetzt
518 werden. Nach dem Prinzip der 15-Minuten-Stadt sollen alle wichtigen Alltagsfunktionen
519 fußläufig erreichbar sein. Der öffentliche Nahverkehr muss nutzbar sein, wenn die ersten
520 Menschen einziehen. Die bestehende Bausubstanz integrieren wir so weit wie möglich in die
521 Planungen und reißen sie nicht einfach ab. Durch klare ökologische Leitlinien und
522 verbindliche Standards wollen wir bereits bis 2030 das Ziel der Netto-Null-Versiegelung
523 erreichen. Dazu soll vorrangig überall dort gebaut werden, wo Flächen schon versiegelt sind.
524 Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur unterstützt unser Ziel der Netto-Null-
525 Versiegelung ab 2030.

526 Neue Quartiere müssen von Beginn an gemeinwohlorientiert, ressourcenschonend und
527 klimaneutral geplant werden. Wärme und Energie sollen fossilfrei sein und nachhaltig genutzt
528 werden. Wir wollen Berlin zur Schwammstadt machen und Wasser nachhaltig nutzen. Straßen und
529 öffentliche Räume gestalten wir grün, mit schattenspendenden Bäumen und kühlenden Elementen.
530 Wir schaffen Plätze und Grünflächen als Mittelpunkt jedes Quartiers. So fördern wir
531 Begegnung und Miteinander. Grünflächen wollen wir vielfältig gestalten, auch mit innovativen
532 Sport- und Bewegungsangeboten. Sport gehört für uns zur Quartiersplanung ebenso dazu: Von
533 Anfang an planen wir hierfür ausreichend Flächen mit ein. Wichtig ist uns, Kinder und
534 Jugendliche sowie marginalisierte Gruppen an diesem Prozess zu beteiligen und vor allem ihre
535 Bedürfnisse zu berücksichtigen. Sie bekommen sichere, barrierefreie Spielplätze und eigene
536 Treffpunkte und Freiräume.

537 Wir Bündnisgrüne schauen nicht nur auf das neue Quartier, sondern auch auf die
538 Nachbarschaft. Wo es zu wenig soziale oder öffentliche Infrastruktur gibt, bauen wir diese
539 in den neuen Quartieren für die umliegenden Kieze mit. Im Erdgeschoss wollen wir Geschäfte
540 und Nahversorgung oder auch rollstuhlgerechten Wohnraum oder Wohnungen für Ältere statt
541 Technikräumen. Wir unterstützen die Gestaltung von gemeinsamen Flächen, die Gemeinschaft

fördern und die vielfältige Nachbarschaft zusammenbringen. Sitzgelegenheiten vor der Tür, eine Picknickbank im Hof oder ein gemeinschaftlich genutztes Hochbeet auf der Wiese hinter dem Haus sind Orte, die die soziale Funktion von gemeinschaftlich genutzter Fläche stärken, Einsamkeit vermindern, Zusammenhalt fördern und Sicherheit geben. Bei der Planung berücksichtigen wir auch Animal-Aided Design, damit Tiere in der Stadt weiterhin Platz haben. Bestehende Gebäude wollen wir erhalten und bedarfsgerecht umbauen – und nicht abreißen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine Bauwende. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen, Leerstand vermeiden und Abriss so weit wie möglich verhindern.

Neue Quartiere bauen wir zusammen mit gemeinwohlorientierten Partner*innen und Genossenschaften. Auch private Eigentümer*innen müssen dafür sorgen, dass die Mehrheit der Wohnungen für Mieter*innen mit geringem und mittlerem Einkommen bezahlbar ist.

Wir haben dabei auch die Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg und den gemeinsamen Wohnungsmarkt im Blick: auf der Ebene der Hauptstadtregion und kleinräumig in den Kooperationsräumen des Kommunalen Nachbarschaftsforums. Das bedeutet die Nutzung des Siedlungssterns, ein Engagement von Berliner Wohnungsunternehmen in kleineren Kommunen bei Neubau und Sanierung von Wohnungsbeständen sowie die Unterstützung von Kommunen mit Wohnungsleerstand. Dazu brauchen wir den konsequenten Ausbau des Umweltverbunds und der erforderlichen Infrastrukturen entlang der aus Berlin ins Berliner Umland reichenden Siedlungsachsen.

Lebendige, grüne und soziale Kieze für alle Menschen schaffen

Beim Wohnungsneubau ist wichtig, dass das Richtige gebaut wird. Für uns ist das bezahlbarer Wohnraum statt teurer Luxusapartments. Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040“ hat das richtige Ziel, dass die Hälfte aller neu gebauten Wohnungen gemeinwohlorientiert sein sollen. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir eine Roadmap für die Umsetzung aufstellen. Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag und wir wollen es stärken: Wenn neues Baurecht geschaffen wird, soll zukünftig mindestens die Hälfte der Wohnungen als mietpreisgebundener Wohnraum für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zur Verfügung stehen. Wir wollen besonders Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen fördern und mehr barrierefreie sowie für Rollstuhlnutzer*innen geeignete und seniorengerechte Wohnungen schaffen.

Öffentliche Räume wollen wir zu sozialen und inklusiven Orten der Begegnung machen. Mit Beteiligung in den Stadtteilen stärken wir Grüne den Austausch unter Anwohner*innen und die Demokratie vor Ort. Alle Berliner*innen sollen ihr Umfeld aktiv mitgestalten können – Sprachbarrieren dürfen dabei kein Hindernis sein. Die Beteiligungsbüros in den Bezirken sowie die bezirkliche Sozialraumplanung, die Stadtteilkoordination Plus und die Mobile Stadtteilarbeit wollen wir deshalb stärken und ausbauen.

Wir wollen lebendige Bezirke mit gemischten Vierteln, klimaneutraler Mobilität, mehr Grün und Wasserflächen. Dafür stocken wir Fördermittel auf und stärken Maßnahmen zur Innenentwicklung, statt Grün- und Freiflächen zu versiegeln. Gerade in dicht bebauten Kiezen und Vierteln mit wenig Grün investieren wir in bessere Wohnumfelder – mehr Pflanzen, entsiegelte Böden und Kühlung an heißen Tagen. In der Innenstadt nutzen wir hierfür das Instrument des Biotopflächenfaktors. Wir setzen uns für eine gesetzliche Regelung ein, die die Versorgung der Bevölkerung in allen Wohngebieten mit erreichbaren, miteinander vernetzten und naturnah gestalteten Grünflächen sicherstellt. Damit soll einer grünen, der Erholung, Lebensqualität und dem Schutz der Biodiversität dienlichen Infrastruktur ein Platz

588 auf Augenhöhe mit den anderen Planungsinstrumenten in der Stadtentwicklung eingeräumt
589 werden.

590 Auch Kultur gehört für uns zur Daseinsvorsorge und zur Stadtentwicklung dazu. Wir wollen,
591 dass in allen neuen Stadtquartieren und bei größeren Bauvorhaben Flächen für Kultur von
592 Anfang an mitgeplant und zu leistbaren Konditionen angeboten werden müssen. Wir unterstützen
593 Initiativen wie „Urbane Praxis“ als Teil der kulturellen Stadtentwicklung und fördern
594 entsprechende Projekte.

595
596 Das Anliegen des Volksbegehrens „Berlin werbefrei“, kommerzielle Werbung im öffentlichen
597 Raum stärker zu regulieren, unterstützen wir. Wir begrüßen die durch das Volksbegehren
598 angestoßene Debatte, wie durch gesetzliche Regeln negative Auswirkungen von Werbung im
599 öffentlichen Raum begegnet werden kann. Gerade weil Werbung auf jede*n von uns wirkt, ob alt
600 oder jung, braucht ihr Einsatz klare und verbindliche Regeln. Großflächige Werbung an
601 Gerüsten vor Fenstern von Wohnhäusern lehnen wir ab. Wir sagen klar Nein zu sexistischer und
602 diskriminierender Werbung.

603 Wir wollen Modellflächen, Zwischennutzungen und Pioniernutzungen ermöglichen und
604 unterstützen, insbesondere auch auf landeseigenen Liegenschaften. Die Modellfläche TXL und
605 die Zwischennutzung in der Alten Feuerwache THF wollen wir fortführen.

606 Neue Stadtquartiere zügig realisieren

607 Berlin hat kein Flächenproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Wir Grüne wollen endlich die
608 Projekte und neuen Stadtquartiere praktisch umsetzen, die seit Jahren bei der
609 Stadtentwicklungsverwaltung in Planung oder bereits fertig geplant sind, statt immer wieder
610 öffentliche Diskussionen über neue mögliche Flächen anzuzetteln, die dann wieder nur einen
611 jahrzehntelangen Vorlauf benötigen würden.

612 Dabei stellen wir die neuen Stadtquartiere auf den Prüfstand, die ökologisch wichtige
613 Flächen versiegeln und sprechen uns für Änderungen der Pläne aus. Ein Beispiel dafür ist die
614 vom Senat geplante massive Bebauung von Späthsfelde, die das Aus für rund 380 Kleingärten
615 bedeuten würde. Hier hat Berlin eine Chance, seiner Verantwortung für den Artenschutz
616 gerecht zu werden, indem es wichtige Lebensräume für gefährdete Arten sichert. Gleichzeitig
617 können in dem Gebiet notwendige Ausgleichsflächen geschaffen werden, um Wohnungsbau an
618 anderer Stelle zu ermöglichen.

619 Das Tempelhofer Feld erhalten

620 Das Tempelhofer Feld ist für uns unverzichtbar – der Volksentscheid ist bindend. Wir lehnen
621 jede Bebauung ab. Das Tempelhofer Feld ist ein einmaliger Ort der Naherholung, für Sport,
622 Kultur und Freizeit, für soziales Miteinander sowie für Umwelt, Natur und Stadtklima. Wir
623 wollen, dass das so bleibt. Das Flughafengebäude wollen wir zu einem Hafen für Kultur- und
624 Kreativwirtschaft weiterentwickeln – zum Beispiel als Ort für Arbeits- und Proberäume und -
625 bühnen, Labs, Studios, Werkstätten und Festivals.

626 2.3. Nachhaltiger Tourismus – damit Berlin Berlin 627 bleibt

628 Jedes Jahr kommen Menschen aus aller Welt in unsere Stadt, um die Vielfalt Berlins zu
629 erleben, vor allem um Kunst und Kultur zu genießen, sich hier zu erholen und eine gute Zeit
630 zu haben.

631 Jedes Jahr kommen Menschen aus aller Welt in unsere Stadt, um die Vielfalt Berlins zu
632 erleben, vor allem um Kunst und Kultur zu genießen, sich hier zu erholen und eine gute Zeit
633 zu haben. Ob Wirtschaft, Stadtentwicklung oder Arbeit: Tourismus ist für uns Bündnisgrüne
634 dabei ein Querschnittsthema. Gleichzeitig sorgt der Tourismus für Einnahmen und er ist ein
635 wichtiger Teil der Berliner Wirtschaft. Er schafft Arbeitsplätze, stärkt Gastronomie,
636 Hotellerie, Kultur und Kreativwirtschaft und trägt so zur internationalen Sichtbarkeit der
637 Stadt bei. Unser Ziel ist ein nachhaltiger, dezentraler sowie stadt- und kiezverträglicher
638 Tourismus, der ökologisch verantwortbar ist und zugleich wirtschaftliche Perspektiven für
639 private wie auch öffentliche Betriebe sichert. Deshalb schreiben wir Bündnisgrüne das
640 bisherige Tourismuskonzept fort und passen es an aktuelle Herausforderungen an. Ob
641 Kultureinrichtungen, lokales Gewerbe oder öffentliche Infrastruktur – mit einer nachhaltigen
642 Planung, die ganz Berlin in den Blick nimmt, schaffen wir eine Metropole, in die
643 Besucher*innen immer wieder gerne kommen und von der die Menschen dieser Stadt überall
644 profitieren – ohne dass einzelne Orte überlastet werden.

645 Dafür nehmen wir die gesamte Stadt in den Blick. Wir investieren in hitzeverträgliche
646 Infrastruktur, um auch in Zukunft den Herausforderungen zunehmend heißer Sommer gewachsen zu
647 sein. Das kommt allen, ob Tourist*innen oder Berliner*innen, zugute.

648 Tourismus stadtweit steuern

649 Längst überfällig ist eine berlinweite Steuerung von neuen Hotelstandorten. Einen Wildwuchs
650 darf es nicht mehr geben. Neue Hotels müssen sich an der Stadtverträglichkeit und der Zahl
651 bereits bestehender Betriebe orientieren. Deshalb wollen wir mit einem Hotelentwicklungsplan
652 definieren, in welchen Gebieten neue Hotels und Hostels noch möglich sind und wo nicht mehr.
653 Bereits geplante Standorte gehören auf den Prüfstand. Denn die Flächen können wir oft
654 sinnvoller nutzen – z. B. für neue Schulen oder bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen den
655 innerstädtischen Reisebusverkehr endlich steuern und ein Konzept hierfür auf den Weg
656 bringen.

657 Wir stärken dezentrale Strukturen und Projekte vor Ort. Auch die Bezirke wollen wir Grüne
658 dabei unterstützen, die besonders von Overtourism betroffenen Nachbarschaften mit geeigneten
659 Maßnahmen zu entlasten. Gerade in den touristischen Hotspots braucht es auch mehr Gelder für
660 Sauberkeit im öffentlichen Raum. Außerdem wollen wir die Aufenthaltsqualität und
661 Infrastruktur dort stärken, wo bisher nur wenige Tourist*innen ankommen. Mit Pilotprojekten
662 in den Außenbezirken schaffen wir neue Besuchsrouten, binden lokale Kulturformate ein und
663 verbessern die touristische Information vor Ort. Um auch die Berliner*innen besser mit
664 einzubeziehen, wollen wir außerdem Beteiligungsformate wie den Bürger*innenbeirat Tourismus
665 stärken, indem wir diesen institutionalisieren und mit echten Mitspracherechten ausstatten.
666 So entsteht eine vielfältige, stadtweite Tourismuslandschaft – getragen von den Kiezen.

667 Nachhaltigkeit des Tourismus stärken

668 Wir Bündnisgrüne sind überzeugt, dass nachhaltiger Tourismus eine Chance für die
669 Weiterentwicklung der gesamten Stadt sein sollte. Um nachhaltige Angebote zu fördern,

670 reaktivieren wir den Fonds „Ökologischer Tourismus“ und unterstützen damit Hotels,
 671 Gastronomie und andere touristische Anbieter*innen bei Investitionen in Energieeffizienz,
 672 Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit. Damit lokale Strukturen wirklich vom Tourismus
 673 profitieren können, braucht es jedoch auch klare Steuerung. Wir machen uns daher für die
 674 vollumfängliche Umsetzung bisheriger Maßnahmen des Tourismuskonzepts 2018+ stark und wollen
 675 diese um eine ressortübergreifende Koordination ergänzen und mit Blick auf die globalen
 676 Entwicklungen, insbesondere im Bereich Sustainability, fortschreiben. Damit
 677 Kurzzeitvermietung an Tourist*innen nicht zur Wohnungsnot dieser Stadt beiträgt, wollen wir
 678 dies durch datengestützte Nachverfolgung und konsequente Umsetzung des
 679 Zweckentfremdungsverbots besser regulieren. So stellen wir sicher, dass Tourismus zur
 680 Lebensqualität aller beiträgt.

681 Großkonzerte und Veranstaltungen sichern

682 Kulturerlebnisse sind live am intensivsten und besten. "Echte" Erlebnisse, in sozialen
 683 Begegnungsräumen und integrativen "Safe Spaces". Wir Bündnisgrüne stehen für Subkultur, die
 684 freie Szene und die vielen kleinen Orte der Kreativität. Doch wir wissen auch: Eine
 685 Metropole wie Berlin braucht Orte für Großkonzerte, spektakuläre Veranstaltungen und
 686 Auftritte von Weltstars. Dass Adele oder Taylor Swift lieber nach München oder Gelsenkirchen
 687 statt nach Berlin gekommen sind, ist ein Armutszeugnis für Berlin. Dass die ZDF-
 688 Silvesterparty vom Brandenburger Tor nach Hamburg zieht, ist einer Hauptstadt nicht würdig.
 689 Wir wollen, dass auch solche Veranstaltungen in Berlin stattfinden, und werden Orte wie das
 690 Vorfeld des Flughafens Tempelhof, die Straße des 17. Juni oder das Olympiagelände inklusive
 691 der Waldbühne gezielt weiterentwickeln, um dort große Konzerte, Festivals oder Straßenfeste
 692 stattfinden lassen zu können. Die Konzerte der Band „Die Ärzte“ und das Projekt „Labor
 693 Tempelhof“ haben eindrücklich gezeigt, wie Großveranstaltungen klimaneutral und
 694 ressourcenpositiv funktionieren können. Wir wollen und werden dies, wo möglich, immer im
 695 städtischen Eigenbetrieb und auf städtischen Flächen praktizieren und lehnen Verträge mit
 696 Eventim wie bei der Waldbühne ab. Alle diese Geschäftsmodelle, egal ob im Sport-, Musik-,
 697 Show- oder Eventbereich, müssen dabei für alle Berliner*innen erschwinglich und barrierearm
 698 zugänglich sein.

699
 700 Überteuerte Konzerte und Veranstaltungen werden wir auf landeseigenen Flächen genauso wenig
 701 unterstützen, wie Sportveranstaltungen ohne fair kalkulierte Eintrittskartenkontingente,
 702 insbesondere, wenn sie geförderte Infrastrukturen nutzen.

703 2.4. Lebendige Clubkultur – Berliner Clubs schützen

704 Die vielen Berliner Clubs und Kollektive schaffen vielfältige Räume, in denen Musik und
 705 Kultur jenseits des Mainstreams stattfinden können. In ihrer Vielfalt sind sie ein wichtiger
 706 Bestandteil der Kultur und bieten kreativen Freiraum. Um Berlins Clubszene beneidet uns die
 707 ganze Welt. Sie ist Teil der internationalen Ausstrahlungs- und Anziehungskraft Berlins und
 708 einer der Gründe dafür, dass Tourist*innen und neue Bewohner*innen in die Stadt kommen, und
 709 somit auch ein relevanter Wirtschaftsfaktor und wichtiger Teil der Nachtökonomie. Die
 710 Berliner Clubs leisten einen relevanten Beitrag zu Beschäftigung, Wertschöpfung und urbaner
 711 Entwicklung. Clubs sind zudem Orte der gesellschaftlichen Begegnung und individuellen
 712 Entfaltung sowie Safer Spaces für marginalisierte oder diskriminierte Gruppen.

713 Doch der Status Berlins als Epizentrum und Innovationsmotor der internationalen Clubkultur
 714 hat in den letzten Jahren Kratzer bekommen: Immer wieder geraten Clubs und Musikspielstätten
 715 aufgrund steigender Kosten und Mieten, Nutzungskonflikten und den Nachwirkungen der Covid-

716 19-Pandemie unter Druck oder werden durch Immobilienspekulation, private Bauvorhaben und
717 fehlender baurechtlicher Anerkennung verdrängt. Die Schließung des SchwuZ und anderer
718 Standorte sind ein großer Verlust für die Berliner Kulturlandschaft. Ein stärkeres und
719 gezieltes Engagement des Senats hätte helfen können das zu verhindern. Stattdessen bedrohen
720 die Pläne des Bundes und des Senats zum Weiterbau der A 100 gleich mehrere weitere Berliner
721 Club-Standorte.

722 Club-Standorte schützen und Kulturräume sichern

723 Wir Bündnisgrüne wollen Berlins Clubkultur erhalten und gezielt fördern. Neben dem von uns
724 eingeführten Schallschutzfonds und der Unterstützung der Arbeit der Clubcommission nutzen
725 wir sämtliche Instrumente, um der Verdrängung von Clubs, kleinen Musikspielstätten und Open-
726 Air-Formaten Einhalt zu gebieten: von einer besseren Absicherung durch planungsrechtliche
727 Vorgaben und Auflagen durch Land und Bezirke über vereinfachte Genehmigungsverfahren und die
728 gezielte Unterstützung von Zwischennutzungen bis zu unserem Einsatz für ein soziales
729 Gewerbemietrecht, die Definition von Clubs als Kultureinrichtungen im Baugesetzbuch und eine
730 Lärmschutz-Reform auf Bundesebene.

731 Förderung für Clubs einführen und Kooperationen ausbauen

732 Zukünftig müssen auch Clubs mit kuratierten Programmen eine eigene Förderkulisse bekommen.
733 Wir setzen uns für eine Förderung der künstlerischen Arbeit in der Clubkultur ein und sorgen
734 dafür, dass der Tag der Clubkultur nebst Preisgeld in der Hand der Szene bleibt. Wir stärken
735 die Vernetzung und die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Nachtökonomie und
736 wollen für akut bedrohte Orte der Clubkultur einen Notfallfonds einrichten. Ergänzend setzen
737 wir uns für eine strukturorientierte Förderung ein, die Planungssicherheit schafft und
738 nachhaltiges Wirtschaften unterstützt. Und wir unterstützen Club-Betreiber*innen, Kollektive
739 und die Clubcommission darin, die Awareness-Arbeit zu stärken und gegen Diskriminierung
740 jeglicher Art vorzugehen. Das erfolgreiche Drug-Checking-Projekt setzen wir gemeinsam fort.
741 Wir unterstützen Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Berliner Clubszene durch konkrete
742 Weiterbildungsprogramme. Wir wollen an den Erfolg der Jugendkulturkarte anknüpfen und unter
743 Einbindung der Clubs prüfen, ob ein dauerhaftes Modell, angelehnt an das Modell der
744 ClassicCard, eingeführt werden kann.

745 2.5. Soziales Berlin – gerecht, solidarisch und 746 füreinander da

747 Berlin funktioniert nur gemeinsam. Unsere Stadt lebt von Solidarität, Gerechtigkeit und dem
748 Vertrauen darauf, dass niemand zurückgelassen wird. Wir Bündnisgrüne wollen, dass alle
749 Menschen, unabhängig von Sprache, Herkunft oder Aufenthaltsstatus, in schwierigen
750 Lebenslagen schnell und unbürokratisch die Unterstützung erhalten, die sie wirklich
751 benötigen. Niemand soll an Formularen, Zuständigkeiten oder Angst vor den Behörden
752 scheitern.

753 Unser Ziel ist ein starkes soziales Netz, das Sicherheit und Chancen für alle bietet. Armut,
754 Wohnungslosigkeit oder soziale Ausgrenzung können jede*n treffen – deshalb bauen wir Hürden
755 ab und sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

756 Wir wollen eine Stadt, in der Hilfesuche kein Makel, sondern Ausdruck von Zusammenhalt ist.
757 Denn alle Menschen haben ein Recht auf die Leistungen des Sozialstaates – und auf eine
758 Gesellschaft, die stolz darauf ist, füreinander einzustehen.

759 Berlin soll ein Ort sein, an dem soziale Gerechtigkeit spürbar ist, der Nachbarschaften
760 stärkt und Gemeinschaft trägt – eine Stadt, in der Zusammenhalt die Grundlage für ein gutes
761 Leben für alle bildet.

762 Armut wirksam bekämpfen statt verwalten

763 Unser Sozialsystem soll Menschen unterstützen, nicht Bürokratie verwalten. Heute sind
764 Verfahren oft zu kompliziert und überlasten sowohl Antragstellende als auch Beschäftigte.
765 Wir wollen, dass Hilfe schneller, einfacher und gerechter ankommt und unnötige
766 Bürokratieprozesse abschaffen.

767 Dafür treiben wir Grüne die Digitalisierung der Sozial-, Jugend- und Wohnungsämter voran.
768 Digitale Prozesse sollen Anträge erleichtern, Wartezeiten verkürzen und Bürokratie abbauen.
769 Digitalisierung ersetzt dabei keine persönliche Beratung – sie schafft Freiräume für sie.
770 Ziel ist eine „One-Stop-Agency“, bei der Leistungen gebündelt und mit einem einzigen Antrag
771 bewilligt werden können. Ein erster Schritt ist die automatische Gewährung von Kinder- und
772 Elterngeld ab der Geburt nach dem Hamburger Modell „Kinderleicht zum Kindergeld“.

773
774 Um das Angebot unserer Behörden verbessern zu können, müssen wir die internen Prozesse in
775 den Verwaltungen vollständig digitalisieren. Dafür führen wir übergreifend in allen
776 Verwaltungen die E-Akte ein, sorgen für sichere Kommunikation der Daten zwischen den
777 Behörden und integrieren sichere KI-Systeme zur Reduktion der Arbeitsbelastung. Zukünftig
778 sollen Bürger*innen Daten nur einmalig vorlegen müssen. Dieser vereinfachte Datenaustausch
779 unter allen Sozial-, Jugend und Wohnungsämtern ist ein wichtiger Schlüssel, um Unterlagen
780 nicht mehrfach einreichen zu müssen sowie Bedürftigkeitsprüfungen bei gleichen oder
781 ähnlichen Maßstäben nur einmal durchzuführen.

782 Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Verwaltungsprozesse diskriminierungsfrei, barrierearm
783 und traumasensibel gestaltet sind, mit verbindlichen Standards, Fortbildungen und wirksamen
784 Beschwerdewegen. Zudem prüfen wir mehrjährige Bewilligungen und vereinfachte
785 Weiterbewilligungen, um Menschen unnötigen Aufwand zu ersparen. Mit mobilen
786 Bürger*innenämtern und mehrsprachigen, barrierearmen Angeboten wollen wir mehr Menschen
787 erreichen. Zur gezielten Armutsbekämpfung wollen wir eine Landekommission gegen Altersarmut
788 einrichten und die Schuldner*innenberatung stärken und landesweit verankern. Menschen dürfen
789 nicht, weil sie es sich nicht leisten können von Grundbedürfnissen wie Strom und Wärme
790 ausgeschlossen werden. Darum werden wir die Schlichtungsstellen und gezielte
791 Beratungsangebote bei Energieschulden ausbauen.

792 Der BerlinPass soll wieder eingeführt werden – digital oder auf Papier – und
793 einkommensschwachen Menschen einen diskriminierungsfreien und vergünstigten Zugang zu
794 Mobilität, Kultur und Freizeit bieten. Wir Grüne werden uns auf Bundesebene für den Erhalt
795 des Deutschlandtickets und eine dauerhafte Rückkehr zum Ursprungspreis von neun Euro im
796 Monat einsetzen. Bis dahin machen wir mit dem bundesweit gültigen Berliner Klimaticket den
797 Anfang: Menschen mit wenig Geld, bieten wir bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für
798 neun Euro im Monat an. Schüler*innen und Freiwilligendienstleistende fahren sogar kostenlos.

799
800 Der Erhalt von Wohnraum ist entscheidend, um Wohnungslosigkeit zu verhindern. Die
801 bezirklichen Sozialen Wohnhilfen wollen wir als Fachstellen weiter stärken und insbesondere
802 die aufsuchende Sozialarbeit und die Online-Beratung ausbauen. Die AV-Wohnen wollen wir
803 endlich rechtssicher aufstellen und dem Bremer und Hamburger Modell folgen. Neben dem
804 Mietspiegel wird dort für die Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft auch eine
805 Stichprobenerhebung der aktuellen tatsächlichen Mietkosten einbezogen. Ziel ist die

806 Schließung der sogenannten Wohnkostenlücke im Transferbezug. Die Härtefallregelungen wollen
807 wir weiter ausbauen. Die Streichung von Miet- und Heizkostenzuschüssen als Sanktion lehnen
808 wir ab. Zwangsräumungen dürfen künftig nur noch mit Ersatzwohnungen erfolgen. Zudem setzen
809 wir uns zumindest im Winter sowie für vulnerable Personen für ein Zwangsräumungsmoratorium
810 ein.

811 Zugang zu regulärem Wohnraum verwirklichen

812 Wer seine Wohnung verliert, landet oft in einem Teufelskreis aus Notunterkünften,
813 Unsicherheit und fehlender Perspektive. Wohnungslosigkeit darf jedoch nicht zum Dauerthema
814 werden – unser Ziel ist die Vermittlung in regulären Wohnraum.

815 Wir Bündnisgrüne wollen den begonnenen Prozess der gesamtstädtischen Unterbringung
816 abschließen und Unterkünfte qualitativ verbessern. Dazu gehören verbindliche
817 Mindeststandards, Schutzkonzepte gegen Gewalt, verlässliche Sozialberatung und unabhängige
818 Beschwerdestrukturen, damit Unterbringung Würde schützt und Perspektiven eröffnet. Mit dem
819 Landesamt für Unterbringung schaffen wir eine moderne Verwaltung, die Unterbringung
820 koordiniert und aktiv Wohnangebote entwickelt. Dabei setzen wir auf dezentrale
821 Einrichtungen, die Integration in den Sozialraum ermöglichen. Die Bezirke sollen hierfür
822 eine jährliche Pauschale pro Unterbringungsplatz erhalten. Langfristig wollen wir, dass die
823 Unterbringung nur noch gemeinnützig erfolgen darf.

824 Sozialen Wohnungsbau und Unterbringung wollen wir enger verzahnen, um Übergänge in
825 dauerhafte Mietverhältnisse zu erleichtern. Wir wollen ein „Haus der Hilfe“ etablieren, das
826 eine zentrale Anlaufstelle für obdachlose Menschen ist. Den Profit mit Wohnungslosigkeit
827 beenden wir, indem wir das Geschützte Marktsegment ausbauen: Eine städtische Akquiseinheit
828 soll mehr Vermieter*innen gewinnen und vermitteln. Die Mietausfallgarantie wird auf zehn
829 Jahre verlängert, damit jede an wohnungslose Menschen vermietete Wohnung abgesichert ist.

830 Mit Bürgschaften, Förderprogrammen und dem Generalmietermodell stärken wir soziale Träger
831 beim Bau und der Bereitstellung von Wohnraum. Den Härtefallfonds für Energieschulden führen
832 wir fort, um Wohnungsverlust zu verhindern.

833 Wege aus der Obdachlosigkeit ermöglichen

834 Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck sozialer Not – und sie
835 darf in einer solidarischen Stadt kein Dauerzustand sein. Wir Grüne wollen mit einem klaren
836 Aktionsplan gegen Straßenobdachlosigkeit den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ebnen.

837 Dazu werden wir den Zugang zu menschenwürdigen Unterkünften erleichtern, insbesondere für
838 EU-Bürger*innen ohne Leistungsanspruch, und die Kältehilfe ganzjährig mit einem 24/7-Angebot
839 absichern. Mehrsprachige Beratung und Spezialangebote für besonders vulnerable Gruppen –
840 etwa Frauen sowie Lesben, Schwule, Bisexuellen, trans*, inter* und queere Menschen
841 (LSBTIQ*), Minderjährige, Sexarbeitende und Menschen mit Behinderung – werden gezielt
842 ausgebaut. „Keine Unterbringung ohne Beratung“ bleibt unser Leitprinzip.

843 Wir stärken neben der ganzjährigen Kältehilfe Tages- und Hitzehilfeangebote sowie
844 Beschäftigungs- und Teilhabeprojekte, um den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern. In
845 der Gesundheitsversorgung wollen wir die niedrighschwelligen Gesundheitszentren und
846 Krankenwohnungen ausbauen und den Zugang zu medizinischer Behandlung auch ohne Versicherung
847 verbessern. Zusätzlich wollen wir als Übergangslösung ausreichend sogenannte Safe Places
848 beispielsweise in Tiny Houses ermöglichen, um obdachlosen Menschen die Möglichkeit zu geben,
849 in Ruhe ihre Lebensverhältnisse zu sortieren. Ebenso stärken wir die psychosoziale

850 Versorgung durch eine enge Zusammenarbeit von Straßensozialarbeit und psychosozialen
851 Diensten direkt in den Kiezen.

852 Mit dem Programm „Housing First“ ermöglichen wir wohnungslosen Menschen den unmittelbaren
853 Zugang zu eigenem Wohnraum – ohne Vorbedingungen. Wir wollen es ausbauen und gemeinsam mit
854 den Landeseigenen Wohnungsunternehmen mehr Wohnungen bereitstellen. Für Housing First und
855 Familien sollen eigene Leistungstypen nach § 67 SGB XII geschaffen werden.

856
857 Die Situation obdachloser EU-Bürger*innen in Berlin hat sich in den letzten Jahren immer
858 weiter zugespitzt. Die Betroffenen sind überwiegend vom Zugang zu Notunterkünften, sozialen
859 Diensten und der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen – mit der Folge, dass sie sich in
860 einer besonders prekären Lebenslage befinden. Wir werden uns gegenüber dem Bund für die
861 sozialen Rechte von Unionsbürger*innen einsetzen.

862 Soziale Orte mit Begegnung schaffen

863 Die beste Prävention gegen Armut und Einsamkeit ist ein starkes soziales Umfeld. Wir Grüne
864 wollen soziale Angebote nah an den Menschen schaffen, gemeinsam weiterentwickeln und
865 gemeinnützige soziale Dienstleister besser vernetzen und unterstützen. Bislang werden
866 sozialräumliche Strukturen wie Altenhilfe, mobile Nachbarschaftsarbeit, Quartiersmanagement
867 oder Wohnungsnotfallhilfe oft isoliert betrachtet. Wir wollen diese integriert denken und
868 koordinieren, damit sie sich gegenseitig stärken.

869 Unser Ziel sind offene Orte der Begegnung, Beratung und Unterstützung, die allen Menschen
870 zugänglich sind – unabhängig von Herkunft oder Alter. Diese nichtkommerziellen Räume bieten
871 Chancen für Austausch, Teilhabe und Gemeinschaft. Mit mobiler Stadtteilarbeit wollen wir
872 Menschen erreichen, denen der Weg in ein Nachbarschaftszentrum bislang zu hochschwellig ist.

873 Mit einem Altenhilfestrukturensetz wollen wir die Angebote für Menschen über 60 Jahre
874 bündeln, vernetzen und verlässlich finanzieren. Gleichzeitig entwickeln wir mit einer
875 Landesstrategie gegen Einsamkeit Maßnahmen, um gezielt Menschen zu erreichen, die von
876 sozialer Isolation betroffen sind. Das Seniorenmitwirkungsgesetz werden wir partizipativ
877 reformieren, damit ältere Berliner*innen ihre Interessen aktiv einbringen können.

878 Um soziale Ungleichheiten vor Ort gezielt zu bekämpfen, wollen wir die Bezirke mit
879 Flexibudgets für besonders belastete Nachbarschaften ausstatten. So können sie präventiv und
880 nachhaltig auf soziale Herausforderungen reagieren. In diesen Kiezen wollen wir gezielt
881 niedrigschwellige Strukturen wie Sozial- und Schuldnerberatung, Arbeitsmarktunterstützung,
882 Bildungsangebote und Stadtteilarbeit stärken und enger miteinander verzahnen. Ziel ist es,
883 staatliche Angebote so auszugestalten, dass sie erreichbar, wirksam und miteinander
884 abgestimmt sind. So wollen wir Überschuldung, prekäre Beschäftigung und soziale Ausgrenzung
885 frühzeitig abfedern und den Zugang zu Teilhabe, Arbeit und Perspektiven im Kiez erleichtern.

886 Ehrenamt stärken und Zuwendungen vereinfachen

887 Ehrenamtliches Engagement ist ein tragender Bestandteil des sozialen, kulturellen und
888 demokratischen Lebens in Berlin. In Nachbarschaften, Vereinen und Initiativen tragen
889 Engagierte dazu bei, Einsamkeit zu reduzieren, Teilhabe zu ermöglichen, Integration zu
890 fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ehrenamt ergänzt staatliche
891 Leistungen dort, wo formelle Angebote allein nicht ausreichen. Ehrenamt trägt bei den
892 Engagierten selbst zur persönlichen Weiterentwicklung, dem Aufbau ergänzender sozialer

893 Kontakte und der Eröffnung neuer Horizonte bei. Die Berliner Ehrenamtskarte bauen wir als
894 zentrales Anerkennungsinstrument weiter aus.

895 Damit Engagement und soziale Projekte dauerhaft wirken können, wollen wir das
896 Zuwendungsrecht vereinfachen und mehrjährige Förderungen ermöglichen. Viele Initiativen und
897 gemeinnützige Organisationen müssen jedes Jahr um ihre Finanzierung bangen – das schafft
898 Unsicherheit. Wir sorgen für Planungssicherheit und Entbürokratisierung, damit Engagement
899 überall in der Stadt dort ankommt, wo es gebraucht wird: bei den Menschen.

900 Freiwilligendienste fördern und für alle ermöglichen

901 Mit ihrem Freiwilligendienst leisten jedes Jahr tausende junge Menschen in Berlin einen
902 wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Wir wollen diese jungen Menschen in ihrem
903 freiwilligen Engagement stärken und prüfen, wie wir mehr Menschen – unabhängig von ihren
904 finanziellen Ressourcen – dies ermöglichen können. Die Anzahl der Freiwilligenplätze wollen
905 wir absichern und erhöhen. Zu diesem Zwecke erhöhen wir schrittweise deutlich das
906 Taschengeld und Freiwilligendienstleistende fahren mit dem Berliner Klimaticket bundesweit
907 kostenlos. Der Senat soll alle jungen Menschen bei Schulabgang in einem Brief über die
908 Möglichkeiten einen Freiwilligendienst zu absolvieren, informieren und zu einer persönlichen
909 Beratung einladen.

910 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 2)

911 Eigentum verpflichtet, auch auf dem Wohnungsmarkt – das Bezahlbare-
912 Mieten-Gesetz

913 Wir Bündnisgrüne schaffen ein Bezahlbare-Mieten-Gesetz. Das Gesetz macht eine Sozialquote
914 bei der Wiedervermietung von Wohnraum verbindlich. Vermieter*innen mit mehr als 50 Wohnungen
915 müssen gestaffelt nach Anzahl ihrer Wohnungen einen bestimmten Anteil ihrer Neuvermietungen
916 zu bezahlbaren Mieten, mindestens aber 20 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete,
917 vermieten.

918 Vermieter*innen, die sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, müssen die Einsetzung
919 von Treuhändern und Instandhaltungsmaßnahmen dulden, die auf ihre Kosten umgesetzt werden,
920 damit der Wohnraum langfristig und dauerhaft in einem guten Zustand bleibt. Wirkt das alles
921 nicht und werden sie mehrfach abgemahnt, müssen sie im Laufe von zwei Jahren ihre Wohnungen
922 – vorzugsweise an ein landeseigenes Unternehmen – veräußern.

923 Bürobau stoppen – Leerstand nutzen

924 In Berlin stehen über 1,7 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer. Wir wollen den Umbau von
925 Büros zu bezahlbarem Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo immer es
926 möglich ist, sollen ungenutzte Büroflächen in Wohnungen umgewandelt werden. Berlin braucht
927 derzeit keine neuen Bürogebäude, sondern die bessere Nutzung der bestehenden Bauten. Daher
928 werden wir ein Moratorium für den Neubau von Bürogebäuden verhängen und kein weiteres
929 Baurecht für neue Bürogebäude erteilen. Wir wollen statt dessen für die Schaffung von Wohnraum
930 sorgen.

931 Bezahlbare Mobilität für alle - mit den sozialen Klimaticket

932 Für mehr Bezahlbarkeit im Alltag und effektiveren Klimaschutz schaffen wir einen Nahverkehr,
933 der für alle zugänglich, sicher und bezahlbar ist – unabhängig von Alter, Einkommen oder
934 Mobilitätsbedarf. Und eine Mobilität über Berliner Landesgrenzen hinaus. Wir Grüne werden
935 uns auf Bundesebene für den Erhalt des Deutschlandtickets und eine dauerhafte Rückkehr zum
936 Ursprungspreis von neun Euro im Monat einsetzen. Bis dahin machen wir mit dem bundesweit
937 gültigen Berliner Klimaticket den Anfang: Menschen mit wenig Geld bieten wir bezahlbare und
938 klimafreundliche Mobilität für neun Euro im Monat an. Schüler*innen und
939 Freiwilligendienstleistende fahren sogar kostenlos.

Beschluss (vorläufig) Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 3 des Landeswahlprogramms (Mobilität, Verkehr, Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft, Europa, Finanzen)

Berlin steht für Aufbruch und Wandel, für die Kraft, Neues zu wagen und Chancen zu nutzen. Doch die Stadt steht an einem Wendepunkt: marode Brücken, ausfallende Züge, verstopfte Straßen und fehlende Investitionen bremsen sie aus. Damit Berlin funktioniert, braucht es eine Infrastruktur, die trägt, und eine Mobilität, die alle mitnimmt. Wir Bündnisgrüne wollen eine Stadt, in der man zuverlässig und bequem von A nach B kommt, ob mit Bus oder Bahn, Auto, Fahrrad oder zu Fuß. Und zwar in der ganzen Stadt – von Frohnau bis Köpenick, von Spandau bis Marzahn. Eine echte Verkehrswende ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, dass alle besser vorankommen, auch die, die auf das Auto angewiesen sind. So wird Berlin nicht nur sicherer, sauberer und klimafreundlicher, sondern auch gerechter.

Berlin war immer auch Stadt der Ideen, der Kreativen, Wissenschaftler*innen und Gründer*innen. Hier wird Zukunft gemacht: in Laboren, Werkstätten, Studios, Hochschulen, solidarischen Unternehmen und Start-ups. Als europäische Metropole profitiert Berlin besonders von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union – sie macht unsere Stadt innovativer, vielfältiger und wirtschaftlich stärker. Wir wollen diese Innovationskraft entfesseln, statt sie durch Kürzungen, Bürokratie und Unsicherheit auszubremsen. Dafür schaffen wir gute Arbeitsbedingungen, fördern Wissenschaft und Forschung, stärken die Innovationskraft unserer Wirtschaft und sichern Fachkräfte für die Zukunft. Eine Stadt, die Handwerk, Kreativwirtschaft, Industrie und Forschung verbindet, die Arbeitsplätze sichert, in Zukunftsindustrien investiert und wirtschaftliche Stärke mit Klimaschutz und Resilienz vereint. Für uns ist klar: Nur mit einer funktionierenden Infrastruktur, einer gut aufgestellten Wissenschaftspolitik und einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik bleibt Berlin zukunftsfest.

Zukunftsfest heißt für uns auch: vorausschauend investieren, solide wirtschaften und Verantwortung übernehmen. Wir Grüne wollen, dass Berlin handlungsfähig bleibt: sozial, ökologisch und ökonomisch. Wir setzen finanziell Prioritäten für Bereiche, wo öffentliche Mittel bei den Menschen ankommen: funktionierende Schulen und Hochschulen, klimafreundliche Infrastruktur und stabile soziale und kulturelle Angebote. So machen wir Berlin handlungsfähig, heute und für kommende Generationen. Unser Ziel ist ein Berlin, das funktioniert: resilient in der Krise, stark im Wandel und solidarisch im Zusammenhalt.

3.1. Konsequente Verkehrswende – Mobilität für alle schaffen

Berlin lebt von Bewegung, Begegnung und Vielfalt. Damit unser Alltag funktioniert, müssen wir zuverlässig von A nach B kommen. Mobilität ist die Grundlage unseres urbanen Lebens und unserer Freiheit. Sie darf keine Frage des Einkommens, des Wohnorts oder des Alters sein. Doch die Realität sieht derzeit anders aus: Busse kommen zu spät, U-Bahnen fallen aus, Radwege enden im Nichts und zu viele Straßen sind gerade für Kinder, Senior*innen und Menschen mit Behinderungen gefährlich. Das Ergebnis sind Staus, Stress und Frust. Schon heute werden 80 Prozent der Wege innerhalb Berlins im Umweltverbund, also zu Fuß, mit dem Rad oder mit Bus und Bahn zurückgelegt. Doch anstatt diese Verkehrsarten zu fördern, stärkt

41 der Senat weiter einseitig den Autoverkehr und stellt sich damit gegen das Mobilitätsgesetz.
 42 Die Bilanz von Schwarz-Rot ist ernüchternd: Unfälle mit mehr Verkehrstoten und Verletzten,
 43 Busse und Bahnen fallen aus und alle stehen im Stau. Diese Politik nimmt den Menschen Zeit,
 44 Sicherheit und Lebensqualität.

45 Wir Bündnisgrüne haben eine andere Vorstellung: Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, in
 46 der Mobilität wieder funktioniert: bequem und zuverlässig für alle. Unsere
 47 Mobilitätsgarantie stellt sicher, dass es ein attraktives und zuverlässiges Angebot von Bus
 48 und Bahn in ganz Berlin und der gesamten Metropolregion gibt. Wir setzen uns deshalb dafür
 49 ein, dass in Berlin der Zehn-Minuten-Takt als Basisangebot ausgeweitet wird. Ob im
 50 Märkischen Viertel, in Marzahn oder in Mitte: Busse und Bahnen kommen pünktlich, auch abends
 51 und am Wochenende. Metropolen weltweit wie Paris, London oder New York zeigen wie
 52 Verkehrsberuhigungen und sichere Radwege die Lebensqualität verbessern. Wenn wir Berlin
 53 regieren, investieren wir in einen funktionierenden Nahverkehr sowie in sichere Radwege und
 54 barrierefreie Gehwege. Wir schaffen Schulzonen und sichere Schulwege von der Haustür bis zum
 55 Schuleingang und gestalten lebenswerte Kieze, in denen man entspannt zu Fuß gehen kann. So
 56 entlasten wir die Straßen, senken Lärm und Luftbelastung, verhindern, dass Rettungsdienste
 57 auf dem Weg zu Einsätzen wertvolle Zeit im Stau verlieren, und steigern die Lebensqualität
 58 für alle. Man muss kein Auto mehr besitzen, um mobil zu sein – alle können sich frei und
 59 unabhängig bewegen. Und wer auf ein Auto angewiesen ist – beispielsweise Handwerker*innen,
 60 Lieferverkehr oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen – für die gibt es mehr reservierte
 61 Parkplätze wie Lieferbereiche und Behindertenparkplätze. Wir teilen die Ziele der Initiative
 62 „Berlin autofrei“ für mehr Lebensqualität und Verkehrssicherheit in Berlin durch eine
 63 Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und der Stärkung des Umweltverbundes. Wir
 64 wollen gemeinsam mit der Initiative, der Zivilgesellschaft und den Berliner*innen an der
 65 Umsetzung dieser Vision arbeiten. Über die nun anstehende Debatte für den besten Weg und die
 66 klügsten Maßnahmen zur Umsetzung der Verkehrswende, die anhand des Gesetzesvorschlags der
 67 Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ nun geführt werden kann, freuen wir uns sehr.
 68 Wir halten es für richtig, über den Gesetzentwurf im direktdemokratischen Verfahren des
 69 Volksentscheids abstimmen zu lassen.

70 Wir setzen auf die Stärkung sicherer Geh- und Radwege sowie von Bus und Bahn. Das
 71 kombinieren wir mit einem guten Sharing Angebot sowie unserem Vorschlag zum fairen Parken –
 72 und ermöglichen Menschen damit so mobil zu sein, wie sie wollen.

73 Grüne Mobilität ist Klimaschutz. Denn wenn wir Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr stärken,
 74 senken wir klimaschädliche Emissionen, verbessern die Luftqualität und machen Berlin
 75 resilient gegenüber Hitze und Starkregen. Die Flächen für mehr Stadtgrün und Klimaanpassung
 76 schaffen wir, ohne den Raum für Rad- und Fußverkehr einzuschränken. Unser Ziel ist klar: Mit
 77 einer integrierten Umsetzung von Mobilitäts- und Klimaanpassungsgesetz knüpfen wir dort an,
 78 wo wir dort an, wo wir aufgehört haben, bevor CDU und SPD die Mobilitätswende gestoppt haben.
 79 Wir bringen Berlin wieder in Bewegung – sicher, sauber und zukunftsfest.

80 Nahverkehr sicher und zugänglich gestalten

81 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss für alle sicher und angenehm sein. Wir Grüne
 82 sorgen für mehr Sicherheit und Sauberkeit auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, damit sich
 83 alle Fahrgäste wohlfühlen. Frauen sowie weitere Gruppen wie queere oder Schwarze Menschen
 84 fühlen sich derzeit im ÖPNV nicht sicher. Zum Schutz vor Übergriffen und Belästigung wollen
 85 wir Abteile für Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen (FLINTA*)
 86 in der U-Bahn erproben und die Präsenz entsprechend geschulter Sicherheitsmitarbeitenden der
 87 Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ausbauen. Darüber hinaus wollen wir jede Form von

88 Diskriminierung im Nahverkehr, wie sie beispielsweise bei Ticketkontrollen vorkommen,
89 bekämpfen und setzen auf die Umsetzung entsprechender Schulungen und Strukturen bei BVG und
90 S-Bahn. So schaffen wir einen Nahverkehr, in dem sich alle frei und sicher bewegen können.
91 Auch der Weg zu Bus und Bahn wird von vielen Menschen als unsicher wahrgenommen. Daher
92 wollen wir ausreichende Beleuchtung auf den Wegen zu Haltestellen umsetzen.

93 Wir machen den Nahverkehr für alle zugänglich, bezahlbar und barrierefrei. Wir wollen
94 schrittweise alle Bushaltestellen und Bahnhöfe vollständig barrierefrei gestalten – mit
95 Aufzügen, Rolltreppen, Leitsystemen und sicheren Zugängen für Menschen mit Rollstühlen oder
96 Rollatoren. Damit schaffen wir Mobilität ohne Hürden für jede Generation.

97
98 Auch im Umgang mit Fahren ohne Fahrschein wollen wir mehr Gerechtigkeit schaffen. Solange
99 das Thema auf Bundesebene nicht entkriminalisiert ist, setzen wir uns nach dem Vorbild von
100 Potsdam dafür ein, dass BVG und S-Bahn nicht länger verpflichtet sind, Strafanzeigen zu
101 erstatten. Es bleibt beim Bußgeld, doch wir entlasten damit die Justiz, sparen Haftkosten
102 und schaffen einen sozial gerechteren Umgang mit diesen Fällen.

103 Wir Grüne werden uns auf Bundesebene für den Erhalt des Deutschlandtickets einsetzen, wollen
104 den Preis stabil halten und vergünstigte Angebote wie das Sozial- und Senior*innenticket auf
105 Basis des Deutschlandtickets ausbauen. Dazu gehören auch bessere Angebote für junge
106 Menschen: wir machen die Kindermitnahme kostenfrei und schaffen nach Vorbild des
107 Semestertickets ein ermäßigtes Deutschlandticket für alle Auszubildenden, das auch für die
108 Teilnehmenden von Freiwilligendiensten gilt. Das bisherige VBB-Schüler*innenticket wollen
109 wir nach Hamburger Vorbild in ein kostenloses Deutschlandticket umwandeln. Außerhalb der
110 nachfragestarken Spitzenzeiten machen wir die Fahrradmitnahme mit dem Semester-, Azubi- und
111 Schüler*innenticket kostenlos. Außerdem forcieren wir die Ausweitung des Jobtickets als von
112 Arbeitgeber*innen mitfinanziertes Deutschlandticket. So schaffen wir einen Nahverkehr, der
113 für alle zugänglich, sicher und bezahlbar ist – unabhängig von Alter, Einkommen oder
114 Mobilitätsbedarf. Und eine Mobilität über Berliner Landesgrenzen hinaus. Bei Vergünstigungen
115 stellen wir weiterhin sicher, dass der laufende Betrieb sowie der Ausbau für bessere
116 Angebote finanziert sind.

117 BVG und S-Bahn aus der Krise befreien

118 Wir Bündnisgrüne wollen die aktuellen Krisen bei BVG und S-Bahn lösen. Ständige Ausfälle,
119 Verspätungen und unzuverlässige Takte müssen der Vergangenheit angehören. Dafür wollen wir
120 die Modernisierung der maroden Signal- und Stellwerkstechnik bei der S-Bahn deutlich
121 beschleunigen, moderne Busse sowie S- und U-Bahn-Wagen in ausreichender Zahl kaufen, damit
122 die ständigen Störungen bei alten Zügen nicht mehr den Nahverkehr lahmlegen. Den
123 Personalmangel wollen wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung beheben.
124 Dazu gehört auch, dass Fahrer*innen an Wendestellen ausreichend Zeit und angemessene
125 Bedingungen wie beispielsweise saubere Toiletten vorfinden. Wir wollen die aktuelle
126 Abwärtsspirale von weniger Angebot, sinkenden Landeszuschüssen und zu geringen Investitionen
127 durchbrechen. Wir Berliner*innen sind auf zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen – das
128 machen wir zur Priorität. Zu oft stecken Busse und Straßenbahnen aber auch im Stau fest. Um
129 das zu ändern, wollen wir dem Nahverkehr an Ampeln und mit neuen Busspuren Vorrang geben.

130 Die BVG wird transparenter. Mit korrekten Echtzeitinformationen zu Ausfällen und
131 Verspätungen sowie einer besseren Fahrgastkommunikation stellen wir sicher, dass sich alle
132 Fahrgäste auf ihren Nahverkehr verlassen können. Verlässliche Informationen bedeuten weniger
133 Stress im Alltag. Attraktiver Nahverkehr muss aber auch für die Beschäftigten attraktiv
134 sein. Dazu gehören für uns vor allem gute Arbeitsbedingungen und eine faire, vorbildliche

135 Bezahlung bei BVG und S-Bahn. Denn ein zuverlässiger, kund*innenfreundlicher Nahverkehr kann
136 nur gelingen, wenn die Menschen, die ihn täglich am Laufen halten, die Anerkennung und
137 Sicherheit bekommen, die sie verdienen. Darum setzen wir uns für eine Personaloffensive ein:
138 mit gezielten Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen, familienfreundlichen Schichtplänen,
139 besserem Gesundheitsschutz und aktiver Fachkräftegewinnung. So sorgen wir dafür, dass die
140 BVG und die S-Bahn auch in Zukunft ausreichend Personal haben und die Berliner*innen auf
141 einen starken ÖPNV zählen können.

142 Wir Grüne werden die ÖPNV-Krise lösen und unseren bis 2023 eingeschlagenen Weg für einen
143 attraktiven Nahverkehr fortsetzen. Dazu sichern wir einen verlässlichen Nahverkehr ohne
144 Kürzungen und investieren in 1.500 neue U-Bahn-Wagen, ein erweitertes Busangebot und eine
145 emissionsfreie E-Bus-Flotte.

146 Attraktive Mobilitätsangebote bereitstellen

147 Wir wollen den ÖPNV konsequent stärken und ausbauen. Wir sorgen für dichte Takte, längere
148 Trams und bessere, zuverlässigere Verbindungen – mit neuen Straßenbahnlinien und dem Ausbau
149 von S- und Regionalbahn im Rahmen der i2030-Projekte, die durch fehlende Finanzierung durch
150 die CDU ausgebremst wurden. Wir wollen die Planungen finanziell absichern und setzen uns für
151 eine beschleunigte Umsetzung sowie mehr Unterstützung durch den Bund ein. Unser Ziel ist, die
152 Berliner Außenbezirke besser an Brandenburg anzuschließen und so Mobilität über die
153 Landesgrenze hinweg deutlich zu verbessern. Wir wollen dazu den zweigleisigen Ausbau von S-
154 Bahn-Linien fortsetzen, um Taktverdichtungen mit dem Ziel eines 10-Minuten-Takts zu
155 ermöglichen. Wir wollen endlich die Heidekrautbahn sowie die Siemensbahn fertigstellen und
156 die vielen weiteren Ausbauprojekte fortsetzen. Wir treiben die Nahverkehrstangente zwischen
157 Köpenick, Lichtenberg und Marzahn mit höchster Priorität voran und schließen damit den
158 zweiten Bahnring. Unser Ziel ist die Schließung von Lücken im Netz. Dafür treiben wir auch
159 die Erweiterung des S-Bahn- und Tramnetzes voran und prüfen welche Erweiterungen und
160 Neubaumaßnahmen im Rahmen des U-Bahnnetzes umsetzbar sind. Entscheidende Kriterien sind ein
161 positives Nutzen-Kosten-Verhältnis, hohe Fahrgastgewinne und zusätzliche Netzverknüpfungen.
162 So werden die äußeren Stadtteile endlich besser angebunden, Pendelzeiten verkürzt und neue,
163 direkte Verbindungen geschaffen – für eine spürbar schnellere und komfortablere Mobilität
164 auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Unser Ziel ist es, langfristig auch Reinickendorf an den
165 Regionalverkehr anzubinden, um schneller mit anderen Bezirken sowie Brandenburg verbunden zu
166 sein. Grundlage für den notwendigen ÖPNV-Ausbau ist für uns der Nahverkehrsplan, den wir
167 weiter mit Hochdruck umsetzen wollen. Wo der Bahnausbau nicht schnell genug vorangeht,
168 schaffen wir mit Bussen schon mal vorab bessere Verbindungen zwischen den Ortsteilen. Zur
169 Stärkung von Verbindungen außerhalb der Innenstadt setzen wir uns für den Ausbau der
170 Elektrifizierung der Fernbahngleise des Berliner Innenrings und die vermehrte Nutzung durch
171 Regionalverkehr ein.

172 Mit Angeboten wie Kiezbushlinien wollen wir auch Nachbarschaften besser an S- und U-Bahn
173 anbinden, in denen der Weg zur nächsten Haltestelle heute noch lang ist. Dazu gehören z.B.
174 Gebiete wie die Frankfurter Allee Süd, der nördliche Kaskelkiez oder der Carlsgarten in
175 Karlshorst.

176 Ein Schwerpunkt liegt für uns zudem auf dem Ausbau der Straßenbahn – den Tramstopp der CDU
177 machen wir Bündnisgrüne rückgängig. Wir bauen das Tramnetz konsequent aus und machen es
178 schneller, leiser und attraktiver. Mit dichter Taktung und Ampelvorrang sowie
179 Priorisierung der Planung neuer Straßenbahnlinien, sorgen wir für mehr Verlässlichkeit und
180 ein attraktives Angebot. Bei der Planung neuer Straßenbahnstrecken wenden wir einen
181 integrierten Planungsansatz an, um den gesamten Straßenraum für mehr Sicherheit, Klimaschutz

182 und Lebensqualität in den Blick zunehmen. Das Zielnetz des Bündnis Pro Straßenbahn stellt
183 für uns eine wichtige Grundlage für den langfristig anzustrebenden Tramausbau dar und die
184 nicht im Widerspruch zur individuellen Entscheidung stehen das Auto weiterhin zu nutzen. Wir
185 wollen Berlin zu einer Stadt der gerechten Mobilität machen, in der die Fläche gerecht
186 verteilt ist. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit durch einen funktionierenden, öffentlichen
187 Nahverkehr und sichere Rad- und Fußwege. Wir setzen uns dafür ein, dass nach Möglichkeit U-
188 Bahnen nicht nur am Wochenende, sondern auch unter der Woche nachts durchgängig fahren.
189 Zugleich setzen wir uns für mehr Schutz vor Lärm im Verkehr ein. Dafür setzen wir den
190 Lärmaktionsplan mit mehr Tempo 30 und weiteren Maßnahmen gegen Straßen- und Schienenlärm um.

191 Sharing-Angebote bauen wir überall in Berlin aus. Wir machen Fahrrad-, Lastenrad- und Car-
192 Sharing in allen Bezirken verfügbar – besonders auch in den Ortsteilen außerhalb des S-Bahn-
193 Rings. Ein öffentlich gefördertes Leihradsystem wird wieder eingeführt und in den ÖPNV-Tarif
194 integriert. Zudem unterstützen wir die Idee eines Abo-Angebots für alle Sharing-Angebote in
195 der Jelbi-App, damit Verkehrsmittel flexibel und günstig kombiniert werden können. Für eine
196 geordnete und sichere Sharing-Mobilität setzen wir auf den Ausbau von vielen neuen Jelbi-
197 Standorten in ganz Berlin mit dem Ziel, schwerpunktmäßig die Ortsteile außerhalb des S-Bahn-
198 Rings gut anzubinden. Jelbi-Stationen und Mobilitätshubs schaffen bequeme Umstiege,
199 stationäres Car-Sharing wird sichtbarer im Straßenraum. Auch privates Car-Sharing in den
200 Kiezen fördern wir. So wird Teilen einfacher, günstiger und alltagstauglich – für flexible
201 Mobilität ohne eigenes Auto. Wir beenden außerdem das E-Scooter-Chaos. Sharing-Angebote
202 bauen wir überall in Berlin aus. Wir machen Fahrrad-, Lastenrad- und Car-Sharing in allen
203 Bezirken verfügbar – besonders auch in den Ortsteilen außerhalb des S-Bahn-Rings. Ein
204 öffentlich gefördertes Leihradsystem wird wieder eingeführt und in den ÖPNV-Tarif
205 integriert. Zudem unterstützen wir die Idee eines Abo-Angebots für alle Sharing-Angebote in
206 der Jelbi-App, damit Verkehrsmittel flexibel und günstig kombiniert werden können. Für eine
207 geordnete und sichere Sharing-Mobilität setzen wir auf den Ausbau von vielen neuen Jelbi-
208 Standorten in ganz Berlin mit dem Ziel, schwerpunktmäßig die Ortsteile außerhalb des S-Bahn-
209 Rings gut anzubinden. Jelbi-Stationen und Mobilitätshubs schaffen bequeme Umstiege und
210 stationäres Car-Sharing wird sichtbarer im Straßenraum. Auch privates Car-Sharing in den
211 Kiezen fördern wir. So wird Teilen einfacher, günstiger und alltagstauglich – für flexible
212 Mobilität ohne eigenes Auto. Wir beenden außerdem das E-Scooter-Chaos. Insbesondere in
213 Kiezen, wo wenig öffentlicher Raum zur Verfügung steht, dürfen E-Scooter und Leihräder nur
214 noch an festen Stationen abgestellt werden. Aber auch außerhalb dieser Bereiche werden wir
215 dafür sorgen, dass nicht ordnungsgemäß abgestellte Leihräder und E-Scooter für die Anbieter
216 nicht ohne Konsequenzen bleiben, damit insbesondere Menschen mit Behinderung gut und sicher
217 alle Wege nutzen können. So stärken wir die Barrierefreiheit und schaffen mehr Sicherheit,
218 Flexibilität und Erreichbarkeit für alle Menschen in der Stadt..

219 Fußverkehr stärken

220 Fußverkehr ist die natürlichste und gesündeste Fortbewegungsart und wird von allen
221 Verkehrsteilnehmer*innen entweder für den gesamten Weg oder für Teilstrecken bei weiterer
222 Nutzung von Bahnen, Bussen, Autos oder Fahrrädern praktiziert. Hierbei schließen wir unter
223 dem Fußverkehr auch die Fortbewegung unter Nutzung von Hilfsmitteln, wie Rollstühlen,
224 Rollatoren o.ä. ein. Wer zu Fuß unterwegs ist, soll sicher und ohne Hektik über die Fahrbahn
225 kommen. Fußgänger*innen brauchen breite, barrierefreie Wege, ausreichend viele und sichere
226 Querungen, sowie Sitzgelegenheiten, damit alle Generationen mobil bleiben können. Wir wollen
227 die Grünphasen der Ampeln für die Fußgänger*innen verlängern. Um die häufigen Unfälle beim
228 Rechtsabbiegen zu vermeiden, trennen wir künftig standardmäßig die Ampelphasen des
229 abbiegenden Verkehrs von zu Fuß Gehenden, die geradeaus gehen. Ebenfalls wollen wir in

230 Berlin weitere Shibuya-Kreuzungen einführen bei denen Fußgänger*innen Kreuzungen auch quer
231 kreuzen können um die Wartezeiten für Fußgänger*innen zu verkürzen. Damit schaffen wir
232 sichere Ampeln und Straßen, auf denen es Freude macht, zu Fuß unterwegs zu sein. Dazu wollen
233 wir auf Gehwegen mehr Platz schaffen, damit auch Menschen mit Rollstühlen, Kinderwagen oder
234 Rollatoren ungehindert aneinander vorbeikommen. Für mehr Klimaschutz werden wir ehemalige
235 Flächen des Rad- und Autoverkehrs auf Gehwegen entsiegeln.

236 Radfahren wird endlich alltagstauglich. Wir Grüne beenden den Radwegestopp und vollenden das
237 Radverkehrsnetz mit sicheren, durchgängigen Radwegen an Hauptstraßen; in Nebenstraßen
238 richten wir Fahrradstraßen ein und bauen mehr Fahrradabstellanlagen – für ein entspanntes
239 und sicheres Radfahren im Alltag. Die drei am weitesten fortgeschrittenen
240 Radschnellverbindungen – die Ost-, West- und Wannseeroute – bringen wir schnell in die
241 Umsetzung und machen uns für die Weiterführung nach Brandenburg stark. Damit Radfahren auch
242 auf Kopfsteinpflasterstraßen komfortabel möglich ist, wollen wir Bündnisgrüne in
243 Nebenstraßen Kopfsteinpflaster tauschen; für denkmalgeschützte Straßenabschnitte möchten wir
244 auch das neue Verfahren des Abfräsens der Oberfläche einsetzen, wie wir dies bereits am
245 Priesterweg in Tempelhof-Schöneberg erfolgreich erprobt haben. Die infraVelo, die die
246 Radschnellverbindungen sowie andere wichtige Fahrradprojekte plant und umsetzt, stärken wir
247 und reaktivieren die Projekteinheit Radwege.

248 Radverkehr fördern

249 Wer zu Fuß unterwegs ist, soll sicher und ohne Hektik über die Straße kommen. Darum wollen
250 wir an Ampeln die Grünphasen für Fußgänger*innen verlängern – besonders wichtig für Kinder,
251 ältere Menschen und alle mit eingeschränkter Mobilität. Damit schaffen wir
252 fußgänger*innenfreundliche Ampeln. Um die häufigen Rechtsabbiege-Unfälle zu vermeiden,
253 trennen wir die Ampelphasen von abbiegenden Autos und Radfahrenden und zu Fuß Gehenden, die
254 geradeaus unterwegs sind, künftig standardmäßig. Außerdem wollen wir den grünen Abbiegepeil
255 für Radfahrende stärker ausweiten, damit Radverkehr flüssiger und sicherer wird. So machen
256 wir Berlins Straßen sicher und fußgänger*innenfreundlich für alle.

257 Radwege werden in ganz Berlin komfortabel ausgebaut. Durchgängige, geschützte Radwege
258 verbinden alle Stadtteile und machen das Fahrrad zur echten Alternative. Radfahren wird
259 endlich alltagstauglich. Wir Grüne beenden den Radwegestopp und setzen das Radverkehrsnetz
260 um - mit sicheren, durchgängigen Radwegen an Hauptstraßen; mit Fahrradstraßen in
261 Nebenstraßen. Außerdem bauen wir mehr Fahrradabstellanlagen – für ein entspanntes und
262 sicheres Radfahren im Alltag. Auf Hauptstraßen setzen wir darauf, Rad- und Fußverkehr sowie
263 Bus- und Autoverkehr wo möglich eigene Bereiche zu geben, damit alle sicher unterwegs sind.
264 Zudem sorgen wir mit einem zuverlässigen Winterdienst dafür, dass zusammenhängende Radrouten
265 auch bei Schnee und Eis sicher befahrbar sind. Die drei am weitesten fortgeschrittenen
266 Radschnellverbindungen – die Ost-, West- und Wannseeroute – bringen wir schnell in die
267 Umsetzung und machen uns für die Weiterführung nach Brandenburg stark. Damit Radfahren auch
268 auf Kopfsteinpflasterstraßen komfortabel möglich ist, wollen wir in Nebenstraßen das
269 inzwischen bewährte Verfahren des Abfräsens der Oberfläche einsetzen, wie dies am
270 Priesterweg in Tempelhof-Schöneberg, in der Lynarstraße in Mitte und in der Hufelandstraße
271 in Pankow erfolgreich erprobt worden ist. Die infraVelo, die die Radschnellverbindungen
272 sowie andere wichtige Fahrradprojekte plant und umsetzt, stärken wir und reaktivieren die
273 Projekteinheit Radwege. Die Super-Kombi Rad und Bahn spielt ihr volles Potential erst aus,
274 wenn sicheres Fahrrad-Parken überall an Bahnstationen möglich ist: wir weiten die sicheren
275 Abstellmöglichkeiten dort deutlich aus, entweder an Fahrradbügeln auf der Straße, in
276 gesicherten Fahrradabstellanlagen oder in Fahrradparkhäusern.

277 Verkehrssicherheit und Inklusion umsetzen

278 Mit der Vision Zero vor Augen sorgen wir Grüne dafür, dass alle, die zu Fuß oder mit dem
279 Fahrrad unterwegs sind, dies sicher und bequem tun können. Unser Ziel ist klar: Es darf
280 keine Verkehrsunfälle mehr geben, bei denen Menschen sterben oder schwer verletzt werden.
281 Wir schaffen sichere Straßen für alle – mit einem flächendeckenden Tempo-30-Netz, sicheren
282 Kreuzungen und konsequenten Maßnahmen für null Verkehrstote. Wir schützen Leben mit so viel
283 Tempo 30 wie möglich – insbesondere vor Kitas, Schulen, Spielplätzen,
284 Senior*inneneinrichtungen, Einrichtungen der Behindertenhilfe und an Schulwegen – und
285 kontrollieren Tempolimits konsequent. Wir nutzen dabei auch die Möglichkeit, Lücken im
286 Tempo-30-Netz zu schließen, um zu einem gleichmäßigen und sicheren Verkehrsfluss zu kommen.
287 Wir schaffen mehr Barrierefreiheit durch abgesenkte Bordsteine, Querungshilfen, Rampen,
288 Blindenstreifen und einfache Zugänge zum ÖPNV. Dazu gehört für uns auch mehr Sicherheit an
289 Haltestellen durch ausreichend große Wartebereiche und Schutz vor vorbeifahrenden
290 Fahrzeugen. Sichere Gehwege und Kreuzungen mit Gehwegvorstreckungen, Fahrradbügeln, die
291 nicht zulasten des Fußverkehrs gehen, sowie zusätzlichen Zebrastreifen machen die Stadt für
292 alle – besonders Kinder, Senior*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen – sicherer
293 und leichter zugänglich. Damit sichere Schulwege, barrierefreie Kreuzungen und mehr Schutz
294 von Fußgänger*innen gelingen, brauchen die Bezirke jede Unterstützung. Mit einer
295 bezirklichen Sicherheitsoffensive stärken wir die Bezirke für mehr Verkehrssicherheit und
296 Inklusion. Wir unterstützen sie mit zusätzlichen Mitteln für die Verkehrssicherheit – für
297 attraktive Gehwege, sichere Schulwege, Kreuzungsumbau in Nebenstraßen, Bordsteinabsenkungen
298 – und mit weiteren Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Menschen in ihren Kiezen sicher und
299 barrierefrei unterwegs sein können.

300 Für mehr Schulwegsicherheit sorgen wir Bündnisgrüne in allen Bezirken durch viele neue
301 Schulzonen ohne Durchgangsverkehr nach Pariser Vorbild. So machen wir das Ankommen sicherer,
302 reduzieren Lärm und Gefahrensituationen und ermöglichen Kindern, ihren Schulweg eigenständig
303 und geschützt zu meistern. Erfolgreich umgesetzt haben wir Bündnisgrüne das bereits unter
304 anderem in der Singerstraße in Berlin-Mitte, in der Scharnweberstraße in Friedrichshain und
305 in der Wönnichstraße in Lichtenberg. Mit einem verbindlichen Leitfaden zur Einführung von
306 Schulstraßen machen wir es den Bezirken leicht, temporäre oder dauerhafte Schulstraßen
307 einzurichten. Zudem setzen wir konsequent Tempo 30, Zebrastreifen und sichere Kreuzungen an
308 Schulwegen um und sorgen so für sichere Wege von der Haustür bis zum Schuleingang.

309 Damit unsere Straßen sicherer werden, braucht Berlin eine konsequente Kontrolle der
310 Verkehrsregeln. Aktuell gibt es 46 stationäre und 83 mobile Blitzer. Tempolimits und rote
311 Ampeln schützen Menschenleben – doch nur, wenn sie auch beachtet werden. Darum wollen wir
312 mit einer Blitzeroffensive für mehr Verkehrssicherheit die Zahl der stationären und mobilen
313 Blitzer in Berlin verdoppeln und zusätzlich Ampel-Blitzer einsetzen. So können Kontrollen
314 flexibler und flächendeckender erfolgen. Die notwendigen Investitionen zahlen sich durch
315 Bußgelder schnell aus – der wichtigste Gewinn aber ist mehr Sicherheit für alle
316 Verkehrsteilnehmer*innen. Damit Verstöße auch wirklich geahndet werden, stärken wir die
317 Bußgeldstelle personell und sorgen für schnellere Abläufe.

318 Auch die Notfallversorgung wollen wir verbessern. Breite Safety Lanes für Einsatzfahrzeuge
319 und weniger Staus sorgen dafür, dass Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste schneller am
320 Einsatzort sind. Damit erhöhen wir Sicherheit und Lebensqualität für alle Berliner*innen.

321 Verkehr in den Kiezen besser steuern

322 Klimafreundliche Kieze verstehen wir Grüne als lebenswerte Oasen. Wir gestalten
323 verkehrsberuhigte Quartiere ohne Durchgangsverkehr, die trotzdem für Anwohnende, Feuerwehr,
324 Polizei und Rettungsdienste erreichbar bleiben. Mit mehr Bäumen, Stadtgrün, Trinkbrunnen,
325 Wasserverneblern an Hitzetagen und Bänken entstehen grüne, kühle Orte zum Verweilen – für
326 saubere Luft, weniger Lärm und mehr Lebensqualität direkt vor der Haustür. Unser Ziel ist
327 es, in der ganzen Stadt viele neue Sitzbänke aufzustellen, denn Bänke sind “Tankstellen” für
328 Menschen zu Fuß. In grünen Bereichen, wo Blumenkübel den Durchgangsverkehr heraushalten und
329 Bäume im Sommer angenehm kühlen, können Kinder unbeschwert draußen spielen, die
330 Nachbarschaft bekommt Treffpunkte, Jugendliche ihre Orte. Diese Nachbarschaftsstraßen werden
331 zu Keimzellen von Superkiezen, wo wieder echtes Miteinander entsteht.

332 Die lebenswerten und verkehrsberuhigten Kieze machen Berlin klimaresilient und sorgen auch
333 bei Starkregen dafür, dass das Wasser im Boden versickern kann, anstatt die Kanalisation zu
334 überlasten. Die zahllosen Initiativen, die sich in der ganzen Stadt entwickelt haben, um
335 sich für lebenswerte und sichere Kieze zu engagieren, unterstützen wir.

336 Gerade in den Kiezen wollen wir zeigen, dass eine lebenswerte Stadt nicht nur Mobilität
337 braucht, sondern dass der Straßenraum für viele Nutzungen offenstehen muss: Aufenthalt und
338 Kommunikation, Mobilität, Stadtgrün und Klimaanpassung, Kinderspiel, Straßenkunst und
339 Gastronomie.

340 Auch den Wirtschaftsverkehr entlasten wir. Mit mehr und reservierbaren Ladezonen,
341 Mikrodepots für Pakete und der Förderung emissionsfreier Lieferflotten schaffen wir
342 effiziente, klimafreundliche Wege für Handwerk, Pflege und Lieferdienste. Das stärkt die
343 Stadt und ihre Versorgung.

344 Durch die Parkraumbewirtschaftung wird der knappe öffentliche Raum effizienter genutzt und
345 gebietsfremdes Dauerparken unterbunden. So wird nicht nur gebietsfremdes Dauerparken
346 verhindert, sondern auch Verkehr reduziert und auf den Umweltverbund verlagert; der
347 verbleibende Raum kann besser genutzt werden. Das ist nicht nur gut für die
348 Verkehrssicherheit, sondern auch für die Anwohner*innen und führt zu mehr
349 Flächengerechtigkeit im öffentlichen Raum. Die Einnahmen aus Anwohner*innenparkausweisen
350 werden zwischen Land und Bezirken fair geteilt; so stärken wir die Bezirke, schaffen
351 Spielräume für die Verkehrswende und der Landesanteil wird zusätzlich in den Ausbau des ÖPNV
352 investiert – davon profitieren alle. Deshalb wollen wir die Preise für das
353 Anwohner*innenparken an ein angemessenes Niveau anpassen, um endlich für mehr Gerechtigkeit
354 zu sorgen. Es kann nicht sein, dass ein halbes Jahr Parken kaum mehr kostet als ein
355 Einzelticket der BVG. Mit digitaler Parkraumkontrolle durch Scan-Cars entlasten wir die
356 Ordnungsämter und schaffen gerechtere Nutzung öffentlicher Flächen. Die bestehenden
357 Handwerkerparkausweise, mit denen man in allen Parkraumzonen unbürokratisch parken kann,
358 wollen wir zu Parkberechtigungen für ausgewählte Berufsgruppen wie Pflegedienste und
359 Hebammen weiterentwickeln. So gewinnen wir mehr Platz für Menschen und verbessern die
360 Mobilität in der ganzen Stadt.

361 Autozentrierte Planungen überwinden

362 Eine lebenswerte Stadt für Menschen bedeutet für uns auch klare Entscheidungen. Wir
363 Bündnisgrüne lehnen den Weiterbau der Autobahn A 100 ab, denn der 17. Bauabschnitt würde für
364 Ost-Berliner Kieze in Lichtenberg, Pankow und Friedrichshain noch mehr Stau, Lärm,
365 Luftverschmutzung und Clubsterben bedeuten. Stattdessen schützen wir Wohngebiete vor
366 Durchgangsverkehr und investieren konsequent in den Ausbau des Nahverkehrs. Der 16.

367 Bauabschnitt sorgt für Chaos, Stau und gefährdet Menschenleben. Es braucht endlich ein
 368 umfassendes Verkehrskonzept für die Anschlussstellen. Bis dieses umgesetzt werden kann, soll
 369 der Abschnitt zum Schutz der Anwohnenden geschlossen werden. Generell setzen wir uns für den
 370 Rückbau von Autobahnen wie beispielsweise am Breitenbachplatz ein, da Autobahnen in einer
 371 Stadt keinen positiven Beitrag zum Verkehr leisten, die Anwohnenden wie die Umwelt aber sehr
 372 belasten.

373 Auch die geplante vierspurige Tangentialverbindung Ost (TVO) in ihrer jetzigen Form lehnen
 374 wir ab. Das Planfeststellungsverfahren entsprach nicht den erforderlichen Standards für
 375 nachhaltige Mobilität. Wir fordern eine Lösung, die die Wuhlheide erhält und den
 376 Schienenverkehr stärkt. Mit dem Ausbau der Nahverkehrstangente schließen wir die letzte
 377 Lücke im Bahnaußenring und schaffen eine schnelle, umweltfreundliche Verbindung, die ganz
 378 Berlin und das Umland besser vernetzt. So sorgen wir für weniger Autoverkehr, saubere Luft
 379 und mehr Lebensqualität. Unser Leitbild bleibt klar: ein Berlin, das sich nach den
 380 Bedürfnissen der Menschen richtet und nicht nach denen der Autos.. Mobilität wird so zu
 381 einem Schlüssel für Lebensqualität, Freiheit und Gerechtigkeit.

382
 383 Langfristig wollen wir autozentrierte Strukturen zurückbauen, indem wir alte Autoschneisen
 384 wie am Breitenbachplatz zurückbauen und auch weitere Orte, wie beispielsweise den
 385 Bundesplatz oder den Innsbrucker Platz zu menschenfreundlicheren, urbanen und grüneren
 386 Plätzen umgestalten. So schaffen wir mehr Lebensqualität und stärken eine Stadtentwicklung,
 387 die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Für besseren Lärmschutz an bestehenden
 388 Autobahnen in Berlin werden wir uns gegenüber dem Bund einsetzen.

389 Baustellen gehören zu einer wachsenden Stadt – aber sie dürfen den Alltag nicht unnötig
 390 belasten. Wir Grüne setzen uns für eine bessere und transparentere Baustellenkoordination
 391 nach Hamburger Modell ein. Damit sollen in Zukunft alle Baustellen zentral von einem Stab
 392 bei der Senatsverkehrsverwaltung koordiniert werden, der im regelmäßigen Austausch mit
 393 Baulasträgern und Leitungsbetrieben steht. Zudem erhält der Senat ein Vetorecht für
 394 Baustellen, die zu einer gesamtstädtischen Überlastung führen würden. So werden Bauarbeiten
 395 bezirksübergreifend schneller. Mit einem weiterentwickelten Baustellenatlas schaffen wir
 396 mehr Transparenz, damit Bürger*innen und insbesondere Gewerbetreibende frühzeitig wissen,
 397 was geplant ist, und sich darauf einstellen können. Zudem werden bei Großbaustellen alle
 398 beteiligten Institutionen, Träger und Unternehmen verpflichtet, sowohl die Baustellenplanung
 399 als auch etwaige Änderungen oder Verzögerungen der breiten Öffentlichkeit proaktiv und
 400 aufsuchend zu kommunizieren. Um Bauzeiten zu verkürzen, orientieren wir uns am Münchner
 401 Modell: Wer große Flächen im öffentlichen Raum länger blockiert, zahlt künftig höhere
 402 Gebühren. Das schafft Anreize, Baustellen platzsparend einzurichten und zügig
 403 fertigzustellen. Stillstände ohne triftigen Grund soll es nicht mehr geben – nach spätestens
 404 zehn Werktagen müssen Arbeiten beginnen, längere Pausen von mehr als 20 Werktagen führen zum
 405 Rückbau der Baustelleneinrichtung. Ein neuer Bauüberwachungsdienst sorgt dafür, dass diese
 406 Regeln eingehalten werden und die Kommunikation mit den Bürger*innen verbessert wird.

407 Europäische und internationale Mobilität nachhaltiger machen

408 Die Ostbahn Richtung Polen wollen wir Grüne zukunftsfähig machen und klimafreundliche
 409 Verbindungen nach Europa stärken. Wir wollen die Elektrifizierung und den zweigleisigen
 410 Ausbau der Strecke von Berlin-Lichtenberg über Müncheberg bis Kostrzyn beschleunigen, um
 411 Pendelzeiten zu verkürzen und Verbindungen nach Polen zu verbessern. Gleichzeitig setzen wir
 412 uns für mehr Nachtzüge in europäische Metropolen ein, damit klimafreundliches und bequemes
 413 Reisen über Berlin hinaus zur echten Alternative wird.

Die Ostbahn wollen wir Bündnisgrüne zukunftsfähig machen, durch einen beschleunigten, zweigleisigen, elektrifizierten Ausbau von Berlin-Lichtenberg über Müncheberg bis Kostrzyn. Damit verbessern wir die Schienenverbindung nach Polen und verkürzen Pendelzeiten. Neben der Ostbahn gibt es weitere wichtige Schienenstrecken die Verbindungen nach und von Berlin wie beispielsweise die Nordbahn, die wir für den Personen- und Güterverkehr verbessern wollen. Gemeinsam mit Polen arbeiten wir daran, die Verbindungen zwischen Deutschland und Polen zu verbessern und perspektivisch eine ICE-Verbindung nach Warschau zu schaffen.

Wir setzen uns für die Umsetzung des Deutschlandtaktes mit verbesserten Verbindungen innerhalb Deutschlands und den Ausbau der Verbindungen innerhalb Europas ein. Dazu gehören für uns insbesondere mehr attraktive Nachtzugverbindungen in europäische Metropolen. Damit schaffen wir klimafreundliche Alternativen zu Kurzstreckenflügen.

Auch den Flugverkehr gestalten wir nachhaltiger. Es ist nicht einzusehen, dass wenige Reiche zulasten der Allgemeinheit leben, wenn sie mit Privatjets die Anwohnenden des BER unnötigen Lärm- und Emissionsbelastungen aussetzen. Deshalb wollen wir am Flughafen BER keine Starts und Landungen von Privatjets mehr! Wir werden uns allen Bestrebungen zur Aufweichung der Nachtflugregelung am Flughafen BER entgegenstellen. Wir setzen uns auch weiterhin für ein konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr ein und wollen Gebühren und Abgaben für eine ökologische Steuerung nutzen. Wir werden uns weiter für eine unbürokratische Umsetzung des Schallschutzprogramms im Sinne der vom Fluglärm betroffenen Anlieger*innen einsetzen. Wir wollen der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) über die bis jetzt zugesagten weiteren Darlehen bzw. Zuschüssen aus Steuergeldern keine weiteren Gelder gewähren. Langfristig erwarten wir von der FBB die Rückzahlung der gewährten Darlehen.

3.2. Fortschrittliche Wirtschaft – ökologisch, sozial und innovativ

Berlin ist seit jeher ein Ort des Wandels und der Ideen und zugleich ein dynamischer Wirtschaftsstandort. Diese Innovationskraft entsteht auch aus der internationalen Vielfalt; weil Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen aus aller Welt nach Berlin kommen und mit ihren Ideen, ihrem Wissen und ihrer Kultur unsere Stadt prägen und tragen. Für ein gutes Leben und Wohlstand für alle Berliner*innen muss unsere Wirtschaft leistungsfähig sein. Dazu gehört ein stabiles Wachstum ohne ökologische und soziale Ausbeutung. Die vergangenen Jahre haben den Berliner Unternehmen allerdings viel abverlangt – von Pandemie über Energiekrise bis hin zu globalen Verwerfungen und einer Wirtschaftskrise, die auch strukturelle Defizite offenlegt. Die Berliner Wirtschaft hat sich in dieser Zeit weiterentwickelt und ihre Widerstandskraft bewiesen. Wirtschaftliches Wachstum allein garantiert jedoch keine Zukunftsfähigkeit. Entscheidend ist, dass Unternehmen auch in Krisen Innovation vorantreiben, neue Wege finden und sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen können. Diese Stärke wollen wir gezielt zukunftsfest absichern.

In Berlin trifft Kiezkultur auf internationale Vielfalt. Wir Bündnisgrüne wollen eine „Stadt der kurzen Wege“ und dafür die altbewährte Berliner Mischung neu beleben: kurze Distanzen zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Forschung und Kultur, dazu ein lebendiges Neben- und Miteinander von Industrie, Start-ups, Handwerk, Wissenschaft und Kreativszene. So entsteht eine Wirtschaft, die fest im Alltag der Stadt und ihrer Bewohner*innen verankert ist und gleichzeitig international ausstrahlt.

Als Start-up-Hauptstadt bleibt Berlin ein Anziehungspunkt für Gründer*innen, Talente und Fachkräfte. Hier entstehen Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit: Hier werden Zukunftstechnologien entwickelt und Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise

umgesetzt. Trotz aller Widrigkeiten wächst eine vielfältige Innovationswirtschaft heran, die nationale wie internationale Unternehmen anzieht und Berlin zu einem Motor für Transformation und Fortschritt macht. Unser Anspruch ist es, diese Innovationskraft gezielt zu stärken, den Unternehmensstandort strategisch weiterzuentwickeln, seine Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und Berlin zugleich für neue, innovative Unternehmen noch attraktiver zu machen. Dafür sind eine leistungsfähige, gründungsfreundliche Verwaltung sowie Kultur und Wissenschaft als zentrale Standortfaktoren unverzichtbar. Die Kürzungen der jetzigen Regierung in diesen Bereichen gefährden die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Berlins unmittelbar.

Berlin kann zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg, ökologische Verantwortung und sozialer Fortschritt keine Gegensätze sind – sondern Grundlage einer starken, zukunftsfähigen Hauptstadtwirtschaft. Um Fortschritt und Wohlbefinden der Bürger*innen messbar zu machen, führen wir einen Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI) ein – als Grundlage für eine zukunftsorientierte, sozial gerechte und evidenzbasierte Wirtschaftspolitik.

Bürokratie abbauen

Unsere Bürokratie ist ein massives Hemmnis für Innovation und Wachstum. Wir wollen Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung statt Deregulierung und Abbau von Standards. Für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz werden wir Hürden abbauen, Planungen erleichtern und Prozesse beschleunigen. Dabei wollen wir mehr Regeln streichen als neue einführen.

Unklare Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Bezirken, ein Regelungsdickicht sowie lange Bearbeitungsdauern belasten die Berliner Bürger*innen und Betriebe. Das trifft insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die sich keine großen Rechtsabteilungen leisten können und proportional viel mehr Aufwand für Bürokratie haben. Wir wollen die Dynamik der Verwaltungsreform für weitgehende Entlastung nutzen. Daher vereinfachen und beschleunigen wir Investitions-, Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse. Um dies zu erreichen, richten wir ein unabhängiges Gremium für Entlastung und Beschleunigung ein, in dem Expert*innen die wichtigsten Prozesse priorisieren. Ergänzend führen wir Praxis-Checks durch: Expertinnen und Experten aus Unternehmen und Verwaltung prüfen ausgewählte Verfahren gemeinsam. Das gilt sowohl für bestehende als auch für neue Prozesse.

Zusätzlich wollen wir den Grundsatz einführen, dass niemand dem Staat Auskunft über eine Information erteilen muss, die der Staat an anderer Stelle bereits hat. Voraussetzung für das „Once-Only-Prinzip“ ist ein sicherer Austausch im Einklang mit der DSGVO und das explizite Einverständnis der Nutzer*innen.

Wir werden zahlreiche Dokumentations- und Berichtspflichten reduzieren und digitalisieren – ohne Risiken für Standards, Nachhaltigkeit und fairen Wettbewerb. Jede Verpflichtung muss sorgfältig überprüft werden, ob sie den angestrebten Zweck (noch) erfüllt. Im Zusammenspiel mit engmaschigen Kontrollen und harte Strafen bei Regelverstößen werden wir die allermeisten Unternehmer*innen entlasten und kriminelle Akteur*innen in den Fokus nehmen.

Transformation als Wirtschaftsbooster nutzen

Die klimaneutrale Modernisierung sehen wir Grüne als Chance für die Berliner Wirtschaft. Wir starten eine Investitionsoffensive für die öffentliche Infrastruktur und verbinden diese eng mit der Dekarbonisierung der landeseigenen Unternehmen - das bedeutet eine zukunftsfähige Stadt, aber auch Wertschöpfungsketten für Handwerk und Mittelstand. Entscheidend ist, dass

504 diese Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen fließen – in Energie, Mobilität,
505 Bildungseinrichtungen, Digitalisierung und nachhaltige Stadtentwicklung. Dabei stärken wir
506 auch das mittelständische Handwerk. Es ist eine zentrale Säule der lokalen
507 Wirtschaftsstruktur, Ausbilder und relevanter Arbeitgeber sowie ein Schlüsselakteur der
508 Energie- und Wärmewende.

509 Wir setzen auf eine klare Strategie: Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz müssen zu
510 Treibern von Wachstum und Innovation werden. Um innerhalb der planetaren Grenzen zu
511 wirtschaften, sind für uns Dekarbonisierung hin zur Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft
512 essenziell. Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist mittlerweile ein
513 knallharter Standortfaktor. Wir tragen dafür Sorge, dass eine zügige Transformation zu mehr
514 Wohlstand, internationale Wettbewerbsfähigkeit und sicheren Arbeitsplätzen führt. Die
515 Investitionsbank Berlin sehen wir als starkes Transformationsinstrument, dessen
516 Förderprogramme wir konsequent an Klimazielen und Ressourceneffizienz ausrichten werden. So
517 bringen wir Wirtschaftsförderung, soziale Investitionen und ökologische Nachhaltigkeit in
518 Einklang.

519 Selbständigkeit und Unternehmertum stärken

520 Berlin ist auch die Stadt der wirtschaftlichen Freiheit. Über 200.000 Berliner*innen gehen
521 einer selbständigen Tätigkeit nach: als Unternehmer*in, Freiberufler*in oder Freelancer*in.
522 Sie packen selbst an und gestalten die Gesellschaft und ihr Erwerbsleben durch
523 Entrepreneurship. Selbständige verdienen gute Rahmenbedingungen und Anerkennung. Gerade
524 Menschen mit Migrationsgeschichte prägen das Unternehmertum in Berlin und Selbständigkeit
525 ist ein Schlüssel für soziale Mobilität. Seit einigen Jahren geht die Zahl der Selbständigen
526 aber zurück. Wir wollen Selbständigkeit fördern, Unternehmertum stärken und insbesondere KMU
527 und Solo-Selbstständige entlasten. Auch werden wir uns für eine gründer*innenfreundliche und
528 verlässliche Regelung bei der Bekämpfung von Sozialbetrug und Ausbeutung durch
529 Scheinselbständigkeit einsetzen.

530 Wir setzen uns für ein Berliner Innovationsfreiheitsgesetz ein, das Reallabore,
531 Experimentierklauseln und beschleunigte Verfahren ermöglicht. Ziel ist es, innovative
532 Lösungen insbesondere in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie, Industrie und
533 Digitalisierung schneller zu erproben und umzusetzen, ohne soziale, ökologische oder
534 arbeitsrechtliche Schutzstandards, Transparenz oder Diversitätsanforderungen einzuschränken.
535 Berlin soll ein Ort werden, an dem neue Technologien und Geschäftsmodelle unter realen
536 Bedingungen verantwortungsvoll getestet werden können.

537 Investitionen der öffentlichen Hand zukunftssicher aufstellen

538 Öffentliche Investitionen sind für uns wichtige Impulsgeber für den wirtschaftlichen und
539 ökologischen Umbau Berlins. Wir Bündnisgrüne wollen dafür sorgen, dass auch kleinere,
540 jüngere und vor allem mehr Berliner Unternehmen zum Zug kommen, wenn das Land Berlin
541 investiert. Deshalb wollen wir das Vergaberecht reformieren – unter Beibehaltung sozialer
542 und ökologischer Standards sowie deren wirksamer Umsetzung und Kontrolle, insbesondere mit
543 Blick auf Antidiskriminierung. Deshalb wollen wir das Vergaberecht reformieren – unter
544 Beibehaltung sozialer und ökologischer Standards. Vereinfachte Verfahren, eine
545 Flexibilisierung der Wertgrenzen bei uneingeschränkter Tariftreue und Mindestlohnregelung,
546 eine Innovationsklausel und vereinfachte Eignungsprüfungen sowie eine stärkere Aufteilung
547 von Losen erleichtern dabei insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie Start-ups
548 den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere wenn sie gemeinwohlorientiert,
549 sozial oder ökologisch ausgerichtet sind. Nachhaltigkeit und faire Arbeit sollen

verbindliche Pfeiler der Auftragsvergabe werden. Das stärkt auch den Absatzmarkt für nachhaltige Produkte. Der Losgrundsatz soll weiterhin als Regelfall gelten und zugleich praxistauglich flexibilisiert werden. Dabei ist sicherzustellen, dass mittelständische Interessen besonders bei Unteraufträgen wirksam gewahrt bleiben. Bei öffentlicher Beschaffung sorgen wir dafür, dass verstärkt Produkte zum Zug kommen, die wiederverwendbar sind und den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft entsprechen. Bei der öffentlichen Beschaffung sorgen wir dafür, dass verstärkt Produkte zum Zug kommen, die wiederverwendbar sind, den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft entsprechen und dabei internationale Arbeits- und Sozialstandards, insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen, achten. .

Innovationsstandort Berlin stärken

Die Berliner Wirtschaft lebt von den kreativen Köpfen, der Internationalität Berlins und ihrer Wissenschaftslandschaft. Diese Vielfalt ist die Grundlage eines starken Innovationsökosystems, das wissenschaftliche Exzellenz, unternehmerische Dynamik und industrielle Wertschöpfung miteinander verbindet. Unsere wertvollste Ressource ist unsere Innovationskraft. Unser Anspruch ist es, diese Kraft gezielt zu stärken, zu skalieren und strategisch zu steuern.

Die Berliner Zukunftsorte haben sich seit ihrer Etablierung zu einem vitalen Rückgrat der wissensbasierten Wirtschaftsentwicklung in Berlin entwickelt. Wir Grüne werden sie weiter stärken und sehen das Potenzial, die Zukunftsorte zu Modellregionen für klimaneutrales Wirtschaften weiterzuentwickeln. Dabei wollen wir sie noch stärker als Orte von Forschung, industrieller Innovation, Technologietransfer und Wertschöpfung profilieren und ihre Anbindung an Wissenschaft, Start-ups und bestehende Unternehmen gezielt ausbauen. Mit Produktionsstandorten wie dem CleanTech Business Park Berlin-Marzahn wollen wir die Innovationskraft auch für die Ansiedlung von produzierenden Unternehmen nutzen und Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbringen. Neben den Zukunftsorten wollen wir aber auch klassische Gewerbegebiete dabei unterstützen, gemeinsam nachhaltiger, klimafreundlicher und innovativer zu werden.

Im Norden unserer Stadt soll mit der Urban Tech Republic ein weiterer wichtiger Zukunftsort entstehen, der Technologie, Forschung, Gewerbe, Industrie und auch Wohnen und Naherholung verbindet. Wir sehen im Umbau des Flughafengebäudes in Tegel mit dem Ziel der Ansiedlung der Berliner Hochschule für Technik sowie zahlreicher Unternehmen ein zentrales wirtschaftspolitisches Vorhaben in Berlin, das keinen Aufschub duldet, damit Technologie, Industrie, Forschung und Ausbildung an dieser wichtigen Schnittstelle zusammenwirken und Berlin als Standort für angewandte Innovation und klimaneutrale Industrie gestärkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass der Umbau so schnell wie möglich realisiert wird.

Zur Beschleunigung von Transfer, Skalierung und industrieller Anwendung von Innovationen prüfen wir die Einrichtung einer landeseigenen Innovationsagentur nach dem Vorbild der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND). Ziel ist es, anwendungsnahe Innovationen schneller in Wirtschaft, Industrie und öffentliche Strukturen zu überführen, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Resilienz, Digitalisierung und Daseinsvorsorge. Die Agentur soll missionsorientiert arbeiten und dabei gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Ziele zusammenführen, bestehende Förderinstrumente ergänzen und eng mit Wissenschaft, Unternehmen und bestehenden Innovationsstrukturen kooperieren.

Es gibt einen Schulterschluss der Berliner Wirtschaft mit Initiativen und NGOs für eine nachhaltige Expo-Weltausstellung 2035 in Berlin, die sich den Global Goals verpflichtet. Wir Bündnisgrüne freuen uns über diese Bewegung und sehen darin eine Chance, wenn das Expo-Vorhaben die Bau- und Verkehrswende sowie die klimafreundliche und sozial gerechte

597 Entwicklung Berlins messbar voranbringt und innovationspolitisch wirksam ist. Eine neue Expo
598 in Berlin muss zudem die imperiale und koloniale Tradition der Weltausstellungen im
599 Allgemeinen und der in Berlin 1896 im Besonderen aufarbeiten. Entscheidend ist für uns des
600 Weiteren, dass sämtliche Gelder, die in dieses Projekt fließen – ob vom Bund, von der
601 Wirtschaft selbst oder vom Land –, nachhaltig in unsere Stadt investiert werden und so den
602 Berliner*innen auch nach dem Ende der Expo zugutekommen.

603 Wirtschaftliche Vielfalt als Stärke begreifen

604 Berlin verfügt über eine bundesweit einmalige Mischung aus engagierter Zivilgesellschaft,
605 Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. . Diese Vielfalt ist ein zentraler Standortfaktor
606 für Innovation, Resilienz und wirtschaftliche Transformation. Berlins Kreativwirtschaft und
607 seine Gründer*innenszene gehören zu den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dieser Stadt. Die
608 Kreativwirtschaft und ihre besonderen Bedarfe werden wir stärker in
609 Gründungsförderungsprogramme einbeziehen. Mit dem Innovationsökosystem UNITE entsteht in
610 Berlin ein starkes Netzwerk, das die vielfältige Gründungsszene der Stadt bündelt und
611 vernetzt. Wir Grüne unterstützen Allianzen wie UNITE als Teil eines breiteren Ökosystems,
612 das den Transfer von Forschung in unternehmerische und industrielle Anwendung beschleunigt.
613 Unser Ziel ist, dass innovative Forschungsprojekte zu Gründungen werden, anstatt als
614 Doktorarbeit in der Schublade zu bleiben. Dafür wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen
615 schaffen, um privates Kapital gezielt für nachhaltige Innovationen und Unternehmenswachstum
616 in Berlin zu mobilisieren. Zugleich sind viele bestehende Unternehmen, allen voran KMUs, auf
617 neueste Erkenntnisse und die Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der
618 Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen angewiesen: So können innovative Produkte,
619 Dienstleistungen und Verfahren entwickelt werden. Das erhöht ihre Wettbewerbsfähigkeit und
620 stärkt nachhaltige Geschäftsmodelle. Angebote und Formate zum Wissens- und
621 Technologietransfer bauen wir in diese Richtung aus. Zusätzlich fördern und stärken wir
622 Reallabore. Sie sollen die rechtssichere Erprobung innovativer Ideen unter realen
623 Bedingungen ermöglichen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass erfolgreiche Start-ups und
624 innovative Unternehmen in Berlin skalieren, Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort
625 sichern und nicht frühzeitig den Standort wechseln.

626 Um Innovations- und Gründungsaktivitäten in Berlin besser zu koordinieren und ihre Wirkung
627 für nachhaltige Wertschöpfung und gute Arbeit zu erhöhen, setzen wir uns für die Einsetzung
628 einer*s Start-up-Beauftragten des Landes Berlin ein. Die Funktion soll ressortübergreifend
629 wirken, um Zuständigkeiten zwischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Industriepolitik besser
630 aufeinander abzustimmen und Hürden an den Schnittstellen von Verwaltung, Wissenschaft und
631 Unternehmen zu identifizieren. Maßstab für die Arbeit der*des Start-up-Beauftragten sind
632 ökologische Wirkung, gesellschaftlicher Mehrwert, der Einsatz für Mitbestimmung von
633 Beschäftigten, die Etablierung von Tarifverträgen und die Ausrichtung von Innovationen auf
634 eine klimaneutrale, sozial gerechte und resiliente Wirtschaftsstruktur.

635 Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zählt international zu den führenden Standorten der
636 Gesundheitswirtschaft und der Life Sciences. Mit dem erfolgreichen Cluster
637 Gesundheitswirtschaft verfügt sie über ein starkes Netzwerk aus Unternehmen,
638 Forschungseinrichtungen, Kliniken, Start-ups und Fachkräften aus aller Welt – die gemeinsam
639 Lösungen entwickeln, die die Gesundheitsversorgung von morgen prägen und uns zugleich
640 unabhängiger machen von internationalen Lieferketten. Diese Entwicklung werden wir weiter
641 vorantreiben und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Innovationen schneller in die
642 Anwendung gelangen – insbesondere durch verbesserten Transfer erfolgversprechender Lösungen,
643 gezielte Förderung und verlässliche industrie- und innovationspolitische Leitplanken.

644 Attraktivität für Fach- und Arbeitskräfte steigern

645 Berlin ist darauf angewiesen, attraktiv für kluge und kreative Köpfe zu sein. Für uns ist
646 deshalb klar: Berlins einzigartige Kultur-, Club- und Hochschullandschaft, aber auch
647 bezahlbarer Wohn- und Arbeitsraum sowie eine attraktive Kiezkultur sind für die Berliner
648 Unternehmen ein wesentlicher Standortvorteil im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte.. Wir
649 Bündnisgrünen setzen uns für eine bessere soziale Absicherung von Selbstständigen und
650 Freischaffenden ein. Bezahlbare Arbeitsräume, Proben-, Produktions- und Präsentationsorte
651 für Kreative werden ausgebaut – mit einem Schwerpunkt auf der Freien Szene und
652 soloselbstständigen Künstler*innen sowie unter verstärkter und langfristiger Nutzung
653 landeseigener Immobilien. Zwischennutzungskonzepte, genossenschaftliche Projekte und
654 städtische Liegenschaften wollen wir gezielt fördern und weiterentwickeln.

655 Wir wollen gezielt internationale Fachkräfte und qualifizierte Absolvent*innen gerade auch
656 aus der Tech-Branche anwerben, die nach der Verschärfung der US-Visa-Regelungen unter der
657 Trump-Regierung anderswo nach Jobs suchen. Dafür legen wir ein Programm auf, das sie auch
658 beim An- oder Zurückkommen in Berlin nachhaltig unterstützt. Wir setzen auf eine aktive
659 Willkommens- und Integrationspolitik, die Anerkennungsverfahren vereinfacht und Zugänge zum
660 Arbeitsmarkt beschleunigt.

661 Soziale und solidarische Unternehmen befördern

662 Eine besondere Stärke Berlins sind die zahlreichen und vielfältigen sozialen und
663 solidarischen Unternehmen, Social Entrepreneurs und gemeinwohlorientierten Unternehmen. Wir
664 sehen sie als wichtigen Teil der Berliner Wirtschaft und als Impulsgeber für Transformation
665 und Innovationen – auch jenseits rein technischer Anwendungen. Ihrer Rolle als Orte
666 demokratischen und alternativen Wirtschaftens wollen wir mehr Raum geben. Mit einem
667 Masterplan „Soziale und solidarische Unternehmen“ und einem eigenen Berliner oder
668 gemeinsamen Wirtschaftscluster in der Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-
669 Brandenburg wollen wir diesen wichtigen Teil der Berliner Wirtschaft stärken. Zudem schaffen
670 wir – nach Vorbild von Hamburg und Bremen – ein spezielles Förderinstrument für soziale
671 Unternehmen.

672 Gewerbliches Fundament der Stadt unterstützen

673 Berlins Wirtschaft lebt auch von ihrem gewerblichen Fundament – vom Handwerksbetrieb über
674 Manufakturen und den Einzelhandel, bis zur Industrie. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass
675 diese Betriebe gute Bedingungen finden, um zu investieren, auszubilden und klimafreundlich
676 zu wirtschaften. Im Sinne der Berliner Mischung schaffen wir bezahlbare landeseigene
677 Gewerbeflächen und setzen uns bundesweit für eine Gewerbemietpreisbremse, einen Mietspiegel
678 und gewerblichen Kündigungsschutz ein. Wir stärken Zwischennutzungen als Instrument der
679 Stadtentwicklung, um gewerbliche und gemeinwohlorientierte Nutzungen abzusichern. Wir führen
680 Milieuschutz auch für Gewerbemietnehmer*innen ein. Landeseigene Wohnungsunternehmen sollen Räume
681 für gemeinwohlorientierte Bedarfe und verdrängungsgefährdete Betriebe bereitstellen und das
682 kooperative Baulandmodell wird auf bezahlbare Gewerbeflächen ausgeweitet.

683 Wir wollen den Wirtschaftsverkehr in Berlin leistungsfähig und zukunftsfest gestalten –
684 durch bessere Flächenverteilung, mehr Liefer- und Ladezonen und digitale Verfahren, mit
685 denen diese einfacher reserviert und gesteuert werden können. Zugleich setzen wir auf
686 klimafreundliche Logistik mit emissionsfreien Fahrzeugen, Mikro-Depots sowie der Nutzung von
687 Schienen- und Wasserwegen.

688 Einzelhandel modern weiterentwickeln

689 Der Berliner Einzelhandel steht durch Online-Konkurrenz, verändertes Konsumverhalten und die
690 Krise der Warenhäuser unter erheblichem Druck. Doch er ist und bleibt unverzichtbar, weil er
691 unsere Kieze und Zentren lebendig hält und eine wohnortnahe Versorgung sicherstellt. Wir
692 wollen Einkaufszentren zu multifunktionalen Orten weiterentwickeln, die neben Handel auch
693 Raum für Kultur, Bildung, Gesundheit und öffentliche Dienstleistungen bieten. Dazu sollen
694 Mischnutzung, flexible Mietmodelle und Zwischennutzungskonzepte gefördert werden, um
695 Leerstand zu vermeiden und lebendige Quartierszentren zu erhalten. Den Rahmen der aktuellen
696 Gesetzgebung für verkaufsoffene Sonntage wollen wir ausschöpfen und achten dabei konsequent
697 auf den Schutz der Beschäftigten im Einzelhandel, die bei langen Arbeitszeiten und
698 Belastungen auf die Erholung am Sonntag angewiesen sind. Die wachsende Paketflut aus
699 internationalen Online-Handelsströmen bringt den Berliner Einzelhandel unter Druck und ist
700 zugleich ein ökologisches Desaster. Wir Grüne setzen uns für faire Wettbewerbsbedingungen
701 und eine stärkere Marktüberwachung in Berlin ein, damit der lokale Handel und lebendige
702 Zentren eine Zukunft haben.

703 Handwerk und Industrie für die Zukunft aufstellen

704 Die Berliner Handwerksbetriebe sind relevante Arbeitgeber*innen und zentrale
705 Ausbilder*innen, die Perspektiven schaffen und soziale Teilhabe ermöglichen. Dem Handwerk
706 kommt beim klimaneutralen Umbau Berlins eine Schlüsselrolle zu – es bringt Solaranlagen auf
707 die Dächer, installiert Wärmepumpen, dämmt Gebäude und macht so Klimaschutz ganz praktisch
708 möglich. Wir sichern wohnortnahe Standorte für Handwerks- und Reparaturbetriebe und
709 erleichtern ihnen durch mehr Parkplätze für den Wirtschaftsverkehr den Alltag. Die
710 Meister*innenausbildung soll gebührenfrei und geschlechtergerechter werden. Die
711 Meister*innenausbildung soll gebührenfrei, geschlechtergerechter und flexibler gestaltet
712 werden – sowohl berufsbegleitend als auch im direkten Anschluss an die Ausbildung. Wir
713 fördern Aufstieg, spätere Selbstständigkeit und Neugründungen im Handwerk und unterstützen
714 Betriebe dabei, Beschäftigten die Meisterqualifikation zu ermöglichen. So stärken wir
715 Fachkräftebindung, Unternehmensnachfolgen und Neugründungen in Berlin. Wir wollen gemeinsam
716 mit den entsprechenden Akteur*innen besprechen, wie Elemente der Meisterausbildung nach
717 Thüringer Vorbild bereits während des Abiturs an den Oberstufenzentren angeboten werden
718 können. Wir fördern außerdem die Ausbildung Geflüchteter und stärken die
719 Integrationskompetenz der Betriebe. Gemeinsam mit den Kammern unterstützen wir Unternehmen
720 darin, Geflüchtete als Auszubildende aufzunehmen und wir begleiten interessierte Unternehmen
721 bei der Vorbereitung für eine Ausbildung.

722 Eine wettbewerbsfähige, erfolgreiche Industrie sorgt für Wohlstand und gut bezahlte, sichere
723 Arbeitsplätze.
724 Berlins Industrie befindet sich im Wandel – hin zu klimaneutraler und ressourcenschonender .
725 Wir unterstützen Betriebe bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft
726 und Energieeffizienz und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für Innovation und gute
727 Arbeit. Gemeinsam mit den Unternehmen, den Belegschaften, Gewerkschaften und der Forschung
728 treiben wir die industrielle Transformation voran. Dabei gestalten wir die industrielle
729 Transformation auch vor dem Hintergrund globaler Abhängigkeiten und geopolitischer Risiken.
730 Resiliente Lieferketten, strategische Diversifizierung und eine stärkere europäische
731 Einbettung sind zentrale Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und
732 nachhaltige Wertschöpfung. Berlin soll Vorreiterin einer klimaneutralen und
733 kreislaufbasierten Grundstoffindustrie werden – mit starker Forschung, innovativen
734 Unternehmen und guten Arbeitsplätzen, insbesondere in der Chemie-, Pharma- und

735 Kosmetikbranche. Dafür wollen wir Bündnisgrüne die Zusammenarbeit von Wissenschaft,
736 Wirtschaft und Start-ups gezielt fördern, u.a. durch den weiteren Ausbau der
737 Wirtschaftsförderung, um auf Landesebene die Vernetzung und Beratung der verschiedenen
738 Akteure branchenübergreifend auf zu koordinieren und zu unterstützen. So können wir
739 Innovationen schneller in die Anwendung bringen und dafür sorgen, dass auch die
740 Chemieindustrie vom Hochlauf der Wasserstoff-Infrastruktur profitiert. Wir setzen bei der
741 industriellen Transformation auf die Stärken der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Berlin
742 hat eine starke Forschungsinfrastruktur und ist gründungsstark. Brandenburg hat Platz und
743 Industrieerfahrung. In Brandenburger Industrieparks können Anlagen skaliert und erprobt
744 werden.

745 Berlin zur Games-Hauptstadt machen

746 Wir wollen Berlin als Games-Hauptstadt stärken, denn Games sind ein wichtiger Teil der
747 Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Vorreiter der Digitalisierung. Wir stärken die
748 Bildungsangebote und Ausbildungswege im Games-Bereich. Die Rahmenbedingungen zur Entwicklung
749 und Vermarktung kleiner wie großer Games aus Berlin wollen wir fördern, auch durch neue
750 Messe-Formate, und die Branche bei einer nachhaltigeren Entwicklung unterstützen. In diesem
751 Sinne werden wir das House Of Games zum Ort auch für Berliner Studios und Teams machen und
752 in Zusammenarbeit etwa mit dem Computerspielemuseum als Kulturort etablieren. Zur gezielten
753 Prävention von Sucht- und Extremismusgefahren durch Games fördern wir Medienkompetenz-
754 Angebote für Jugendliche und Erwachsene. Games und interaktive Medien (XR) fördern wir für
755 die Nutzung in Schulen, Museen und anderen Bildungseinrichtungen. Games finden insbesondere
756 auch analog statt: Wir möchten gemeinwohlorientierte Orte zum Spielen (auch für Brett- und
757 Kartenspiele), Soundtracks-Konzerte und den E-Sport stärken.

758 3.3. Faire Arbeit – Herausforderungen der Zukunft 759 begegnen

760 Die Arbeitswelt verändert sich rasant: Demografischer Wandel, technologischer Fortschritt,
761 die Herausforderungen des Klimawandels und globale Krisen und Kriege sind enorme Umbrüche
762 und stellen uns vor große Herausforderungen. Arbeitsmodelle werden flexibler, individueller
763 und digitaler – gleichzeitig steigen die Anforderungen an Qualifikation, Zusammenarbeit und
764 Anpassungsfähigkeit. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verschieben Kompetenzprofile
765 grundlegend, während der demografische Wandel neue Lücken am Arbeitsmarkt aufreißt. Zugleich
766 zeigt die Wissenschaft: Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für mentale sowie
767 körperliche Gesundheit – und damit für die Leistungsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft.
768 Wir schützen Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung und haben dazu die "Fachstelle
769 Arbeitsmarkt und Antidiskriminierung" auf den Weg gebracht. Damit unterstützen wir auch
770 Arbeitgeber*innen und AGG-Beschwerdestellen mit entsprechenden Angeboten, für ein
771 diskriminierungssensibles Arbeitsumfeld zu sorgen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass
772 wirkungsvolle Diversitymaßnahmen in der Privatwirtschaft verankert und ausgebaut werden.
773 Gewerblich genutzte KI-Anwendungen und automatisierte Entscheidungssysteme dürfen nicht zu
774 ungerechten und diskriminierenden Ergebnissen führen.

775 Unsere Aufgabe ist es, diesen Wandel aktiv zu gestalten: durch klare politische Leitplanken,
776 eine vorausschauende Qualifizierungsstrategie und Rahmenbedingungen, die Innovation
777 ermöglichen und zugleich soziale Sicherheit und Teilhabe garantieren. So machen wir
778 Bündnisgrüne die Transformation der Arbeitswelt zu einer Chance – für Beschäftigte,
779 Unternehmen und die Stadtgesellschaft.

780 Fachkräftestrategie entwickeln und Ausbildungsbedingungen verbessern

781 Der demografische Wandel verschärft auch in Berlin die Ausbildungs- und Fachkräftesituation.
782 Zu viele Ausbildungen werden abgebrochen, und Angebot und Nachfrage passen nicht zusammen.
783 Wir setzen auf gute Ausbildungsbedingungen, weniger Abbrüche und eine verlässliche
784 Fachkräftestrategie. Denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Ihre
785 Verfügbarkeit entscheidet über den wirtschaftlichen Erfolg Berlins – und über das
786 Funktionieren unseres Gemeinwesens.

787 Um den Fachkräftemangel bekämpfen zu können, werden wir Bündnisgrüne eine
788 Fachkräftestrategie für Berlin entwickeln, die insbesondere die Erwerbspotenziale von Frauen
789 sowie von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und mit Rassismus-Erfahrung stärkt.
790 Maßnahmen zur Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind dabei
791 nicht nur ein Beitrag zur Fachkräftesicherung, sondern zahlen langfristig auch auf geringere
792 Altersarmut und mehr Selbstbestimmung ein. Menschen in Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir
793 mit Coaching, Weiterbildung und sinnstiftenden Beschäftigungsmöglichkeiten Perspektiven
794 aufzeigen.

795 Neben guten Arbeitsbedingungen braucht es für eine gelungene Fachkraftanwerbung auch
796 bezahlbaren Wohnraum und verlässliche Mobilitätsangebote. Mit einem Welcome Center für
797 ausländische Fachkräfte und vereinfachten Anerkennungsverfahren für nicht-akademische Berufe
798 – analog zu den Regelungen für akademische – wollen wir Hürden abbauen.

799 Neben guten Arbeitsbedingungen braucht es für eine gelungene Arbeits- und
800 Fachkräftesicherung sowie Fachkräftenwerbung auch bezahlbaren Wohnraum und verlässliche
801 Mobilitätsangebote. Mit dem Ausbau des Beratungsangebotes des Berliner Willkommenszentrums,
802 auch für internationale Fachkräfte, der Kooperation mit Migrant*innenorganisationen und
803 vereinfachten und transparenten Anerkennungsverfahren, zum Beispiel für nicht-akademische
804 Berufe – analog zu den Regelungen für akademische – wollen wir Hürden abbauen, einen echten
805 One-Stop-Shop etablieren und die bildungsadäquate Beschäftigung von Menschen mit Migrations-
806 und Fluchtgeschichte gezielt fördern. Die Übernahme der Kosten für das Anerkennungsverfahren
807 wollen wir ausweiten, um Fachkräften den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Egal,
808 ob Menschen als Arbeitskräfte einwandern oder aufgrund eines Asylgesuchs hier sind - sie
809 alle bringen Potenziale mit, auch wenn Sprachkenntnisse oder Ausbildungen noch erworben
810 werden müssen; wir wollen, dass alle hier Teil unserer Gesellschaft sein können. Dazu setzen
811 wir uns beispielsweise auch auf Bundesebene dafür ein, dass Asylbewerber*innen ab Tag eins
812 arbeiten dürfen. Klar ist auch: Familie gehört zusammen. Nur wer von Anfang an mit seiner
813 Familie kommen darf, bleibt, arbeitet und gestaltet diese Stadt mit. Deshalb darf der
814 Familien- und Ehegattennachzug von Fachkräften nicht an Sprachnachweisen vor der Einreise
815 scheitern. Sie müssen nach der Einreise mit kostenfreien Kursen, echter Lernzeit und
816 struktureller Unterstützung erworben werden können, damit Familien nicht getrennt werden und
817 Ankommen gemeinsam möglich ist. Den Runden Tisch für Klimaberufe werden wir stärken, um die
818 Berufsbilder der sozial-ökologischen Transformation sichtbarer zu machen. Um frühzeitiges
819 Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern, setzen wir auf lebensphasengerechte Arbeits-
820 und Arbeitsplatzgestaltung sowie auf flexible Arbeitszeitmodelle.

821
822 In diesem Zusammenhang begrüßen wir koordinierte Vorhaben zu Ausbildung und Anwerbung
823 internationaler Fachkräfte, die zur Qualifizierung junger Menschen im Ausland beitragen und
824 eine faire und sichere Vermittlung an Ausbildungsbetriebe in Berlin ermöglichen wollen, wie
825 z.B. das geplante Ausbildungszentrum der IHK Berlin in unserer Partnerstadt Windhoek,
826 Namibia. Für uns ist dabei unverzichtbar, das Auszubildende im In- und Ausland eine adäquate
827 und gleichwertige Ausbildungsvergütung erhalten. Diskriminierende Praktiken, die für

828 Auszubildende finanzielle Unsicherheit bedeuten, einen sog. brain drain befördern und den
829 Ausbildungsstandort Berlin gefährden, lehnen wir entschieden ab.

830 Faire Standards für die Anwerbung und Vermittlung von internationalen Auszubildenden und
831 Fachkräften müssen zwingend auch Teil einer Berliner Fachkräftestrategie sein. Uns besorgen
832 die zahlreichen Berichte über Auszubildende aus Drittstaaten, die ihre Ausbildung in Berlin
833 vorzeitig abbrechen und für die Ausbildungszentren nicht mehr auffindbar sind. Wir müssen
834 der Gefahr von Ausbeutung und Menschenhandel im Kontext internationaler Arbeitsmigration
835 entschieden entgegenwirken.

836
837 Wir sagen den zweifelhaften Geschäftspraktiken privater Vermittlungsagenturen den Kampf an.
838 Gemeinsam mit Bund, Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und den Gewerkschaften und Kammern
839 wollen wir uns für geprüfte, faire und sichere Anwerbe- und Vermittlungspraktiken einsetzen.
840 Ein wichtiges Instrument ist dabei die mehrsprachige Information der Zielgruppe über social
841 media, damit sie frühzeitig gut über die regulären Verfahren und ihre Rechte informieren.

842 Wir Grüne machen uns für die Einführung einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage stark und
843 wollen gute Arbeitsbedingungen und faire Vergütung während der Ausbildung gewährleisten.
844 Angebote des Ausbildungswohnens sollen mit Hilfe eines Azubiwerkes gestärkt werden. Um mehr
845 Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, braucht es umfassende Beratungsangebote,
846 ausreichend Plätze für assistierte Ausbildung, Angebote von Ausbildung in Teilzeit sowie
847 erleichterte Zugänge und individualisierte Förderangebote für geflüchtete und zugewanderte
848 Menschen. Wir wollen berufliche Ausbildung als eine echte Alternative zum Studium stärken.
849 Menschen mit Behinderung wollen wir mit dem Landesprogramm „Ausbildung inklusiv“ verstärkt
850 Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

851 Als Land mit fairen und verlässlichen Arbeitsmodellen vorangehen

852 Schon heute erproben viele Unternehmen flexible Arbeitszeitmodelle, um ihren Personalbedarf
853 besser zu decken. Wir Grüne wollen, dass die landeseigenen Unternehmen und die Berliner
854 Verwaltung hier eine Vorreiterrolle übernehmen – und damit ihre Attraktivität als
855 Arbeitgeber deutlich steigern.

856 Für uns haben Tariftreue und „Gute Arbeit“ im öffentlichen Sektor oberste Priorität. Sei es
857 im öffentlichen Dienst, in den landeseigenen Unternehmen wie auch bei von ihnen vergebenen
858 Aufträgen. Ausgegliederte Unternehmen der landeseigenen Betriebe wollen wir schrittweise
859 wieder in die Muttergesellschaften integrieren und tarifgebundene Beschäftigung sichern. Wir
860 fördern aktiv die Gründung von Betriebsräten in allen Landesunternehmen. Die Schere zwischen
861 Arm und Reich geht in Berlin immer weiter auseinander. Das Land Berlin muss dort, wo es als
862 Arbeitgeber oder bei der Auftragsvergabe Einfluss hat, Verantwortung übernehmen und dazu
863 beitragen, dass diese Entwicklung nicht ungebremsst weitergeht, sondern für gerechte
864 Lohnverteilung eintreten. Wir werden deshalb alle landespolitischen Möglichkeiten
865 ausschöpfen, für eine gerechtere Lohnverteilung zu kämpfen. Den Landesmindestlohn wollen wir
866 deshalb armutsfest im Sinne der EU-Mindestlohnrichtlinie auf mindestens 16,50 Euro anheben
867 und Tarifsteigerungen bei den Zuwendungsempfänger*innen refinanzieren. Bei landeseigenen
868 Unternehmen werden wir gleichzeitig einen Maximallohn (inklusive aller Boni) in Höhe des
869 Zehnfachen des Landesmindestlohns einführen.

870 Berlin lebt auch von seiner Kreativszene, doch viele Kreative, Künstler*innen und
871 Kulturschaffende arbeiten unter prekären Bedingungen und werden nicht angemessen an den
872 Erlösen ihrer Werke beteiligt. Wir setzen uns für Verlässlichkeit, faire Rahmenbedingungen
873 und eine angemessene Vergütung ein.

874 Gerade internationale, digitale Plattformen, Produzent*innen, Streamingdienste und Verlage
875 profitieren von der gut ausgebildeten, kreativen Szene in Berlin und schöpfen die Gewinne
876 ab. Sie lenken ihre Erlöse in Steueroasen um, ohne Berliner Mitarbeitende und Urheber*innen
877 angemessen zu beteiligen oder auf die hier erlösten Umsätze auch hier Steuern zu zahlen.
878 Zusätzlich profitieren sie von Subventionen, etwa Filmförderung oder vergünstigten Mieten.
879 Wir werden dafür arbeiten, dass zwischen Kreativen und Verwerter*innen Augenhöhe hergestellt
880 wird.

881 Aus Künstlicher Intelligenz intelligente Standortpolitik machen

882 Der Paradigmenwechsel, der durch die flächendeckende Durchdringung aller Arbeitsbereiche mit
883 den diversen KI-Modellen entsteht, verschiebt Wertschöpfungsketten, erhöht Abhängigkeiten
884 und zerstört Existenzen. Wir werden einen Schwerpunkt auf die Wahrung der
885 Persönlichkeitsrechte, der Urheberrechte, der Nutzungsrechte und der angemessenen
886 Beteiligung an den Erlösen dieser neuen Geschäftsmodelle legen. Wir werden die Regulierung
887 forcieren, etwa im Bereich Medien durch die gezielte Stärkung der Aufsichtsbehörde, der
888 Medienanstalt Berlin Brandenburg und in die generationsübergreifende Stärkung der
889 Medienkompetenz investieren. Eine höhere Resilienz gegenüber Manipulation, FakeNews und
890 Ausbeutung ist gleichzeitig essentiell für die Stärkung unserer Demokratie.

891 Niedriglöhnen entgegenwirken und Beschäftigte stärken

892 Gleichzeitig bleibt der Niedriglohnsektor ein Problem: in Berlin sind überdurchschnittlich
893 viele, gerade auch migrantische, Menschen befristet beschäftigt oder als Solo-Selbstständige
894 in prekären Verhältnissen tätig - egal, ob in der Gastronomie, Logistik, Kreativwirtschaft,
895 bei StartUps oder im Dienstleistungsgewerbe. Durch Auslagerungen werden Tarifarbeitsplätze
896 in den Niedriglohnsektor verschoben, vielfach gilt nicht „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
897 Diesem Trend wollen wir entschieden entgegenwirken.

898 In enger Kooperation mit den Gewerkschaften werden wir eine Arbeitnehmer*innenkammer nach
899 Bremer Vorbild einrichten und damit allen in Berlin beschäftigten Menschen eine starke
900 gesetzliche Interessenvertretung ermöglichen. Sie soll gemeinsam mit den Gewerkschaften die
901 Interessen der Beschäftigten gegenüber den Unternehmen und der Politik vertreten und allen
902 Arbeitnehmenden ein umfassendes Beratungsangebot bieten. Damit erreichen wir auch Menschen,
903 deren Rechte bisher kaum vertreten wurden. Dazu gehören insbesondere Arbeitnehmende im
904 Niedriglohnsektor und in prekärer Beschäftigung.

905 Wir Grüne setzen uns gegen Ausbeutung durch die Förderung der Scheinselbstständigen
906 Beschäftigung durch das Land ein: Daueraufgaben an Hochschulen, Musikschulen,
907 Volkshochschulen oder Gedenkstätten gehören in reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

908 Aus dem Herrenberg-Urteil werden die richtigen Konsequenzen gezogen: An den Musikschulen
909 wird die 2025 angefangene Erweiterung der Zahl der Anstellungen entschieden fortgesetzt. An
910 den Volkshochschulen wird das Drei-Säule-Konzept umgesetzt: dies bedeutet a)
911 Festanstellungen, besonders im DaF/DaZ-Bereich und in der Grundbildung, b) die Einhaltung
912 der erreichten Sozialabsicherung für die festen Freien und c) die Beteiligung des Landes an
913 den Sozialversicherungsbeiträgen auch für die freien Freien. Wie an der VHS-Essen werden den
914 dort aktiven Lehrkräften die Stellen, auf denen sie freiberuflich arbeiten, ohne
915 Ausschreibung angeboten. In diesem Prozess werden die gewählten Vertretungen der
916 Dozent:innen und die Gewerkschaft einbezogen.

917 Auch den Selbständigen, die in anderen Bereichen, besonders an den Hochschulen und an den
918 Gedenkstätten, Daueraufgaben ausfüllen, werden Stellen angeboten. Für die
919 Soloselbstständigen werden in den einzelnen Branchen Musterverträge entwickelt.

920 Gleichstellung und Vereinbarkeit am Arbeitsplatz vorantreiben

921 Viele Berliner*innen leiden unter dem Spagat zwischen Lohn- und Sorgearbeit. Wir
922 Bündnisgrüne wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit verbessern, indem wir dafür
923 sorgen, dass Kinder in Kitas und Horten bedarfsorientiert betreut werden, sodass Eltern ohne
924 zusätzlichen Stress ihrem Beruf nachgehen können. Wir wollen Arbeitgeber*innen unterstützen,
925 wenn sie Betriebskitas eröffnen, und Eltern besser über die Angebote der ergänzenden
926 Betreuung außerhalb von Kita- und Hortöffnungszeiten informieren; diese wollen wir
927 insbesondere für Alleinerziehende und Eltern in Schichtarbeit ausweiten. Auch die Beratung
928 für pflegende Angehörige wollen wir ausbauen.

929 Wir werden die Gleichstellung vorantreiben. Frauen bekommen nach wie vor sechs Prozent
930 weniger als ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit. Das nehmen wir nicht hin und
931 setzen uns weiterhin für Lohngerechtigkeit ein. Wir wollen einen Equal-Pay-Bericht über die
932 Berliner Verwaltung und die landeseigenen Betriebe erstellen, um gleiche Bezahlung in allen
933 Ressorts und landeseigenen Betrieben voranzutreiben. Die landeseigenen Unternehmen wollen wir
934 weiterhin zu Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Diversität verpflichten, bis der
935 Frauenanteil in Führungspositionen bei 50 Prozent liegt. Insbesondere in technischen
936 Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wollen wir bereits im Rahmen der
937 beruflichen Orientierung an Schulen darauf hinwirken, dass sich mehr Frauen für diese Berufe
938 entscheiden, und sie durch gezielte Förderprogramme in Ausbildung und Studium unterstützen.

939 Neue Entwicklungen des Arbeitsmarkts ernst nehmen

940 Die Zahl der Menschen, die ihre Arbeitskraft auf digitalen Plattformen anbieten, wird weiter
941 steigen. Doch Arbeitsschutz, auskömmliche Entlohnung, Versicherungsschutz und Möglichkeiten
942 zur Selbstorganisation sind im Bereich der Rider- und Plattformarbeit teilweise
943 katastrophal. Für Plattformbeschäftigte – insbesondere Rider – schaffen wir deshalb ein
944 mehrsprachiges Beratungs- und Informationsangebot zum Arbeitsrecht und unterstützen zusammen
945 mit den Gewerkschaften ihre innerbetriebliche Selbstorganisation. Illegale Praktiken werden
946 wir konsequent strafrechtlich verfolgen. Die zuständigen Mitarbeitenden des Landesamtes für
947 Arbeitsschutz werden wir weiterqualifizieren. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass
948 Menschen, die bei ihrer Arbeit Wind und Wetter ausgesetzt sind, Zugang zu öffentlichen
949 Erholungsräumen erhalten und Schutz vor Hitze finden. Auf Bundesebene werden wir uns für ein
950 branchenspezifisches Direktanstellungsgebot einsetzen.

951 Die digitale Transformation – insbesondere der Einsatz von Künstlicher Intelligenz –
952 verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Berufsbilder wandeln sich, viele Aufgaben werden
953 effizienter, doch Qualitätskontrolle und digitale Kompetenzen wie Prompting gewinnen an
954 Bedeutung. Wir Bündnisgrüne nehmen die Sorgen vieler Berliner*innen ernst, die sich fragen,
955 was diese Entwicklung für ihre Arbeitsplätze und Branchen bedeutet. Unser Ziel ist, diesen
956 Wandel aktiv zu gestalten – nicht ihm hinterherzulaufen. Dazu starten wir eine
957 Qualifizierungsoffensive: Gemeinsam mit Unternehmen und Sozialpartner*innen wollen wir die
958 Menschen mit passenden Aus- und individuell-berufsbezogenen Weiterbildungsangeboten
959 unterstützen. Dazu wird auch die Anerkennung von Weiterbildungsveranstaltungen zur
960 Bildungszeit vereinfacht: statt für jeden Kurs einzeln die Anerkennung zu beantragen, wird
961 der ganze Veranstalter geprüft und anerkannt. Ist eine Veranstaltung bereits in einem
962 anderen Bundesland anerkannt, kann diese übernommen werden. So schaffen wir neue Chancen für

963 Beschäftigte und Betriebe. Gleichzeitig unterstützen wir Berliner Unternehmen dabei,
964 Künstliche Intelligenz und neue Technologien sinnvoll, sicher und ressourceneffizient
965 einzusetzen.

966 Voraussetzung dafür ist, dass Produktivitätsgewinne durch Künstliche Intelligenz nicht nur
967 Unternehmensgewinne steigern, sondern auch den Beschäftigten zugutekommen, z.B. durch
968 kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich oder bessere Arbeitsbedingungen. Zudem dürfen
969 KI-Systeme keine Diskriminierung reproduzieren, etwa bei Bewerbungen oder
970 Leistungsbewertungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Berliner Unternehmen KI-Systeme
971 insbesondere in diesen sensiblen Bereichen nur nach erfolgreicher Prüfung auf systematische
972 Benachteiligung und algorithmischer Diskriminierung unter strengen Auflagen einsetzen.

973 Unser Grundsatz ist klar: Niemand darf durch den technologischen Wandel abgehängt werden.
974 Wer betroffen ist, braucht Perspektiven, Begleitung und konkrete Unterstützung. Außerdem
975 wollen wir die Nutzung heimischer/europäischer Systeme gezielt unterstützen, um gefährliche
976 Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern zu reduzieren.

977 Schutz vor Arbeitsausbeutung und Menschenhandel sicherstellen

978 Berliner Baustellen, Essens-Lieferdienste und andere Arbeitsorte sind auch Tatorte von
979 Arbeitsausbeutung oder gar Menschenhandel. Wir Grüne wollen durch mehr Kontrollen und eine
980 intensivere Vernetzung der Dienststellen den Schutz der Betroffenen verbessern, um
981 Arbeitsausbeutung verhindern zu können. Mit Schutzwohnungen, mehr Informationen,
982 Rechtsberatung und Bewahrung vor Abschiebung wollen wir Betroffene dabei unterstützen,
983 Rechtsverfahren durchzustehen und den Verantwortlichen die Geschäftsgrundlage zu entziehen.
984 Auch die Arbeitnehmer*innenkammer soll hier eine entscheidende Rolle spielen.

985 3.4. Einzigartige Wissenschaft – Attraktivität für 986 Forschung und Lehre

987 Der Wissenschaftsstandort Berlin ist mit 13 Hochschulen und über 70 außeruniversitären
988 Forschungseinrichtungen einzigartig und besitzt internationale Strahlkraft. Hier wird
989 geforscht, gelehrt und Zukunft aktiv mitgestaltet. Dies gilt es auch nachhaltig zu sichern
990 und zu stärken. In unserer Vision ist Berlin eine Hauptstadt der Wissenschaft, die durch die
991 beste Forschungsinfrastruktur, anregende und innovative Lehre und faire
992 Beschäftigungsbedingungen ein Magnet für Studierende und Forschende aus aller Welt bleibt.
993 Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es auch einen respektvollen Dialog auf Augenhöhe
994 zwischen dem Land Berlin und allen Akteur*innen der Berliner Wissenschaftslandschaft sowie
995 eine planungssichere Finanzierung für Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
996 sowie die Menschen, die hier arbeiten.

997 Dies wollen wir vor allem durch belastbare, langfristig geltende Hochschulverträge als
998 zentrales Steuerungsinstrument der Wissenschaftspolitik des Landes realisieren. Die Berliner
999 Lehr- und Forschungsstätten werden zu geschlechter- und diversitätssensiblen Orten, in denen
1000 kritisches Denken gefördert wird sowie zukunftsweisende Innovationen erforscht und zusammen
1001 mit einer starken regionalen Wirtschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt werden - für eine
1002 resiliente Gesellschaft, die auf eine evidenzbasierte Wissenschaft vertrauen kann.

1003 Im Moment bröckelt dieses Fundament: Die Hochschulverträge wurden vom Senataufgekündigt, das
1004 Verhältnis zu den Hochschulen ist nicht zuletzt durch die massiven Haushaltskürzungen und
1005 die fehlende Zusammenarbeit zerrüttet. Für die Mitglieder der Hochschulen bedeutet dies, dass
1006 viele in den Hochschulverträgen der letzten Jahre angestrebten Verbesserungen wieder

1007 abgeschafft werden: Dauerstellen werden gekürzt, Kettenbefristungen bleiben die Regel,
 1008 Karriereperspektiven bleiben unsicher und Beratungsstrukturen werden zurückgefahren. Die
 1009 aktuellen Kürzungen versperren einer ganzen Generation an Absolvent*innen den Zugang in die
 1010 Wissenschaft, da Einstellungsstopps drohen und wer in der Wissenschaft bleiben will, ist
 1011 abhängig von den wenigen Fachgebieten, die noch eine Stelle anbieten können. Das alles
 1012 begünstigt Machtmissbrauch im Wissenschaftssystem, welcher insbesondere gesellschaftlich
 1013 ohnehin benachteiligte Gruppen trifft. Unser Ziel ist es, diese Herausforderungen wieder
 1014 anzugehen und Berlin als Wissenschaftsmetropole und Innovationstreiberin für die Zukunft zu
 1015 sichern.

1016 Vertrauen in Wissenschaftspolitik wiederherstellen

1017 Für uns Bündnisgrüne ist im Interesse einer zukunftsweisenden Forschungslandschaft ein
 1018 klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und zur Autonomie der Berliner Hochschulen von
 1019 zentraler Bedeutung. Deshalb wollen wir Hochschulverträge künftig in einem partizipativen
 1020 Prozess mit den Hochschulen, unter Einbeziehung ihrer Gremien, neugestalten, die
 1021 Finanzierung verlässlich erhöhen und so nachhaltig wieder auf rechtlich sichere Füße
 1022 stellen, um auch langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten, Kostensteigerungen
 1023 abzufedern und verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Wir wollen einen transparenten,
 1024 partizipativen Dialog zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Senat, um die
 1025 Qualität von Studium, Lehre, Forschung und Transfer auch in Zukunft zu sichern. Die
 1026 Wissenschaftsinfrastruktur unserer Stadt braucht eine entschlossene Sanierungs- und
 1027 Modernisierungsoffensive, um unsere Hörsäle, Labore und Bibliotheken klimagerecht,
 1028 barrierefrei und digital auf den neuesten Stand zu bringen. Gleichzeitig entbürokratisieren
 1029 wir Verwaltung und Forschung und schaffen so mehr Raum für Innovation. Wir setzen in der
 1030 Hochschulverwaltung konsequent auf quelloffene Software, um Abhängigkeiten zu reduzieren,
 1031 und führen ein zentrales, einheitliches Campusmanagementsystem ein, das konsequent
 1032 nutzerfreundlich (UX), barrierearm und mobil nutzbar ist. Nach dem Sicherheitsvorfall an
 1033 einer Berliner Hochschule stärken wir die IT-Sicherheit an allen Hochschulen durch
 1034 verbindliche Mindeststandards, regelmäßige Tests und eine landesweite Incident-Response-
 1035 Struktur. So verbessern wir Service, Sicherheit und Zukunftskompetenzen im
 1036 Wissenschaftsstandort Berlin. Berlin muss wieder zur Vorreiterin für attraktive akademische
 1037 Karrieremodelle werden, die insbesondere auch Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen
 1038 Planungssicherheit und Raum für die eigene wissenschaftliche Arbeit bieten. Wir wollen eine
 1039 verfassungskonforme gesetzliche Grundlage schaffen, um den Anteil festangestellter
 1040 Wissenschaftler*innen, insbesondere Postdocs, deutlich zu erhöhen.

1041 Die Situation von Lehrbeauftragten wollen wir verbessern; dies betrifft sowohl die Bezahlung
 1042 als auch die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Für uns ist aber klar, Daueraufgaben
 1043 dürfen nur von Beschäftigten der Hochschule übernommen werden.

1044 Berliner Hochschulen müssen als Arbeitgeber*innen in Lehre und Forschung weltweit attraktiv
 1045 bleiben. Deshalb führen wir mit den Hochschulen einen strukturierten und verbindlichen
 1046 Dialog zum Abbau von Befristungen und schaffen Anreize für die Schaffung von deutlich mehr
 1047 Dauerstellen an den Berliner Hochschulen.

1048 Auch für Studierende darf das Arbeiten in der Wissenschaft kein Privileg sein: Deshalb
 1049 unterstützen wir ausdrücklich den längst überfälligen Neuabschluss eines Tarifvertrags für
 1050 studentisch Beschäftigte, der es grundsätzlich allen Studierenden ermöglicht, unabhängig vom
 1051 sozioökonomischen Hintergrund, in der Wissenschaft zu arbeiten und davon leben zu können.
 1052 Zusätzlich setzen wir uns auf Bundesebene für einen Tarifvertrag für die studentischen
 1053 Beschäftigten an den Hochschulen (TV-Stud) ein. Wir Grüne wollen die Etablierung flacher

1054 Hierarchien und moderner Organisationsmodelle, beispielsweise in Form von Departments,
1055 stärker unterstützen.

1056 Digitale Souveränität in Bildung und Wissenschaft stärken

1057 Wir reduzieren Abhängigkeiten von proprietären, außereuropäischen Plattformen in Schulen und
1058 Hochschulen und stärken Datenschutz, pädagogische Freiheit und wissenschaftliche
1059 Unabhängigkeit. Dafür setzen wir auf europäische, gemeinwohlorientierte und quelloffene
1060 Lösungen sowie offene Standards – auch beim Einsatz von KI-Systemen. Wir fördern den
1061 schrittweisen Umstieg in Zusammenarbeit mit ZenDiS sowie im Rahmen von NFDI und europäischer
1062 KI-Forschung. Digitale Souveränität, Medienkompetenz und KI-Verständnis werden verbindlich
1063 in Curricula verankert. Für öffentlich finanzierte Bildungs- und Forschungssoftware gilt:
1064 Public Money, Public Code. Wir Grüne wollen die Etablierung flacher Hierarchien und moderner
1065 Organisationsmodelle, beispielsweise in Form von Departments, stärker unterstützen.

1066 Gesellschaftliche Bedeutung der Hochschulen verteidigen

1067 Hochschulen haben eine Vorbildfunktion als Impulsgeberinnen für gesellschaftliche
1068 Entwicklungen und soziale Integration. Deshalb setzen wir uns weiterhin für
1069 geschlechtergerechte Hochschulen und für die institutionelle Etablierung und
1070 Weiterentwicklung von Diversitätsbeauftragten an allen Hochschulen und außeruniversitären
1071 Forschungseinrichtungen ein, die Diversität fördern und Betroffene von Diskriminierung
1072 empowern und beraten. Gleichzeitig wollen wir uns dafür starkmachen, dass Lehrende und
1073 Forschende für Diversitätsthemen sensibilisiert und diesbezüglich fortgebildet werden. Wir
1074 wollen Maßnahmen gegen Machtmissbrauch an Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken,
1075 Abhängigkeiten, insbesondere während der Qualifizierung, abbauen und unabhängige
1076 Unterstützungsstrukturen ausbauen.

1077 Hierbei wollen wir auch eine Verankerung im Hochschulgesetz prüfen. Wir entwickeln das
1078 Berliner Chancengleichheitsprogramm weiter und verstärken die Finanzierung. Unser Ziel ist
1079 weiterhin die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen und
1080 die Ermöglichung eines nachhaltigen, feministischen Kulturwandels in allen Bereichen der
1081 Wissenschaft auch unterhalb der Professur. Dadurch gestalten wir längerfristig Studien- und
1082 Arbeitsbedingungen, in denen Barrieren abgebaut und unsere Hochschulen und
1083 Forschungseinrichtungen Orte für alle Menschen werden.

1084 Angesichts zunehmender antidemokratischer Bewegungen und Einflüsse wollen wir Bündnisgrüne
1085 Berlin zum führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz machen – von der
1086 Grundlagen- bis zur angewandten Forschung. Dazu gehören unter anderem die Verstetigung des
1087 Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft, der Ausbau der Forschung zu digitaler
1088 Informationssouveränität, beispielsweise bezogen auf den Umgang mit Deep Fakes, digitaler
1089 Hassrede, insbesondere gegenüber FLINTA*-Forschenden, oder der Verbreitung von
1090 Verschwörungserzählungen, sowie der Ausbau von niedrigschwelligen Kooperationen mit Staaten,
1091 in denen demokratische und liberale Freiheiten bedroht sind. Gleichzeitig wollen wir
1092 Initiativen zur Aufnahme bedrohter Wissenschaftler*innen und Studierender stärken und
1093 ausbauen.

1094 Dazu gehört auch, dass wir die digitale Souveränität in Bildung und Wissenschaft stärken
1095 wollen. Wir reduzieren Abhängigkeiten von proprietären, außereuropäischen Plattformen in
1096 Schulen und Hochschulen und stärken Datenschutz, pädagogische Freiheit und wissenschaftliche
1097 Unabhängigkeit. Dafür setzen wir auf europäische, gemeinwohlorientierte und quelloffene
1098 Lösungen sowie offene Standards – auch beim Einsatz von KI-Systemen.

1099 Potenziale des Wissenschaftsstandorts ausschöpfen

1100 Mit der Charité haben wir einen weltweit führenden Standort der Universitätsmedizin und ein
1101 einmaliges Ökosystem der Gesundheitsforschung im Herzen unserer Stadt. Sie wollen wir
1102 stärken und die Translation unterstützen, damit neue Erkenntnisse aus der Forschung noch
1103 besser zum Wohle der Patient*innen in die praktische Anwendung kommen. Berlins
1104 Vorreiterinnenrolle bei der Erforschung und Etablierung von tierfreien Verfahren als
1105 Alternativen zu Tierversuchen wollen wir ausbauen, damit gezielter neue Behandlungsmethoden
1106 entwickelt werden können

1107 Die Potenziale unserer Forschung für technologische, digitale und soziale Innovationen und
1108 nachhaltige Geschäftsmodelle wollen wir noch besser heben und Berlin als Top-Standort für
1109 Start-ups ausbauen. Innovative Projekte wie die Start-up-Factory UNITE, das
1110 Innovationszentrum FUBIC, das Institut für angewandte Forschung Berlin e.V. (IFAF) der
1111 Hochschulen für angewandte Wissenschaft oder Science & Start-ups der Berlin University
1112 Alliance wollen wir stärken und weiterentwickeln.

1113 3.5. Internationale Metropole – Berlin geopolitisch 1114 handlungsfähig machen

1115 Berlin ist eine Weltstadt und von vielerlei internationalen Bezügen geprägt: Ein großer Teil
1116 der Berliner*innen hat Wurzeln im Ausland und Millionen Menschen besuchen Berlin jedes Jahr
1117 als Tourist*innen. Berliner Privatpersonen, Unternehmen und Einrichtungen pflegen enge
1118 Kontakte ins Ausland. Berlin ist als Hauptstadt Deutschlands diplomatisches Zentrum und für
1119 seine Kulturszene international bekannt. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin eine
1120 weltoffene Stadt bleibt, die den engen Kontakt zu Menschen aus der ganzen Welt sucht und
1121 ermöglicht. Berlin profitiert enorm von europäischen und internationalen Einflüssen – und
1122 beeinflusst Europa und die Welt. Nun kommt es darauf an, enge globale Partnerschaften
1123 fortzusetzen und strategischer auszurichten.

1124 Angesichts der enormen außenpolitischen Herausforderungen muss auch Landespolitik zunehmend
1125 international gedacht werden. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen betreffen Berlin
1126 sehr direkt. Daher muss Berlin sich im globalen Wettstreit zwischen Autokratien und
1127 Demokratien noch entschlossener für seine Werte stark machen, zu einer resilienten und auf
1128 Krisen vorbereiteten Stadt werden und in seine Sicherheit investieren.

1129 Globale Partnerschaften strategisch ausrichtet

1130 Unsere Städtepartnerschaften und globalen Partnerschaften sind lebendige Verbindungen, die
1131 wir strategisch weiterentwickeln. Berlin soll gezielt von bewährten Vorbildern in Europa und
1132 der Welt lernen – etwa von Paris bei modernen Verkehrskonzepten, von Kopenhagen bei
1133 Radverkehr und nachhaltiger Energie, von Kyiv beim Aufbau resilienter Infrastruktur und
1134 Verwaltung oder von Estland bei digitaler Kompetenz. Diese positiven Erfahrungen sollen uns
1135 als Vorbild dienen für eine gelungene Verkehrs- und Energiewende sowie einer Berliner
1136 Resilienzstrategie, die Berlin sicherer und lebenswerter macht. Wir Grüne wollen bestehende
1137 Städtenetzwerke und -partnerschaften auf Landes- und Bezirksebene stärken und stärker auf
1138 Themen mit hohem Lern- und Zukunftspotenzial ausrichten, insbesondere Klima- und
1139 Demokratieschutz, urbane Resilienz sowie grüne und digitale Zukunftstechnologien.
1140 Gleichzeitig wollen wir Städtepartnerschaften für die Berliner*innen sichtbarer machen und
1141 für gemeinsame Projekte nutzen, die den Alltag in unserer Stadt konkret verbessern.

Partnerschaften mit Städten im Globalen Süden wollen wir ausbauen und dabei auch dort aktiv werden, wo Berlin eigenständig handeln kann, etwa in der subnationalen Klimadiplomatie. Berlin bekennt sich zu seiner globalen und historischen Verantwortung. Durch faire und nachhaltige Zusammenarbeit schaffen wir belastbare Partnerschaften insbesondere zur Aufarbeitung der geteilten Kolonialgeschichte und zur gemeinsamen Bewältigung globaler Herausforderungen. Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) und die Förderung entwicklungspolitischer Projekte soll gestärkt werden.

Demokratie ins Zentrum internationaler Zusammenarbeit stellen

Budapest, Warschau und Taipei stehen für eine resiliente Zivilgesellschaft, auch hier gilt: Wir können und wollen voneinander lernen, um unsere Städte gemeinsam lebenswerter zu machen. Zudem wollen wir den Austausch mit zivilgesellschaftlichen und demokratischen Initiativen, unter anderem aus Taiwan, und proeuropäischen Bewegungen, insbesondere in der Ukraine, aber auch in Belarus, Georgien, Ungarn und der Republik Moldau, weiter fördern und verstetigen. Wir wollen voneinander für eine starke Demokratie lernen und unterstützen. Berlin wird immer ein Zufluchtsort und eine internationaler Akteurin bleiben und ihrer Verantwortung gegenüber Menschen, die bei uns Schutz suchen, gerecht werden.

Berlin tritt im Rahmen seiner Partnerstädte auch international für Bürger*innen- und Menschenrechte ein. Wir wollen, dass unsere Stadt Zugpferd eines globalen Bündnisses demokratischer Akteure wird. Unsere Stadt hat dafür angesichts der Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen beste Voraussetzungen. Der Austausch mit ihnen muss institutionalisiert werden, u. a. mit Runden Tischen. Wir werden das Rainbow Cities Network weiter ausbauen und versuchen, gerade auch weitere europäische Städte zu gewinnen, die unsere besondere Solidarität und Unterstützung benötigen. Das beinhaltet auch die Unterstützung von queeren Communities und queeren zivilgesellschaftlichen Strukturen, die selbst in Europa durch den rechten Backlash massiv bedroht und in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Berlin muss aber auch besser darin werden, kompetent mit den Risiken internationaler Zusammenarbeit umzugehen. Die Zusammenarbeit mit Institutionen aus autoritären Systemen erfordert einen anderen Werkzeugkasten als mit demokratischen Partnern. Die Berliner Außenwirtschaftsförderung sollte auf De-Risking und Diversifizierung ausgerichtet werden. Als unmittelbare Maßnahmen vorab werden wir auf Landesebene in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundes- und Zollbehörden alle Möglichkeiten nutzen, um die Aktivitäten des „Russischen Hauses“ rasch zu unterbinden.

3.6. Europa und Berlin – eine gemeinsame Geschichte der Freiheit und des Zusammenwachsens

Die europäische Idee ist tief mit der Geschichte und Identität unserer Stadt verwoben. Die Freiheit, die diese Stadt in den letzten Jahren geprägt und verändert hat, wäre ohne den europäischen Integrationsprozess nicht denkbar gewesen. Wir Bündnisgrüne fühlen uns dieser Idee verpflichtet und setzen uns für ein offenes und gerechtes Europa ein. Konkret wollen wir enge Beziehungen zu unseren europäischen Nachbar*innen pflegen: über Partnerschaften, Kooperationen und eine moderne, grenzüberschreitende Infrastruktur, die uns spürbar näher zusammenbringt. Berlin ist ein Ort, an dem Europa gelebt wird – Tag für Tag, von Menschen aus allen Teilen unseres Kontinents. Wir wollen sie willkommen heißen, indem wir ihnen ermöglichen, schnell und mühelos Teil dieser Stadt werden zu können. Dazu gehören insbesondere die rasche Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und beruflichen

1187 Qualifikationen, eine diskriminierungsfreie Beratung und Betreuung durch die zuständigen
1188 Behörden und ein ausreichendes, praxisorientiertes Angebot an Sprachkursen. In politischer
1189 Verantwortung wollen wir, dass Berlin sich als europäische Akteurin für ein soziales und
1190 klimaneutrales und angesichts aktueller Bedrohungen widerstandsfähiges Europa einsetzt.

1191 Als europäische Städte voneinander lernen

1192 Unsere Städtepartnerschaften sind lebendige Verbindungen, von denen wir lernen und die wir
1193 aktiv gestalten werden. Wir Grüne wollen die vielen bestehenden Städtenetzwerke und -
1194 partnerschaften auf Landes- und Bezirksebene weiter stärken und ihre strategische
1195 Ausrichtung nach Themenfeldern und Lernpotenzialen gezielt vorantreiben: z. B. mit Paris für
1196 moderne Verkehrskonzepte, mit Kopenhagen für Radverkehrsförderung und nachhaltige
1197 Energieversorgung. Diese positiven Erfahrungen sollen uns als Vorbild dienen für eine
1198 gelungene Verkehrs- und Energiewende, die Berlin lebenswerter macht.

1199 Budapest, Kyiv und Istanbul stehen für eine resiliente Zivilgesellschaft, auch hier gilt:
1200 Wir können und wollen voneinander lernen, um unsere Städte gemeinsam lebenswerter zu machen.
1201 Zudem wollen wir den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und proeuropäischen
1202 Bewegungen, insbesondere mit der Ukraine, aber auch mit Belarus, Georgien, Ungarn und
1203 Moldau, weiter fördern und verstetigen. Berlin wird immer ein Zufluchtsort und
1204 internationaler Akteur bleiben und seiner Verantwortung gegenüber Menschen, die bei uns
1205 Schutz suchen, gerecht werden.

1206 Aktiv und engagiert in Europa mitwirken

1207 Als politische Akteur*innen wollen wir uns engagiert in Brüssel einbringen und uns über die
1208 Landesvertretung sowie den Ausschuss der Regionen für ein faires, soziales und
1209 klimaneutrales Europa einsetzen. Den nächsten EU-Finanzrahmen wollen wir gezielt dafür
1210 nutzen, Berlins Infrastruktur stärker europäisch zu vernetzen, sozialgerechte Maßnahmen für
1211 Klimaschutz und Klimaanpassungen voranzutreiben, sowie Zukunftstechnologien, Forschung und
1212 Innovation zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Entscheidungen über den Einsatz der
1213 Mittel in den Regionen getroffen werden – gemeinsam mit den Organisationen, die die Projekte
1214 umsetzen.

1215 Die Europäische Säule sozialer Rechte wollen wir zum Leitprinzip für eine soziale und
1216 gerechte Stadtgesellschaft machen und ihre Grundsätze in Berlin verbindlich zur Anwendung
1217 bringen. Dies umfasst Chancengleichheit, den Abbau von Barrieren in allen Bereichen, die
1218 Sicherung von Zugang zu guten Sozialleistungen und -wohnungen und der Gewährleistung der
1219 Unterbringung von Obdachlosen. Dabei orientieren wir uns an europäischen Pilotprojekten wie
1220 “Housing First” in Finnland. Um die soziale Sicherheit für EU-Bürger*innen in Berlin zu
1221 erhöhen, setzen wir uns für eine verbesserte Koordinierung von Sozialleistungen zwischen den
1222 EU-Mitgliedsstaaten ein. Durch entsprechende Beratungsangebote in Berlin wollen wir
1223 sicherstellen, dass EU-Bürger*innen über ihre Rechte und Ansprüche informiert werden.

1224

1225 Mit der Gründung eines „Centre for Eastern European Transitions“ wollen wir einen neuen
1226 Bildungs- und Forschungsstandort schaffen, der ein gemeinsames europäisches Verständnis für
1227 die Transformationsprozesse der Vergangenheit und Gegenwart fördert und einen
1228 länderübergreifenden Dialog ermöglicht. Wir wollen eine „Konzertierte Aktion Europa-Bildung“
1229 starten – eine gemeinsame Strategie zur Förderung von Europa-Bildung und zur Bewerbung von
1230 Mobilitätsangeboten gegenüber Berliner Bildungs- und Jugendeinrichtungen unter Einbindung
1231 aller relevanten Akteur*innen. So sollen alle Schüler*innen, Auszubildenden und Lernenden
1232 Zugang zu europäischen Mobilitäts- und Bildungserfahrungen erhalten. Wir verankern

1233 europäische Themen wie Grundfreiheiten, Einigungsgeschichte und Unionsbürgerschaft
1234 verbindlich in den Lehrplänen, fördern proeuropäische Bildungsinitiativen und weiten das
1235 Konzept der Europaschule auf alle Bildungsbereiche aus.

1236 Verwaltung europäisch aufstellen

1237 Nicht nur Berliner*innen sollen sich als Europäer*innen verstehen, auch die Verwaltung soll
1238 durch gezielten Spracherwerb, digitale Sprachmittlungsprogramme und regelmäßigen
1239 Expert*innenaustausch in ihrer Europa-Kompetenz gestärkt werden. So können sich Bürger*innen
1240 aus der EU und aus anderen Ländern schneller und einfacher in Berlin zurechtfinden.

1241 Für die rund 578.000 in Berlin lebenden Europäer*innen wollen wir die Abläufe in der
1242 Verwaltung vereinfachen und digitalisieren. Dafür setzen wir eine Arbeitsgruppe ein, die
1243 bestehende Defizite in der Alltagstauglichkeit identifiziert und konkrete Lösungsvorschläge
1244 erarbeitet. Für die zügige Umsetzung werden der Regierende Bürgermeister und die
1245 Bezirksbürgermeister*innen den „Berliner Europa-Pakt“ unterzeichnen.

1246 Um die Europa-Kompetenz der Berliner Verwaltung insgesamt zu stärken, werden wir, neben
1247 Expert*innenaustausch und Spracherwerbsförderung, auch die Fähigkeit zum effektiven Einsatz
1248 von EU-Fördermitteln ausbauen. Denn um den European Green Deal zum Berlin Green Deal zu
1249 machen, müssen Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Lage sein, die
1250 bereitstehenden EU-Mittel zielgerichtet und vollständig abzurufen. Wir Bündnisgrüne halten
1251 es für fahrlässig, dass Schwarz-Rot viele Millionen Euro an EU-Fördermitteln ungenutzt lässt
1252 und nicht nach Berlin holt.

1253 3.7. Starke Finanzen – für Verlässlichkeit und 1254 Gerechtigkeit

1255 Berlin steht vor großen finanziellen Herausforderungen: steigende Kosten in allen Bereichen
1256 der Daseinsvorsorge, ein enormer Sanierungsstau und gleichzeitig der Anspruch, unsere Stadt
1257 widerstandsfähiger und klimafreundlicher zu machen. Wie alle Bundesländer erlebt auch Berlin
1258 eine strukturelle Unterfinanzierung staatlicher Aufgaben. Das schwarz-rote Haushaltschaos
1259 belastet uns finanziell noch zusätzlich und kürzt bei den Schwächsten, anstatt die richtigen
1260 Prioritäten zu setzen. Unsere Stadt braucht endlich wieder Verlässlichkeit,
1261 Planungssicherheit und eine klare politische Richtung.

1262 Haushaltspolitik zukunftsicher ausrichten

1263 Wir Bündnisgrüne wollen die Haushaltspolitik zukunftsorientiert neu ausrichten. Für uns muss
1264 sie das soziale Miteinander und die Erreichung von Klimaneutralität und Klimaresilienz
1265 ebenso im Blick haben wie das Funktionieren von Stadt und Verwaltung. Berlin darf nicht noch
1266 einmal kaputtgespart werden. Wir wollen der Haushaltspolitik Verlässlichkeit und Planbarkeit
1267 nach vier Jahren CDU-SPD-Haushaltschaos zurückgeben. Dafür werden wir den Landeshaushalt
1268 zukunfts fest aufstellen. Wir werden den Dialog mit denen, die von der massiven Unsicherheit
1269 der schwarz-roten Haushaltspolitik betroffen sind, endlich wieder aufnehmen: mit sozialen
1270 Trägern, Kultur- und Bildungsinstitutionen, Bezirken, den Beschäftigten des Landes und der
1271 engagierten Stadtgesellschaft. Gemeinsam schaffen wir es, die wichtigsten Aufgaben
1272 verlässlich zu finanzieren, ohne die Ausgaben ungebremst wachsen zu lassen.

1273 Wir werden eine Investitionsoffensive für Berlin starten, um die öffentlichen Investitionen
1274 in die Erreichung der Klimaneutralität sowie die Sanierung öffentlicher und sozialer

1275 Infrastruktur spürbar auszuweiten. Dazu schöpfen wir die rechtlichen Spielräume im Rahmen
 1276 der strukturellen und konjunkturbedingten Kreditaufnahme voll aus und setzen den Berliner
 1277 Anteil am Sondervermögen des Bundes gezielt ein. Darüber hinaus nutzen wir
 1278 transaktionskreditfinanzierte Investitionen bei Landeseigenen Unternehmen und
 1279 Investitionsgesellschaften zur Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit.
 1280 Die Schuldenbremse verhindert weiterhin wichtige Zukunftsinvestitionen – besonders in den
 1281 Ländern. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene für die Abschaffung der Schuldenbremse in
 1282 ihrer jetzigen Form und eine Reform der Schuldenregeln einsetzen.

1283 Viele soziale Träger sind angesichts der Kürzungspolitik und des Haushaltschaos von Schwarz-
 1284 Rot zu Tausenden auf die Straße gegangen. Zurecht! Wir stehen für eine andere
 1285 Haushaltspolitik. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist ein anderer Umgang mit den geförderten
 1286 zivilgesellschaftlichen Projekten wichtig: transparent, fair und verlässlich. Wir wollen
 1287 neue und verbesserte Bedingungen im Zuwendungsrecht schaffen und die Abläufe medienbruchfrei
 1288 digitalisieren. Dazu gehören Möglichkeiten der mehrjährigen Förderungen, die den
 1289 Beschäftigten mehr als immer nur bis zum Ende des laufenden Jahres Sicherheit bieten. Wir
 1290 werden zur Entbürokratisierung eine Gemeinkosten-Pauschale einführen, um die Abrechnung zu
 1291 erleichtern. Finanzanträge können so schneller von der Verwaltung beschieden werden, um den
 1292 Projekten frühzeitig und längerfristig Handlungssicherheit zu geben. Arbeit im öffentlichen
 1293 Auftrag muss gute Arbeit sein – durch ein modernes Zuwendungsrecht kann Berlin seiner
 1294 Vorbildfunktion gerecht werden.

1295 Wir werden eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik stärken und insbesondere Klima- und
 1296 Genderbudgeting konsequent weiterentwickeln. Die Berliner*innen haben ein Recht darauf zu
 1297 wissen, wofür ihre Steuergelder verwendet werden. Und Politik ist verpflichtet, dafür zu
 1298 sorgen, dass mit den öffentlichen Geldern Sinnvolles geschieht, sie effizient eingesetzt und
 1299 nicht verschwendet werden und dass sie bei denen ankommen, für die sie gedacht sind. Den
 1300 begonnenen Pfad zu einem Klimabudget als wirkliches Steuerungsinstrument werden wir
 1301 weiterentwickeln und ihn am Emissionspfad des Landes Berlin ausrichten. Der Senat ist
 1302 verpflichtet, den Emissionspfad mit konkreten Maßnahmen im Rahmen der mittelfristigen
 1303 Finanzplanung zu untersetzen, sowie die Umsetzung der Maßnahmen und ihre Wirkung zeitnah zu
 1304 monitoren.

1305 Außerdem wollen wir den Berliner Haushalt für Bürger*innen zugänglicher und transparenter
 1306 machen. Dazu sollen die Haushaltsdaten so aufbereitet werden, dass nachvollziehbar ist,
 1307 wofür wie viel Geld aufgewendet wird. Wir unterstützen Bürger*innenhaushalte auf
 1308 Bezirksebene und prüfen die Wiederaufnahme des Projekts des landesweiten
 1309 Beteiligungshaushalts.

1310 Steuersystem gerecht und ökologisch umbauen

1311 Wir Bündnisgrüne treten ein für ein gerechtes und ökologisches Steuersystem. Denn noch nie
 1312 gab es in Deutschland so viele Milliardär*innen und Multimillionär*innen wie heute.
 1313 Gleichzeitig ist jedes vierte Kind in Berlin armutsgefährdet, und auch die Altersarmut
 1314 wächst. Und dem Staat fehlt seit Jahren das Geld für Busse, Brücken und Bibliotheken. Wir
 1315 werden uns auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer für die
 1316 Superreichen und eine Reform der Erbschaftssteuer einsetzen, die bisherige Ausnahmen für die
 1317 wirklich großen Vermögen abschafft. Beides kommt den Länderhaushalten zugute, sodass wir all
 1318 denen in Berlin verlässlich helfen können, die Hilfe brauchen.

1319 Wir wollen auch die Spielräume zur Verbesserung der Einnahmebasis des Landes konsequent
 1320 nutzen. Dafür wollen wir die Gebühren fürs Anwohner*innenparken und auch fürs Kurzzeitparken
 1321 angemessen und ökologisch gestalten. Wir wollen nach dem Vorbild von Tübingen eine Steuer

1322 auf Einwegverpackungen einführen, um den Verpackungsmüll in unseren Parks und Kiezen zu
 1323 reduzieren. Außerdem wollen wir die Anpassung der Grunderwerbssteuer an die Höhe des
 1324 Steuersatzes von Brandenburg. Und wir entwickeln ein Konzept, wie wir die Grunderwerbssteuer
 1325 sozial staffeln können, um Berliner*innen beim Traum vom Leben in den eigenen vier Wänden zu
 1326 unterstützen – große Unternehmen müssen dafür mehr zahlen.

1327 Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerlücken schließen

1328 Steuerhinterziehung ist nicht nur ein individuelles Fehlverhalten, sondern vielfach Ausdruck
 1329 organisierter und professionell strukturierter Kriminalität. Insbesondere im
 1330 Immobiliensektor, in bargeldintensiven Branchen sowie durch internationale Finanz- und
 1331 Briefkastenstrukturen werden Steuern systematisch hinterzogen und illegale Gewinne
 1332 gewaschen. Wir begreifen die Bekämpfung von Steuerhinterziehung daher ausdrücklich auch als
 1333 Kampf gegen organisierte Kriminalität. Dafür schaffen wir spezialisierte Strukturen und
 1334 Instrumente bei Verwaltung und Polizei. Außerdem führen wir ein transparentes
 1335 Immobilienregister auf Landesebene ein, das wirtschaftlich Berechtigte sichtbar macht und
 1336 Geldwäsche sowie Steuervermeidung erschwert. Wir setzen auf eine konsequente Abschöpfung
 1337 illegaler Gewinne, um kriminellen Strukturen ihre wirtschaftliche Grundlage zu entziehen und
 1338 die Einnahmen der Allgemeinheit zugutekommen zu lassen.

1339 Um Steuerhinterziehung durch Einzelpersonen wirksam zu bekämpfen, wollen wir die Finanzämter
 1340 personell besser ausstatten und deren Digitalisierung vorantreiben. Die Wirksamkeit der
 1341 Steuererhebung wollen wir auch durch eine Erhöhung der Prüfquoten bei Unternehmen und
 1342 Einkommensmillionär*innen sicherstellen. Das machen wir, indem wir sowohl das zusätzliche
 1343 Personal als auch bestehende Ressourcen durch Anweisung aus der Senatsverwaltung für
 1344 Finanzen so priorisieren, dass die Prüfungen mit der größten finanziellen Bedeutung für den
 1345 Landeshaushalt fokussiert bearbeitet werden.

1346 Wir werden uns zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Gerechtigkeitslücken bei der
 1347 Besteuerung von Immobiliengeschäften endlich geschlossen werden. So setzen wir uns für eine
 1348 Reform ein, um die Umgehung der Grunderwerbsteuer bei sogenannten Share Deals zukünftig zu
 1349 verhindern. Allein bei der Übernahme der Deutsche Wohnen SE wurden durch Share Deals dem
 1350 Land Berlin über eine Milliarde Euro Einnahmen.

1351 Öffentliches Eigentum sichern und Abhängigkeiten verhindern

1352 Wir Grüne wollen an unsere Regierungszeit anknüpfen und die Liegenschaftspolitik am
 1353 Gemeinwohl ausrichten und die aktive strategische Ankaufspolitik fortsetzen. Denn eine
 1354 soziale Bodenpolitik ist in vielen Fällen Voraussetzung für langfristige stadtentwicklungs-
 1355 und wohnungspolitische Entscheidungen. Dafür statten wir den Berliner Bodenfonds als
 1356 Instrument mit mehr Eigenkapital aus. Die Ziele der Ankäufe und die Priorisierung sind dem
 1357 Parlament transparent darzustellen. Bei Vergabeverfahren für Grundstücke setzen wir
 1358 weiterhin auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Hierfür wollen wir das
 1359 Konzeptverfahren gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Wir wollen das
 1360 öffentliche Eigentum Berlins auch gesetzlich verbindlich sichern. Wir wollen nach dem
 1361 Vorbild Bremens eine Privatisierungsbremse in die Verfassung aufnehmen sowie ein
 1362 Bodensicherungsgesetz beschließen.

1363 Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) kommen für uns nur dann infrage, wenn dadurch keine
 1364 Abhängigkeiten des Staates von einzelnen privaten Dienstleister*innen entstehen. Wir
 1365 schließen den Verkauf von öffentlichen Liegenschaften oder der Infrastruktur aus.
 1366 Wirtschaftlichkeit und Resilienz sind bei Maßnahmen an öffentlichen Liegenschaften und

1367 Infrastruktur zentrale Kriterien. Das gilt besonders für ÖPP. Wir prüfen und bewerten den
1368 Nutzen für das Land Berlin u.a. auf Grundlage der inzwischen bestehenden Evaluierungen der
1369 vielfältigen Formen kommunaler ÖPP-Ansätze. Grundsätzlich darf die Risikoverteilung bei
1370 derartigen Projekten nicht einseitig zu Lasten der öffentlichen Hand erfolgen. Kooperationen
1371 mit gemeinnützigen Unternehmen oder Genossenschaften unterstützen wir.

1372 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 3)

1373 Sichere Schulwege für unsere Kinder

1374 Die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg hat oberste Priorität. Damit Kinder sicher
1375 ankommen können – ohne gefährliche Rangiermanöver, unübersichtliche Situationen und Lärm –,
1376 schaffen wir Bündnisgrüne bis 2030 in möglichst allen Kiezen Schulstraßen und Schulzonen
1377 nach dem Vorbild in der Singerstraße in Mitte, der Scharnweberstraße in Friedrichshain und
1378 vor der Robinson-Schule in Lichtenberg. Zudem setzen wir konsequent Tempo 30, Zebrastreifen,
1379 gut ausgebaute Fahrradstreifen und sichere Kreuzungen an Schulwegen um. So wird das Ankommen
1380 sicher und Kinder können ihren Schulweg selbstständig und geschützt bewältigen. Eltern
1381 können ihre Kinder guten Gewissens zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule schicken – für mehr
1382 Sicherheit, Selbstständigkeit und Ruhe vor den Schulen.

1383 Berlins Mobilität sichern – BVG- und S-Bahn-Krise lösen

1384 Ständige Ausfälle, Verspätungen und unzuverlässige Takte müssen der Vergangenheit angehören.
1385 Dafür wollen wir Grüne die Modernisierung der maroden Signal- und Stellwerkstechnik bei der
1386 S-Bahn deutlich beschleunigen, moderne Busse, 1.500 U-Bahn-Wagen sowie S-Bahn-Wagen in
1387 ausreichender Zahl kaufen, damit die ständigen Störungen alter Züge nicht mehr den
1388 Nahverkehr lahmlegen. Den Personalmangel wollen wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen und
1389 guter Bezahlung beheben. Wir wollen die aktuelle Abwärtsspirale von weniger Angebot,
1390 sinkenden Landeszuschüssen und zu geringen Investitionen durchbrechen. Wir Berliner*innen
1391 sind auf zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen – und wir Grüne sorgen dafür, dass sie
1392 verlässlich fahren.

1393 Berlin zum Innovationsstandort Nr. 1 machen

1394 Die Berliner Wirtschaft lebt von kreativen Köpfen, der Internationalität Berlins und ihrer
1395 Wissenschaftslandschaft. Unsere wertvollste Ressource ist dabei unsere Innovationskraft.
1396 Diese wollen wir weiter ausbauen und Berlin so zum Innovationsstandort Nr. 1 machen. Die
1397 Berliner Zukunftsorte sind dabei ein vitales Rückgrat der wissensbasierten
1398 Wirtschaftsentwicklung in Berlin. Wir werden sie weiter stärken und sehen das Potenzial, die
1399 Zukunftsorte zu Modellregionen für klimaneutrales Wirtschaften weiterzuentwickeln.
1400 Innovative Projekte wie die Start-up-Factory UNITE, das Innovationszentrum FUBIC oder
1401 Science & Start-ups der Berlin University Alliance wollen wir stärken und weiterentwickeln
1402 und so die Potentiale der Forschung für technologische, digitale und soziale Innovationen
1403 noch besser heben.

Beschluss (vorläufig) Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 14.02.2026

Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 4 des Landeswahlprogramms (Gleichstellung, Antidiskriminierung, Geflüchtete, Queeres, Inklusion, Rechtsextremismus, Kultur, Medien, Religion, Demokratie)

Berlin ist eine Stadt, in der Freiheit, Vielfalt und Solidarität zu Hause sind. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen, Identitäten und Lebensweisen und prägen gemeinsam das Bild unserer Stadt. Für uns Bündnisgrüne ist Berlin ein Versprechen: dass jede*r hier selbstbestimmt leben, sich entfalten und mitgestalten kann. Wir Bündnisgrüne wollen, dass dieses Versprechen wieder eingelöst wird – mit einer Politik, die Menschen befähigt, ihr Leben selbst zu gestalten, gleiche Chancen schafft und Diskriminierung entschieden entgegtritt.

Ein Berlin für alle heißt, dass Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert wird. Wir setzen auf Gleichstellung, Antidiskriminierung und Teilhabe von queeren Menschen, FLINTA*, Geflüchteten, BiPoC, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderungen. Wir gestalten Strukturen, die schützen und befähigen, schaffen offene und sichere Räume und stärken Institutionen, die die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Zugleich verteidigen wir unsere Demokratie gegen Hass und Hetze und stärken jene, die sich tagtäglich für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen. Wir stehen für eine menschenrechtsbasierte, wertegeleitete Asylpolitik. Berlin ist Schutzraum und sicherer Hafen.

Berlin ist Zuhause für Kultur, Kunst, und Kreativität. Von den großen bis zu den kleinen Bühnen, von Museen, Graffiti und Clubs bis zu den Ateliers in den Kiezen. Diese Vielfalt macht unsere Stadt lebendig, stark und resilient. Wir sichern kulturelle Teilhabe für alle, künstlerische Freiheit, faire Arbeitsbedingungen und eine verlässliche Förderung für Kreativschaffende, damit Berlins kulturelle Landschaft auch künftig Raum für Neues, für Widerspruch und für Begegnung bleibt. Wir schützen die Freiheit des Glaubens ebenso wie die Freiheit, keiner Religion anzugehören, und fördern den interreligiösen Dialog als Brücke des Austauschs und Zusammenhalts. Eine starke Demokratie lebt vom Mitmachen – durch Bildung, Beteiligung und Zivilcourage. Denn ein Berlin für alle bedeutet, dass jede*r gehört wird und die Vielfalt dieser Stadt als gemeinsames Versprechen begreift.

4.1. Strukturelle Gleichstellung – fair, selbstbestimmt und verbindlich

Für uns Bündnisgrüne ist ein intersektionaler Feminismus essentiell. Wir wollen, dass in Berlin alle Frauen, Lesben, inter*, nicht-binären, trans* und agender Personen (FLINTA*) frei und ökonomisch unabhängig leben können. Lohnarbeit soll gerecht bezahlt und Care-Arbeit fair verteilt sein – und zwar überall. Wir wollen Gesundheitsversorgung für alle FLINTA* bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt aufstellen. Deshalb setzen wir uns auch für eine gezielte Fort- und Weiterbildung von Fachpersonal ein. Bündnisgrüne Politik sichert strukturelle Gleichstellung mit verbindlichen Strategien, einem Paritätsgesetz für das Parlament, fairer Finanzierung, transparenter Personalpolitik, Equal Pay, gezielter Förderung von Gründer*innen und Frauen in MINT-Berufen und Programmen für den Wiedereinstieg nach Familienphasen. Flexible Arbeitsmodelle sowie eine gut ausgebaute Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur entlasten und eröffnen Chancen. Bildung, Ausbildung und Berufschancen werden gezielt gefördert, soziale Träger dauerhaft abgesichert. Berlin wird Vorreiterin

40 einer feministischen Politik, die Vielfalt schützt, marginalisierte Gruppen gezielt
41 einbezieht, Teilhabe stärkt und Gerechtigkeit für alle schafft.

42 Doch geschlechtsspezifische Gewalt – ob häuslich, psychisch, sexualisiert oder digital –
43 gehört für viele FLINTA* noch immer zum Alltag. Die vorhandenen Schutzplätze reichen nicht
44 aus und für marginalisierte Gruppen bestehen oft hohe Zugangshürden. Frauen verdienen im
45 Schnitt weniger als Männer, tragen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit und sind in
46 Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Im Gesundheitswesen fehlen vielerorts
47 spezifische, diskriminierungsfreie und mehrsprachige Angebote. Bei Sexarbeitenden überlagern
48 Stigmata, fehlender Schutz, mangelnde Gesundheitsversorgung und Unsicherheit den Zugang zu
49 Rechten und Unterstützung.

50 Gleichstellung konsequent vorantreiben

51 Wir Grüne wollen das Gender-Budgeting im Landeshaushalt konsequent weiterentwickeln. Dazu
52 gehören ein wirksames Controlling durch eine gestärkte Leitstelle bei der
53 Senatsfinanzverwaltung sowie die Ausweitung auf weitere Produkte und Diversitätsmerkmale.

54 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit klaren Kriterien und Vorgaben muss
55 intersektional alle Diskriminierungsformen berücksichtigen. In den Bezirken werden die
56 Gleichstellungsbeauftragten gestärkt. Über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen
57 mit landeseigenen Betrieben und Beteiligungen, transparente Auswahlverfahren und Quoten,
58 Equal Pay, die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, in der Wissenschaft und im Handwerk,
59 Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, Programme für den beruflichen
60 Wiedereinstieg sowie den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur sichern wir die
61 strukturelle Gleichstellung. Flexible Arbeitsmodelle sorgen dafür, dass Erwerbs- und Care-
62 Arbeit fair verteilt werden.

63 Prävention stärken und Schutzräume ausweiten

64 Wir erkennen geschlechtsspezifische Gewalt – insbesondere Gewalt gegen Frauen – als
65 gesamtgesellschaftliches Problem an. Prävention und Bekämpfung dürfen nicht bei den
66 Betroffenen liegen, sondern erfordern ein konsequentes und planvolles Handeln der gesamten
67 Gesellschaft.

68
69 Deshalb stellen wir sicher, dass alle Anlaufstellen für Betroffene verbindlich
70 sensibilisiert und geschult werden. Bei der Polizei etablieren wir standardisierte Verfahren
71 im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt nach spanischem Vorbild. Die
72 Anordnung von Schutzmaßnahmen soll dabei regelbasiert erfolgen und nicht von individuellen
73 Gefährdungseinschätzungen einzelner Beamt*innen abhängen. Wir befürworten die Einführung der
74 elektronischen Fußfessel, bei der die betroffene Person auch die Möglichkeit hat sich
75 benachrichtigen zu lassen. Auch das Personal in Krankenhäusern, insbesondere in
76 Notaufnahmen, wird fortgebildet, um Gewalteinwirkungen frühzeitig zu erkennen und
77 Betroffenen Beratung und Unterstützung anzubieten.

78 Wir Grüne setzen das Gewalthilfegesetz konsequent um. Die Bundesmittel hierfür werden wir
79 für zusätzliche Maßnahmen ausgeben. Wir schaffen mehr Beratungsangebote, zwei neue
80 Frauenhäuser, mehr Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie
81 suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für
82 marginalisierte Gruppen. Die Sprachmittlung und Housing First für Frauen werden ausgebaut,
83 Notunterkünfte für FLINTA* erweitert. Digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir mit
84 spezialisierten Online-Beratungsangeboten, Sensibilisierungskampagnen und verpflichtenden

85 Schulungen für Polizei und Justiz. An den Strafgerichten schaffen wir eine
86 Sonderzuständigkeit für Sexualdelikte. Zugänge zu Schutz, Beratung und Unterbringung müssen
87 unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sowie barrierefrei, mehrsprachig,
88 diskriminierungsfrei und traumasensibel gestaltet und allen Betroffenen zugänglich sein.

89 Wir begrüßen, dass der schwarz-rote Senat zentrale grüne Forderungen umsetzt: die
90 Verlängerung von Wohnungswegweisungen für Täter*innen häuslicher Gewalt von 14 Tagen auf
91 vier Wochen, die Verankerung von Kontakt- und Näherungsverboten im Berliner
92 Sicherheitsgesetz sowie die Einrichtung eines Betroffenenbeirats. Auch die
93 interdisziplinären Fallkonferenzen, die eine stärkere Zusammenarbeit von Polizei,
94 Jugendämtern und Beratungsstellen bei konkreten Fällen häuslicher Gewalt ermöglichen, werden
95 auf unsere Vorschläge hin vom Berliner Senat eingesetzt. Die Istanbul-Konvention ist ein
96 Instrument, das uns dazu verpflichtet, notwendige Maßnahmen für den Schutz von Frauen und
97 Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festzulegen, die über den Status quo
98 hinausgehen. Wir setzen die Punkte der Konvention konsequent um. Dafür stärken wir sowohl
99 Präventionsmaßnahmen in Schulen, bei Sozialämtern oder im digitalen Raum, als auch die
100 Täterarbeit zum Beispiel mit Anti-Agressionstrainings. Eine verbesserte Datenerhebung soll
101 zudem eine wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung auf Basis
102 verlässlicher Daten ermöglichen. Der Grundsatz „Wer schlägt, der geht“ aus dem
103 Gewaltschutzgesetz muss in der Berliner Justiz, den Jugendämtern und der Polizei noch
104 konsequenter umgesetzt werden. Die landeseigenen Wohnungsgesellschaft sollen diesen
105 Grundsatz in ihren Mietverträgen verankern und hervorheben. Wir senken die Hürden für eine
106 eheunabhängige Aufenthaltserlaubnis. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, "Catcalling"
107 unter Strafe zu stellen.

108 Digitale Gewalt wirksam bekämpfen

109
110 Digitale Gewalt ist eine zentrale Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie reicht von
111 Hassrede, Bedrohungen und Cyberstalking bis hin zu bildbasierter sexualisierter Gewalt und
112 der nicht-einvernehmlichen Verbreitung privater Inhalte. Sie trifft Frauen, Mädchen und
113 queere Personen besonders häufig. Sie schränkt ihre gesellschaftliche Teilhabe massiv ein
114 und verletzt ihre Persönlichkeitsrechte. Wir werden Beratungs- und Unterstützungsangebote
115 für Betroffene digitaler Gewalt ausbauen, berlinweite Melde- und Dokumentationsstrukturen
116 stärken sowie Fortbildungsprogramme für Polizei, Justiz, Verwaltung, Schulen und Jugendhilfe
117 zu digitaler Gewalt umsetzen. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz
118 müssen dabei berücksichtigt werden.

119 Gesund und selbstbestimmt leben

120 Wir Grüne schaffen eine diskriminierungsfreie und flächendeckende Gesundheitsversorgung für
121 Frauen und FLINTA*. Dabei berücksichtigen wir gezielt Mehrfachdiskriminierung im
122 Gesundheitswesen, etwa durch Rassismus, Behinderung, Queerfeindlichkeit oder fehlende
123 Sprachmittlung. Dazu gehören der Ausbau frauengesundheitlicher, queersensibler und
124 mehrsprachiger Angebote, zusätzliche Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die
125 Verankerung der Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Ausbildung. In
126 Schulen und Jugendeinrichtungen stellen wir die Verfügbarkeit erweiterter
127 Aufklärungsangebote zu Menstruation und Verhütung sicher, außerdem werden
128 Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten und in öffentlichen Gebäuden kostenfrei
129 bereitgestellt, wie es manche Bezirke bereits tun. Zur Gesundheitsvorsorge gehört auch eine
130 Erweiterung des Angebots an kostenfreien und barrierefreien öffentlichen Toiletten -
131 ausgestattet mit kostenfreien Menstruationsartikeln. FLINTA*, die sich in den Wechseljahren
132 befinden, haben ein Recht auf gesundheitliche Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen.

Wir wollen Aufklärung, Forschung und konkrete Maßnahmen, wie eine Wechseljahres-Strategie für die Berliner Verwaltung, damit FLINTA* in dieser Lebensphase selbstbestimmt, fair und gesund leben können. Um allen Frauen eine medizinische Versorgung zu ermöglichen, wollen wir ein flächendeckendes Angebot an Gynäkolog*innen und Urolog*innen in allen Bezirken sichern und dabei auch ein Augenmerk auf trans*, nicht-binäre und behinderte Menschen legen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung von § 218 des Strafgesetzbuchs ein, weil das Recht von Schwangeren, über ihren eigenen Körper und ihre reproduktive Gesundheit zu entscheiden, ein unveräußerlicher Teil ihrer Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ist. Dafür wollen wir den von der Union im Bundestag verhinderten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches in den Bundesrat einbringen.

Schutz und Rechte für Sexarbeitende sichern

Um Sexarbeitende zu schützen, zu entkriminalisieren und zu entstigmatisieren, setzen wir Bündnisgrüne die Ergebnisse des unter Rot-Rot-Grün einberufenen „Runden Tisches Sexarbeit“ um und integrieren das Peer-Projekt „transSexWorks“ in das Koordinierungsgremium. Fachberatungsstellen werden um psychologische Beratungsangebote erweitert. Wir entwickeln gemeinsam mit den Bezirken Präventions- und Schutzkonzepte, besonders für den Kurfürstentempel, mit dem Ziel, sichere, hygienische Arbeitsorte zu schaffen sowie eine bessere gesundheitliche Versorgung und eine qualifizierte rechtliche Beratung zu fördern. Damit unterstützen wir Sexarbeitende und tragen zur Entlastung des öffentlichen Raums bei. Freier*innen, die in Freier*innenforen und anderswo die Persönlichkeitsrechte von Sexarbeitenden verletzen, werden strafrechtlich verfolgt.

4.2. Berlin gegen Diskriminierung – Vielfalt konsequent schützen

Berlin ist eine Stadt, in der Vielfalt gelebt wird. In einer Zeit, in der versucht wird, uns auseinander zu drängen und viele Berliner*innen angegriffen, ausgeschlossen und abgewertet werden, halten wir an unserem Berlin fest – einem Berlin, in dem alle dazugehören und gesehen werden. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen frei von Diskriminierung leben können – unabhängig von Herkunft, Religion, rassistischer Zuschreibung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderungen, Alter oder sozialer Lage. Antidiskriminierung ist für uns dabei eine Querschnittsaufgabe: Politik, Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft sollen ihr Handeln aktiv an Vielfalt und Gerechtigkeit ausrichten. Berlin braucht klare Zuständigkeiten, verbindliche Maßnahmen und dauerhafte Förderung bei der Arbeit gegen jede Form rassistischer Diskriminierung und für Empowerment betroffener Gruppen. Dabei ist eine bedarfsgerechte und langfristig abgesicherte Beratungsinfrastruktur zentral. Wir stärken Betroffene, ihre Perspektiven sollen gehört und repräsentiert werden. Vielfalt und Repräsentation sind für uns nicht nur ein Symbol, sondern gelebte Realität – sichtbar, wirksam und selbstverständlich.

Wir verteidigen Minderheiten und zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor direkten Angriffen und den zunehmenden Versuchen, sie pauschal zu delegitimieren. Wir stärken Projekte, die sich für ein diverses und sicheres Berlin einsetzen, und fördern die Sensibilität für Diversität.

174 Strategie für Antidiskriminierung und Diversität entwickeln

175 Berlin hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung zu einem bundesweiten Leuchtturm für eine
176 progressive Politik der Vielfalt entwickelt, die sich gegen jede Form der Diskriminierung
177 stellt. Diese Zeiten sind mit Schwarz-Rot schon lange vorbei. Wir Grüne akzeptieren diesen
178 Stillstand nicht. Wir wenden uns entschieden gegen die ideologisch vorangetriebenen Angriffe
179 auf zivilgesellschaftliches Engagement, gegen die Zerschlagung von Beratungsangeboten oder
180 Präventionsstrukturen, die sich jeden Tag für Vielfalt, Teilhabe und Gleichbehandlung
181 einsetzen.

182 Wir wollen, dass Berlin wieder Verantwortung übernimmt und voranschreitet: mit einer
183 gesamtstädtischen Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie. Mit ihr wollen wir die
184 unterschiedlichen bestehenden Programme gegen Diskriminierung und Förderung von Diversität
185 zusammenführen, intersektional ausrichten sowie alle gesellschaftlichen Handlungsfelder und
186 Institutionen auf strukturelle Diskriminierung prüfen und Berlin wieder zur Vorreiterin
187 einer progressiven Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik machen. Die Strategie soll
188 unter enger Einbindung von Wissenschaft, Expert*innen und insbesondere den
189 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Communities entwickelt werden. Die bisherigen
190 Strukturen werden evaluiert und weiterentwickelt, klare Zuständigkeiten auf Landes- und
191 Bezirksebene gesetzlich verankert und dauerhaft gestärkt. Parallel überarbeiten wir die
192 veraltete Landeskonzption „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ gegen Rechtsextremismus,
193 Antisemitismus und Rassismus grundlegend. Ziel ist der Abbau struktureller
194 Ungleichbehandlung sowie der Aufbau gleichwertiger Beratungs- und Empowermentstrukturen für
195 alle marginalisierten Gruppen.

196 Bestimmte Formen der Diskriminierung haben ohnehin bis heute zu wenig politische
197 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken schließen – etwa durch den Berlin-
198 Monitor, der wieder jährlich erscheinen soll und eng mit der Zivilgesellschaft abgestimmt
199 wird. Wir wollen die Berliner Antidiskriminierungsarbeit um neue gesellschaftliche
200 Handlungsfelder erweitern, wie etwa den Gesundheits- und Pflegebereich, den Bereich
201 Wissenschaft und Hochschulen oder den Bereich der Diskriminierung im digitalen Kontext, und
202 durch KI-Anwendungen ergänzen. Wir bauen diskriminierungskritische, mehrsprachige,
203 niedrigschwellige und psychosoziale Unterstützung aus, stärken ein Förderprogramm für
204 marginalisierte Selbstorganisationen, entwickeln die bezirklichen Beauftragtenstrukturen zu
205 Diversityteams weiter und schaffen einen Aktionsplan, der Safer Spaces und Community-Orte in
206 der ganzen Stadt schützt.

207 Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln

208 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine bündnisgrüne Erfolgsgeschichte. Wir
209 wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen
210 Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern
211 den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts,
212 der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz
213 verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche
214 auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr
215 verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur
216 Abschreckung. Ein Rechtshilfefonds wird Verbandsklagen erleichtern. Wir stärken die LADG-
217 Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht, ein
218 eigenes Presserecht und eine Berichtspflicht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle wird eine
219 unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen eingerichtet. Auch auf

220 Bundesebene kämpfen wir für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der
221 Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

222 Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Verwaltung stärken

223 Die Berliner Verwaltung muss bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und
224 Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Diversity-Landesprogramm haben wir
225 dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt bei der Personalgewinnung und
226 im Personalmanagement zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber
227 nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer
228 senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher einen Neustart für das Diversity-
229 Landesprogramm mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen. Zentrale Maßnahmen des
230 Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von
231 Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Dazu gehören auch unabhängige,
232 diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe,
233 die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und
234 Diskriminierung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und
235 Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Neben den bisherigen Schwerpunkten soll für die
236 weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von
237 Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der
238 Diskriminierungsprävention.

239 Wir Bündnisgrüne wollen zukünftig einen echten Diversitäts-Check einführen. Im Sinne eines
240 modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats – insbesondere
241 Gesetzesvorhaben – vorab auch auf potenziell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde
242 Wirkungen hin untersucht werden. Politische und Verwaltungsentscheidungen müssen auf einer
243 rassismus- und diskriminierungskritischen Datenlage basieren, die partizipativ und
244 communitybasiert erhoben wird.

245 Das Berliner Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ist ein herausragendes Beispiel
246 für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in Berlin. Berlin hat dort – auf Initiative der
247 Grünen – den bundesweit ersten Beirat für die Angelegenheiten der Sinti*zze und Rom*nja
248 gesetzlich verankert. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden Fortschritt in Richtung
249 einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die Potenziale aller ihrer
250 Mitglieder erkennt und fördert. Wir setzen das PartMigG konsequent um, sorgen für klare
251 Zuständigkeiten in allen Senatsverwaltungen, ausreichende Ressourcen sowie verbindliche
252 Beteiligungsstrukturen für Beiräte und Migrant*innenorganisationen. Das Partizipations- und
253 Migrationsgesetz (PartMigG) sorgt dafür, dass die Vielfalt Berlins auch in der Verwaltung
254 sichtbar wird. Die letzte Befragung zeigt jedoch, dass der Anteil von Menschen mit
255 Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst weiter deutlich unter dem der Stadtgesellschaft
256 liegt. Wir wollen den gesellschaftlichen Anteil von Black, Indigenous and People of Color
257 (BIPOC) und Menschen mit Rassismus- und Antisemitismuserfahrung in der Verwaltung durch
258 verbindliche positive Maßnahmen erhöhen und als Zielvorgabe bis 2030 mindestens den
259 Durchschnitt der Berliner Bevölkerung erreichen. Perspektivisch wollen wir eine umfassende
260 Vielfaltsquote einführen, die alle Diversitätsdimensionen berücksichtigt. Berichtspflichten
261 und Mitarbeitendenbefragungen nach dem novellierten PartMigG begrüßen wir, wollen jedoch
262 zusätzlich erreichen, dass Gleichstellungsdaten von allen Menschen mit Rassismuserfahrung
263 erfasst sowie ein umfassendes Diversity-Monitoring und anonyme Umfragen zu
264 Diskriminierungserfahrungen etabliert werden. Eine Interessenvertretung für BIPOC im
265 öffentlichen Dienst soll das Personalvertretungsgesetz ergänzen.

266 Auch die landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen haben eine stadtweite Vorbildfunktion
267 für eine moderne, diversitätsorientierte Unternehmensführung in Berlin. Wir Grüne wollen
268 wirksame und verbindliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien für sie entwickeln
269 und implementieren. Dies gilt sowohl für die angebotenen Dienstleistungen und den Umgang mit
270 Kund*innen als auch für die interne Personalverantwortung und -führung. Die Enquete-
271 Kommission hat einen ideologisch vorangetriebenen Kulturkampf weiter verschärft, statt
272 wirkungsvolle Ergebnisse für die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Strategien gegen
273 Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und alle weiteren Formen von Diskriminierung
274 zu liefern. Wir schaffen ein neues parlamentarisches Format, das systematisch und auf
275 Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft arbeitet – mit dem Ziel, eine progressive und
276 intersektionale Antidiskriminierungspolitik in den Mittelpunkt zu stellen und auch die
277 Umsetzung durch Politik und Verwaltung systematisch zu monitoren und zu begleiten. Der Fokus
278 liegt dabei vor allem auf Institutionen und Strukturen der öffentlichen Hand.

279 Antisemitismus entschieden bekämpfen

280 Jüdisches Leben gehört untrennbar zu Berlin. Wir Bündnisgrüne setzen uns entschieden dafür
281 ein, dass Berlin eine Stadt bleibt, in der jüdisches Leben in Sicherheit und Freiheit
282 möglich ist – auf der Straße, in Schulen und Hochschulen, in der Kultur, in der Wissenschaft
283 und im Alltag. Dass Jüdinnen*Juden in Berlin Angst haben, ist nicht zu akzeptieren. Der
284 Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind für uns nicht verhandelbar.
285 Wir wollen das in der rot-rot-grünen Wahlperiode beschlossene „Berliner Landeskoncept zur
286 Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ konsequent umsetzen und bestehende
287 Schutzlücken schließen. Besonders in Bildung, Schule, Hochschule sowie im Opferschutz
288 braucht es verlässliche Strukturen, die Antisemitismus gezielt adressieren. Wir betrachten
289 Antisemitismusprävention als eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben
290 einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung politisch motivierter Straftaten braucht es
291 die verlässliche Förderung etablierter, anerkannter und fachlich qualifizierter Träger der
292 Antisemitismusprävention statt kurzfristiger, befristeter Projektförderungen.

293
294 Für uns ist dabei klar, dass wir den Kampf gegen alle Formen von Antisemitismus ernst
295 nehmen. Dazu gehört sowohl die Gefahr durch rechtsextreme und faschistische Ideologien als
296 auch der israelbezogene Antisemitismus, der maßgeblich in Teilen der politischen Linken und
297 aus dem islamistischen Milieu kommt. Wir unterscheiden klar zwischen antisemitischen
298 Positionen und einer sachlichen Kritik an der israelischen Regierung, die sich gegen
299 konkrete politische Maßnahmen richtet, ohne Jüdinnen und Juden kollektiv zu
300 verantwortlich machen oder doppelte Standards anzulegen. Der Schutz von jüdischen und als
301 israelsolidarisch gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser Einrichtungen, muss
302 sichergestellt werden. Hierfür müssen unter anderem auch bauliche und personelle
303 Schutzmaßnahmen gestärkt werden. Um der wachsenden Verbreitung antisemitischer Narrative im
304 digitalen Raum zu begegnen, wollen wir am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung ein
305 Forschungscluster zu digitalem Antisemitismus einrichten. Dieses soll Frühwarnsysteme
306 entwickeln, digitale Bildungsarbeit leisten und Politik, Medien sowie
307 Plattformbetreiber*innen beraten.

308 Antimuslimischen Rassismus entschieden bekämpfen

309 Rassismus hat viele Gesichter. Wir Bündnisgrüne bekämpfen ihn in all seinen
310 Erscheinungsformen. Auch antimuslimischer Rassismus ist nach dem 7. Oktober 2023 weiter
311 deutlich angewachsen. Wir sagen ihm entschieden den Kampf an. Wir setzen uns auch gegen jede
312 Form von Rassismus und religiöse Diskriminierung ein, den Alevit*innen, Drus*innen,

313 Jesid*innen und andere religiöse Minderheiten erfahren.

314

315 Wir setzen eine*n Landesbeauftragte*n ein, der*die ressortübergreifend Lücken im Schutz vor
316 antimuslimischer Diskriminierung in unseren gesellschaftlichen Institutionen wie Behörden
317 und Schulen sowie bei strukturellen Benachteiligungen wie etwa im Berufsleben schließt und
318 die Ergebnisse der „Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus“ senatsübergreifend
319 koordiniert umsetzt. Dazu gehören einheitliche Vorgaben zur inhaltlichen Ausgestaltung von
320 Schulordnungen an Berliner Schulen, die LADG-konform sind.

321 Die Expert*innenkommission antimuslimischer Rassismus soll ihre Arbeit fortsetzen und
322 bestehende Beratungs-, Empowerment- und Monitoringstrukturen sollen gestärkt und ausgebaut
323 werden. Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhalten verpflichtende Fortbildungen und beim
324 Landeskriminalamt wird eine spezifische Ansprechperson eingesetzt. Das diskriminierende
325 „Neutralitätsgesetz“ schaffen wir in Gänze ab, da es insbesondere kopftuchtragende Frauen
326 vom Staatsdienst ausschließt, Grundrechte wie Religions- und Berufsfreiheit verletzt und
327 bestehende Ungleichbehandlungen im öffentlichen Dienst verfestigt, statt Diskriminierung
328 abzubauen. Muslimisches Leben soll in Kunst, Medien und Bildung sichtbar sein –
329 diskriminierungsfrei und selbstbestimmt. Die genannten Maßnahmen – von der
330 Landesbeauftragten über Fortbildungen bis hin zu Beratungs- und Empowermentstrukturen –
331 müssen für die Vielfalt der betroffenen Gruppen sensibilisiert werden und spezifische
332 Angebote bereithalten. Wir setzen uns dafür ein, den 1. Juli als offiziellen Gedenk- und
333 Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus einzuführen, und prüfen den Abschluss einzelner
334 Vereinbarungen mit muslimischen Verbänden.

335 Anti-asiatischen Rassismus entschieden bekämpfen

336 Wir Grüne fordern ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen antiasiatischen Rassismus.
337 Dazu müssen Beratungs-, Melde- und Empowermentstrukturen überhaupt erst einmal eingerichtet
338 bzw. gestärkt werden. Gegen antiasiatischen Rassismus als spezifische Form der
339 Diskriminierung führen wir Sensibilisierungen im öffentlichen Dienst ein, fördern asiatisch-
340 deutsche Selbstorganisationen und binden sie in politische Gremien ein. Empowerment- und
341 Teilhabeangebote werden gezielt ausgebaut, um mediale, kulturelle und politische
342 Repräsentanz zu stärken.

343 Anti-Schwarzen Rassismus entschieden bekämpfen

344 Berlin hat sich 2018 zur Umsetzung der 1. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft
345 (2015–2024) verpflichtet. Dabei sollten unter anderem geeignete Maßnahmen zur Erfassung der
346 Diskriminierung Schwarzer Menschen und Antidiskriminierungsmaßnahmen entwickelt werden –
347 unter enger Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Berücksichtigung der Perspektiven
348 Schwarzer Menschen. Nach dem Abschluss der 1. UN-Dekade wollen wir Grüne deren Ergebnisse
349 sichern und die etablierten Strukturen und implementierten Maßnahmen fortführen und
350 verstetigen. Die noch offenen Forderungen sollen weiter umgesetzt und bestehende Lücken
351 geschlossen werden. Dazu gehört auch die Einrichtung des Studiengangs „Intersectional Black
352 European Studies“ an den Berliner Hochschulen. Wir wollen, dass Berlin sich auch zur
353 Umsetzung der 2. UN-Dekade (2025–2034) verpflichtet und dabei bundesweit voranschreitet.
354 Gemeinsam mit den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communities wollen wir
355 hierfür eine Gesamtstrategie für die 2. UN-Dekade mit einem Maßnahmen- und Aktionsplan bis
356 2034 entwickeln. Diese Gesamtstrategie soll verbindlich alle Senatsressorts und die Bezirke
357 einschließen. Gegen anti-Schwarzen Rassismus bauen wir Beratungs-, Melde- und

358 Empowermentstrukturen aus und sichern sie langfristig. Dazu gehört auch das Schwarze
359 Community-Zentrum.

360 Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze entschieden bekämpfen

361 Antiziganismus entschieden bekämpfen

362 Rom*nja und Sinti*zze sind seit langem ein elementarer Teil unserer Gesellschaft und hier
363 tief verwurzelt. Berlin soll auch für die Gemeinschaft der Sinti*zze und Rom*nja ein
364 lebenswertes und sicheres Zuhause sein. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass sie
365 diskriminierungsfrei ihr Leben gestalten können. Denn wir stellen fest, dass Sinti*zze und
366 Rom*nja weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert werden. Die meisten
367 registrierten Vorfälle ereignen sich im Kontakt mit der Verwaltung, mit öffentlichen
368 Stellen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt. Berlin muss daher
369 weiterhin entschlossen handeln, den strukturellen, institutionellen und alltäglichen
370 Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja zu bekämpfen. Wir Bündnisgrüne setzen auf eine
371 verbindliche Einbindung des Beirats für Angelegenheiten der Rom*nja und Sinti*zze, eine
372 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Antiziganismus-Dokumentationsstelle und gezielte
373 Fortbildungen aller öffentlichen Stellen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von
374 pädagogischem Personal sowie in Rahmenlehrplänen der Berliner Schulen müssen
375 antiziganismuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sinti*zze und Rom*nja
376 verbindlich Eingang finden. Das Recht auf Bildung muss in Berlin für alle Kinder, unabhängig
377 vom Aufenthaltsstatus, gelten. Eine Ausweisung und Abschiebung geflüchteter Rom*nja in
378 vermeintlich „sichere“ Herkunftsländer, in denen ihnen Angriffe und Diskriminierung drohen,
379 lehnen wir ab.

380 Antislawismus entschieden bekämpfen

381 Auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte und/oder slawische Menschen erleben
382 Diskriminierung und Rassismus, etwa im Arbeitsalltag oder im Umgang mit der Verwaltung.
383 Antislawismus tritt häufig in Verbindung mit Klassismus auf, etwa wenn von einem
384 vermeintlichen „Sozialtourismus“ gesprochen wird. Wir stellen uns Antislawismus entgegen und
385 möchten, dass auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte ein
386 diskriminierungsfreies Leben führen können. Wir wollen die Forschung und politische
387 Bildungsarbeit zu Antislawismus stärken, die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit
388 osteuropäischer Migrationsgeschichte stärken und Mitarbeiter*innen der Berliner Behörden
389 bezüglich Antislawismus schulen.

390 4.3. Humanität für Geflüchtete – Ankommen und Teilhabe 391 sichern

392 Differenzierte, sachliche Antworten in der Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber
393 heute dringender notwendig denn je. Die Menschenrechte sind überall und jederzeit
394 einzuhalten – sie sind unverhandelbar.

395 Berlin soll sicherer Hafen und eine Stadt der Chancen sein. Teilhabe beginnt am ersten Tag;
396 mit Zugängen, die funktionieren, und Strukturen, die Menschen stärken. Das heißt: Menschen
397 erhalten Schutz, Wohnraum, Beratung, herkunftsunabhängigen und kostenlosen Zugang zu Sprach-
398 und Bildungsangeboten sowie Zugang zu Arbeit und Gesundheitsversorgung –
399 diskriminierungsfrei, kultursensibel und mehrsprachig. Dauerhaft finanzierte

400 Beratungsstellen sichern besondere Schutzbedarfe. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein,
401 dass diskriminierungsfreie und traumasensible medizinische Versorgung geleistet, Ehrenamt
402 und Selbstorganisation gefördert sowie Wohnraumberatung und unabhängige
403 Asylverfahrensberatung angeboten werden. Wir werden diese Werte auch in Zukunft weiter im
404 Netzwerk „Solidarity Cities“ (solidarische Städte) leben!

405 Psychosoziale und psychologische Versorgung sichern und ausbauen

406 Viele geflüchtete Menschen haben Gewalt, Krieg, Verfolgung oder Flucht erlebt und benötigen
407 psychosoziale sowie psychotherapeutische Unterstützung. Psychische Gesundheit ist eine
408 zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Integration und muss von
409 Beginn an berücksichtigt werden. Wir möchten daher die psychologische und psychosoziale
410 Versorgung für Geflüchtete stärken und einen niedrigschwelligen und bedarfsgerechten Zugang
411 zu ihr ermöglichen. Dazu gehören mehrsprachige und kultursensible Angebote, insbesondere für
412 Kinder und Jugendliche.

413 Zugänge zu Arbeit und Ausbildung schaffen

414 Mit einer Politik die Zugänge öffnet und Hürden abbaut, erleichtern wir Grüne Geflüchteten
415 vom ersten Tag an den Einstieg in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung. Teilhabe am
416 Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Dafür stärken
417 wir gezielt mehrsprachige Informationsangebote, praxisnahe Sprach- und Brückenangebote sowie
418 notwendige Qualifizierungsmaßnahmen und beschleunigen mit einer Taskforce „Anerkennung“ die
419 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und legen den Schwerpunkt auf die
420 Fachkräftestrategie. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Zustimmungspflichten
421 der Bundesagentur für Arbeit für Menschen im Asyl-Anerkennungsverfahren entfallen.

422 Bürokratische Hürden bei der Erteilung und Verlängerung von Arbeitserlaubnissen bauen wir ab
423 und sorgen für transparente, zügige Verfahren in der Berliner Verwaltung. Betriebe, die
424 Geflüchtete einstellen oder ausbilden, unterstützen wir gezielt und fördern Kooperationen
425 zwischen Unternehmen, Kammern und zivilgesellschaftlichen Initiativen.
426 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Zustimmungspflichten der Bundesagentur
427 für Arbeit für Menschen im laufenden Asylverfahren entfallen.

428 Gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit und Leistungen für alle
429 gewährleisten, diskriminierende Bezahlkarte abschaffen

430 Das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit sowie das Recht auf soziale Sicherheit
431 sind Menschenrechte, die auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen, die sich in Berlin
432 aufhalten – ob mit oder ohne die „richtigen“ Papiere. Sogenanntes Asyl- und
433 Migrationsmanagement darf nicht zu menschenrechtswidrigem Leistungsausschluss führen, auch
434 nicht als Sanktion für angebliches Fehlverhalten.

435 Wir lehnen die vom schwarz-roten Senat geplante Bezahlkarte ab, weil sie Geflüchtete
436 diskriminiert und ihre Selbstbestimmung einschränkt. Stattdessen setzen wir auf
437 diskriminierungsfreie, unbürokratische Auszahlungen von Leistungen sowie, unabhängig vom
438 Aufenthaltsstatus, ein Bankkonto für alle („Basiskonto“). Kinder erhalten unverzüglichen
439 Zugang zu Schulunterricht, Willkommensklassen dürfen nur eine Übergangslösung sein.
440 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus stellen wir den Zugang von Geflüchteten zu Bildung,
441 Gesundheitsversorgung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe sicher.

442 Im Bund setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.

443 Dezentrale Unterbringung und eigenen Wohnraum voranbringen

444 Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es
445 entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden und wohnen können. Derzeit leben rund
446 40.000 Menschen in Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, viele von
447 ihnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus, obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum hätten.
448 Wir werden die bezirklichen Kooperationen – wie beim Projekt Wohnen statt MUF – mit den
449 landeseigenen Wohnungsunternehmen stärken, Fachstellen sollen zudem den Zugang zum
450 Wohnungsmarkt für Geflüchtete verbessern. Wir befürworten überdies die WBS-Berechtigung für
451 Geflüchtete mit langjährigem Aufenthaltsstatus oder Duldung. Unser oberstes Ziel ist die
452 Unterbringung in eigenem Wohnraum. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Grüne weg von der
453 Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen. Große
454 Massenunterkünfte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den Bedürfnissen von
455 Geflüchteten nicht gerecht werden. In der Massenunterkunft in Tegel wurden zeitweise
456 tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der Zugang von Hilfsorganisationen war
457 erschwert und Kinder hatten nur eingeschränkt die Möglichkeit, am Schulunterricht
458 teilzunehmen. Das war insbesondere für Familien und Kinder belastend in einer ohnehin
459 schwierigen Lage.

460 In der Neuaufstellung der Unterbringung setzen wir in erster Linie auf Wohnungen und
461 kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in allen Bezirken. Zudem wollen wir für besonders
462 schutzbedürftige Gruppen geflüchteter Menschen gezielte Schwerpunktunterkünfte schaffen, um
463 eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das soziale Wohnungsbauprogramm für
464 Geflüchtete unterstützen wir, um dauerhaft Wohnraum und soziale Angebote zur Verfügung zu
465 stellen. Mit einem sozialen Unterbringungsgesetz sollen zukünftig gesetzliche
466 Mindeststandards in Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose festgelegt und
467 durchgesetzt werden.
468 Ein Ankunftszentrum soll bestmögliche Erstversorgung sicherstellen, sich darum kümmern, dass
469 Kinder und besonders vulnerable Geflüchtete angemessen betreut und schnellstmöglich in gute
470 Unterkünfte vermittelt werden. Mit einer Senatskommission „Unterbringung“ sorgen wir für
471 eine engere Abstimmung zwischen Senat und Bezirken. Asylsuchende werden zudem bei der Reform
472 der Wohnungsnotfallhilfe mitberücksichtigt. Dabei darf keine Gruppe, die von
473 Wohnungslosigkeit bedroht ist, gegen eine andere ausgespielt werden.
474 Dabei ist eine strukturelle und finanzielle Unterstützung der Bezirke zentral. Die soziale
475 Infrastruktur vor Ort muss von Beginn an mitgedacht werden. Die Senatskommission
476 Unterbringung soll sicherstellen, dass neue Standorte zügig identifiziert und beschlossen
477 werden und notwendige Verbesserungen der lokalen Infrastruktur von Anfang an eingeplant
478 sind, insbesondere beim Ausbau von Kita und Schulplätzen sowie der Verkehrsinfrastruktur.

479 Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist die zentrale Erstaufnahmebehörde für
480 geflüchtete Menschen in Berlin. Hier entscheidet sich, ob Unterbringung, Leistungen und
481 Versorgung verlässlich funktionieren.

482 Wir stärken das LAF und verbessern die Arbeitsbedingungen nachhaltig. Unser Ziel ist ein
483 modernes, gut ausgestattetes Landesamt mit fairen Arbeitsbedingungen, ausreichendem Personal
484 und verlässlichen Strukturen, damit geflüchtete Menschen von Beginn an angemessen versorgt
485 und untergebracht werden können.

486 Landesamt für Einwanderung als moderne Willkommensbehörde

487 Das Landesamt für Einwanderung (LEA) ist für rund 700.000 Berliner*innen ohne deutsche oder
488 EU-Staatsangehörigkeit – und damit für fast 20 % der Einwohner*innen – von zentraler
489 Bedeutung. 2025 haben über 500.000 Menschen beim LEA vorgesprochen, um Entscheidungen zu

erhalten, die über Arbeit, Studium, Familienleben und soziale Sicherheit bestimmen.
 Verzögerte Verfahren können zum Verlust des Jobs oder sogar der Wohnung führen.
 Intransparente Abläufe und schwerer Zugang schwächen das Vertrauen und die lange
 Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Zukunft belasten viele Berliner*innen.
 Wir werden das Landesamt für Einwanderung zu einer modernen und serviceorientierten
 Willkommensbehörde weiterentwickeln. Dazu etablieren wir ein digitales Antragssystem für
 alle Aufenthaltstitel und deren Verlängerung. Das LEA wird gestärkt, um eine zügige,
 rechtskonforme und transparente Bearbeitung der Anträge sicherzustellen. Die Terminvergabe
 werden wir weiter verbessern und verlässlicher gestalten. Zudem werden wir die Ombudsstelle
 im LEA wieder einrichten und zu einer mitwirkungsberechtigten Ombudsstelle weiterentwickeln,
 um Transparenz, Rechtsschutz und Vertrauen zu stärken. Beratung wird unabhängig und
 mehrsprachig angeboten.

GEAS humanitär umsetzen und Zugänge ermöglichen

EU-Asylreform menschenrechtskonform umsetzen

Die neuen Regeln des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wenden wir
 menschenrechtskonform an. Bei der Durchführung der neuen Screening-Verfahren ist
 sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der Vulnerabilität von entsprechend
 qualifiziertem Fachpersonal außerhalb der Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.
 Überprüfungen innerhalb des Hoheitsgebiets durch die Polizei Berlin dürfen nicht zu Racial
 Profiling führen.

Die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) darf nicht zu einer
 weiteren Aushöhlung des Geflüchtetenschutzes führen - auch nicht auf Landesebene. Wir wollen
 dies durch ein effektives und unabhängiges Menschenrechtsmonitoring unter enger Einbindung
 der Zivilgesellschaft und entsprechend qualifiziertem Fachpersonal sicherstellen. Das gilt
 für die neuen Screening-Verfahren in Berlin-Tegel ebenso wie für die neuen Asyl- und
 Rückführungsgrenzverfahren am Flughafen Berlin Brandenburg. Wir Grüne stehen für faire und
 individuelle Asylverfahren, (den Schutz vor Abschiebung in unsichere Drittstaaten) und
 menschenwürdige Unterbringung. Das Konzept der sicheren Drittstaaten und Herkunftsländer
 lehnen wir ab. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die Abschiebung
 in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, Syrien oder Iran, ist inakzeptabel
 und muss beendet werden. Explizit stellen wir uns gegen Abschiebehaft, insbesondere für
 Kinder, und die Trennung von Familien.

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen ab Tag 1 ihrer Einreise eine unabhängige
 Vertretung, die sie rechtlich vertritt und faktisch unterstützt und maximal 30 Minderjährige
 betreut. Der Vorrang des Kindeswohles ist jederzeit sicherzustellen. Sie müssen in
 Jugendhilfe- oder Clearingeinrichtungen mit pädagogisch geschultem Fachpersonal aufgenommen
 werden. Hierzu setzen wir uns für eine Verstärkung und finanzielle Absicherung der
 Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen ein.

Wir stehen zum Kirchenasyl als wichtiges Instrument, um in Ausnahmesituationen Menschen,
 denen im Falle einer Abschiebung Leid drohen würde, schnell und unbürokratisch zu
 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kirchenasyl von den Berliner Behörden
 geachtet wird.

Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf die Aufnahme einer Ausbildung, berufsvorbereitender
 Maßnahmen, eines Studiums oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages nicht

534 verhindern. Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung, Ausbildung oder Studium müssen
535 für die gesamte Familie ausgeschlossen sein.

536 Gleichzeitig gilt: Wer nach individueller Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen
537 Voraussetzungen sowie ggf. nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat
538 und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
539 freiwillige Ausreise hat für uns Vorrang.

540 Überlegungen wie das sogenannte Ruanda-Modell lehnen wir strikt ab.

541 Zugänge ermöglichen, den Plänen von CDU und AfD zur Abschaffung des
542 Menschenrechts auf Asyl in Europa entschieden entgegenzutreten

543 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme des Berliner Landesaufnahmeprogramms für Geflüchtete
544 aus Syrien, dem Irak und Afghanistan ein und den Ausbau humanitärer Aufnahmeprogramme des
545 Bundes beispielsweise aus Afghanistan, Syrien, Irak und Gaza ein und nutzen zudem die
546 Spielräume des Landes, um die Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen. So soll Berlin
547 Menschen aus UN-Programmen aufnehmen. Zudem möchten wir die Aufnahme von Personen, die von
548 Klimakatastrophen oder humanitären Notlagen betroffen sind, neu einführen. Außerdem möchten
549 wir den Familiennachzug als humanitäres Minimum und als Voraussetzung für Stabilität und
550 Schutz wieder ermöglichen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten Ländern und Kommunen in
551 Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische und
552 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder
553 gestärkt werden. Auch auf Bundesebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und
554 Menschenrechten ein.

555
556 Solidarität muss praktisch sein - Gelder für die zivile Seenotrettung
557 zur Verfügung stellen

558 Das Mittelmeer ist eine der tödlichsten Grenzen weltweit. Tausende Menschen ertrinken jedes
559 Jahr auf ihrer Flucht oder werden unter Gewaltanwendung nach Libyen und Tunesien zurück
560 geschleppt. Die Anrainerstaaten aber auch die von Deutschland unterstützte und
561 mitfinanzierte EU-Grenzschutzagentur Frontex begehen Menschenrechtsverletzungen und
562 unterstützen libysche Milizen bei ihren Verbrechen, anstatt ihren rechtlichen
563 Verpflichtungen nachzukommen. Die Bundesregierung hat die finanzielle Unterstützung der
564 zivilen Seenotrettung in diesem Jahr eingestellt. Die Kriminalisierung und Behinderung der
565 Seenotrettung nimmt leichtfertig den Tod von Menschen in Kauf. Wir stehen für eine
566 menschenrechtsbasierte Politik und ducken uns vor Verantwortung nicht weg. Deswegen treten
567 wir für die finanzielle Unterstützung der zivilen Seenotrettungsorganisationen ein und
568 werden unsere Stimmen im Bundesrat konsequent für den Schutz der zivilen Seenotrettung und
569 die Grundrechte flüchtender Menschen einsetzen.

570 4.4. Queere Sicherheit – Sichtbarkeit und Teilhabe 571 ausbauen

572 Unser Berlin ist, bleibt und wird mehr denn je die Hauptstadt der queeren Vielfalt – sicher,
573 sichtbar, solidarisch. Queere Menschen sollen in allen Bezirken frei von Angst leben,
574 uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Vielfalt ist für uns
575 Bündnisgrüne selbstverständlich: von der Schule bis zur Pflege, von der Kultur bis zur

576 Verwaltung. Schutz vor Queerfeindlichkeit, gleichberechtigter Zugang zu
577 Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeit sowie eine lebendige queere Kultur sollen fest
578 verankert sein. Dauerhafte Strukturen und ein starker politischer Rückhalt sollen dafür
579 sorgen, dass queeres Leben in Berlin nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist.

580 Wir Bündnisgrüne möchten queerfeindliche Übergriffe verhindern, lesbische Sichtbarkeit
581 erhöhen und queere Infrastruktur und queere Angebote für Regenbogenfamilien und inter*;
582 nicht-binäre, trans* und agender Personen (FLINTA*) stärken. Zur queeren Vielfalt gehören
583 auch Queers, die weiteren marginalisierten Gruppen angehören. Auch sie sollen in Berlin und
584 seinen Safer Spaces sicher sein. Die Umsetzung der unter bündnisgrüner Beteiligung
585 eingeführten Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) wollen wir
586 standardisieren und flächendeckend vorantreiben.

587 Queere Teilhabe und Infrastruktur flächendeckend stärken

588 Wir Grüne setzen uns für ein Berlin ein, in dem queere Menschen in allen Lebensbereichen
589 sichtbar, sicher und gleichberechtigt sind. Aktuell zeigt sich jedoch, dass Berlins queere
590 Infrastruktur mit ihren Empowermenträumen, Beratungsstrukturen, Projekten, Kulturorten und
591 Safer Spaces akut bedroht ist. Sei es durch gewaltvolle queerfeindliche Attacken, durch
592 Verdrängung in unseren Kiezen oder durch die ideologische Politik des schwarz-roten Senats,
593 die etwa die queere Bildungsarbeit komplett zerschlagen will. Wir treten dem entschieden
594 entgegen und werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern, langfristig
595 fördern und stärken. Wir setzen einen Aktionsplan gegen Verdrängung von
596 zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt auf. Das
597 Verschwinden queerer Orte wollen wir stoppen und neue schaffen. Hier nehmen wir verstärkt
598 auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

599 Wir wollen einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Lesben, Schwule,
600 Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) in allen Bezirken und in der ganzen
601 Stadt. Es darf nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ* in Berlin wohnt, um z. B.
602 Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. In jedem Bezirk soll daher mindestens ein queerer
603 Ort in Form eines Zentrums, Jugendclubs oder Familienzentrums entstehen. Wir wollen
604 Queerbeauftragte in allen Bezirken und für sie eine gesetzliche Grundlage schaffen. Mit
605 Queer-Mainstreaming verankern wir queersensible Angebote in allen Einrichtungen. Wir sichern
606 flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote und integrieren queere Perspektiven in
607 Studium und Ausbildung, insbesondere in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Wir stärken die
608 Beratungsangebote für Regenbogenfamilien und wollen die Gründung eines weiteren
609 Regenbogenfamilienzentrums vorantreiben. Wir sorgen dafür, dass das Personal in Gerichten
610 und Jugendämtern geschult ist, um die Diskriminierung von Regenbogenfamilien abzubauen.
611 Insbesondere bei Regenbogenpflegefamilien braucht es hier zusätzliche Unterstützung. Auf
612 Bundesebene setzen wir uns für die längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein.

613 Wir Bündnisgrüne werden auch weiterhin die Aufmerksamkeit für lesbisches Leben und lesbische
614 Belange mit ganz konkreten Maßnahmen erhöhen. Darüber hinaus wollen wir Bi+-Personen und
615 ihre Strukturen gezielt unterstützen und werden dafür den Maßnahmenplan „Bi+“ entwickeln.
616 Ebenso bauen wir die Diskriminierung von trans*, inter*, nicht-binären und agender
617 Berliner*innen ab und bauen ihre Teilhabe in allen Bereichen aus. Wir fördern Anlauf- und
618 Beratungsstellen für mehrfach marginalisierte queere Gruppen wie z. B. queere Geflüchtete
619 oder von Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus betroffene Queers in allen Teilen der
620 Stadt. Wir stärken die Erinnerungskultur zum Thema queeres Leben und seine Gefährdung und
621 fördern queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt. Wir setzen den Inklusionsfonds für
622 eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn weiter aus. Damit

queere Menschen sich auch sicher an Orten der eigenen Community und im Nachtleben bewegen können, entwickeln wir einen Maßnahmenplan für die Bekämpfung von Diskriminierung in diesen Bereichen.

Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus hat auch in Räumen der queeren Community zugenommen. Auch hier braucht es in Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Community Aufklärung, Sensibilisierung, Prävention und klare Kante gegen jeden Antisemitismus, damit die queere Community auch ein sicherer Ort für jüdische queere Menschen ist.

Gleichzeitig setzt sich Berlin auf Bundes- und EU-Ebene für die diskriminierungskritische Reform von Gesetzen, z.B. für die rechtliche Anerkennung von familiären Instituten jenseits der Ehe wie Verantwortungsgemeinschaften oder der französische PACS, den Schutz queerer Rechte und internationale Solidarität ein – etwa durch die Verankerung geschlechtlicher und sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes und ein verstärktes Engagement im internationalen Rainbow Cities Network.

Queerfeindlichkeit mit Bildung, Prävention und Schutz begegnen

Queerfeindlichkeit hat in unserer Stadt drastisch zugenommen. Wir Grüne begegnen ihr mit einem klaren Dreiklang aus Bildung, Prävention und besseren Schutzmaßnahmen. Dazu sichern wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft und bauen sie aus. Unser Ziel: Alle Berliner Schüler*innen sollen jährlich Zugang zu queeren Bildungsangeboten erhalten. Wir stärken Projekte, die aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Wir verbessern den Schutz queerer Einrichtungen, erhöhen die Polizeipräsenz bei akuten Bedrohungslagen und schulen Polizei und Justiz für einen sensiblen Umgang. Allerdings wird nur ein Bruchteil aller queerfeindlichen Übergriffe überhaupt angezeigt. Um das Ausmaß der Gewalt gegen LSBTIQ* in Berlin erfassen und so wirksamere Maßnahmen zur Prävention und Intervention ergreifen zu können, werden wir im Rahmen des „Berlin Monitor Queerfeindliche Gewalt“ eine Dunkelfeldstudie zu queerfeindlichen Gewalttaten in Auftrag geben. Vertrauensbildende Maßnahmen sollen die Anzeigebereitschaft erhöhen. Besonders entschieden treten wir transfeindlicher Hetze und Gewalt entgegen, die zunehmend in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Queeres Leben fördern und sichern

Die Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) ist das zentrale Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. Damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, wollen wir sie neu denken und ihr einen Neustart verpassen. Sie soll zu einer umfassenden Gesamtstrategie entwickelt werden. Wir erhöhen die Verbindlichkeit und setzen klare und nachprüfbare Ziele und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Die queeren Communities werden wir dauerhaft und wirksam an der Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung beteiligen. Die Bezirke werden wir intensiver einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen, dessen Umsetzung transparent evaluiert wird.

4.5. Gelebte Inklusion – Barrieren abbauen, Teilhabe schaffen

In Berlin leben über 333.000 Menschen mit einem anerkannten Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 Prozent – das ist fast jede zehnte Person. Darüber hinaus leben zahlreiche Menschen in der Stadt, die einen GdB unter 50 haben und/oder nicht erfasst sind. Die Tendenz

666 ist in unserer alternden Gesellschaft steigend, da viele Behinderungen im Lebensverlauf
 667 entstehen. Behinderungen resultieren aus der Wechselwirkung zwischen individuellen
 668 Beeinträchtigungen und den Barrieren in Gesellschaft und Umwelt. Menschen mit Behinderungen
 669 erleben zu oft (Mehrfach-)Diskriminierung und dass ihre Selbstbestimmung infrage gestellt
 670 wird: im Rehabilitationsamt oder beim Jobcenter, beim Zugang zu Arbeit und Wohnen oder bei
 671 sexuellen und reproduktiven Rechten. Wir Bündnisgrüne wollen am Abbau von Barrieren
 672 arbeiten. Die beste Roadmap hierfür bietet die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Doch
 673 Berlin hat bei deren Umsetzung noch einiges an Arbeit vor sich. Dazu gehört für uns auch
 674 eine entsprechende Neugestaltung des Berliner Psychisch-Kranken-Gesetzes. Unser Ziel ist
 675 eine Stadt, in der alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – gleichberechtigt an
 676 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Wohnen und Arbeit teilhaben können.

677 Inklusion koordinieren und stärken

678 Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Fragen der Eingliederungshilfe
 679 schnelle, kompetente und individuelle Beratung erhalten und bei anderen Bedarfen zuverlässig
 680 weitervermittelt werden. Wir Grüne wollen die Bezirke dabei unterstützen, ihre
 681 Koordinierungsstellen „Inklusion“ zu besetzen und regelmäßig verbindliche Aktionspläne für
 682 die Inklusionsarbeit zu erstellen und zu realisieren. Gemeinsam mit den Bezirken soll der
 683 Senat Zielvereinbarungen für die Teilhabefachdienste entwickeln, das Personal besser
 684 qualifizieren und diese nach dem Prinzip einer „One-Stop-Agency“ ausbauen. Die Leistungen
 685 müssen sich dabei immer am Bedarf und an der Lebenssituation der Menschen orientieren. Wir
 686 wollen, dass alle Leistungen der Eingliederungshilfe wie aus einer Hand geleistet werden.
 687 Dazu muss das Bundesteilhabegesetz endlich umgesetzt werden. Die Ausstellung des
 688 Schwerbehindertenausweises wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Behinderungen sind
 689 vielfältig – wir wollen nicht sichtbare Behinderungen stärker ins Blickfeld rücken und
 690 erarbeiten hierfür unter anderem eine Berliner Autismusstrategie. Wir wollen die
 691 Behindertenbeiräte auf Landes- und Bezirksebene stärken, unter anderem durch das Recht,
 692 Anträge an die jeweilige Verwaltung zu richten und zu relevanten Vorhaben Stellung zu
 693 nehmen. Das Berliner Behindertenparlament möchten wir als ein Instrument der politischen
 694 Teilhabe dauerhaft etablieren und auskömmlich finanzieren.

695 Bildung als Fundament für gleiche Chancen inklusiv gestalten

696 Es ist nicht hinnehmbar, dass derzeit circa 2.800 Kinder aufgrund von Behinderungen nicht
 697 ordentlich oder gar nicht beschult werden. Exkludierende Systeme müssen vollständig abgebaut
 698 und Inklusion in allen Schulen möglich gemacht werden. Multiprofessionelle Teams,
 699 Schulassistenten sowie ergänzende Förderung und Betreuung in Grundschulen sichern gleiche
 700 Bildungschancen und sorgen dafür, dass alle Schüler*innen einen Abschluss erreichen können.
 701 Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zur Schule muss
 702 sichergestellt sein. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf soll selbstbestimmt
 703 erfolgen und durch gute Beratung und Begleitung unterstützt werden. Dafür wollen wir unter
 704 anderem die Jugendberufsagentur inklusiver aufstellen.

705 Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern

706 Sondersysteme wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Sonderschulen verhindern
 707 häufig die Inklusion in reguläre Arbeit oder Ausbildung. Auf dem Arbeitsmarkt setzen wir
 708 Grüne uns für eine angemessene Bezahlung von Menschen mit Behinderungen im ersten und
 709 zweiten Arbeitsmarkt ein und treiben den Ausbau von Inklusionsunternehmen gezielt voran.

Unternehmen sollen darüber hinaus besser über Budgets für Ausbildung und Arbeit informiert und bei der Nutzung unterstützt werden. Ergänzend werden wir das Landesprogramm „Ausbildung inklusiv“ umsetzen, dessen Kernelemente eine Stiftung zur Förderung inklusiver Ausbildung, die Stärkung der Jugendberufsagentur und der inklusive Umbau der Oberstufenzentren sind. Zudem setzen wir uns für die Anerkennung und Refinanzierung des Tarifvertrags für Assistenz im Arbeitgeber*innenmodell ein und erhöhen damit das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen.

Barrierefreies und sicheres Wohnen ermöglichen

Berlin braucht mehr barrierefreien Wohnraum. Wir Bündnisgrüne wollen Barrierefreiheit im Milieuschutz zulassen, wo es sinnvoll ist. Zudem fördern wir inklusive Wohnkonzepte wie Clusterwohnungen, Mehrgenerationenhäuser oder gemeinschaftliches Wohnen, denn ein vielfältiges Berlin darf nicht isoliert voneinander leben. In Wohneinrichtungen möchten wir den Gewaltschutz verbessern, Frauenbeauftragte einsetzen und Beratungsangebote in Leichter Sprache ausbauen. Frauenhäuser und Schutzwohnungen sollen barrierefreie Plätze vorhalten. Außerdem entwickeln wir eine umfassende Strategie für Teilhabe und gegen Einsamkeit mit inklusiven Begegnungsstätten in allen Kiezen. Politisches und ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Unterstützungsbedarf soll durch die Finanzierung von Assistenz im Ehrenamt möglich gemacht werden. Für geflüchtete Menschen mit Behinderungen wollen wir sicherstellen, dass sie frühzeitig identifiziert, bedarfsgerecht untergebracht und sprach- sowie kultursensibel beraten werden.

Gesundheit barrierefrei und Sport inklusiv machen

Wir Grüne werden den Runden Tisch „Barrierefreie Stadt“ der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Gesundheit reaktivieren, um Einrichtungen der Gesundheitsversorgung – einschließlich Krankenhäusern – sukzessive barrierefrei umzubauen. Medizinische und psychologische Fachkräfte sollen im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen geschult werden. Die Erfahrungskompetenz von Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Stärkung von Selbsthilfe sichtbar machen.

Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht auf Sport wie alle anderen – sowohl als Sporttreibende wie auch als Besucher*innen. Sportstätten möchten wir sukzessive inklusiv ertüchtigen, dazu gehören auch ungedeckte Typensporthallen und Schwimmbäder. Die Zahl inklusiver Sportangebote wird erhöht, ebenso wie wohnortnahe, kostengünstige Angebote für Rehasport.

Mobilität selbstbestimmt und sicher ermöglichen

Der ÖPNV soll für seh- und lernbeeinträchtigte Menschen selbstständig nutzbar sein – von „sprechenden Fahrzeugen“ über barrierefreie BVG-Apps bis zu umgebauten Bus- und Tramhaltestellen. Fahrstühle bei BVG und S-Bahn sollen zuverlässig funktionieren, unterstützt durch eine Fahrstuhl- und Wartungsoffensive. Alternative Mobilitätsangebote wie das Rufbusangebot Muva bleiben so lange erhalten, bis alle Stationen zuverlässig erreichbar sind. Wir Grüne setzen auf vereinheitlichte Bezahlssysteme für Sonderfahrdienst und Inklusionstaxi und streben zusätzlich zum Muva mindestens 250 Inklusionstaxis in Berlin an. Die Ausweisung von Schwerbehindertenparkplätzen wollen wir vereinfachen und beschleunigen.

751 4.6 Ostdeutsche Perspektiven - sichtbar machen, einbeziehen und 752 stärken

753 "BÜNDNIS 90" im Namen unserer Partei verweist auf die ostdeutsche Bürgerrechts-, Umwelt- und
754 Demokratiebewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, die den friedlichen Umbruch
755 der DDR mitgetragen hat. Dieses Erbe ist für uns historischer Bezugspunkt und gelebter
756 politischer Anspruch. Für uns ist Berlin ein Ort, an dem wir zeigen müssen, dass
757 Zusammenwachsen auf Augenhöhe gelingen kann.

758
759 Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauersturz wirken unterschiedliche Erfahrungen von
760 Transformation, Anerkennung und Teilhabe bis heute fort. Bundesweit fehlt es weiterhin an
761 gleichwertiger wirtschaftlicher Teilhabe von Ostdeutschen sowie an ihrer fairen
762 Repräsentation in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien.

763
764 Unser Ziel ist ein Berlin, das ostdeutsche Lebensrealitäten stärker als bisher anerkennt und
765 davon ausgehend gemeinsame Perspektiven entwickelt. Daher stärken wir Aufarbeitung und
766 Erinnerung und setzen uns für eine Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie für
767 Chancengerechtigkeit und Teilhabe ein.

768
769 Diskurse und Aufarbeitung diversifizieren und stärken
770 Für uns Bündnisgrüne bleibt die Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin unverzichtbar.
771 Erinnerungsorte wie das SEZ an der Landsberger Allee und die ehemalige Stasizentrale, die
772 jetzt den Campus für Demokratie beherbergt, möchten wir erhalten bzw. entwickeln.
773 Zugleich wollen wir die Nachwendezeit unserer Stadt stärker in den Blick nehmen: die
774 rechtsextreme Gewalt der Baseballschlägerjahre, die Auswirkungen von Treuhand und rapide
775 einsetzender Massenarbeitslosigkeit sowie der auch damit einhergehenden Abwertung von
776 Biographien. Ebenso wichtig ist es, die demokratischen Bestrebungen zwischen Mauersturz und
777 Beitritt sichtbar zu machen, z. B. die Runden Tische und Entwürfe für ein gesamtdeutsches
778 Miteinander. Sie zeigen auch eine Transformationskompetenz auf und geben Impulse für eine
779 gemeinsam gestaltete Zukunft.

780
781 Für diese Aufarbeitung und den Austausch möchten wir vielfältige Möglichkeiten nutzen:
782 Kultur, Medien, Wissenschaft und Forschung.

783
784 Demokratie stärken und Gesellschaft weiter zusammen führen
785 Wir fördern einen engen Austausch mit den osteuropäischen demokratischen Zivilgesellschaften
786 und Communities in Berlin, lernen von ihnen und unterstützen sie in ihren Kämpfen um
787 Demokratie.

788 Unter Menschen mit ostdeutschen Biographien verstärken sich teilweise Skepsis gegenüber
789 staatlichen Institutionen, geringeres zivilgesellschaftliches Engagement und Zustimmung zu
790 demokratiefeindlichen Kräften wechselseitig. Dem setzen wir eine aktive Stärkung von
791 Zivilgesellschaft und Ehrenamt entgegen, unter anderem durch Beteiligungsformate.
792 Demokratische Mitbestimmung soll so früh wie möglich beginnen: Kinder- und Jugendbeteiligung
793 soll flächendeckend gestärkt und gesetzlich vorgesehene Klassenräte ab Klasse 1 konsequent
794 umgesetzt werden.

795
796 Dem massiven Problem von zunehmender rechter Jugendgewalt gerade auch in den Ostberliner
797 Bezirken begegnen wir, indem wir Angebote der Prävention und der Demokratiebildung stärken
798 und die offene Jugendarbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen als Alternativangebote
799 angemessen und langfristig finanziell ausstatten.

800

801 Förderung und Repräsentation stärken
 802 Ostdeutsche Sozialisation ist ein soziales und biographisches Vielfaltsmerkmal. Sie umfasst
 803 insbesondere Geburts- oder Wohnorte, biografische und intergenerationelle Prägungen sowie
 804 Migrationsgeschichten, etwa die der sogenannten Vertragsarbeiter*innen. Wir wollen die
 805 Berliner Datenlage zu Menschen mit ostdeutscher Sozialisation verbessern und dafür bewährte
 806 Monitoringverfahren verwenden.

807
 808 Vielfalt muss sich auch in Entscheidungspositionen widerspiegeln, doch ostdeutsche
 809 Perspektiven sind hier weiterhin unterrepräsentiert. Das zeigt sich in der Wirtschaft, aber
 810 auch in Behörden, landeseigenen Betrieben und öffentlichen Institutionen. Diese Schieflage
 811 ist ein Verlust für die Stadt. Wir gestalten Karriere- und Entwicklungswege in der Verwaltung
 812 transparenter und setzen uns für eine angemessene Repräsentation ostdeutscher Biographien
 813 und Perspektiven in allen Bereichen ein.

814
 815 Chancengerechtigkeit herstellen
 816 Im Osten wird deutlich weniger vererbt, häufiger zur Miete gewohnt und im Durchschnitt
 817 niedriger entlohnt. Menschen mit Ostsozialisation sind dadurch sowohl in der
 818 Erbesgesellschaft als auch in der Leistungsgesellschaft benachteiligt. Wir setzen uns auch
 819 darum auf Bundesebene für eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer ein. Eine Änderung
 820 des Mietrechts zur Sicherung stabiler und bezahlbarer Mieten wirkt ebenfalls besonders im
 821 Osten.

822
 823 Wir kämpfen für gleiche, faire Löhne sowohl durch eine erhebliche Erhöhung des Mindestlohnes
 824 auf Landes- wie Bundesebene sowie durch Erhöhung der Tarifbindung und unterstützen daher die
 825 gewerkschaftliche Selbstorganisation und die Gründung von Betriebsräten.

826 4.6. Kampf gegen Rechtsextremismus – Demokratie 827 schützen

828 In Berlin leben wir eine wehrhafte, offene und vielfältige Demokratie. Alle Menschen sollen
 829 hier frei leben, ihre Meinung äußern und sich engagieren können – ohne Angst vor
 830 Einschüchterung, Hass oder Gewalt. Rechtsmotivierte Straftaten erreichen Höchststände und
 831 bilden unter den politisch motivierten Straftaten mit Abstand die größte Gruppe.
 832 Rechtsextreme Akteur*innen sind dabei online wie offline aktiv. BiPoC, Kulturschaffende,
 833 Kommunalpolitiker*innen, Initiativen und Ehrenamtliche erleben Drohungen und Anfeindungen
 834 und zunehmend auch körperliche Übergriffe. Rechtsextremismus ist ein Sicherheitsrisiko, für
 835 unsere Demokratie und die Berliner*innen. Auch in Berlin kommt es nun zu vermehrten Attacken
 836 und Übergriffe auf die queere Community – und zu rechtsextremen Störungsversuchen und
 837 Gegenprotesten beim CSD und Marzahn Pride. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
 838 treten wir Bündnisgrüne entschlossen und auf allen Ebenen entgegen. Wir setzen uns für eine
 839 starke Prävention, konsequente Strafverfolgung und den Schutz von Betroffenen ein. Staat,
 840 Zivilgesellschaft, Bildung, Medien und Justiz müssen dabei an einem Strang ziehen. Wir
 841 fördern eine demokratische Kultur, in der Vielfalt geachtet wird, Fakten geschützt werden
 842 und solidarisches Handeln gestärkt wird – in Berlin, im Netz und auf der Straße. Unser Ziel:
 843 eine Stadt, in der rechtsextreme Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische
 844 Teilhabe für alle gesichert ist.

845 Rechtsextremismus frühzeitig vorbeugen

846 Wir Grüne erweitern das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
847 sowie die Landeskommision gegen Gewalt, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu
848 sichern und weiterzuentwickeln. Ziel ist es, Radikalisierung, besonders im Netz, und die
849 Verjüngung gewaltbereiter Gruppen wirksam zu bekämpfen. Die Senats-Bildungsverwaltung muss
850 in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Expert*innen gewährleisten, dass
851 Bildungseinrichtungen die Gefahren des Rechtsextremismus aufgreifen und im Umgang mit
852 rechtsextremen Ideologien professionell unterstützt werden, um Radikalisierung vorzubeugen.
853 Denn Kinder und Jugendliche rücken zunehmend als Zielgruppe rechtsextremer Rekrutierung in
854 den Fokus. Daher bauen wir digitale Präventionsangebote wie spezialisierte Digital
855 Streetwork aus und fördern in allen Altersgruppen Medienkompetenz, um Desinformation und
856 Hass frühzeitig zu erkennen. Social-Media-Plattformen wie Instagram und TikTok müssen ihrer
857 Verantwortung nachkommen und entsprechende Inhalte löschen. Präventionsprojekte an Schulen
858 sichern wir dauerhaft und machen den Umgang mit Rechtsextremismus zu einem verpflichtenden
859 Teil der Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals (Lehrkräfte, Erzieher*innen etc.).

860 Ebenso sollen die pädagogischen Fachkräfte regelmäßig Fort- und Weiterbildungen absolvieren.
861 Jeder Vorfall an Schulen muss ernst genommen und konsequent aufgearbeitet werden. Kinder-
862 und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken wir im Umgang mit rechtsextremen Einstellungen. Mit
863 einem ressortübergreifenden Sicherheitstreffen aus Land und Bezirken, werden wir gegen die
864 Zunahme rechtsextremer Jugendgewalt vorgehen.

865 Betroffene rechter Gewalt wirksam schützen

866 Die Zahl rechtsmotivierter Staf- und Gewalttaten ist in den letzten Jahren drastisch
867 gestiegen. Betroffene rechter Gewalt müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Fälle
868 ernst genommen, als politische motivierte Straftaten erfasst, zügig aufgeklärt und ohne
869 weitere Viktimisierung bearbeitet werden. Dafür braucht es stärkere Informations- und
870 Beratungsangebote, vereinfachte Melderegister-Sperrungen, gut finanzierte
871 Monitoringstrukturen und Registerstellen. Ziel ist es, dass jeder Vorfall und jede Anzeige
872 ernst genommen, jeder Angriff aufgeklärt und jede Bedrohung wirksam abgewehrt wird. Wir
873 stärken Opferberatungsstellen sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich gegen
874 rechtsextreme Bedrohungen einsetzen oder Ziel von rechtsextremen Angriffen und
875 Diffamierungskampagnen werden. Polizei und Justiz müssen rechte Straftaten schnell erkennen,
876 konsequent verfolgen und Betroffene transparent über ihre Handlungsoptionen sowie die
877 Ermittlungsschritte informieren. Dazu gehören gut geschulte und sensibilisierte Polizei und
878 Staatsanwaltschaften, ein effizient arbeitender Staatsschutz sowie die konsequente
879 Vollstreckung offener Haftbefehle gegen rechtsextreme Täter*innen.

880 Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

881 Wir Bündnisgrüne wollen, dass rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt und Betroffene
882 wirksam geschützt werden. Polizei und Justiz müssen rechtsextreme Gewalt schnell erkennen,
883 korrekt einordnen und zügig strafrechtlich ahnden – auch bei vermeintlich geringfügigen
884 Delikten. Dazu stärken wir den Staatsschutz, schulen Staatsanwaltschaften regelmäßig zu
885 aktuellen Entwicklungen und vollstrecken offene Haftbefehle konsequent.
886 Rechtsextremist*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen müssen systematisch
887 zum Schutz der gesamten Gesellschaft entwapnet werden. Aber auch im Internet gehen wir
888 entschieden gegen Hass und Hetze vor und stärken Beratungsstrukturen für Betroffene. Eine
889 zentrale Meldestelle für digitale Gewalt soll als Kompetenzzentrum fungieren, Meldungen

890 aufnehmen und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden koordinieren. Wir wollen den
891 öffentlichen Dienst, insbesondere Stellen in sensiblen oder sicherheitsrelevanten Bereichen,
892 vor Rechtsextremist*innen schützen. Dazu werden wir interne Beschwerde- und Meldestrukturen
893 verbessern und ausbauen. Disziplinarverfahren gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst müssen
894 konsequent durchgeführt werden.

895 4.7. Kulturmetropole – Berlin ist und bleibt Kultur

896 4.7. Berlin ist Kultur - Kulturmetropole stärken

897 Die Kulturmetropole Berlin ist einzigartig: Keine andere Stadt hat eine so attraktive,
898 vielfältige und zugleich dynamische Kunst- und Kulturlandschaft. Sie ist das Zuhause von
899 Hunderttausenden von Künstler*innen und Kreativen und auch deshalb ein Magnet für Menschen
900 aus aller Welt. Hier entsteht ständig etwas Neues, gehen gesellschaftliche Entwicklungen und
901 individuelle Entfaltung, globaler Austausch und künstlerische Innovation Hand in Hand. Es
902 ist heute wichtiger denn je, dass wir diese Kulturangebote und Kulturorte haben, denn sie
903 verhandeln und treiben gesellschaftliche Entwicklungen und schaffen Räume, in denen Menschen
904 zusammenkommen. Wir brauchen diese Angebote in der ganzen Stadt, in den Kiezen und auf den
905 großen Bühnen, in den kleinen Galerien und in den großen Museen; hinzu kommt der Bedarf an
906 kulturellen Bildungsangeboten für die ganz Kleinen und für die Großen. Kultur ist die Basis
907 für Berlins Identität und internationale Ausstrahlung, aber auch für einen bedeutenden Teil
908 der Wertschöpfung und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

909 Berlin ist Kultur: Unter diesem Motto hat sich im Winter 2024/25 ein breites Bündnis aus
910 Kunst- und Kulturschaffenden, ihren Verbänden sowie öffentlichen und privaten
911 Kultureinrichtungen gegründet. Ziel ist es, gegen die verheerenden Kürzungen der schwarz-
912 roten Koalition zu protestieren. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer Seite – bei der
913 Verteidigung der Kunstfreiheit und der Unabhängigkeit öffentlicher Kultureinrichtungen. Beim
914 Kampf für eine gute kulturelle Grundversorgung in der ganzen Stadt, die Kulturelle Bildung
915 und Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft
916 sicherstellt. Und bei der berechtigten Forderung, dass Kulturarbeit endlich angemessen
917 entlohnt wird und nicht mehr automatisch mit prekärer Beschäftigung und Altersarmut
918 einhergeht. Gerade im Musik-, Film- und Medienbereich werden diese prekären
919 Arbeitsbedingungen durch die wachsende Abhängigkeit von wenigen globalen Plattformen,
920 intransparenten Algorithmen und unfairen Verwertungspraktiken verschärft. Gemeinsam mit der
921 Kulturszene streiten wir deshalb auch für ein Berliner Kulturförderungsgesetz.

922 Kulturförderung gerecht, transparent und zukunftsfähig gestalten

923 Wir werden ein Kulturförderungsgesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst- und
924 Kulturlandschaft langfristig absichert. Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der
925 städtischen Kulturszene, ihren Verbänden und Akteur*innen auch neue Wege beschreiten, damit
926 öffentliche Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa
927 durch eine Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung
928 einzelner Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität
929 und ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen
930 Bildung und Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und
931 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie
932 Fachjürs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungs- und

933 Auswahlverfahren, vor allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer
934 Kulturinstitutionen.

935 Wir Grüne setzen uns für verbindliche Mindesthonorare und -gagen ein und wollen gemeinsam
936 Wege finden, steigende Tarif- und Betriebskosten zu refinanzieren, auch in der
937 Projektförderung. Denn Berlins Kulturbetriebe brauchen nach dem Haushaltschaos der letzten
938 Jahre endlich wieder Planungssicherheit. Die Freie Szene möchten wir stärken, sie ist mit
939 ihren kleinen Spielstätten, Projekträumen und Veranstaltungsorten ein essenzieller
940 Bestandteil des Kulturangebots – in der Breite wie in der Spitze. Dafür setzen wir adäquate
941 Einnahmen aus der City Tax ein: Wenn ein Großteil der Tourist*innen wegen unserer
942 Kulturszene nach Berlin kommt, muss sie auch adäquat davon profitieren dürfen!

943 Kreative Räume in der Stadtentwicklung verankern

944 Berlins Status als Kulturmetropole gründet auf der einzigartigen Mischung aus Ateliers und
945 Proberäumen, den vielen Aufführungs- und Präsentationsorten wie Theatern und Museen, sowie
946 den Clubs und urbanen Freiräumen. Doch viele Künstler*innen, Kreative und Kulturbetriebe
947 sind massiv gefährdet durch steigende Wohn- und Gewerbemieten, Immobilienspekulation und
948 Verdrängung. Deshalb wollen wir die drastischen Kürzungen beim Arbeitsraumprogramm
949 rückgängig machen und dieses zugleich reformieren: Neben einer generellen Ausweitung des
950 Raumangebots braucht es eine bessere Berücksichtigung aller künstlerischen Sparten und die
951 Einführung neuer Fördermodelle, die auch historisch gewachsenen Strukturen und örtlichen
952 Besonderheiten gerecht werden. Dabei setzen wir vor allem auf die kulturelle Nutzung und
953 Nachnutzung öffentlicher Immobilien, strategische Ankäufe und die Schaffung zusätzlicher
954 Kulturräume bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere: Kulturorte und -angebote sind ein
955 integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur und müssen daher
956 in der Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik auch endlich entsprechend berücksichtigt
957 werden. Wir Bündnisgrüne machen Schluss mit der Vergabe von Landesimmobilien unter der Hand
958 an private Investor*innen wie im Fall der Alten Münze und sorgen dafür, dass Kultur bei der
959 Entwicklung von so wichtigen Orten wie den ehemaligen Flughäfen Tempelhof und Tegel, dem ICC
960 und Molkenmarkt oder der Nalepastraße nicht aus dem Blick gerät. Gleichzeitig unterstützen
961 wir die Pläne der Spartenverbände für ein House of Jazz / Zentrum für Improvisationsmusik
962 sowie für ein Haus für Tanz und Choreografie.

963 Mit dem Ausbau des Kulturkatasters, einem Stadtentwicklungsplan „Kultur“ und neuen
964 Beteiligungsgremien schaffen wir die notwendige Transparenz und Planungssicherheit – und mit
965 der kostenfreien Überlassung von öffentlichen Dienstgebäuden die Möglichkeit, geeignete
966 Räumlichkeiten temporär auch für kulturelle Zwecke zu nutzen.

967 Vielfalt, Gleichstellung und Schutz vor Machtmissbrauch stärken

968 Frauen und Menschen, die finanziell benachteiligt sind, sowie Menschen mit Behinderungen und
969 BIPOC sind in weiten Teilen des Kulturbetriebs immer noch unterrepräsentiert, das gilt
970 insbesondere für Leitungspositionen. Damit das anders wird setzen wir auf fachliche
971 Standards, wie Geschlechterparität und divers besetzte Jurys, die Förderung von Vorhaben wie
972 FairStage, ProQuote und dem Spielplan „Audiodeskription“ sowie die Ausweitung der Arbeit von
973 Diversity Arts Culture und des barrierefreien Umbaus der öffentlichen Kultureinrichtungen.
974 Um Machtmissbrauch zu bekämpfen und vorzubeugen, werden wir das bereits vorliegende Konzept
975 für eine zentrale Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
976 umsetzen und die öffentlichen Kulturbetriebe dabei unterstützen, proaktiv gegen Fälle von
977 MeToo und Diskriminierung vorzugehen.

978 Klimaneutrale Kultur voranbringen

979 Wenn Berlin klimaneutral werden soll, muss es auch sein Kulturbetrieb werden. Das gilt
980 insbesondere für die großen Emittenten von Treibhausgasen.

981 Dafür entwickeln wir in Kooperation mit der Green-Culture-Anlaufstelle des Bundes Strukturen
982 und Programme auch auf Landesebene, etwa für mehr Energieeffizienz in Berlins öffentlichen
983 Kulturimmobilien, die Wiederverwendung von Kulissen und sonstigen Bühnenmaterialien oder
984 eine bessere Klimabilanz im Gastspielbetrieb oder bei Großveranstaltungen.

985 Kulturelle Bildung für alle zugänglich machen

986 Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik steht die kulturelle Teilhabe aller Menschen. Wir
987 wissen, dass auch unsere Kulturlandschaft noch einen langen Weg vor sich hat, um wirklich
988 inklusiv zu sein. Das wollen wir ändern, gemeinsam mit der Berliner Kulturszene. Dies
989 beginnt mit guter Kultureller Bildung für alle und in den Bezirken. Wir Grüne stehen für
990 eine entsprechende Grundversorgung mit Stadtteilbibliotheken, Musik- und Jugendkunstscho-
991 lungen, kommunalen Galerien und Kinder- und Jugendtheatern. Wir wollen bezahlbare Kulturangebote in
992 allen Teilen der Stadt und gerade auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Wir stehen zu dem
993 Versprechen, die maroden Standorte der Zentralen Landesbibliothek endlich unter einem
994 modernen Dach zusammenzuführen und als meistbesuchte Kultur- und Bildungseinrichtung der
995 Stadt zu einem echten Dritten Ort zu machen. Wir stärken die Musikschulen, indem wir endlich
996 die geltende Rechtsprechung umsetzen und aus Honorar- Festanstellungen machen. Und wir
997 stärken Berlins kleine Kinder-, Jugend- und Puppentheater – damit kurze Beine auch nur kurze
998 Wege zurücklegen müssen, um Kultur kennenzulernen. Wir möchten, dass Berliner Schüler*innen
999 mindestens viermal im Jahr eine Kultureinrichtung besuchen können.

1000 Es ist gut, dass Vermittlungsangebote und Outreach-Programme zwischenzeitlich ein fester
1001 Bestandteil der Berliner Kultur- und Bildungslandschaft sind.

1002 Wir wollen, dass Kulturelle Bildung ein integraler Bestandteil aller öffentlich geförderten
1003 Kultureinrichtungen wird und dies im neuen Kulturfördergesetz verankern. Zur besseren
1004 Verzahnung der Kultur- und Bildungspolitik entwickeln wir das Rahmenkonzept Kulturelle
1005 Bildung weiter und setzen die Empfehlungen des Runden Tisches für eine bessere Kooperation
1006 zwischen Kultureinrichtungen, Schulen und Kita um. Zusätzlich werden wir den Berliner
1007 Projektfonds Kulturelle Bildung ausbauen und die Unabhängigkeit der Fachjury wieder stärken:
1008 Eingriffe in deren Arbeit, wie seitens der CDU, lehnen wir strikt ab.

1009 Kulturelle Teilhabe kostenfrei ermöglichen

1010 Nicht nur junge Menschen stoßen schnell an Grenzen, wenn es um die Bezahlbarkeit von Kultur
1011 geht. Wir Bündnisgrüne wollen, dass kulturelle Teilhabe keine finanzielle Frage ist, sondern
1012 allen Berliner*innen offensteht. Deshalb wollen wir den kostenfreien Museumssonntag wieder
1013 einführen und schrittweise ausweiten: Langfristig sollten nicht nur Bezirksmuseen und
1014 kommunale Galerien keinen Eintritt kosten, sondern auch die Dauerausstellungen der
1015 Landesmuseen. Wir investieren in die nötige Ausstattung öffentlicher Veranstaltungsorte,
1016 weiten eintrittsfreie Open-Air-Formate aus und fördern öffentliche Veranstaltungen wie die
1017 Fête de la Musique und den Karneval der Kulturen stärker. Da der Bund den KulturPass für
1018 junge Erwachsene gestrichen hat, wollen wir ein alternatives Angebot durch das Land Berlin
1019 entwickeln.

1020 Erinnerungskultur leben und koloniale Vergangenheit aufarbeiten

1021 Erinnerungskultur wächst in einer demokratischen Gesellschaft von unten. Wir Grüne
1022 unterstützen Einrichtungen und Initiativen, die unsere gemeinsame Geschichte sichtbar
1023 machen: vom Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, die Aufarbeitung der SED-
1024 Diktatur und von kolonialem Unrecht, über die Erinnerung an sexualisierte Gewalt gegen
1025 Frauen in Kriegen und die Umbrüche der Nachwendezeit, bis hin zu einer Erinnerungskultur in
1026 der modernen Einwanderungsgesellschaft. Zur Sicherung der queeren Geschichte und der
1027 Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ* in unserer Stadt unterstützen wir neben der wichtigen
1028 Arbeit des Schwulen Museums auch die Einrichtung des queerfeministischen Archivzentrums. Wir
1029 sichern die Arbeit der Gedenkstätten, fördern ihre historische Bildungsarbeit und
1030 verteidigen sie gegen alle Angriffe und politischen Missbrauch von außen. Gemeinsam mit dem
1031 Bund werden wir den Ausbau der ehemaligen Stasi-Zentrale zu einem Campus für Demokratie
1032 weiter vorantreiben. Wir verurteilen entschieden den nationalistischen und revanchistischen
1033 Missbrauch von historischen Denk- und Ehrenmalen wie sie etwa an sowjetischen
1034 Kriegsdenkmälern und Friedhöfen stattgefunden haben. Dort, wo es mit Blick auf die
1035 zeitgenössische Forschungslage und Erinnerungskultur erforderlich ist, wollen wir
1036 historische Denk- und Ehrenmale angemessen kontextualisieren.

1037
1038 Das von uns initiierte und von der Zivilgesellschaft erarbeitete gesamtstädtische
1039 Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ wollen wir schrittweise umsetzen, einschließlich
1040 eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes. Die Aufarbeitung von Berlins kolonialer
1041 Vergangenheit werden wir konsequent fortführen, indem wir die Koordinierungsstelle
1042 „Decolonize Berlin“ stärken und die Provenienzforschung zu den Beständen der Berliner Museen
1043 und Sammlungen sowie in der wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen ausweiten. Wir
1044 erleichtern die Rückgabe von Raubkunst und menschlichen Gebeinen sowie die Umbenennung von
1045 Straßennamen mit kolonialen, rassistischen und antisemitischen Bezügen. Und wir machen die
1046 verlängerte UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin sichtbar, etwa indem wir
1047 entsprechende zivilgesellschaftliche Aktivitäten gezielt fördern und in der öffentlichen
1048 Verwaltung auch strukturell verankern. Der Städtepartnerschaft mit Windhoek kommt hier eine
1049 besondere Bedeutung zu. Berlin trägt eine historische Verantwortung für den Genozid an den
1050 Herero und Nama. Im Sinne einer dekolonialen Perspektive werden wir die Städtepartnerschaft
1051 ausbauen und insbesondere den zivilgesellschaftlichen Austausch verstärken.

1052 Pulsierende Kulturräume sichern und fördern

1053 Wir Bündnisgrüne stehen für Subkultur, die freie Szene und die vielen kleinen Orte der
1054 Kreativität. Doch wir wissen auch: Eine Metropole wie Berlin braucht Orte für Großkonzerte,
1055 spektakuläre Veranstaltungen und Auftritte von Weltstars. Dass Adele oder Taylor Swift
1056 lieber nach München oder Gelsenkirchen statt nach Berlin gekommen sind, ist ein
1057 Armutszeugnis für Berlin. Dass die ZDF-Silvesterparty vom Brandenburger Tor nach Hamburg
1058 zieht, ist einer Hauptstadt nicht würdig. Wir wollen, dass auch solche Veranstaltungen in
1059 Berlin stattfinden, und werden Orte wie das Vorfeld des Flughafens Tempelhof, die Straße des
1060 17. Juni oder das Olympiagelände inklusive der Waldbühne gezielt weiterentwickeln, um dort
1061 große Konzerte, Festivals oder Straßenfeste stattfinden lassen zu können. Die Konzerte der
1062 Band „Die Ärzte“ und das Projekt „Labor Tempelhof“ haben eindrücklich gezeigt, wie
1063 Großveranstaltungen klimaneutral und ressourcenpositiv funktionieren können. Wir wollen und
1064 werden dies, wo möglich, immer im städtischen Eigenbetrieb und auf städtischen Flächen
1065 praktizieren und lehren Verträge mit Eventim wie bei der Waldbühne ab.

1066 4.8. Presse und Medien – unabhängig, qualitativ und 1067 zukunftsfest

1068 Berlin hat das Zeug, zu einer der wichtigsten Medienmetropolen des Kontinents zu werden. Die
1069 Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Journalismus sind zugleich ein Grundpfeiler
1070 unserer Demokratie. Wir Bündnisgrüne wollen, dass unsere Stadt ein Safer Space für
1071 Medienschaffende und Journalist*innen aus aller Welt bleibt. Zugleich muss der
1072 gesellschaftliche Wert von Journalismus auch Ausdruck finden in einer fairen und
1073 angemessenen Bezahlung der Beschäftigten. Wir investieren in ihre Ausbildung und die
1074 allgemeine Medienkompetenz, stärken die Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
1075 und fördern gezielt die hiesige Filmbranche und Kinolandschaft.

1076 Dabei stellen wir uns auch den Herausforderungen, mit denen unsere Gesellschaft und
1077 Medienlandschaft konfrontiert wird: Neue Medien und verändertes Mediennutzungsverhalten,
1078 politisch motivierte Angriffe auf die Pressefreiheit, Desinformation und Hatespeech sowie
1079 die zunehmende Monopolbildung und Abhängigkeit in der globalen Plattform-Ökonomie. Der
1080 vermehrte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, zunehmend prekäre Einkommensverhältnisse und
1081 die Aushöhlung journalistischer Standards erhöhen ebenfalls den Druck auf Medienschaffende.

1082 Pressefreiheit schützen und Medien stärken

1083 Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut – wir Bündnisgrüne möchten sie mit aller Kraft
1084 verteidigen. Investigative Recherche und Faktenchecks wollen wir insbesondere durch die
1085 Stärkung von Informationsrechten unterstützen. Wir beobachten mit Sorge, dass
1086 Journalist*innen und Medienschaffende nicht nur angegriffen, sondern auch durch politisch
1087 motivierte Klagen eingeschüchtert werden und wollen sie davor schützen. Wir setzen uns für
1088 selbstorganisierte Orte und Netzwerke ein, die exilierten und lokalen Journalist*innen
1089 ermöglichen, ihre unersetzliche Arbeit fortzusetzen und davon in Berlin leben zu können. Wir
1090 machen uns stark für eine bessere, flächendeckende, soziale Absicherung und faire,
1091 wirtschaftliche Teilhabe von Medienschaffenden. Wir wollen, dass diese von den Umsätzen und
1092 Erlösen ihrer Tätigkeit angemessen profitieren – etwa durch eine Stärkung ihrer
1093 Persönlichkeits- und Urheberrechte sowie eine erleichterte Einbindung in die
1094 Sozialversicherungssysteme.

1095 Urheber*innen angemessen an Gewinnen beteiligen

1096 Wir werden Geschäftsmodelle, die auf der unentgeltlichen Nutzung unseres kulturellen Erbes
1097 und kreativer Arbeit beruhen, bekämpfen. Es darf nicht sein, dass auf der einen Seite
1098 multimilliardenschwere Konzerne entstehen und Rekordgewinne erwirtschaften, während es sich
1099 die Kreativen nicht mehr leisten können in Berlin zu leben. Künstliche Intelligenz
1100 beschleunigt diese Entwicklungen – und rüttelt an der Identität Berlins. Wir wollen
1101 verhindern, dass Wirtschaftsinteressen unsere Kultur- und Medienlandschaft zerstören.

1102 Wir stehen für einen attraktiven und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Deshalb
1103 werden wir den begonnenen Reformprozess weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten. Neben mehr
1104 Transparenz, einer vielfältigen und diversen Besetzung von Leitungspositionen und Gremien,
1105 einer soliden Finanzierung und fairen Arbeitsbedingungen braucht es einen Hauptstadtseher
1106 rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsformate der Vielfalt Berlins und seines Umlandes
1107 wirklich gerecht werden. Das alles ist auch eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz in
1108 einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte gezielt versuchen, die Integrität und
1109 Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu untergraben. Wir stärken einen

1110 vielfältigen, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der unabhängige Informationen
1111 bietet und die freie Meinungsbildung fördert.

1112 Film- und Kinoförderung weiterentwickeln

1113 Die Bedeutung des Films für Berlin ist enorm. Studios, Sender, Produktionsfirmen und
1114 Plattformen sowie die Vielzahl an Beschäftigten und Dienstleister*innen sind ein wichtiger
1115 Teil der städtischen Wertschöpfung und der kreativen Infrastruktur. Gleichzeitig steht die
1116 Filmstadt Berlin vor der Herausforderung, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, faire
1117 Entlohnung sowie künstlerische und technologische Innovationen gleichermaßen zu
1118 gewährleisten. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne die bestehenden Fördersysteme
1119 weiterentwickeln. Wir möchten Frauen, Ostdeutsche und BIPOC in der Filmförderung stärken,
1120 denn ihre Perspektiven sind nach wie vor unterrepräsentiert. Neben mehr Transparenz, der
1121 Stärkung der VFX-Förderung, verbindlichen sozialen Mindeststandards und der Qualifizierung
1122 der Auswahlverfahren liegt unser Fokus auf der Nachwuchsförderung und einer zeitgemäßen
1123 Ausbildungslandschaft. Das gilt gleichermaßen für die Förderung von Filmfestivals: Wir
1124 wollen vor allem die kleinen, innovativen Formate als Schaufenster stärken und besser
1125 miteinander vernetzen. Auch Kinos sind Kulturorte und für die Präsentation, Pflege und
1126 Bewahrung unseres visuellen Kulturerbes unerlässlich. Wir wollen sie deshalb nach
1127 Möglichkeit flächendeckend erhalten und die neue Kinoförderung dabei stärker an den
1128 Bedürfnissen der Programmkinos mit kuratierten Programmen sowie an Kriterien wie
1129 Dezentralität und Teilhabe ausrichten.

1130 4.9. Religion und Weltanschauung – vielfältig, tolerant 1131 und miteinander

1132 Berlin zeichnet sich auch durch seine religiöse und weltanschauliche Vielfalt aus. Wir
1133 Bündnisgrüne verteidigen die im Grundgesetz verankerte Religions- und
1134 Weltanschauungsfreiheit. Genauso unterstützen wir die Freiheit aller Menschen, die keiner
1135 Religion oder Weltanschauung angehören. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und weitere
1136 religiöse Einrichtungen sind wichtige Orte, in denen sich Menschen milieuübergreifend
1137 werteorientiert begegnen. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales
1138 Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt.

1139 In Zeiten, in denen einzelne Glaubensgemeinschaften vermehrt zur Zielscheibe von Hass,
1140 Gewalt und Intoleranz werden, stehen wir an ihrer Seite. Zudem schützen wir die
1141 Einrichtungen, Veranstaltungen und die öffentliche Sichtbarkeit der Religions- und
1142 Weltanschauungsgemeinschaften und fördern ihren Dialog untereinander: etwa durch den Erhalt
1143 und Ausbau von Gemeinwesenzzentren als wichtigen soziokulturellen Anlauf- und
1144 Beratungsstellen vor Ort. Vorhaben wie Mehr-Religionen-KiTa unterstützen wir. Wir halten am
1145 Berliner Modell des freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts an Berliner
1146 Schulen fest, wollen ihn stärken und für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Eine Abwicklung
1147 dieses Berliner Modells lehnen wir ab. Die katholische Theologie ist zwischenzeitlich an der
1148 Humboldt-Universität abgesichert; wir setzen uns dafür ein, dass auch die Alevitische
1149 Gemeinde zu Berlin als anerkannte Glaubensgemeinschaft dort einen eigenen Lehrstuhl erhält,
1150 um die Ausbildung von Lehrkräften für den alevitischen Religionsunterricht auf ein solides
1151 akademisches Fundament zu stellen. Wir setzen uns für die Sichtbarkeit alevitischen Lebens
1152 in Berlin ein und für die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in alevitischen Gemeinden.
1153 Gleichzeitig machen wir uns dafür stark, dass Berlin die Staatsleistungen an die Kirchen
1154 abschaffen kann, indem der Bund die Grundlage dafür schafft. Wir wollen das

1155 Kirchengesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden
1156 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchengesetze auch
1157 im Online-Verfahren möglich sind.

1158 Religionsausübung gleichberechtigt ermöglichen

1159 Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen und weltanschaulichen
1160 Überzeugungen öffentlich und ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften
1161 leben zu können. Gleichzeitig streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder
1162 Weltanschauung (mehr) angehören wollen.

1163 Ob Hijab, Kippa, Turban oder andere religiöse Symbole: Berlins Vielfalt muss auch im
1164 öffentlichen Dienst sichtbar sein. Deshalb folgen wir beim Neutralitätsgesetz der
1165 langjährigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und schaffen es endlich ab. Wir
1166 ändern das Ladenschlussgesetz zugunsten jüdischer Geschäfte mit koscheren Lebensmitteln,
1167 damit sie auch an Sonntagen anstelle von Samstagen öffnen können. Und wir stärken den Schutz
1168 jüdischer und muslimischer Feiertage. Auch bei der Telefon- oder Gefängnisbesuche darf der
1169 Glaube keinen Unterschied machen: Kürzungen zulasten einzelner religiöser Gruppen sind
1170 nicht weiter hinnehmbar. Außerdem liberalisieren wir die gesetzlichen Vorgaben bei
1171 Bestattungen, damit religiöse wie nicht-religiöse Menschen ihre Angehörigen so bestatten
1172 lassen können, wie es ihren eigenen Vorstellungen oder den Vorschriften ihrer
1173 Religionsgemeinschaft entspricht. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der
1174 Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den
1175 beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten
1176 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der
1177 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden.

1178 Interreligiösen Dialog und Gemeinwesenzentren fördern

1179 Wir Grüne unterstützen den Dialog der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und
1180 interreligiöse Formen des Gedenkens. Es braucht Orte, in denen sich Menschen begegnen und
1181 austauschen können. Doch insbesondere kleinere Gemeinschaften können sich stadtweit eigene
1182 Räume nicht mehr leisten. Deshalb verfolgen wir Bündnisgrüne weiterhin das Konzept der
1183 Gemeinwesenzentren, die zu unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Zwecken und
1184 auch gemeinsam genutzt werden können. Neben dem Erhalt von solchen offenen Orten wollen wir
1185 Räume wie diese als Teil der Quartiersentwicklung und sozialen Infrastrukturplanung
1186 verankern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die meisten Gemeinschaften ihre (sozialen)
1187 Beratungsangebote nicht nur ihren eigenen Mitgliedern zur Verfügung stellen, sondern allen,
1188 die sie brauchen.

1189 Für uns ist klar: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind eine Bereicherung für
1190 unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen
1191 Regimen stehen oder unsere Verfassung nicht vollumfänglich anerkennen. Damit ein
1192 bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte nicht relativiert werden.

1193 4.10. Demokratische Teilhabe – Berlin gemeinsam 1194 gestalten

1195 Unser Berlin ist ein demokratisches Berlin und das werden wir mit aller Kraft erhalten. Der
1196 Blick nach Ungarn oder in die USA zeigt, dass die Feinde der Demokratie die Arbeitsfähigkeit
1197 von Parlamenten und Verfassungsgerichten untergraben und die demokratische Zivilgesellschaft

1198 bedrohen. Wir Bündnisgrüne stellen uns in Berlin allen Angriffen entschlossen entgegen. Wir
1199 möchten die Resilienz unserer Einrichtungen und die Zivilgesellschaft stärken. Denn
1200 gefestigte Institutionen und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat unserer Demokratie.
1201 Und weil starke Demokratien vom Engagement vor Ort leben, wollen wir die Beteiligung in Land
1202 und Bezirken stärken, damit Berliner*innen noch stärker in Entscheidungen eingebunden sind:
1203 Repräsentative, direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen und ergänzen
1204 sich.

1205 Demokratiebildung und Zivilgesellschaft stärken

1206 Die schwarz-rote Koalition hat tragende Strukturen der Demokratieförderung ausgedünnt,
1207 während Desinformation, Hass und digitale Gewalt in unregulierten Räumen wuchern. Wir Grüne
1208 stehen an der Seite zivilgesellschaftlicher Strukturen, Vereine, Migrant*innenorganisationen
1209 und Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben,
1210 schützen und wieder stärken. Wir führen ein Landesdemokratieförderungsgesetz ein und
1211 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. Die Landeszentrale
1212 für politische Bildung ist unverzichtbar, um Wissen über demokratische Strukturen und
1213 politische Bildung und Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Wir verurteilen die Angriffe der CDU
1214 auf die Unabhängigkeit dieser Institution und werden ihren demokratischen Auftrag klar
1215 verankern und ihre Arbeit stärken. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen,
1216 dass politisches Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt bleibt bzw. als solches
1217 anerkannt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Zivilgesellschaft auch europäisch und
1218 grenzübergreifend organisiert werden kann.

1219 Auch in den Jugendverbänden der demokratischen Parteien findet wichtige Demokratiebildung
1220 statt, die jungen Menschen die Parteiendemokratie nahe bringt. Nach dem Vorbild des Bundes
1221 und der meisten Bundesländer unterstützen wir die Einrichtung und Förderung eines Rings
1222 politischer Jugendorganisationen in Berlin.

1223 Beteiligung für alle ermöglichen

1224 Berliner*innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit sind in Berlin in erheblichem Umfang
1225 von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Der Ausschluss von fast einer Million
1226 Menschen vom Wahlrecht führt zu einem strukturellen Demokratiedefizit.

1227
1228 Wir Bündnisgrüne setzen uns weiterhin sowohl im Land Berlin als auch im Bundesrat dafür ein,
1229 dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von ihrer
1230 Staatsangehörigkeit an Volksbegehren und -abstimmungen, den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und
1231 zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und perspektivisch auch zum Bundestag und zum
1232 Europäischen Parlament teilnehmen können. Für dieses Ziel werden wir unnachgiebig bei den
1233 anderen demokratischen Parteien werben.

1234 . Wir werden die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in allen Berliner Bezirken
1235 sowie auf Landesebene ermöglichen und ihnen Rede- und Antragsrecht in den BVVen
1236 beziehungsweise dem Abgeordnetenhaus und deren Ausschüssen geben, damit Kinder und
1237 Jugendliche an der Gestaltung ihres Bezirks und ihrer Stadt mitwirken können.

1238
1239 Gerade die Vielfalt an Perspektiven, Lebensgeschichten und Erfahrungen birgt ein großes
1240 demokratisches und gesellschaftliches Potenzial, wenn politische Repräsentanz und Mitwirkung
1241 sichergestellt werden. Bei dieser Wahl wird jetzt schon Geschichte geschrieben: Erstmals
1242 dürfen auch 16-Jährige in Berlin mitwählen. Wir haben es geschafft, das Wahlalter zu senken!
1243 Politik trifft heute Entscheidungen, die vor allem Kinder und junge Menschen langfristig

1244 betreffen, daher ist es unerlässlich, dass sie mit über ihre Zukunft bestimmen dürfen. In
1245 einem nächsten Schritt setzen wir uns auf Landes- und Bezirksebene für eine Absenkung des
1246 Wahlalters auf 14 Jahre ein.

1247 Demokratie lebt durch Engagement und Widerstandsgeist. Wir wollen alle demokratischen
1248 Instrumente und den Einfluss der Zivilgesellschaft stärken und so deutlich machen, dass jede
1249 Stimme zählt. Die Instrumente Direkter Demokratie in Berlin haben sich in den vergangenen
1250 Jahren bewährt und wir werden sie weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehört insbesondere
1251 die Einführung eines fakultativen Referendums, mit dem die Bürger*innen ein Vetorecht
1252 erhalten, falls das Abgeordnetenhaus ein im Volksentscheid verabschiedetes Gesetz ändert.
1253 Bestehende Hürden und Schranken direktdemokratischer Instrumente werden wir kritisch prüfen
1254 und so weit wie möglich abbauen. Wir wollen zudem Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene
1255 verbindlich machen, die Beteiligungsbüros in den Bezirken stärken, Bürger*innenhaushalte
1256 ermöglichen, die Leitlinien zur Beteiligung endlich vollständig umsetzen und eine*n
1257 Beauftragte*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Mit dem
1258 Stadtvertrag „Beteiligung“ setzen wir auf echte, offene und im Ergebnis bindende
1259 Beteiligungsprozesse. Wir unterstützen Bürger*innenräte, in denen geloste Bürger*innen
1260 konkrete Themen im Kiez oder auf Landesebene auf Basis von Fachimpulsen und in moderierten
1261 Verfahren konkrete Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Debatte und die
1262 parlamentarische Entscheidung erarbeiten.

1263 Resilienz demokratischer Institutionen stärken

1264 Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen werden wir Resilienzmechanismen
1265 schaffen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Berliner Abgeordnetenhauses, des
1266 Berliner Verfassungsgerichtshofs und der Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen.
1267 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst nichts verloren.

1268 Verbotsverfahren gegen die AfD anstrengen

1269 Der Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Deutschland ist die
1270 größte Gefahr für unsere Demokratie. Geflüchtete, Muslim*innen und Menschen mit
1271 Migrationsgeschichte werden zur Zielscheibe politischen Hasses gemacht, ihre Angst wächst.
1272 Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch, Angriffe auf
1273 Geflüchtetenunterkünfte sowie rassistisch, antisemitisch und queerfeindlich motivierte
1274 Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen Normalität geworden. Die Einstufung der AfD
1275 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Partei muss
1276 endlich Folgen haben. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit das
1277 Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der AfD entscheiden kann.

1278 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 4)

1279 Schutz vor Gewalt – Zwei neue Frauenhäuser für Berlin

1280 Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir Bündnisgrüne in der Bundesregierung einen historischen
1281 Meilenstein zum Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt gesetzt. Die Bundesmittel zur
1282 Umsetzung des Gewalthilfegesetzes dürfen nicht für die allgemeine Haushaltsentlastung
1283 missbraucht werden, sondern müssen in zusätzliche Gewalthilfemaßnahmen investiert werden.
1284 Berlins Frauenhäuser sind überlastet. Zu oft müssen Frauen, die Schutz suchen, abgewiesen

1285 werden. Wir Bündnisgrüne wollen die Bundesmittel einsetzen, um unter anderem zwei neue
1286 Frauenhäuser für Berlin zu öffnen.

1287 Kultur stärken – gerecht, transparent und nachhaltig mit dem
1288 Kulturfördergesetz

1289 Wir Bündnisgrüne werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst-
1290 und Kulturlandschaft langfristig absichert. So sorgen wir dafür, dass Kulturangebote bei
1291 allen ankommen! Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der städtischen Kulturszene,
1292 ihren Verbänden und Akteur*innen auch neue Wege beschreiten, damit öffentliche
1293 Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa durch eine
1294 Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung einzelner
1295 Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität und
1296 ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen
1297 Bildung und der Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und
1298 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie
1299 Fachjurs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor
1300 allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

1301 Zivilgesellschaft stärken, Demokratie schützen – ein
1302 Demokratiefördergesetz für Berlin

1303 Wir Grüne stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Vereine und
1304 Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben und
1305 schützen. Um sie zu stärken, führen wir ein Landesdemokratiefördergesetz ein und
1306 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. So schaffen wir
1307 eine bessere finanzielle Planbarkeit mit fairen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft.
1308 Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzes ist es unerlässlich, zivilgesellschaftliche
1309 Projekte und Initiativen aktiv einzubinden.
1310 Beteiligung soll über die Open-Source-Plattform mein.berlin.de zentralisiert, digitalisiert
1311 und durch bessere Nutzerführung, Gamification-Ansätze und transparente Projektbewertungen
1312 attraktiver werden. Hierfür soll außerdem eine freie Berlin-App entwickelt und verfügbar
1313 gemacht werden.

Beschluss (vorläufig) Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 5 des Landeswahlprogramms (Familie, Bildung, Ausbildung, Studium, Gesundheit, Drogen, Pflege, Senior*innen)

Berlin ist für alle da. Vom ersten Atemzug bis ins hohe Alter. Eine Stadt, die Kinder stark macht, jungen Menschen Chancen eröffnet und Älteren Selbstbestimmung ermöglicht. Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, das für alle Generationen und unabhängig von Einkommen oder Herkunft gut funktioniert: gerecht, fürsorglich, inklusiv und zukunftsorientiert. Denn das Leben in Berlin ist vielfältig, bunt und oft herausfordernd und verdient Strukturen, auf die wir uns verlassen können.

Für uns heißt das auch: Jede Leistung muss diskriminierungsfrei erreichbar sein – unabhängig von Sprache, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Behinderung oder Geldbeutel. Denn eine Stadt, die niemanden zurücklässt, muss gerade dort funktionieren, wo Menschen Unterstützung am dringendsten brauchen.

Deshalb setzen wir auf starke Unterstützung von Anfang an. Mit passgenauer Familienförderung, guter frühkindlicher Bildung, besten Chancen in der Schule und echter Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche. Familien sollen sich auf diese Stadt verlassen können: mit unterstützender Betreuung, Beratung und Freizeitangeboten, die für alle gut zugänglich sind. Jungen Erwachsenen wollen wir Perspektiven eröffnen – mit starken Hochschulen, angeleiteter Berufsorientierung, fairen Ausbildungsbedingungen und bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Azubis. Ein Berlin, das Kinder fördert, Familien stärkt und junge Menschen ernst nimmt, legt das Fundament für eine solidarische und gerechte Stadtgesellschaft.

Doch Verantwortung endet nicht mit dem Schulabschluss. Ein gutes Leben in Berlin bedeutet auch, gesund zu bleiben, gut versorgt zu sein, wenn Pflege nötig ist und selbstbestimmt alt zu werden. Wir machen Berlin zur altersfreundlichen und inklusiven Stadt, in der niemand übersehen wird: mit sicheren Wegen, barrierefreien Wohnungen und Orten der Begegnung. So entsteht ein Berlin, das zusammenhält – ein Leben lang.

5.1. Familienfreundliches Berlin – gut versorgt, von Beginn an

Gerechtigkeit beginnt in der Familie. Nur wenn Kinder und Jugendliche von Beginn an optimal gefördert werden, können sie ihr Potenzial voll entfalten. Damit Kinder sich gut entwickeln können, brauchen sie Stabilität und Kontinuität. Deshalb arbeiten wir Bündnisgrüne an einer Stadt, die jungen Familien in allen Lebenslagen den Rücken stärkt. Dabei unterstützen wir alle Familien – ob verheiratet oder verpartnert, getrennt oder alleinerziehend oder Regenbogenfamilie: Familie ist da, wo Menschen generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen. Und wir stehen an ihrer Seite!

Bisher sind Eltern viel zu sehr in der Holschuld: bei der Beantragung des Elterngelds, des Kita- oder Hortgutscheins, bei der Suche nach einer wohnortnahen kinderärztlichen Versorgung oder bei der Recherche nach passgenauen Unterstützungsangeboten. Das wollen wir ändern und Unterstützungs- und Beratungsangebote direkt zu den Familien bringen und sicherstellen, dass sie frühzeitig auch von allen genutzt werden können. Damit stellen wir sicher, dass Kinder,

39 Jugendliche und ihre Familien einkommensunabhängig gefördert werden können und Familien in
40 Krisensituationen schnell Hilfe bekommen.

41 Wir Grüne sind der Überzeugung, dass junge Menschen eine starke Stimme haben. Deshalb setzen
42 wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche diese Stimme erheben und Mitbestimmung auf
43 Augenhöhe erleben können.

44 Gleichzeitig ermöglichen wir auch jungen Menschen mit besonderen Bedarfen die Teilhabe an
45 unserer Gesellschaft: Wir setzen uns unter anderem für die verlässliche Unterstützung
46 unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter und für bessere Angebote in der
47 Gesundheitsförderung psychisch erkrankter und neurodivergenter Kinder und Jugendlicher ein.
48 Wir setzen uns für ein umfassendes Angebot von Winterspielplätzen ein, damit auch
49 einkommensschwache Familien ihren Kindern im Winter Bewegung, Spiel und Begegnung
50 ermöglichen können. Dafür stärken wir die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern, Schulen und
51 Sportvereinen, um verlässliche Angebote und Betreuung sicherzustellen.

52 Wir wissen: Berliner Familien stehen oft unter enormem Druck. Gleichzeitig führen die
53 massiven Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienarbeit dazu, dass es immer schwerer
54 sein wird, dringend notwendige Unterstützung zu finden. Die Qualität frühkindlicher
55 Bildungsangebote reicht trotz des Ausbaus der letzten Jahre noch immer nicht aus, um allen
56 Kindern die gleichen Startchancen ins Leben zu bieten. Kinder und Jugendliche brauchen
57 Räume, in denen sie sich entfalten können. Kürzungen bei Frei- und Erlebnisräumen, wie
58 Spielplätzen, Familienzentren oder Jugendfreizeiteinrichtungen, sind nicht hinnehmbar und
59 gefährden die Zukunft unserer Stadtgesellschaft. Deshalb ist auch in Zeiten knapper Kassen
60 für uns klar: Berlin kann es sich nicht leisten, das große Potenzial zu verlieren, das die
61 nächste Generation in sich trägt. Wir Bündnisgrüne wollen eine Stadt, die dafür sorgt, dass
62 Familien und junge Menschen gestärkt durchs Leben gehen – von Beginn an.

63 Wir werden die Fehler der 1990er und 2000er nicht wiederholen. Das bedeutet die Angebote für
64 Kinder und Jugendliche zu sichern und organisierte Rechte Kader aus Jugendclubs
65 rauszuhalten.

66 Familienberatung ohne Hürden ermöglichen

67 In Familien werden die Grundlagen für das Leben der Kinder gelegt. Weil die ersten
68 Lebensmonate dabei die Weichen entscheidend stellen, werden wir Eltern hier gezielt Hilfe
69 zukommen lassen, indem wir aufsuchende und unterstützende Angebote für Eltern und Kind vor,
70 um und nach der Geburt stärken. Dafür wollen wir Familienförderung und Beratungsangebote
71 niedrigschwellig und breiter zugänglich machen, indem sie mehrsprachig, barrierefrei und
72 ohne Angst erreichbar sind. Damit psychisch belasteten Eltern frühzeitig passgenaue
73 Unterstützung angeboten werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass das Bundesprogramm
74 UplusE weitergeführt und ausgebaut wird. Darüber hinaus möchten wir die frühen Hilfen
75 einfacher erreichbar machen und entsprechende Programme fördern, denn sie sind ein
76 unverzichtbares Angebot für belastete Familien.

77 Wenn Menschen Eltern werden, wollen sie das Beste für ihr Kind. Sollten die Umstände jedoch
78 dafür sorgen, dass Kinder nicht die besten Startbedingungen haben, muss Hilfe für alle
79 Familien dauerhaft niedrigschwellig zugänglich sein. Deshalb wollen wir den wohnortnahen
80 Ausbau der Familienservicebüros weiterentwickeln und die Familienservicebüros so aufstellen,
81 dass Eltern dort nicht nur Hilfe bei der Kitaplatzsuche und bei Behördengängen oder dem
82 Ausfüllen wichtiger Anträge erhalten, sondern auch eine psychosoziale Beratung in Anspruch
83 nehmen können. Unterstützung kommt dann besonders gut an, wenn sie dort angeboten wird, wo
84 Familien sich ohnehin aufhalten. Deshalb wollen wir an Kitas angedockte Familienzentren und

85 die Kitasozialarbeit ausbauen. Dabei nehmen wir insbesondere auch die Unterstützung
86 Alleinerziehender in den Blick.

87 Zugang zu Kitaplätzen vereinfachen

88 Damit alle Familien einen unkomplizierten Zugang zu Kitas haben, vereinfachen wir den
89 Anmeldeprozess: In Zukunft sollen alle Familien zum ersten Geburtstag ihres Kindes
90 automatisch einen Kitagutschein mit mehrsprachigem Begleitbrief erhalten. Ein beiliegender
91 QR-Code führt direkt zu wohnortnahen Beratungsangeboten und Terminen zu Kitaplatzvermittlung
92 und Beratungen – so werden Informationen und Zugänge leicht verständlich und für alle real
93 nutzbar. Die Vergabe der Plätze muss transparent und diskriminierungsfrei erfolgen.

94 Kita als bedeutsamen Lern- und Lebensraum begreifen

95 Die Kita stellt in unserem Verständnis mehr als nur eine Betreuungseinrichtung dar – sie
96 ist, gemeinsam mit der Familie, ein wichtiger Erfahrungs- und Lebensraum für unsere Kinder.
97 Dabei kommt dem freien Spiel eine besondere Bedeutung zu, da es Kreativität, Problemlösung,
98 soziale Kompetenzen, Selbstvertrauen, Frustrationstoleranz und Eigeninitiative fördert. Ein
99 breites Bildungsverständnis zeigt sich darin, dass Bildung als ganzheitlicher Prozess
100 verstanden wird, der jedem Kind in seiner Einzigartigkeit begegnet. Damit werden Kinder auch
101 für den Schulbesuch gestärkt und gut vorbereitet. Das muss sich auch in der Umsetzung des
102 inhaltlichen Fundaments des Berliner Kitasystems, dem Berliner Bildungsprogramm,
103 widerspiegeln. Pädagogische Fachkräfte sollen ihren vielfältigen, verantwortungsvollen
104 Aufgaben bestmöglich nachkommen können. Deshalb wollen wir den Betreuungsschlüssel in Kitas
105 weiter verbessern.

106 Auch die Sprachbildung in Kitas wollen wir weiter ausbauen, damit alle Kinder gut ins Leben
107 starten können. Das heißt zum einen, dass auch ersprachliche Kompetenzen bei Kindern,
108 deren Erstsprache nicht Deutsch ist, besser gefördert werden müssen und sprachliche Vielfalt
109 als Gewinn wertgeschätzt wird. Dies umfasst sowohl Laut- als auch Gebärdensprachen sowie
110 behinderungsbedingt erforderliche alternative Kommunikationsformen. Zum anderen bedeutet es,
111 dass Kinder, deren Kompetenzen in der deutschen Sprache nicht ausreichend entwickelt sind,
112 um nach der Einschulung dem Unterricht folgen zu können, frühzeitig besser unterstützt
113 werden müssen. Nach Hamburger Vorbild wollen wir deshalb nach der Sprachstandserhebung bei
114 Vierjährigen verbindlich entsprechende Förderangebote implementieren. Dabei spielt auch die
115 gemeinsame Sprachbildung in Kita und Familie eine entscheidende Rolle. Sie schafft eine
116 Bildungspartner*innenschaft, die auf Wertschätzung basiert und Kinder durch alltägliche
117 Aktivitäten fördert. Dafür wollen wir Angebote der alltagsintegrierten Sprach- und
118 Familienbildung stärken und ausbauen. Fachkräfte aus dem ehemaligen Programm Sprachkitas
119 sollen in Berliner Kitas ihre erworbene Expertise weiter anwenden und weitergeben können.
120 Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote zur Sprachkräften sollen implementiert und
121 bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit besonders Kinder mit festgestelltem hohen
122 Sprachunterstützungsbedarf passgenau gefördert werden können.

123 Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen unterstützen

124 Besonders junge Menschen in schwierigen Lebenslagen benötigen verlässliche Unterstützung, um
125 gut aufwachsen zu können. Dort, wo Eltern diese Unterstützung nicht leisten können oder sie
126 nicht ausreicht, ist der Staat in der Pflicht. Dafür wollen wir die schulische Situation von
127 psychisch erkrankten und neurodivergenten jungen Menschen verbessern, indem wir u. a.
128 Angebote der schulischen Rehabilitation ausbauen und Hilfen zur Erziehung, ambulante

129 Psychiatrie und Schule an Standorten miteinander verknüpfen, wie es in der Praxis bereits
130 gelingt. Berlin braucht weiterhin eine Qualifizierungsoffensive für alle pädagogischen
131 Fachkräfte an Kitas und Schulen, um diese Kinder und Jugendlichen in den Regelsystemen viel
132 besser unterstützen zu können. Sie haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe, davon dürfen
133 sie in Berlin nicht weiter ausgeschlossen werden. Für intensivversorgungsbedürftige Kinder
134 und Jugendliche wollen wir endlich in Berlin ein Kurzzeitwohnen entwickeln und umsetzen.

135 Für unbegleitete Minderjährige bieten ehrenamtliche Vormünder Schutz und Orientierung. Wir
136 wollen sie deshalb durch eine finanzielle Förderung stärken und mit einer Kampagne mehr
137 ehrenamtliche Vormünder gewinnen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit, um
138 hier anzukommen. Dafür benötigen sie schnellstmöglich ein stabiles Wohnumfeld und die
139 Integration in Kita und Schule. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass geflüchtete Kinder
140 und Jugendliche möglichst nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

141 Kindeswohl und Kinderschutz in den Mittelpunkt stellen

142 In familiengerichtlichen Verfahren steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Damit dies immer
143 gewährleistet ist, wollen wir entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und
144 Verfahrensbeistand*innen gesetzlich verankern. Gerade in Bezug auf die Anhörung von
145 minderjährigen Kindern brauchen Familienrichter*innen nicht nur juristische, sondern auch
146 qualifizierte pädagogische und psychologische Kenntnisse. Wenn ein Elternteil gegen den
147 anderen Elternteil gewalttätig ist, ist dies immer auch eine Belastung für das Kind und muss
148 deshalb in familiengerichtlichen Verfahren berücksichtigt werden.

149 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass in allen Einrichtungen, in denen Kinder und
150 Jugendliche sich aufhalten, Kinderschutzstandards verlässlich implementiert werden, und
151 wollen Kinderschutzberatungsstellen gesetzlich verankern, damit sie in Zukunft nicht mehr
152 zuwendungsfinanziert und damit abhängig von der aktuellen Haushaltslage sind – denn für uns
153 ist klar: Kinderschutz muss immer und überall gewährleistet sein.

154

155 Um Betroffenen sexualisierter Gewalt – im institutionellen wie im familiären Rahmen –
156 sowohl einen Raum zur Aufarbeitung zu bieten, als auch um über Präventionsmaßnahmen zu
157 sprechen, prüfen wir die Einrichtung eines Betroffenenrats auf Landesebene. Wichtig ist uns
158 dabei, dass die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen im Mittelpunkt stehen.

159 Jungen Menschen eine Stimme geben

160 Eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche gut aufwachsen können, bedeutet auch Raum zu
161 bieten für echte Mitbestimmung. Deshalb soll ganz Berlin zur "Kinderfreundlichen Kommune"
162 werden. Wir wollen, dass unsere Kinder echte Beteiligungserfahrungen sammeln – sei es in
163 strukturell verankerten Kinder- und Jugendgremien, bei Bauprojekten im Stadtteil oder in
164 Klimaschutzinitiativen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für Stimm- und
165 Antragsrechte von Kinder- und Jugendgremien in allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen
166 durch die Festschreibung dieser im Bezirksverwaltungsgesetz. Wir setzen uns auch weiterhin
167 für die Etablierung altersgerechter, inklusiver sowie pädagogisch begleiteter
168 Beteiligungsformate ein, in denen Kinder und Jugendliche ihre Perspektive in die Gestaltung
169 ihres direkten Lebensumfeldes miteinbringen können, z. B. bei der Ausstattung von
170 Spielplätzen, bei Maßnahmen der Verkehrssicherheit oder der Pflanzung von Stadtbäumen. Die
171 Kinderrechte der UN-Kinderrechtskonvention wollen wir in der Verfassung Berlins, im
172 Bezirksverwaltungsgesetz und in der frühkindlichen Bildung verankern.

173 Wir sorgen dafür, dass die gesetzlich verankerten Klassenräte auch in allen Schulen und
 174 Klassen verbindlich umgesetzt werden und achten darauf, dass auch Schüler*innen in
 175 Willkommensklassen von Beginn an die gleichen demokratischen Rechte wahrnehmen können wie
 176 alle Schüler*innen.

177 5.2. Gerechte Bildungschancen – Schule neu denken

178 Gute Bildung schafft gleiche Chancen – für eine gerechte Gesellschaft, in der alle jungen
 179 Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt zu lernen, kreativ mitzudenken und die
 180 Gesellschaft nachhaltig zu gestalten. Wir lassen kein Kind zurück. Dazu braucht es ein
 181 Bildungssystem, das das Recht auf inklusive Bildung umsetzt und Kinder und Jugendliche stark
 182 macht für die Welt von morgen. Und es braucht gute Schulen mit starkem Personal, das für die
 183 Herausforderungen des Alltags gewappnet ist.

184 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, in dem Kinder sich wohlfühlen und ohne Stress lange
 185 gemeinsam lernen, ihre sprachliche Vielfalt als Stärke begreifen und ein demokratisches
 186 Miteinander auf Augenhöhe gelebt wird. Dabei fördern wir neben Fachkompetenzen wie Deutsch,
 187 Geschichte und Mathematik auch Zukunftskompetenzen wie Selbstorganisation, Kreativität und
 188 kritisches Denken. Die Realität sieht leider anders aus: Inklusion wird zurückgedreht,
 189 Gemeinschaftsschulen werden alleingelassen und die soziale Ungleichheit verschärft sich.

190 Gleichzeitig rechnet der Senat den gravierenden Lehrkräftemangel schön. Neue Schulen werden
 191 zwar gebaut, auffällige Gebäude jedoch nicht schnell genug saniert. Dazu kommen überfüllte
 192 Klassen, chronisch überlastetes Personal und Stress bei Kindern und Familien, der sich auf
 193 die psychische Gesundheit auswirkt. Außerschulische Lernorte werden vernachlässigt und
 194 kaputtgespart, Bildungsprojekte mit Ideologievorwürfen verunglimpft und abgewickelt.
 195 Diskriminierung verhindert Teilhabe und Beschwerdestrukturen funktionieren nicht.

196 Wir Grüne ducken uns vor diesen Herausforderungen nicht weg, wie es der aktuelle Senat tut,
 197 sondern wir gehen sie an. Dafür investieren wir in multiprofessionelle Teams, die zusätzlich
 198 zur Lehrkräfteausstattung an die Schulen kommen, in echte Inklusion, nachhaltige
 199 Schulgebäude und moderne Lernkonzepte. Um das Recht auf inklusive Bildung nach Artikel 24
 200 der UN-Behindertenrechtskonvention zu garantieren, erstellen wir einen verbindlichen
 201 Umsetzungsplan, der gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen entwickelt wird. Wir gehen den
 202 Lehrkräftemangel an und entlasten das schulische Personal auch in schwierigen Zeiten. Wir
 203 stellen sicher, dass Ressourcen für individuelle und sonderpädagogische Förderung an
 204 denjenigen Schulen ankommen, die diese am meisten benötigen, und machen die vom aktuellen
 205 Senat eingeführte Verteilung per Gießkanne wieder rückgängig. Wir sichern kulturelle und
 206 demokratische Bildung und treten Diskriminierung entgegen. Wir unterstützen
 207 Gemeinschaftsschulen besser und verdoppeln ihre Zahl, um mehr Raum für gemeinsames,
 208 inklusives Lernen zu ermöglichen und Kindern und Familien den Stress rund um den Übergang
 209 von Grund- zu Oberschule zu ersparen.

210
 211 Die regionalen Schulaufsichten strukturieren wir sozialräumlich, setzen auf eine
 212 vertrauensbasierte Steuerung und unterstützen sie in der Wahrnehmung ihrer unterstützenden
 213 und beratenden Rolle durch externe Prozessbegleitungen.
 214 Dadurch verbessern wir die Vernetzung der Schulen untereinander und mit den
 215 Unterstützungsstrukturen der Bezirke.

216 Denn unser Ziel ist klar: Berlin braucht ein starkes Bildungssystem, das allen Kindern und
 217 Jugendlichen gleiche und gute Chancen bietet und sie gut auf ihr Leben vorbereitet.

218 Mit der Schule für morgen Bildungsgerechtigkeit schaffen

219 Die preisgekrönten Schulen dieser Stadt zeigen, dass Berlin auch anders kann:
 220 Bildungseinrichtungen, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Voraussetzungen
 221 – auch datengestützt – individuell gefördert werden und ihre Stärken ohne Druck ausbauen.
 222 Denn Studien zeigen immer wieder: Das Wohlbefinden der Lernenden ist eine
 223 Grundvoraussetzung, um erfolgreiches Lernen zu ermöglichen.

224 Wir Grüne wollen die Erkenntnisse und Erfahrungen der preisgekrönten Schulen nutzen, um alle
 225 Schulen so fortzuentwickeln, dass in ihnen nicht nur wichtige Grundlagen wie Lesen,
 226 Schreiben und Rechnen, sondern Bildung für nachhaltige Entwicklung und damit das soziale
 227 Lernen und Zukunftskompetenzen allen Kindern erfolgreich vermittelt werden. Kinder und
 228 Jugendliche brauchen beides, um in einer sich schnell verändernden Welt auch in Zukunft
 229 erfolgreich leben zu können. Auch Demokratiebildung spielt hier eine wichtige Rolle, zu der
 230 auch die verbindliche Vermittlung deutscher Zeitgeschichte, der deutschen Teilung und der
 231 DDR-Geschichte gehört.

232 Zu einer modernen Pädagogik gehört perspektivisch auch der Übergang zu zeitgemäßen
 233 Prüfungsformaten und kompetenzbasiertem Lernfeedback statt Ziffernoten. Dabei überprüfen wir
 234 die Auswirkungen von Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung wissenschaftlich und
 235 setzen uns für eine evidenzbasierte Schulpolitik ohne Verengung des Bildungsbegriffs ein,
 236 die die notwendige Anzahl von Vergleichsarbeiten und Prüfungsleistungen evaluiert. Um zu
 237 überprüfen, wie diese Ziele erreicht werden können, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie
 238 Schulqualität partizipativ entwickelt werden. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der
 239 Qualität der Abschlüsse liegen und die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschlusss deutlich
 240 gesenkt werden.

241 Wir stärken die Gemeinschaftsschulen als Orte gemeinsamen Lernens und verdoppeln ihre Zahl
 242 berlinweit, um in allen Bezirken weitere gute Gemeinschaftsschulen zu haben. Wir wollen das
 243 Projekt "Familienzentren an Grundschulen" verstetigen, und so sicherstellen, dass Beratung,
 244 Beteiligung und Unterstützung von Familien in besonderen Lebenslagen niedrigschwellig
 245 zugänglich ist, um nachhaltig Bildungs- und Teilhabechancen zu stärken. Diverse Studien
 246 belegen: Langes gemeinsames Lernen steigert nicht nur das Leistungsniveau, sondern reduziert
 247 auch Bildungsungleichheit. Deshalb setzen wir uns auch an Grundschulen weiter für langes
 248 gemeinsames Lernen ein und stärken zudem ihre Klassen 5 und 6. Den Übergang auf die
 249 Oberschule werden wir reformieren und gerechter gestalten, sodass Schüler*innen der 4., 5.
 250 und 6. Klassen mit weniger Druck zur Schule gehen können.

251 Perspektiven für alle Jugendlichen schaffen

252 In Berlin verlassen derzeit mehr als 8 Prozent der Schüler*innen die Schule ohne Abschluss,
 253 über 16 Prozent finden trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz. Dabei ist doch klar: Wir
 254 können es uns nicht leisten, Jugendliche zu verlieren! Deshalb legen wir ein besonderes
 255 Augenmerk auf Jugendliche am Ende ihrer Schullaufbahn: Wer nach zehn Schuljahren keinen
 256 Abschluss hat oder trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz, wird in einem Perspektivenjahr
 257 gefördert. Gleichzeitig wollen wir unsere Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild so
 258 weiterentwickeln, dass jede*r Jugendliche eine optimale und passgenaue Förderung bekommt.

259 Auch auf dem Weg zum Schulabschluss wollen wir Bündnisgrüne Kinder und Jugendliche
 260 bestmöglich unterstützen. Wir wollen, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule
 261 zur Selbstverständlichkeit werden. Für uns darf das Recht auf Bildung und Teilhabe am
 262 sozialen Leben nicht am Schulweg scheitern. Deshalb übernehmen wir die Transportkosten für

alle Kinder mit Beeinträchtigungen, die für den Weg zur Schule auf einen Fahrdienst angewiesen sind, sowohl in den Schul- wie auch in den Ferienzeiten. Gleichzeitig unterstützen wir Schulen durch ausreichend personelle wie sachliche Ausstattung sowie Fortbildung und Beratung, damit Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen überall in Berlin inklusiv beschult werden können. Statt neuer Förderschulen schaffen wir inklusive Schwerpunktschulen, um die steigenden Bedarfe, insbesondere von neurodiversen Schüler*innen, zu decken. Mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder Erkrankungen werden in der Stadt kaum oder gar nicht beschult; ihre Zahl ist aufgrund vieler Erkrankungen mit Long-COVID und ME/CFS in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die schwarz-rote Koalition überlässt diese Kinder und ihre Familien sich selbst, sie erfüllt ihre Verpflichtung nicht, ihnen eine Beschulung zu ermöglichen. Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Bildung. Schnellstmöglich braucht es einer inklusiven Fachkräftefort- und Ausbildungsinitiative, rechtskreisübergreifender Bildungs- und Hilfeplanung, notwendiger Rechtsänderungen, damit etwa auch eine Onlinebeschulung möglich ist, wenn in Einzelfall ein Kind die Schule vor Ort nicht besuchen kann. Die Fachkräfte müssen fair bezahlt werden. Der Bildungsbereich, die Jugendhilfe, der Gesundheitsbereich und andere Rehaträger müssen eng zusammenarbeiten, damit jedem Kind und jedem Jugendlichen ein gutes Angebot gemacht werden kann und Familien und Bezugspersonen entlastet werden. Dazu gehört ein entsprechendes Betreuungsangebot in den Ferien und bei Bedarf die Übernahme der Transportkosten. Senat, Bezirke und Träger müssen eng und vernetzt unter Einbeziehung der Betroffenen zusammenarbeiten, die UN-Behindertenrechtskonvention und Kinderrechtskonvention müssen endlich in Berlin umgesetzt werden.

Zu fairen Chancen für alle gehört auch, dass die Eigenbeteiligung an Lernmitteln keine finanzielle Hürde sein darf. Deshalb werden wir prüfen, inwiefern die bestehenden Regelungen zur Eigenbeteiligung verändert werden müssen.

Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch private Schulen in Berlin einen wichtigen Beitrag. Für uns ist klar: jedes Kind muss die Möglichkeit haben, vom gesamten Angebot der Berliner Schulen profitieren zu können. Die Privatschulen öffnen wir entsprechend des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbot weiter für alle Kinder, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern. Ihre Finanzierung soll zukünftig stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Das bedeutet konkret, dass Privatschulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Privatschulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Privatschulen sich auch weiterhin an der Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen beteiligen.

Schulen breit und zukunftssicher aufstellen

Um den steigenden Anforderungen an Schulen in der Gestaltung des Schulalltags gerecht zu werden ist eine gut aufgestellte Schulsozialarbeit unabdingbar. Wir wollen die Anzahl der Schulsozialarbeiter*innen erhöhen, um das an Schulen benötigte Personal zur Abdeckung der psychosozialen Unterstützungsstrukturen abzusichern. Die Schulsozialarbeit als wichtiges Fundament in der Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen und dem Abbau von sozialen Benachteiligungen soll auch an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie Förderzentren weiter ausgebaut werden. Wir wollen die Schulstationen an allen Berliner Schulen ausbauen und die vorhandenen absichern und dadurch dauerhaft in der bestehenden Qualität erhalten.

Wir wollen Schulen so ausstatten, dass alle Kinder von klein auf die Fähigkeiten entwickeln, sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in einer komplexen Informationswelt zu bewegen. Um Jugendlichen gezielt auf die digitalisierte Welt vorzubereiten, fordern wir die curriculare Integration der Kompetenzen der Informatik und Medienbildung verpflichtend ab der 1. Klasse in allen Schulformen. Jugendliche müssen ein grundlegendes Verständnis von Algorithmen und künstlicher Intelligenz ebenso erwerben, wie den souveränen und kritischen Umgang mit digitalen Medien.

Für eine moderne, resiliente digitale Bildung bauen wir die Medienkompetenzzentren aus und etablieren Medienteams an jeder Schule. Diese unterstützen Lehrkräfte und Schüler*innen dabei, Desinformation zu erkennen, Quellen kritisch zu prüfen und Algorithmen sowie KI-Anwendungen zu verstehen. Medien- und Informationskompetenz sowie Medienresilienz verankern wir dabei nach internationalem Vorbild integrativ und fächerübergreifend in der verbindlichen Umsetzung der Rahmenlehrpläne – von der Analyse manipulierter Bilder im Kunstunterricht bis hin zur Reflexion sprachlicher Manipulation und statistischer Verzerrungen.

Wir teilen die Sorgen über den steigenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Deshalb unterstützen wir Einschränkungen der privaten Handynutzung, wo diese von der jeweiligen Schule für die beste Lösung gehalten werden.

Um Schüler*innen zu ermöglichen, ihre Kritik zu äußern, und Lehrkräften zu ermöglichen, ihren Unterricht besser an den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Schüler*innen auszurichten, wollen wir jährliche, anonyme-Feedback-Strukturen für Lehrkräfte in allen Schularten und Klassenstufen verpflichtend machen. Die bestehenden Tools zum Schüler*innen-Lehrkräfte-Feedback vom Institut für Schulqualität wollen wir dabei nutzen und ausbauen.

Schulen demokratisieren

Schulen sind ein wichtiger Ort für Schüler*innen, wo Demokratie praktisch gelebt werden sollte. Demokratisch organisierte Schulen sind zentral für die gesellschaftliche Stärkung der Demokratie. Die Schüler*innenvertretungen und Bezirksschüler*innenausschüsse wollen wir deshalb mit eigenen finanziellen Mittel und pädagogischer Unterstützung ausstatten. Auch an Grundschulen wollen wir eine gewählte Gesamtschüler*innenvertretung einführen. Politische Bildung als Bildungsziel und die demokratische Organisation von Schulen wollen wir wie in den meisten anderen Bundesländer auch in Berlin in die Verfassung aufnehmen.

Demokratie wollen wir aber nicht nur im Klassenzimmer stärken, sondern auch außerhalb. Daher stärken wir diversitätssensible und demokratiefördernde Umwelt- und Naturbildung, indem wir qualifizierten Umwelt- und Wildnispädagog*innen den Zugang zu Berliner Wäldern erleichtern.

Überall gute Orte des Lernens schaffen

Wir wissen: Lernen ist ein lebenslanger Prozess, der weit über den Klassenraum hinausgeht. Daher wollen wir, dass Schulen sich besser mit ihrem Sozialraum vernetzen, und stärken Kooperationen mit außerschulischen Lernorten, Jugendkunst- und Musikschulen, Sportvereinen und Volkshochschulen. Die Familienzentren an Grundschulen wollen wir erhalten – Schwarz-Rot streicht hier an der falschen Stelle die Mittel für eine Arbeit, die gerade Familien in schwierigen Situationen bisher eine große Unterstützung bieten konnte. Wir hingegen wollen ihre Arbeit zukünftig absichern.

Gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln wir den Ganzttag weiter, denn guter Ganzttag ist mehr als Betreuung. Wir Grüne verlängern die Zeiten der verlässlichen Betreuung auch für

356 Kinder ohne Hortvertrag in der Grundschule um mindestens eine Stunde auf 14:30 Uhr. In
 357 dieser Zeit sollen Kinder Gelerntes mit professioneller Begleitung vertiefen können, sodass
 358 keine weiteren Aufgaben zu Hause erledigt werden müssen. So haben Familien mehr gemeinsame
 359 Zeit, die nicht durch Hausaufgabenstress bestimmt ist – denn Schulunterricht darf nicht
 360 Aufgabe der Eltern sein. Außerdem erleichtern wir so den Schulen die Entscheidung für einen
 361 späteren Schulstart. Auch das dient der besseren Förderung aller Kinder, denn zahlreiche
 362 Studien haben nachgewiesen, dass ein Schulstart um 8:00 Uhr nicht dem Biorhythmus der Kinder
 363 entspricht und somit das Lernen erschwert – wir werden deshalb in den zuständigen
 364 Schulgremien für einen späteren Schulstart werben. Wer im Ganzttag lernt, braucht ein warmes
 365 Mittagessen. Deswegen wollen wir ein qualitativ hochwertiges Schulessen, wie vom
 366 Bürger*innenrat „Ernährung im Wandel“ empfohlen, auch ab der 7. Klasse für alle Kinder und
 367 Jugendlichen kostenfrei anbieten.

368 Darüber hinaus nehmen wir die mentale Gesundheit stärker in den Blick, indem wir
 369 Hilfesysteme besser miteinander verknüpfen, Aufklärung in den Schulen fördern und das
 370 Wohlbefinden der Schüler*innen als Qualitätsmerkmal in der Evaluation und Schulentwicklung
 371 festlegen.

372 Schulen möchten wir ermöglichen, ihre Schulhöfe, Spielplätze und Gemeinschaftsräume zu
 373 öffnen, und strukturieren die Schulaufsichten sozialräumlich. Dadurch verbessern wir die
 374 Vernetzung und Entwicklung des Sozialraums mit den Menschen vor Ort, wovon der ganze
 375 Stadtteil profitiert. Schulhöfe verwandeln wir in grüne Lebensorte: mit Entsiegelung, grünen
 376 Klassenzimmern und neuen, schattenspendenden Bäumen. Parallel treiben wir die Sanierung
 377 alter Schulgebäude voran, damit sie den Anforderungen einer modernen Bildungslandschaft
 378 gerecht werden.

379 Schulen zu Orten der Zugehörigkeit entwickeln

380 Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn! Um die Familiensprachen der Schüler*innen zu fördern,
 381 erheben wir sie und entwickeln darauf basierend Angebote des Erstsprachenunterrichts. Es
 382 soll an mehr Schulen und in weiteren Sprachen Unterricht angeboten werden. Wir bauen die
 383 Standorte der Staatlichen Europa-Schule Berlin als Ausdruck des europäischen Gedankens von
 384 Vielfalt und Zusammenhalt aus. Dazu gehört auch, Kinder und Jugendliche, die als Geflüchtete
 385 zu uns gekommen sind, möglichst schnell mit anderen in Regelklassen lernen zu lassen, um
 386 Integration vom ersten Tag an Stück für Stück zu ermöglichen. Dafür entwickeln wir ein
 387 alters- und kompetenzabhängiges Konzept zum Übergang von den Willkommensklassen in die
 388 Regelklassen, wie sie auch bereits in anderen Bundesländern existieren, und stärken auch
 389 Lehrkräfte, die dafür notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, indem wir das Schulfach „Deutsch
 390 als Zweitsprache“ mit verbindlichem Curriculum anerkennen und zusätzliche Fortbildungen in
 391 diesen Bereichen ermöglichen.

392 Wir bekräftigen das Recht aller Kinder auf gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem. Die
 393 separierende Unterbringung und Beschulung in Flüchtlingsunterkünften wollen wir
 394 schnellstmöglich beenden und allen Kindern einen Willkommensplatz an einer Regelschule
 395 anbieten. Durch diese Haltung der Inklusion statt Separierung unterstützen wir eine
 396 vielfältige Schulkultur. Diskriminierung stellen wir uns entschieden entgegen und setzen auf
 397 diskriminierungskritische Schulentwicklung, Fortbildungsangebote unter Einbezug der
 398 Zivilgesellschaft und und richten die von der Zivilgesellschaft geforderte Unabhängige
 399 Beschwerdestelle (UBS) als Teil der LADG-Ombudsstelle als eigene Behörde ein. Die
 400 ideologischen Angriffe des schwarz-roten Senats auf queere Bildung und Bildungsprojekte, die
 401 sich gegen Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus richten, weisen wir entschieden
 402 zurück. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz,

403 Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler*innen zu befördern und werden sie
 404 weiter ausbauen und fest als Angebote an den Berliner Schulen etablieren. Die Fachstelle für
 405 queere Bildung und die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik unterstützen wir weiter in
 406 ihrer wichtigen Arbeit.

407 In Lehrkräfte investieren und Schulen stark machen

408 Ein starkes Bildungssystem braucht starke Schulen, die sich unter Einbeziehung von
 409 Schüler*innen und Eltern möglichst autonom organisieren. Dafür braucht es auch gutes
 410 Personal, das den vielfältigen Aufgaben in unseren Schulen gewachsen ist. Wir schaffen an
 411 allen Schulen Teams aus verschiedenen Professionen, ohne dabei die Zahl der Lehrkräfte zu
 412 vermindern. Teamzeiten sind erforderlich und werden berücksichtigt. So haben Lehrkräfte mehr
 413 Zeit für ihre pädagogischen Kernaufgaben. Dafür stärken wir multiprofessionelle Teams, durch
 414 die Schüler*innen vielfältig gefördert und unterstützt werden können. Sobald wieder genügend
 415 voll ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, nutzen wir das für qualitative
 416 Verbesserungen an den Schulen, z. B. kleinere Lerngruppen und mehr individuelle
 417 Förderangebote.

418 Wir wollen für die mehr als 30.000 Lehrkräfte in Berlin gute Arbeitsbedingungen schaffen,
 419 sodass Berlin auch langfristig als Arbeitgeberin attraktiv ist. Deshalb wollen wir
 420 Lehrkräfte entlasten, indem wir die Arbeitszeit von Lehrkräften systematisch erfassen und
 421 perspektivisch ein neues Arbeitszeitmodell entwickeln, das alle Aufgaben einer Lehrkraft
 422 abbildet. Dabei sollen die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen der Schulen in
 423 das Arbeitszeitmodell eingebunden werden. So wollen wir berlinweit eine bessere Verteilung
 424 der personellen Ressourcen insbesondere in Schulen in herausfordernden Lagen erreichen. Auch
 425 Referendar*innen wollen wir entlasten und einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen.
 426 Dafür nehmen wir die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und stellen bei der
 427 aktuellen Überarbeitung der Referendariats die Betreuungsqualität wieder in den Vordergrund.
 428 Wir wollen, dass die Berliner Schule ein attraktiver Arbeitsort sowohl für verbeamtete als
 429 auch für angestellte Lehrkräfte ist und suchen nach Wegen, die Unterschiede zwischen beiden
 430 Statusgruppen auszugleichen.

431 Um die Mehrsprachigkeit zu fördern und den Lehrkräftemangel zu bekämpfen, werden wir
 432 Lehrkräften mit internationalen Abschlüssen den Zugang zum Berliner Schuldienst erleichtern.
 433 Dazu werden wir u. a. die Lehrkraft mit einem Fach wieder einführen, das
 434 Anerkennungsverfahren vereinfachen und kostenfreie berufsbezogene Vorbereitungs- und
 435 Deutschkurse sowie Beratung anbieten

436 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass der Lehrkräftemangel berlinweit besser verteilt
 437 wird und auch Schulen in herausfordernden Lagen personell gut ausgestattet sind. Deshalb
 438 führen wir Einstellungskontingente in verbesserter Form wieder ein und sorgen beispielsweise
 439 durch Anreize, Weiterbildungen oder zeitweise Abordnungen für eine Mindestausstattung an
 440 qualifizierten Lehrkräften an allen Schulen. Zusätzlich bieten wir Berliner
 441 Lehramtsstudierenden ein Stipendium an, wenn sie sich verpflichten, die ersten fünf Jahre
 442 nach dem Referendariat an einer Schule zu arbeiten, deren Personalausstattung insbesondere
 443 mit Blick auf voll qualifizierte Lehrkräfte seit mindestens zwei Jahren unter dem Berliner
 444 Durchschnitt liegt. So sorgen wir dafür, dass wir den Lehrkräftemangel in Berlin sowohl
 445 langfristig bekämpfen als auch kurzfristig alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen
 446 nutzen, um eine gute Ausstattung mit qualifiziertem Personal zu ermöglichen.

447 In einer sich schnell verändernden Welt wird es immer wichtiger, dass unser pädagogisches
 448 Personal stets fachlich, fachdidaktisch und methodisch up-to-date ist. Wir werden für
 449 bedarfsgerechte, praxisnahe und qualitätsgesicherte Fortbildungsangebote sorgen, die

450 fachbereichs- und schulweit implementiert und evaluiert werden. Wir stellen sicher, dass
 451 Lehrkräfte ohne pädagogische und fachdidaktische Ausbildung vor dem Einsatz in der Schule
 452 oder spätestens berufsbegleitend zu Beginn ihrer Tätigkeit so vorbereitet werden, dass sie
 453 die ihnen übertragenen Unterrichtsaufgaben fachgerecht leisten können.

454 Immer wieder zeigt sich, welcher entscheidenden Einfluss Schulleitungen auf den Erfolg ihrer
 455 Schulen haben. Wir werden daher ein Programm initiieren, um gezielt nach starken und
 456 engagierten Persönlichkeiten unter den Berliner Lehrkräften zu suchen, die wir zu
 457 Führungskräften aufbauen und mit denen wir zielbewusste, innovationsfreudige, kooperative
 458 und durchsetzungsfähige Leitungsteams insbesondere für Schulen in kritischer Lage zu bilden.

459 5.3. Berufsbildung und Studium – gestärkt in die 460 nächste Phase

461 Beim Übergang von der schulischen in die berufliche oder akademische Ausbildung werden
 462 wichtige Leitplanken für den weiteren Lebensweg junger Menschen gesetzt. Deshalb wollen wir
 463 Bündnisgrüne eine Stadt, in der auch für die Ausbildungszeit das Motto gilt: „Ihr lernt –
 464 wir regeln den Rest!“ Deshalb sorgen wir für gute Beratung schon während der Schulzeit,
 465 erstklassige Ausbildungs- und Studienbedingungen sowie ausreichend Zugang zu günstigem
 466 Wohnraum, damit junge Menschen sich den Weg in ein selbstbestimmtes Leben auch leisten
 467 können.

468 Denn die Realität sieht zurzeit leider anders aus: An den Hochschulen fallen Hörsäle in sich
 469 zusammen und das Studierendenwerk Berlin wurde vom Senat zusammengestrichen. Die Folgen
 470 tragen Studierende: Mensapreise und Semesterbeiträge steigen und dringend benötigte
 471 Sanierungen werden ausgesetzt.

472 Auch Menschen in der dualen Ausbildung können sich angesichts des Berliner Wohnungsmarktes
 473 und steigender Lebenshaltungskosten die Ausbildung in Berlin immer weniger leisten. Das
 474 schwächt nicht nur den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin, sondern macht es für
 475 junge Menschen zudem immer schwieriger, eine exzellente Ausbildung in der Hauptstadt zu
 476 erhalten.

477 Für uns ist jedoch klar: Egal ob nach der 10. Klasse oder nach dem Abitur – die nächste
 478 Generation soll die Chance auf eine freie Berufswahl, gute Ausbildungsbedingungen und einen
 479 selbstbestimmten Start ins Leben haben.

480 Jugendlichen bessere Perspektiven für Ausbildung und Beruf eröffnen

481 Die Grundlage für einen guten Start in Ausbildung und Beruf wird in der Schulzeit gelegt.
 482 Wir Grüne geben allen Jugendlichen eine Perspektive, auch ohne Abschluss. Statt 3.000
 483 Jugendliche zu einem 11. Pflichtschuljahr zu zwingen, setzen wir auf eine Stärkung der
 484 Berufsorientierung an Schulen und ein flexibles Perspektivenjahr, das eine Weiterentwicklung
 485 der bisherigen integrierten Berufsausbildungsvorbereitung ist. Damit Jugendliche frühzeitig
 486 ausreichend Einblicke in verschiedene Branchen und Berufe erhalten, sollen alle
 487 Schüler*innen in der 8. bis 10. Klasse mindestens fünf Betriebe in Form von Praktika und
 488 Praxistagen kennenlernen. Wir verankern klischeefreie Berufsorientierung als verbindlichen
 489 Standard in allen Schulformen. Lehrkräfte werden systematisch zu Durchlässigkeit,
 490 Berufsbildung und Arbeitsmarkt fortgebildet. Wir entwickeln die Jugendberufsagenturen in den
 491 Bezirken zu echten One-Stop-Shops weiter. Sie erhalten ausreichende Ressourcen und
 492 Handlungsmöglichkeiten. Ziel ist es eine koordinierte, niedrighschwellige und sozial gerechte
 493 Begleitung aller Jugendlichen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.

494 Auch niedrigschwellige Beratungsangebote wollen wir ausbauen, um Schüler*innen vielfältige
 495 Einblicke in die Berufswelt zu ermöglichen. Das Angebot gymnasialer Oberstufen an den
 496 Berliner Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir erhalten und insbesondere die Möglichkeit,
 497 parallel zur Ausbildung auch das Abitur abzulegen, ausweiten. An den Oberstufenzentren
 498 stellen wir zusätzliches Personal ein, damit dort alle Bildungsgänge zum Erfolg führen. Die
 499 duale Ausbildung in Berlin steht mit einem starken Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze
 500 vor besonderen Herausforderungen, die Ausdruck eines strukturellen Problems sind. Wir
 501 Bündnisgrüne verstehen Berufsbildung als gleichwertige Säule neben dem Studium und richten
 502 die berufliche Erstausbildung systemisch neu aus. Unter Einbeziehung betrieblicher,
 503 schulischer und überbetrieblicher Ausbildungsformen sowie der OSZ werden Kompetenzzentren
 504 geschaffen, die neben den Betrieben gleichwertige Partner in der Berufsausbildung sind. Als
 505 neuer organisatorischer Pfeiler entsteht das Landesinstitut für berufliche Bildung.
 506 Schulische und außerbetriebliche Ausbildungsangebote bauen wir gezielt aus, insbesondere
 507 dort, wo betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. Zudem machen wir die duale Ausbildung zu
 508 einer gleichwertigen Alternative zum Studium, indem wir sie durch eine umlagefinanzierte
 509 Ausbildungsgarantie stärken. Zur Steigerung der Attraktivität von Ausbildungen gehört auch
 510 die Einrichtung eines Azubiwerks, das günstige Wohnheime betreibt und Beratung
 511 gewährleistet. Alle Berliner Auszubildenden, egal ob aus großen oder kleinen Betrieben,
 512 müssen die Möglichkeit haben, sich zu beschweren und Hilfe in Krisensituationen zu erhalten.
 513 Wir stärken explizit Frauen in Handwerksberufen.

514 Wir wollen europäische Förder- und Mobilitätsprogramme in zentral organisierten
 515 "Europatagen" gezielt an Berufsschulen bewerben. Wir werben bei der Industrie- und
 516 Handelskammer Berlin für eine Mobilitätsberatungsstelle nach Vorbild anderer Kammern im
 517 Netzwerk "Berufsbildung ohne Grenzen", welche gemeinsam mit Unternehmen und Auszubildenden
 518 deren Auslandsaufenthalte koordiniert.

519 Nachhaltigkeit wird verbindlicher Bestandteil der beruflichen Bildung in ihren ökologischen,
 520 ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen. Auch Berufliche Schulen lehren gelebte
 521 Demokratie und Vielfalt und diskriminierungsfreies Handeln.
 522 Alle Lehrkräfte in der Berufsbildung werden für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz
 523 qualifiziert, um Medienkompetenz, personalisiertes Lernen und inklusive Bildungszugänge zu
 524 fördern.

525 Wohnen für Auszubildende und Studierende sichern

526 Echte Chancengleichheit bei der Berufswahl braucht ausreichend qualitativ hochwertigen
 527 Wohnraum für Azubis genauso wie für Studierende. Deshalb führen wir das neue Azubiwerk zum
 528 Erfolg, das ähnlich wie das Studierendenwerk bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende sowie
 529 Beratungs- und Kulturangebote schafft. Auch das Studierendenwerk Berlin muss gestärkt
 530 werden, um verlässliche Strukturen für die Studierenden dieser Stadt zu schaffen. Deshalb
 531 setzen wir Bündnisgrüne uns für einen Bund-Länder-Pakt „Studium und Ausbildung“ ein, der die
 532 Finanzierung der Studierendenwerke bundesweit mit verbindlichen Mindeststandards sichert,
 533 über den Status quo in Berlin hinausgeht und die besten Unterstützungs- und
 534 Beteiligungsansätze aus allen Bundesländern bündelt. Dazu gehören mehr und sanierte
 535 Wohnheime mit sozialverträglichen Mieten, die an die Wohnkostenpauschale der
 536 Ausbildungsförderung gekoppelt sind, Mensen mit gesundem, nachhaltigem und bezahlbarem Essen
 537 sowie ausreichend Kultur- und Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, dass die Preise
 538 in den Mensen stabil bezahlbar bleiben und an jeder größeren Hochschule mindestens eine
 539 Mensa auch abends geöffnet hat. Auch bei uns in Berlin wollen wir durch die Neuaufsetzung
 540 des Studierenden-Rahmenvertrags das Studierendenwerk wieder auf stabile Füße stellen und die
 541 verlässliche Kofinanzierung aller „Junges Wohnen“-Projekte sichern. Studiengebühren

542 jeglicher Form lehnen wir für Studierende aller Nationalitäten ab. Wir sorgen dafür, dass
543 die Wahl von Studium und Beruf weniger vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern junge
544 Menschen ihre Zukunft freier gestalten können.

545 Studieren in unterschiedlichen Lebenslagen ermöglichen

546 Lehre und Prüfungen an Hochschulen müssen den Lebensbedingungen der Studierenden Rechnung
547 tragen. Studieren muss in jeder Lebenslage möglich sein, deshalb werden wir uns für die
548 Stärkung vom Teilzeitstudium einsetzen. Das endgültige Nichtbestehen, das den erneuten
549 Zugang zu Studiengängen dauerhaft ausschließt, führt in vielen Fällen zu massiven
550 Einschnitten in das Leben der Studierenden, die nicht verhältnismäßig sind. Deshalb werden
551 wir die Anzahl der Prüfungsversuche erhöhen und prüfen, wie beispielsweise nach dem Vorbild
552 des Jurastudiums Wege zu alternativen Abschlüssen ermöglicht werden können. Wir wollen
553 Wahlfreiheiten und Selbstbestimmung im Studium absichern, den Erwerb von Qualifikationen –
554 besonders in aktuellen Forschungsfeldern – in der gesamten Berliner Hochschullandschaft
555 vereinfachen und Curricula flexibler gestalten. So kann tatsächliche Vertiefung ermöglicht
556 werden.

557 Universitäten vor dem baulichen Verfall schützen

558 Bei den Berliner Hochschulen müssen wir den baulichen Verfall stoppen und den bestehenden
559 Sanierungsstau nachhaltig abbauen. Wir setzen uns daher für die Gründung einer
560 Hochschulbaugesellschaft in Kooperation mit der WISTA Management GmbH ein, die ein Konzept
561 für die gesamte energetisch-nachhaltige und ökologische Sanierung erarbeitet und
562 kreditfinanziert umsetzt. Sie soll mittelfristig auch wenn gewünscht den baulichen Unterhalt
563 der Hochschulen übernehmen können und schafft so endlich Planungssicherheit für Forschung
564 und Lehre. Eine spätere Nutzung im Mieter*innen-Vermieter*innen-Modell darf dabei nicht
565 zulasten der Lehre gehen und es muss sicher gestellt werden das auch weiterhin ausreichend
566 Räume für nicht kommerzielle Zwecke und studentische Nutzung zur Verfügung stehen.

567 Demokratie und Miteinander an Hochschulen und Universitäten leben

568 Hochschulen sind Orte der Miteinanders und der Demokratie. Auch deshalb sind sie schon immer
569 auch Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Universitäten müssen Räume bleiben, in
570 denen friedlicher Protest, studentischer Aktivismus und kontroverse Debatten möglich sind
571 und geschützt werden. Gerade in Zeiten großer politischer Unsicherheiten braucht es mehr
572 niedrigschwellige, moderierte Debattenräume, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar
573 machen, Dialog fördern und Polarisierung entgegenwirken. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit
574 sind dabei untrennbar mit dem Recht auf friedlichen Protest verbunden. Wir setzen wir uns
575 für die Wahrung der institutionellen Autonomie der Hochschulen ein und wollen politische
576 Eingriffe in hochschulinterne Angelegenheiten begrenzen.

577 Gleichzeitig müssen die Sicherheit und das unbeschwerte Studium aller, insbesondere von
578 Jüdinnen*Juden, ebenso garantiert werden wie die gleichberechtigte Teilhabe von jüdischen
579 und palästinensischen sowie als israelsolidarisch und propalästinensisch gelesenen
580 Organisationen am Diskurs. Wir lehnen einen Diskurs ab, der die Sicherheit von
581 Jüdinnen*Juden gegen elementare Bürger*innen- und Freiheitsrechte ausspielt. Antisemitische
582 oder diskriminierende Aussagen, Gewalt oder Vandalismus dürfen in Hochschulen keinen Platz
583 haben, ihnen muss mit antisemitismus- und diskriminierungskritischen Präventionskonzepten
584 vorgebeugt werden. Wir setzen uns für den Ausbau demokratischer Strukturen an den Berliner

585 Hochschulen ein und unterstützen Initiativen zur Einführung viertelparitätischer Wahl- und
586 Grundordnungsgremien der akademischen Selbstverwaltung.

587 Darüber hinaus ist es essentiell, die Berliner Hochschulen resilienter zu machen. In
588 Anerkennung und unter Wahrung der Hochschulautonomie wollen wir gemeinsam mit den Berliner
589 Hochschulen erarbeiten, welche Rahmenbedingungen jetzt politisch angepasst werden müssen, um
590 die Hochschulen und ihre Verwaltungen besser vor antidemokratischen Angriffen zu schützen.

591 5.4. Gesundheit in allen Lebenslagen – Berlin ist für 592 dich da

593 Gesundheit und Wohlbefinden sind mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie befähigen uns,
594 ein zufriedenes Leben zu führen, uns vielfältigen Herausforderungen zu stellen und diese zu
595 bewältigen. Dabei sehen wir Gesundheit, Krankheit und Sterben als integrale Bestandteile des
596 menschlichen Daseins und verstehen diese daher auch als wichtigen Auftrag für die
597 Daseinsvorsorge. Auch wenn die Gestaltung der Gesundheitsversorgung nicht allein in
598 Landeshand liegt, setzen wir uns mit allen Kräften und Möglichkeiten, vor allem aber mit
599 einem umfassenden Blick für ein gesundes, soziales und inklusives Berlin ein.

600 Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben,
601 selbstbestimmt gesund zu bleiben und zu leben. Für uns bedeutet das: Zugang zu wohnortnahen,
602 qualitativ hochwertigen und barrierefreien Gesundheitsangeboten sowie zu einer modernen
603 Hospiz- und Palliativlandschaft zu haben. Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung,
604 Beratung, Behandlung und Rehabilitation gehen dabei Hand in Hand und schließen psychische
605 und soziale Aspekte wie auch Umwelt- und Klimaschutz mit ein. Mit einer urbanen
606 Gesundheitsstrategie wollen wir gute und abgestimmte Angebote in einer gesunden Stadt als
607 Teil eines gesunden Planeten schaffen. Dazu müssen wir Gesundheitsversorgung und
608 Gesundheitsförderung stärker vernetzen und Lücken schließen. Hier setzen wir auf gemeinsame
609 Werte und verbindliche Kooperationen zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten, Bildungs-
610 und Jugendhilfe sowie Umwelt-, Mobilitäts- und Stadtplanung, um Präventionsketten und
611 sozialräumliche Gesundheitsstrukturen flächendeckend und nachhaltig aufzubauen. Eine
612 wichtige Rolle kommt dabei auch der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zu.

613 Gesundheitsversorgung gerecht verteilen

614 Noch immer unterscheiden sich die Gesundheitschancen in Berlin stark: Je nach Bezirk,
615 Wohnviertel, Geschlecht und sozioökonomischem Status weichen Lebenserwartung und
616 Krankheitshäufigkeiten voneinander ab. Die ambulante Versorgung ist oft nicht barrierefrei
617 und ungleich verteilt, Haus- und Fachärzt*innen wie Kinderärzt*innen fehlen besonders in
618 Stadtrandlagen. Einige Bezirke im Osten sind davon am stärksten betroffen. Wir setzen uns
619 dafür ein, dass es eine gleichmäßige Verteilung von Vertragsärzt*innensitzen gibt und dass
620 neue Stadtquartiere in allen Bezirken gut versorgt werden. Kliniken stehen unter
621 finanziellem Druck, während Personal seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeitet. Der ÖGD
622 ist unterfinanziert und personell schwach besetzt, Gesundheitsförderung und Prävention haben
623 nicht den notwendigen Stellenwert. Psychische Belastungen nehmen zu, Wartezeiten auf
624 Beratungs- und Behandlungsangebote sind zu lang, aufsuchende Angebote und koordinierte
625 Hilfestrukturen fehlen. Durch massive Streichungen des schwarz-roten Rückschrittssenats –
626 nicht nur im Gesundheitsbereich – verschlechtert sich die Lage für die Menschen in Berlin
627 noch weiter. Auch digitale, mobile und aufsuchende Gesundheitsdienste sind nicht ausreichend
628 ausgebaut, obwohl sie besonders für immobile und andere vulnerable Gruppen sowie deren An-

629 und Zugehörige wichtig sind. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten,
630 Bildungseinrichtungen, Umwelt-, Verkehrs- und Stadtplanung ist nicht ausreichend.

631 Flächendeckende Gesundheitsangebote sicherstellen

632 Wir Bündnisgrüne wollen das nicht hinnehmen. Statt mehr Versorgungslücken an den
633 Schnittstellen wollen wir bessere Nahtstellen schaffen, die grundsätzlich den gesamten
634 Menschen im Blick haben und abgestimmt wirken.

635 Deshalb gestalten wir eine Gesundheitspolitik, die gezielt auch auf gesundheitliche, soziale
636 und umweltbedingte Ungleichheiten reagiert – mit gerechten Zugängen, starken öffentlichen
637 Strukturen und gesundheitsfördernden Lebensverhältnissen in der gesamten Stadt und in den
638 Lebensrealitäten der Berliner*innen. Dabei folgen wir klar dem Prinzip „präventiv vor
639 ambulant vor stationär“ mit hochwertigen wohnortnahen Versorgungsstrukturen.

640 Wir wollen flächendeckend integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die ärztliche,
641 therapeutische, psychosoziale und präventive Angebote unter einem Dach vereinen. Diese
642 Zentren sollen interdisziplinär besetzt sein und als multiprofessionelles, diverses und
643 mehrsprachiges Netzwerk die gesamte Bandbreite von der Gesundheitsberatung bis zur Apotheke
644 einschließen. Die Community Health Nurse (CHN) soll nach dem Vorbild von Köpenick in allen
645 Bezirken zum Einsatz kommen und gemeinsam mit dem ÖGD Menschen unterstützen.

646 Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken

647 Berlin ist auch wirtschaftlich betrachtet eine Gesundheitsstadt. Dieses besondere,
648 ressourcenreiche Ökosystem wollen wir nachhaltig und gerecht aufstellen und
649 weiterentwickeln. Wir sehen eine universitäre Spitzenmedizin und eine Gesundheitsversorgung
650 im Kiez nicht als Gegensatz, sondern als logische, sich gegenseitig befruchtende Ergänzung.
651 Daher werden wir alle Möglichkeiten bestmöglich nutzen, die uns die Krankenhausreformpläne
652 des Bundes und der damit zusammenhängende Transformationsfonds bieten, um Berlins
653 Krankenhäuser moderner, besser und digitaler aufzustellen und gleichzeitig die ambulante
654 Gesundheitsversorgung zu stärken. Dafür braucht es ein Zielbild, das an der Bevölkerung
655 ausgerichtet ist. Auch die ökologische Krankenhaustransformation im Sinne eines Green-
656 Hospital-Ansatzes bringen wir voran und machen die Versorgungslandschaft als großes Ganzes
657 zukunftsfest und für Patient*innen wie auch die Stadt sicher. Damit Menschen informierte
658 Entscheidungen über die Ihnen zur Verfügung stehenden Versorgungsangebote treffen können,
659 nehmen wir die Berichterstattung der Transparenzdaten zur Krankenhausbehandlung wiederauf,
660 bauen diese aus und ermöglichen öffentliche Berichte je Krankenhausstandort. Dazu gehört
661 auch eine Weiterentwicklung der Notfallversorgung mit dem Dreiklang aus
662 Gesundheitsnotfallkompetenz, differenzierter vorklinischer Versorgung durch den
663 Rettungsdienst sowie integrierten Rettungsstellen, in denen niedergelassene Ärzt*innen und
664 Kliniken abgestimmt arbeiten. Zudem sehen wir die Notwendigkeit einer der Schaffung
665 Integrierter Notfallzentren (INZ). Sie sollen möglichst an gut erreichbaren Orten und an
666 Klinikstandorten mit erweiterter Notfallversorgung sein. Dort sollen die Kassenärztliche
667 Notfallpraxis und die Krankenhausnotfallversorgung gemeinsam die Patient*innenversorgung
668 steuern.

669 Digitale Gesundheitsformen ausbauen

670 Digitale Versorgungsformen, Telemedizin und der Einsatz Künstlicher Intelligenz werden die
671 Gesundheitsversorgung verändern. Digitale Angebote inklusive Künstlicher Intelligenz denken

672 wir daher als niedrigschwellige Versorgungsmöglichkeit überall mit und setzen auf die
673 integrierte Unterstützung bestehender Angebote unter gleichzeitiger Wahrung der digitalen
674 Selbstbestimmung und Teilhabe. Insbesondere Telemedizin spielt z. B. zur Bewältigung des
675 demographischen Wandels eine entscheidende Rolle, wobei die hohe Qualität der Versorgung
676 gewahrt werden muss. Dazu werden wir die digitale Infrastruktur von Einrichtungen im
677 Gesundheitswesen gezielt ausbauen und uns für ethisch vertretbare, rechtlich klare und
678 medizinisch sinnvolle Regelungen einer digitalen Gesundheitsversorgung einsetzen. Dabei
679 steht die Gesundheit des Menschen immer im Mittelpunkt.

680 Alle Menschen vor den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise schützen

681 Die Klimakrise ist eine Gesundheitskrise. Ob neue Infektionskrankheiten durch die
682 Tigermücke, stärkere Belastungen für Menschen mit Allergien oder hitzebedingte Erkrankungen
683 – die Folgen sind vielfältig. Wir wollen das Bewusstsein der Berliner*innen und von
684 medizinischem Fachpersonal für die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise stärken.

685 Hitze hat bisher die stärksten Auswirkungen auf die Gesundheit der Berliner*innen. Besonders
686 gefährdet sind hochaltrige Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Kinder. Aber auch
687 Menschen, die im Freien arbeiten, und Sportler*innen haben ein erhöhtes Risiko für einen
688 Hitzschlag. Neben der konsequenten Umsetzung des Berliner Hitzeaktionsplans wollen wir
689 deshalb insbesondere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen und
690 Sportstätten dazu befähigen eigene Hitzeschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

691 Das Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin und die AG Hitzeschutz der Bezirke haben eine
692 Vorreiter*innenrolle bei der gemeinsamen Planung von Hitzeschutzmaßnahmen zwischen
693 Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft. Wir wollen das Aktionsbündnis stärken und durch
694 lokale Hitzeschutzbündnisse in den Bezirken ergänzen. Dabei wollen wir besonders die
695 wertvollen Erfahrungen aus den Hitzeaktionsplänen der Bezirke nutzen.

696 Psychische Gesundheit in den Fokus nehmen

697 Gesundheit ist vielfältig und erfordert einen inklusiven, differenzierten Ansatz. Wir Grüne
698 stärken die psychische Gesundheit durch Entstigmatisierung, Prävention und Früherkennung
699 sowie durch den Ausbau integrierter, niedrigschwelliger, aufsuchender und
700 multiprofessioneller Hilfs- und Krisenangebote in allen Bezirken, insbesondere für Menschen
701 mit schweren psychischen Erkrankungen. Dabei werden auch psychische Erkrankungen, die durch
702 Diskriminierungserfahrungen entstehen oder verstärkt werden, berücksichtigt. Dazu vernetzen
703 wir ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfen sektorenübergreifend. Im stationären
704 Bereich streben wir Krankenhäuser an, die auch einen somatischen Bereich haben. Wir stärken
705 den Maßregelvollzug und verzahnen ihn eng mit dem allgemeinpsychiatrischen
706 Versorgungssystem. In akuten Krisen sichern wir schnelle Unterstützung durch eine enge
707 Anbindung an das Notfallsystem und vermeiden unnötige Unterbringungen. Um lange Wartezeiten
708 zu reduzieren, fördern wir psychiatrische Einrichtungen personell und finanziell und bauen
709 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin niedrigschwellige Lotsen- und
710 Vermittlungsangebote aus, damit Menschen schneller Zugang zu passender psychotherapeutischer
711 Versorgung erhalten.

712 Speziell für Kinder und Jugendliche wollen wir Präventions- und Unterstützungsangebote
713 deutlich ausbauen, unter anderem durch mehr Schulpsycholog*innen und -sozialarbeiter*innen,
714 aufsuchende Jugendpsychiatrie-Teams, frühzeitige Hilfen im sozialen Umfeld und eine bessere
715 Vernetzung zwischen dem Gesundheits-, Jugend- und Bildungsbereich. Psychische Gesundheit
716 soll in allen Altersgruppen durch eine integrierte Versorgungsstruktur mit festen Budgets,

717 multiprofessionellen Krisenteams und präventiven Angeboten gestärkt werden. Suizidprävention
 718 soll dabei systematisch verankert, Hilfsangebote sollen stärker vernetzt und gezielt
 719 ausgebaut werden. Außerdem setzen wir uns für den dauerhaften Erhalt der "Nummer gegen
 720 Kummer" ein, die mit anonymer Telefonsorge für tausende Kinder und Jugendliche in dieser
 721 Stadt unverzichtbar ist. In allen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und im öffentlichen Raum
 722 sollen Hitze- und Klimaanpassungskonzepte umgesetzt werden, inklusive Trinkwasserversorgung,
 723 Verschattung und Kühlräumen.

724 Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen

725 Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem ein, das diversitäts- und
 726 rassismussensible Forschung fördert, ihre Erkenntnisse in die Ausbildung des
 727 Gesundheitspersonals integriert und community-basierte Projekte nachhaltig unterstützt. Der
 728 Zugang zur Gesundheitsversorgung soll auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder
 729 Aufenthaltspapiere gesichert werden. Wir setzen eine Impfkampagne auf, um diese wichtige
 730 präventive Maßnahme zu steigern. Nötig sind ebenso effizientere Strukturen, die ein Ankommen
 731 im Gesundheitssystem und das Ausschließen von Versorgungslücken ermöglichen. Dazu stärken
 732 wir die Clearingstelle und sorgen dafür, dass Gesundheitsangebote in
 733 Obdachloseneinrichtungen, vor allem aber auch bei Housing First systematisch mitgedacht und
 734 implementiert werden. Ein zentraler Baustein einer gerechten Gesundheitsversorgung ist auch
 735 die diversitäts- und kultursensible Ausrichtung der Angebote durch Information, Wissen und
 736 Nutzung digitaler und analoger Sprachmittlungsmöglichkeiten. Die Versorgung von Menschen mit
 737 Fluchterfahrung soll hier besonders im Fokus stehen.

738 Eine gute Gesundheitsversorgung beinhaltet für uns auch zeitgemäße und passgenaue Angebote
 739 für das Lebensende. Wir werden daher die Beratungsstrukturen sowie Hospiz- und
 740 Palliativangebote in der Stadt ebenfalls gemäß dem Prinzip „wohnortnah ambulant vor
 741 stationär“ in einer modernen Hospiz- und Palliativstrategie bündeln und weiterentwickeln.
 742 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht auf selbstbestimmtes
 743 Leben schließt – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – selbstbestimmtes Sterben
 744 frei von Druck ein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene ein für eine noch immer fehlende
 745 gesetzliche Grundlage zum Schutz dieses Rechts in Verbindung mit der Regulierung von
 746 Suizidhilfe.

747 Selbstbestimmte Familienplanung und flächendeckende Geburtsversorgung
 748 sichern

749 Gute Gesundheitsversorgung beginnt bereits vor der Geburt. Hebammen und Geburtshelfer*innen
 750 sind bereits während der Schwangerschaft, aber natürlich auch während und nach der Geburt
 751 nicht nur wichtige Bezugspersonen, sondern stellen auch die medizinische Versorgung von
 752 Schwangeren und Neugeborenen sicher. Damit alle Berliner*innen Zugang zu sicheren und
 753 selbstbestimmten Geburten haben, muss der Studiengang „Angewandte Hebammenwissenschaften“
 754 dauerhaft finanziell gesichert werden. Wir Grüne wollen die personelle Ausstattung in
 755 Kreißsälen verbessern und so die Arbeitsbedingungen für Hebammen attraktiver machen. Wir
 756 wollen ein flächendeckendes Netz an Hebammenangeboten aufbauen, das Geburtshäuser,
 757 aufsuchende Betreuung und wohnortnahe Angebote umfasst, insbesondere in bisher
 758 unterversorgten Bezirken. Ergänzend sollen hebammengeführte Kreißsäle in Kliniken zur Regel
 759 werden.

760 Aber es gibt in Berlin auch viele Menschen, die einen unerfüllten Kinderwunsch haben. Um sie
 761 bestmöglich zu unterstützen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür
 762 einsetzen, dass sie allen – egal, ob alleinstehend oder verpartnert – von der Krankenkasse

763 finanziert wird. Außerdem wollen wir die entsprechende Beratung ausbauen und insbesondere
764 für Regenbogenfamilien erweitern.

765 Zur selbstbestimmten Familienplanung gehört auch die Freiheit, sich gegen ein Kind
766 entscheiden zu können. Deshalb ist sowohl frühzeitige, altersadäquate Aufklärung als auch
767 kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln für Jugendliche essenziell. Während wir uns auf
768 Bundesebene für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts einsetzen, helfen wir in Berlin
769 konkret Betroffenen. Deshalb machen wir Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten
770 niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich und sorgen dafür, dass medizinische Versorgung
771 zum Abbruch von Schwangerschaften von den landeseigenen Kliniken gewährleistet wird.

772 Aufklärung und Prävention stärken

773 Gesundheitsprävention ist die wirkungsvollste Gesundheitsmaßnahme. Wir Bündnisgrüne wollen
774 ein Landespräventionsgesetz schaffen, in dem wir die Landesaufgaben beschreiben. In allen
775 Bezirken sollen kommunale Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe
776 vor Ort zu ermitteln, Maßnahmen zu koordinieren und Beteiligung zu ermöglichen. Eine
777 selbstbestimmte Gesundheit braucht Information und Aufklärung jenseits der Frage, wo das
778 nächste Krankenhaus liegt. Am besten ist es, wenn Erkrankungen gar nicht erst oder weniger
779 stark auftreten. Wir wollen Aufklärung und den Zugang zu verständlichen Informationen in
780 Leichter und Einfacher Sprache sowie in weiteren Sprachen über die Lebensspanne verbessern
781 und Maßnahmen gegen die vor allem im digitalen Raum grassierende Desinformation im
782 Gesundheitsbereich entwickeln. Besonders für Jugendliche sind flächendeckende Prävention
783 gegen sexuell übertragbare Krankheiten (STI) sowie kultursensible Aufklärung essenziell. Um
784 die Ziele der Fast-Track-City-Initiative (FTC) zur Beendigung von HIV/AIDS und der
785 Stigmatisierung von HIV-positiven Menschen bis zum Jahr 2030 in Berlin zu erreichen, werden
786 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan zur Weiterentwicklung der FTC auf
787 den Weg bringen, Lücken in der Prävention und Testung schließen, Strategien an neuen
788 Bedarfen ausrichten und die bestehenden Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter sichern.
789 Gesundheitsförderung und Prävention schließen auch Maßnahmen zur Luftreinheit in Innenräumen
790 ein, insbesondere in öffentlichen Gebäuden wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

791 Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Adipositas und Diabetes lassen sich
792 durch Prävention deutlich reduzieren. Gesunde Ernährung und Bewegung müssen deshalb von
793 Beginn an für alle Menschen, insbesondere für Kinder, unabhängig vom sozialen Status
794 zugänglich sein. Wir Bündnisgrüne stärken dafür berlinweit Gemeinschaftsverpflegung,
795 Ernährungsbildung und Sportangebote. Gute Prävention schließt auch das Impfen ein, das einen
796 wichtigen Ansatz zur Vermeidung infektiöser Erkrankungen darstellt. Hier braucht es
797 effizientere Strukturen, die ein Ankommen im Gesundheitssystem und das Ausschließen von
798 Versorgungslücken ermöglichen. Alle STIKO-Impfungen sollen niedrigschwellig und wohnortnah
799 zugänglich sein – auch in Apotheken, beim Öffentlichen Gesundheitsdienst und über mobile
800 Angebote. Wir werden Gesundheit noch mehr von der Prävention gegen Erkrankungen aus denken
801 und unter Einbeziehung der Berliner*innen eine landesweite Präventionsstrategie entwickeln
802 und umsetzen.

803 Vernetzte Gesundheitsregionen mit einem Öffentlichen
804 Gesundheitsdienst entwickeln

805 Gesundheit spielt sich in den Lebenswelten der Menschen ab und lebt von Beteiligung. Daher
806 ist es wichtig, dass sich die Bezirke auch untereinander und nach Brandenburg hin zu
807 vernetzten Gesundheitsregionen entwickeln. In allen Bezirken sollen daher kommunale

808 Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe vor Ort zu ermitteln,
 809 Maßnahmen zu koordinieren und eine wirksame Beteiligung der Berliner*innen zu ermöglichen.

810 Gesundheitsförderung soll als verbindliches Prinzip in allen Politikbereichen sowohl auf
 811 Bezirks- als auch auf Landesebene etabliert sein. Für alle Präventions- und
 812 Gesundheitsförderungsmaßnahmen wollen wir Grüne verbindliche Qualitätsstandards festlegen
 813 und deren Umsetzung evaluieren. Die Gesundheitsförderung soll verbindlich in Kitas, Schulen,
 814 Betrieben und Senior*inneneinrichtungen integriert werden, mit Schwerpunkten auf Bewegung,
 815 gesunder Ernährung, Suchtprävention und psychischer Gesundheit. Betriebliche
 816 Gesundheitsförderung soll gezielt ausgebaut und besonders kleine und mittlere Unternehmen
 817 sollen unterstützt werden, um gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und
 818 Präventionsprogramme zu etablieren. Das gilt besonders auch für die Gesundheitsfachberufe.
 819 Zudem treiben wir auch die Weiterentwicklung der Wirksamkeit betriebsmedizinischer Angebote
 820 voran.

821 Der ÖGD spielt dabei eine unverzichtbare Rolle. Wir wollen ihn personell und finanziell so
 822 stärken, dass er seine Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsberatung, Gesundheitsförderung,
 823 Gesundheitsschutz und Gesundheitskoordination multiprofessionell, flächendeckend,
 824 zukunftsorientiert und vernetzt erfüllen kann. Die Nachwuchsgewinnung des ÖGD wollen wir für
 825 alle Berufsgruppen gezielt stärken. Insbesondere für Ärzt*innen im öffentlichen Dienst
 826 werden wir diesbezüglich durch eine verbindliche Studienplatzquote an der Charité
 827 (Stadtärzt*innenquote), wie sie in anderen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert
 828 wird, unterstützen.

829 Unser Ziel ist klar: Berlin soll selbst eine gesunde Stadt sein, in der Menschen gesund
 830 leben und arbeiten können – unabhängig davon, wer sie sind oder wo sie wohnen.

831 5.5. Neue Drogenpolitik – Hilfe statt Stigmatisierung

832 Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine evidenzbasierte Drogen- und Suchtpolitik ein, die Hilfe
 833 statt Strafe in den Mittelpunkt stellt und sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen statt an
 834 Ideologie orientiert. In Berlin gibt es eine starke und vielfältige Helfelandschaft, sie
 835 gilt es von der Prävention bis zur Suchthilfe zu stärken. Gleichzeitig wächst der
 836 Handlungsbedarf, denn die Zahl der Drogentoten steigt auch in Berlin jährlich auf neue
 837 Höchststände. Insbesondere der Crack- und Kokainkonsum nimmt stark zu, synthetische Opiode
 838 wie Fentanyl bergen ein hohes Risiko für Abhängigkeiten und Überdosierungen. Da sowohl
 839 legale als auch illegale Drogen risikobehaftet und weit verbreitet sind, darf man vor ihrer
 840 Realität nicht die Augen verschließen. Unser Ziel ist es, Probleme zu lösen und nicht
 841 zuverlagern. Statt Zäune zu bauen, ist es für uns zentral, Menschen nicht zu stigmatisieren
 842 und Betroffene nicht alleinzulassen, sondern ihnen wirksam zu helfen und Risiken zu
 843 minimieren.

844 Suchthilfe und Prävention stärken

845 Wir Grüne wollen Konsumräume und Streetwork-Teams ausbauen, Wartezeiten auf Therapieplätze
 846 verkürzen und niedrigschwellige Angebote ausbauen, insbesondere um junge Menschen sowie
 847 Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen besser zu erreichen.

848 Der Zugang zu Hilfsangeboten sollte nicht an eine Abstinenzpflicht geknüpft sein, sondern
 849 Konsumierende dabei unterstützen, sich in jeder Lebenslage aus der Abhängigkeit zu befreien.
 850 Mit einer gesamtstädtischen Strategie muss Berlin einen hilfeorientierten Ansatz verfolgen,
 851 der Selbstbestimmung, Aufklärung und Gesundheitsschutz miteinander verbindet. Anstatt

Betroffene dem unkontrollierten Schwarzmarkt zu überlassen, befürworten wir die Forderungen aus der Suchthilfe nach Modellprojekten mit kontrollierter Abgabe. Unsere Drogenpolitik verfolgt das Ziel, illegalen Märkten die Grundlage zu entziehen. Wir wollen die Möglichkeit des Betäubungsmittelrechts nutzen, um bei klar definierten Eigenverbrauchsmengen Verfahren gegen Konsumierende grundsätzlich einzustellen. Die Ressourcen bei Justiz und Polizei sollten gezielt in die Bekämpfung Organisierter Kriminalität investiert werden.

Es braucht Zugänge und die Verknüpfung von sozialen und gesundheitlichen Angeboten. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Prävention sozialraumorientiert, kultursensibel, geschlechtersensibel, altersgerecht und mehrsprachig ausgebaut wird – mit einem klaren Fokus auf junge Menschen, beginnend mit der Prävention im Schul- und Jugendkontext, digitalen Beratungsangeboten und besserem Zugang zu Beratung und Therapie. Im Kurfürstentum sichern wir, wie vom Runden Tisch „Sexarbeit“ vorgeschlagen, Nachtcafés und zusätzliche Drogenkonsumräume in Kooperation mit der Drogenhilfe und dem Landessuchtbeauftragten. Wir wollen zudem den Housing-First-Ansatz konsequent umsetzen, um wohnungslose Drogenkonsumierende dauerhaft in sichere Wohnverhältnisse zu bringen und so den Kreislauf von Sucht und Obdachlosigkeit zu durchbrechen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf die Unterversorgung von betroffenen Frauen gelegt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug als zentraler Bestandteil der Resozialisierung abgesichert wird. Statt Drogenspürhunde durch Gefängniszellen zu schicken, braucht es Zugang zu Substitutions- und Therapiemöglichkeiten. Das betrifft insbesondere den Zugang zur Diamorphintherapie sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

Drug Checking ist eine zentrale Maßnahme zur Schadensminderung, die den sicheren Konsum fördert und potenzielle Gesundheitsrisiken reduziert. Die Nachfrage ist seit Einrichtung jedoch deutlich höher als das bestehende Angebot. Wir wollen, dass das Berliner Drug-Checking-Projekt deutlich ausgebaut, auch mobil verfügbar und mit einem berlinweiten Frühwarnsystem für gefährliche Wirkstoffe verbunden wird. Die Abgabe von Naloxon zur Vermeidung von Überdosierungen soll über anerkannte Angebote der Suchthilfe und Sozialarbeit erfolgen können.

Drogenpolitik umfassend und zeitgemäß gestalten

Wir Bündnisgrüne machen uns dafür stark, dass verhaltensgebundene Süchte wie Glücksspiel- oder Medienspielsucht systematisch in die Hilfestrukturen integriert werden. Glücksspielwerbung soll stark eingeschränkt, der Schutz Minderjähriger verbessert und die Spieler*innensperredatei „Oasis“ ausgebaut werden, auch für glücksspielartige Elemente in digitalen Angeboten. Echte Vermögensprüfungen und feste Einzahlungslimits sollen im Online-Glücksspiel der Standard sein.

Abhängigkeiten von Alkohol, Nikotin und Medikamenten werden trotz ihres Ausmaßes als Selbstverständlichkeit wahrgenommen, obwohl sie gesamtgesellschaftlich die schwersten Folgen aufweisen. Gerade die Struktur der Alkohol- und Medikamentenberatung in den Bezirken ist uneinheitlich und unzureichend aufgestellt. Es braucht eine landesweite Steuerung, um eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und verlässliche Versorgung sicherzustellen und zu finanzieren. Gerade im öffentlichen Raum gilt es, den Nichtraucher*innenschutz konsequenter umzusetzen, zu kontrollieren und bei Bedarf gesetzlich nachzuschärfen. Andere europäische Länder sind hier deutlich weiter und wirksamer.

Das Konsumcannabisgesetz auf Bundesebene war ein richtiger und überfälliger Schritt. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft aufgelöst. Polizei und

898 Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht unnötig kriminalisiert und es ist kein
 899 sprunghafter Anstieg des Konsums zu erkennen. Diesen Weg wollen wir konsequent
 900 weiterverfolgen und in Berlin eine Modellregion für die legale Abgabe von Cannabis
 901 etablieren, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Genauso
 902 unterstützen wir den Abbau bürokratischer Hürden von Anbauvereinen. Wer den Cannabis-
 903 Schwarzmarkt vollständig austrocknen will, der muss ihn vollständig durch legale,
 904 gesundheitlich abgesicherte, kontrollierte und sozialverträgliche Bezugswege ersetzen.

905 Für uns Bündnisgrüne ist klar: Eine zeitgemäße Drogenpolitik darf Risiken nicht verharmlosen
 906 – aber auch niemanden zurücklassen. Sie braucht umsetzbare Regeln, starke Prävention,
 907 ineinandergreifende Hilfsangebote und den Mut, pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

908 5.6. Gute Pflege – solidarisch und zukunftsfest

909 Wir Berliner*innen leben immer länger – das ist ein Gewinn an Lebenszeit und Erfahrung. Auch
 910 hier ist unser Grundsatz: Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen in jedem Alter
 911 selbstbestimmt und in Würde leben können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder
 912 Pflegebedarf. Dafür braucht es eine Stadt, die Teilhabe, Solidarität und Fürsorge
 913 ermöglicht. In einem Landespflegegesetz wollen wir die Anforderungen dafür in der Pflege
 914 rechtlich verankern.

915 Berlin steht vor einer wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen. Einrichtungen, ambulant,
 916 teilstationär und stationär, stehen auch personell sehr unter Druck und Pflegeplätze sind
 917 ungleich über die Stadt verteilt. Ambulante Dienste und Kurzzeitpflegeangebote gibt es zu
 918 wenig, besonders in den Außenbezirken. An- und Zugehörige, die zu Hause pflegen, werden
 919 nicht ausreichend unterstützt, pflegende Eltern oder Young Carers werden zu oft vergessen.
 920 Auch die Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse reichen nicht aus, um den
 921 Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken. Stationäre Einrichtungen sind zudem oft weder
 922 barrierefrei noch auf den Klimawandel vorbereitet. Prävention und Gesundheitsförderung, vor
 923 und nach dem Pflegeeintritt, sowie geschlechter- und diversitätssensible Pflegeangebote
 924 werden bislang zu wenig gefördert und sind nicht flächendeckend etabliert.

925 Pflege am Menschen orientieren

926 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Berlin Zugang zu qualitativ
 927 hochwertiger, bezahlbarer und menschenwürdiger Pflege haben – ambulant und stationär. Pflege
 928 soll selbstbestimmt, wohnortnah, inklusiv und kultursensibel gestaltet sein. Pflege soll
 929 Menschen dabei unterstützen, ihr gewohntes Leben auch bei Pflegebedarf weiterzuführen. Dafür
 930 müssen Pflege und Teilhabe gut zusammenarbeiten. Pflege ist gelebte Solidarität – in
 931 Familien, in der Nachbarschaft und im Zusammenspiel von professioneller und häuslicher
 932 Pflege. Sie darf nicht aufgrund von Ökonomisierung und demografischer Entwicklungen als
 933 Problem gesehen werden. Dafür brauchen Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung
 934 und echte Mitbestimmung. Deshalb setzen wir uns weiter für die Einführung einer Pflegekammer
 935 ein. Wir wissen: Ohne pflegende Angehörige würde unser Pflegesystem nicht funktionieren –
 936 sie tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, oft neben Beruf, Familie oder Ausbildung. Deshalb
 937 wollen wir Angehörige und ehrenamtlich Pflegende gezielt entlasten und unterstützen, aber
 938 auch die Pflegebedürftigen selbst, indem wir Unterstützungsstrukturen verbessern und diese
 939 auskömmlich finanzieren. Die Angebote der Berliner "Kontaktstellen PflegeEngagement",
 940 Beratung wie „Pflege 4.0“ oder Hilfe durch „Pflege in Not“ wollen wir halten und
 941 weiterentwickeln. Insbesondere soll ein Pflegenottelefon als niedrigschwelliges,
 942 berlinweites Angebot eingeführt werden, das im akuten Pflegekrisenfall schnell, verlässlich

943 und kompetent unterstützt. Das Pflegenottelefon soll als zentrale Anlaufstelle fungieren,
 944 die Ratsuchende unmittelbar berät, an passende Hilfsangebote weitervermittelt und bei Bedarf
 945 kurzfristige Unterstützung organisiert. Wir wollen Berliner Schulen dafür sensibilisieren,
 946 dass auch Kinder und Jugendliche Pflegeverantwortung übernehmen – oft für Eltern,
 947 Geschwister oder Großeltern. Sie brauchen vermehrt Aufmerksamkeit, Verständnis und
 948 Unterstützungsangebote.

949 Attraktive Pflegeberufe sichern

950 Pflegekräfte leisten jeden Tag Enormes – sie verdienen Anerkennung, Mitsprache und gute
 951 Arbeitsbedingungen. Wir Grüne wollen den Pflegeberuf attraktiver machen, indem wir
 952 tarifliche Bezahlung, verlässliche Arbeitszeiten und eine verbindliche Personalbemessung
 953 sicherstellen. Wir werden die Infrastruktur für die Pflegeausbildung stärken: Die
 954 verschiedenen Standorte des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe wollen wir an
 955 einem Ausbildungscampus zusammenbringen, damit Pflegeassistent, Pflegefachberufe und
 956 therapeutische Gesundheitsberufe wie Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie gemeinsam
 957 ausgebildet werden. Das fördert interprofessionelle Zusammenarbeit von Beginn an und erhöht
 958 die Qualität der Ausbildung. Es besteht ein hoher Fachkräftebedarf in vielen Branchen – so
 959 auch in der Pflege. Trotz der steigenden Zahl aufgenommener Ausbildungen wird der Bedarf
 960 nicht gedeckt werden. Aus diesem Grund gilt es umso mehr, die Fachkräfte in der Ausbildung
 961 zu halten und neue für die Pflege zu gewinnen. Gute Arbeitsbedingungen sind dabei der
 962 entscheidende Schlüssel zum Erfolg, den wir weiter stärken müssen. Ein multifaktorielles
 963 Vorgehen ist hierbei wichtig. So müssen wir die akademische Ausbildung durch eine Anpassung
 964 der Studienplätze stärken, die Ausbildungskapazität für Fachassistent ausbauen und uns auf
 965 Bundesebene dafür einsetzen, dass die professionelle Pflege das tun darf, was sie kann, und
 966 sich das auch in der Abrechnungsmöglichkeit widerspiegelt. Zudem stellt die Anwerbung von
 967 Fachkräften aus dem Ausland einen Baustein zur Strategie einer ausreichenden
 968 Fachkräfteabdeckung dar. Hierbei gilt es, sich an faire Anwerbestrukturen zu halten und die
 969 Voraussetzungen für eine schnelle Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zu schaffen sowie
 970 ausreichende Sprachangebote bereitzustellen. Daher setzen wir uns für das Siegel „Faire
 971 Anwerbung in der Pflege“ ein. Die bestehenden digitalen Verfahren sollen weiter verbessert
 972 und personell unteretzt werden. Ein Landespflegegesetz soll einen rechtlichen Rahmen
 973 schaffen für Pflegeangebote des Landes und eine verbindliche Landespflegestrukturplanung,
 974 die den tatsächlichen Bedarf ermitteln und dabei auch pflegende Angehörige als wichtige, oft
 975 unzureichend vertretene Gruppe einbeziehen soll.

976 Um Pflegefachkräfte und Pflegeassistentenkräfte zu stärken, ist die Einführung einer
 977 Pflegekammer unabdingbar. Sie gibt der Berufsgruppe endlich eine eigene, demokratisch
 978 legitimierte Interessenvertretung. Die Pflegekammer entwickelt Fort- und
 979 Weiterbildungsregularien, unterstützt die Bedarfsplanung, führt ein zentrales Register der
 980 Mitglieder und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit – auch in
 981 Krisen- oder Katastrophenfällen. Wir Bündnisgrüne werden den Aufbau einer Pflegekammer
 982 fördern und ihre Wirksamkeit nach der Aufbauphase evaluieren. Ohne eine Pflegekammer bleibt
 983 die Beteiligung der Pflegeberufe in Gremien auf Landesebene unzureichend – das wollen wir
 984 ändern.

985 Pflegende Angehörige stärken und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur 986 ausbauen

987 Pflegende Angehörige, vor allem Frauen, bilden eine der tragenden Säulen in der häuslichen
 988 Pflege. Nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein wollen wir pflegende Angehörige in die

989 Berliner Verfassung aufnehmen, um so ihre Rechte als immer größer werdende Gruppe in den
990 Fokus zu nehmen. Wir stehen an ihrer Seite und wollen, dass sie Entlastung, Wertschätzung
991 und Unterstützung erfahren. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre
992 Leistungen besser würdigen. Pflegende Angehörige müssen zudem in die Pflegeplanung
993 einbezogen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass eine Lohnersatzleistung
994 für pflegende Angehörige kommt.

995 Wir Grüne wollen die niedrighschwellige und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur in allen Bezirken
996 ausbauen – durch mehr Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze, flexible Entlastungsangebote
997 und gezielte Beratung. Dabei wollen wir einen Pakt für die Pflege mit den Berliner
998 Arbeitgeber*innen schließen, denn Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss gesellschaftlicher
999 Konsens sein. Pflegestützpunkte sollen als wohnortnahe Anlaufstellen flächendeckend
1000 weiterentwickelt werden. Darunter verstehen wir auch den Ausbau von digitalen und
1001 telefonischen Beratungen sowie der Hausbesuche. Ein zentrales Melderegister soll jederzeit
1002 Auskunft über freie Pflegeplätze geben, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Mobile
1003 Pflegedienste sollen klimafreundlich umgestellt und barrierefreie, klimaangepasste
1004 Pflegeeinrichtungen gefördert werden.

1005 Pflegebedürftige sollen zügig Unterstützung erhalten, damit finanzielle Einschränkungen ihre
1006 Versorgung nicht gefährden. Dafür fordern wir bei der Hilfe zur Pflege eine Optimierung der
1007 Antragsprozesse, den Ausbau digitaler Verfahren und eine enge Verzahnung mit
1008 Pflegestützpunkten, sodass Antragstellung, Beratung und Auszahlung zentral und transparent
1009 erfolgen.

1010 Wir Bündnisgrüne wollen Community Health Nurses (CHNs) in Berlin als eine weitere Säule in
1011 der Pflege einführen. Sie beraten zu Gesundheit und Pflege, führen Hausbesuche durch und
1012 vernetzen Ärzt*innen, Pflegestützpunkte, Sozialdienste und Nachbarschaftsinitiativen. CHNs
1013 stärken Gesundheitskompetenz, fördern Lebensqualität und verbessern die Versorgung –
1014 besonders für marginalisierte Gruppen kann eine neue Ausrichtung der Primärversorgung und
1015 deren Zugänglichkeit eine große Verbesserung darstellen.

1016 Barrierefreien Wohnraum realisieren

1017 Damit Pflegebedürftige so lange wie möglich selbstständig zu Hause leben können, braucht
1018 Berlin mehr barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen. Der Umbau von Bestandswohnungen
1019 und der Neubau entsprechender Angebote müssen intensiviert werden. Präventive Ansätze in der
1020 Pflege wollen wir stärker fördern, etwa das Programm zu gesundem Altern, Sturzprävention,
1021 Ernährungsberatung und sozialer Teilhabe.

1022 Sichere Pflege für alle sicherstellen

1023 Berlin ist vielfältig – Pflege muss das widerspiegeln. Wir werden den Einsatz
1024 Interkultureller Brückenbauer*innen und das Angebot für LSBTIQ*-sensible Beratung ausweiten.
1025 Weiterbildungen zu diversitätssensibler Pflege sollen verpflichtend in der
1026 Weiterbildungsordnung verankert werden.

1027 Gleichzeitig treten wir entschieden gegen Gewalt ein, die Pflegebedürftige sowie Pflegende
1028 erfahren – häufig bedingt durch Überforderung, strukturelle Missstände oder
1029 Machtungleichgewichte. Die Pflegebeauftragte des Landes soll nicht nur
1030 Beschwerdemöglichkeiten sichern, Missstände aufdecken und Verbesserungen anstoßen, sondern
1031 auch systematisch in alle landesgesetzlichen Prozesse einbezogen werden, die Pflege,
1032 Pflegequalität oder Pflegestrukturen betreffen. Ihre Einbeziehung soll über die bloße

1033 Erstellung von Berichten hinausgehen und sicherstellen, dass fachliche Expertise und
1034 Perspektiven von Pflegenden in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

1035 5.7. Selbstbestimmte Senior*innen – sicher und 1036 beteiligt im Alter

1037 Wir leben immer länger – das ist eine positive Entwicklung! Ältere Menschen sind genauso
1038 vielfältig wie unsere ganze Stadt. Wir Bündnisgrüne wollen Selbstbestimmung und
1039 gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von partiell nachlassenden Fähigkeiten ermöglichen.

1040 Wir bauen Berlin schrittweise zur altersfreundlichen Stadt um, indem wir für mehr schattige
1041 Plätze zum Verweilen, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr und gute sanitäre Anlagen
1042 sorgen. Eine altersfreundliche Stadt ist gut für Menschen aller Altersgruppen, fördert
1043 gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutz und schafft Orte der Begegnung für alle Menschen in der
1044 Nachbarschaft.

1045 Statt ältere Menschen als lebendigen Teil der Gesellschaft zu sehen, prägen jedoch noch
1046 immer stereotype Altersbilder, Vorurteile und Altersdiskriminierung den Alltag von
1047 Senior*innen. Das untergräbt Selbstvertrauen und schränkt die Möglichkeiten für ein
1048 selbstbestimmtes Leben ein. Hinzu kommt die Altersarmut, von der ein Drittel der Berliner
1049 Senior*innen betroffen ist, sowie die in Berlin weit verbreitete Einsamkeit, die ältere
1050 Menschen häufig trifft. Wertvolles Engagement und Mitwirkung gehen verloren, weil
1051 Senior*innen mit geringem Einkommen nicht ausreichend unterstützt und gesellschaftliche
1052 Teilhabe viel zu häufig durch Barrieren verhindert werden. Wir wollen, dass Berlin ältere
1053 Menschen darin stärkt, ihre Erfahrungen und ihre Kreativität einzubringen, und Mitbestimmung
1054 ermöglicht. Wir wollen Barrieren abbauen, indem wir nicht nur Gehwege sicher gestalten,
1055 sondern lebenslanges Lernen auch im Alter unterstützen und Zugänge zu Sozialleistungen
1056 vereinfachen. So schaffen wir eine Stadt, in der Senior*innen nicht mehr isoliert, sondern
1057 selbstbestimmt mitten im Leben stehen.

1058 Im Alter Selbstbestimmung und Mitwirkung vorantreiben

1059 Wir Grüne wollen, dass Menschen das Älterwerden in Berlin vielfältig und aktiv erleben und
1060 die Stadt gemeinsam mit allen Generationen gestalten können. Daher setzen wir uns für ein
1061 positives Altersbild in allen amtlichen Veröffentlichungen ein. Wir stehen Menschen, die
1062 Altersdiskriminierung erleben, zur Seite, indem wir das Berliner Antidiskriminierungsgesetz
1063 bekannter machen und Betroffene unterstützen. In der Berliner Verwaltung schaffen wir durch
1064 flexible Übergänge in die Pension, Teilzeitmodelle und altersgerechte Arbeitsbedingungen
1065 gute Rahmenbedingungen für Menschen, die über die Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig sein
1066 möchten. Langfristig wollen wir das lebenslange Lernen im Alter gezielt fördern, indem wir
1067 Umschulungen für ältere Menschen etablieren und die Angebote zur digitalen Teilhabe
1068 erweitern. Um den Digital Gender Gap und den Digital Age Gap zu schließen, adressieren wir
1069 Frauen besonders. Für trans*, inter*, nicht-binäre und agender Personen brauchen wir eine
1070 bessere Datengrundlage.

1071 Für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft wollen wir die Stimmen älterer Menschen in der
1072 Politik stärken. Deshalb werden wir das Senior*innen-Mitwirkungsgesetz weiterentwickeln und
1073 Senior*innenvertretungen durch verbindliche Vorgaben zu Beteiligung und Rederechten in den
1074 Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) aufwerten und somit sichtbarer
1075 machen. Gleichzeitig sorgen wir für eine angemessene finanzielle Ausgestaltung in Form von
1076 Fahrtkostenerstattung und Aufwandsentschädigungen. Dabei setzen wir auf vielfältige

1077 Perspektiven: Mehr Senior*innen mit Migrationsgeschichte und queere Senior*innen wollen wir
1078 für die Arbeit in Senior*innenvertretungen gewinnen, die ihre Sichtweisen miteinbringen.

1079 Einsamkeit entschlossen bekämpfen

1080 Für uns ist klar: Kein Mensch darf im Alter durch Armut oder fehlende Unterstützung
1081 ausgeschlossen und isoliert werden. Altersarmut und Einsamkeit, sind deshalb zentrale
1082 Herausforderungen, denen wir entschlossen begegnen. Wir Grüne sorgen dafür, dass
1083 Sozialleistungen ohne Scham und Hürden zugänglich werden. Dafür bauen wir die Sozialberatung
1084 in allen Stadtteilen aus, bieten Informationsmaterial in unterschiedlichen Sprachen an und
1085 sprechen Menschen proaktiv an, um über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zu
1086 informieren. Kostenlose und kostengünstige Angebote bauen wir aus und stellen sicher, dass
1087 Informationen dazu sowohl digital als auch analog leicht zugänglich sind.

1088 Wir schaffen Räume für Begegnungen durch generationenübergreifende Treffpunkte in allen
1089 Bezirken und die Weiterentwicklung bestehender Begegnungsstätten. Teilhabe muss auch dann
1090 möglich sein, wenn Menschen von körperlichen Behinderungen oder demenziellen Krankheiten
1091 betroffen sind. Wir fördern den barrierefreien Umbau von Kulturstätten und etablieren
1092 Begleitangebote für Senior*innen, um die Teilnahme an kulturellen Angeboten für Menschen in
1093 allen Lebenslagen zu ermöglichen. Projekte, die Begegnungen älterer Menschen
1094 unterschiedlicher Kulturen unterstützen, wollen wir stärken und bekannter machen. Darüber
1095 hinaus starten wir das Pilotprojekt „Älter werden unterm Regenbogen“ nach Hamburger Vorbild,
1096 um Verantwortliche für die Bedürfnisse queerer Senior*innen zu sensibilisieren und mit der
1097 queeren Community zu vernetzen. Wir begrüßen es, dass nach langem politischem Kampf und
1098 erheblichen praktischen Herausforderungen nun endlich auch ein Wohnprojekt für lesbische
1099 Frauen realisiert werden konnte. Wir unterstützen auch weiterhin, dass queere
1100 Mehrgenerationenprojekte als Safer Spaces eingerichtet werden.

1101 Berlin zur altersfreundlichen Stadt machen

1102 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Teil des WHO-Netzwerks „Altersfreundliche Städte und
1103 Gemeinden“ wird, um von internationalen Vorbildern zu lernen und gleichzeitig sichtbar zu
1104 machen, was wir auf dem Weg dorthin bereits erreicht haben. Unser Ziel ist eine Stadt, die
1105 auch im Alltag auf der Straße für ältere Menschen da ist – mit ausreichend
1106 Trinkwasserbrunnen und schattigen Sitzbänken für heiße Tage sowie guten öffentlichen
1107 Toiletten in allen Kiezen. Darüber hinaus etablieren wir das Konzept der „Netten Toilette“
1108 berlinweit, um auch sanitäre Anlagen in Restaurants, Cafés und Geschäften für Menschen
1109 kostenlos nutzbar zu machen. So gestalten wir eine Stadt, in der öffentliche Plätze, Straßen
1110 und Fußgänger*innenzonen sichere Orte zum Verweilen werden, nicht nur für Ältere, sondern
1111 auch für Kinder, Jugendliche und Familien.

1112 Wohnen ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Gerade für Ältere ist es daher
1113 wichtig, barrierefreies Wohnen zu ermöglichen und dort zu erhalten, wo es bereits existiert.
1114 Deshalb machen wir die Beratung zur altersgerechten Wohnraumanpassung bekannter und schaffen
1115 die Rückbauverpflichtung nach einem Auszug ab. Wir unterstützen kreative und
1116 gemeinschaftliche Wohnformen, die Vereinsamung vorbeugen, gegenseitige Hilfe und
1117 Zusammenarbeit fördern und trotzdem Individualität bewahren.

1118 Eine altersgerechte Stadt bedeutet auch, dass Menschen sich bis ins hohe Alter frei in der
1119 gesamten Stadt bewegen können. Die Nutzung von Bus und Bahn muss auch für ältere Menschen
1120 mit kleiner Rente möglich sein. Deshalb setzen wir uns für ein einkommensabhängiges,
1121 ermäßigtes Deutschlandticket ein und schaffen so neue Möglichkeiten, unabhängig unterwegs zu

1122 sein. Gleichzeitig bauen wir Berlin zur Stadt der kurzen Wege um: Wohnortnahe Versorgung,
1123 barrierefreie Gehwege, grüne Plätze und Räume zum Schutz vor Hitze sorgen dafür, dass
1124 Menschen unabhängig vom Alter sicher und entspannt unterwegs sein können. Außerdem fördern
1125 wir das Projekt der Plauderbänke in den Bezirken, um auch kurze Pausen am Wegesrand zu
1126 ermöglichen. So wird Berlin zu einer altersfreundlichen Stadt, die Mobilität, Teilhabe und
1127 Lebensfreude für alle Generationen gewährleistet.

1128 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 5)

1129 Kitagutschein automatisch zum ersten Geburtstag

1130 Wir Grüne schaffen niedrigschwelligen und frühen Zugang zur Kita: Alle Familien in Berlin
1131 sollen zum ersten Geburtstag ihrer Kinder automatisch einen Kitagutschein mit einem
1132 erklärenden Begleitheft in mehreren Sprachen erhalten. Ein beiliegender QR-Code zu
1133 wohnortnahen Kitas sowie Terminslots bei einem Familienservicebüro in der Nähe zur
1134 Kitaplatzvermittlung und Beratung unterstützen darüber hinaus dabei, den Zugang zu guter
1135 frühkindlicher Bildung für alle Familien in Berlin zu vereinfachen.

1136 Längeres gemeinsames Lernen für weniger Schulstress – Zahl der
1137 Gemeinschaftsschulen verdoppeln

1138 Gemeinschaftsschulen sind die Schulen der Zukunft. Wir Grüne wollen ihre Zahl in Berlin
1139 verdoppeln. Dabei setzen wir gezielt auf den Campusgedanken: Bestehende Grund- und
1140 Oberschulen sollen die Möglichkeit erhalten, gemeinsam zur Gemeinschaftsschule zu werden. So
1141 können Kinder vom ersten bis zum letzten Schuljahr gemeinsam lernen.

1142 Dieses Modell berücksichtigt nicht nur, dass Schüler*innen in Gemeinschaftsschulen
1143 nachweislich bessere Leistungen erzielen, wie zahlreiche internationale Studien zeigen,
1144 sondern reduziert auch den Stress des Übergangs von der Grund- zur Oberschule erheblich. Wer
1145 eine Gemeinschaftsschule besucht, kann seine gesamte Schullaufbahn an einem Ort verbringen.
1146 Alle Gemeinschaftsschulen erhalten dafür eine gymnasiale Oberstufe und zusätzliche
1147 Unterstützungsmittel, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Auch beim Neubau von
1148 Schulen setzen wir wo möglich auf Gemeinschaftsschulen.

1149 Integrierte Gesundheitszentren in allen Bezirken – ein wichtiger
1150 Schritt zur altersfreundlichen Stadt

1151 Wir Grüne wollen in jedem Bezirk integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die
1152 niedrigschwellig und bedarfsorientiert ärztliche, therapeutische, psychosoziale und
1153 präventive Angebote unter einem Dach vereinen – so haben alle kurze Wege und die
1154 gesundheitliche Versorgung an einem Ort. Besonders für ältere Menschen ist das eine enorme
1155 Erleichterung. Dazu gehören aber auch Hebammenversorgung, Suchthilfe, Apotheken,
1156 Sprachmittlung und Sozialberatung. Diese Zentren sollen verbindlich in Gesundheitsregionen
1157 eingebunden sein und multiprofessionelle Teams beschäftigen, damit Versorgungslücken
1158 geschlossen und Angebote vor Ort besser vernetzt und gesundheitliche und soziale
1159 Ungleichheiten abgebaut werden. Für uns ist klar: Alle Berliner*innen haben ein Recht auf
1160 Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung und auf ein gesundes Leben

Beschluss (vorläufig) Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 6 des Landeswahlprogramms (Innere Sicherheit, Justiz, Verwaltung, Bezirke, Verwaltungspersonal, Verwaltungsdigitalisierung)

In Berlin treffen unterschiedliche Interessen, Lebensentwürfe und Perspektiven aufeinander. Damit daraus kein Gegeneinander entsteht, braucht es einen Staat, der vermittelt, schützt und Vertrauen schafft, mit starken Institutionen, einer verlässlichen Verwaltung und echter Beteiligung. Unser Ziel ist eine Stadt, die für ihre Menschen da ist und von ihnen mitgestaltet wird: nahbar, handlungsfähig und transparent. Wir Bündnisgrüne wollen das Vertrauen in die Demokratie stärken, indem wir sie im Alltag spürbar machen – durch agile, kund*innenfreundliche Behörden, nachvollziehbare Entscheidungen und einen respektvollen Umgang zwischen Verwaltung und Bürger*innen. In Zeiten wachsender Angriffe auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf demokratische Verfahren ist es unsere Verantwortung, die Institutionen des Landes Berlin zu schützen und zu stärken.

Ein starker Rechtsstaat ist für uns die Grundlage eines sicheren und freien Lebens in Berlin. Zu einer resilienten und sicheren Stadt gehört für uns deshalb auch konsequenter Klimaschutz, die Stärkung der Demokratie und der Schutz vor Desinformation.

Sicherheit entsteht nicht alleine durch Polizeipräsenz, und erst recht nicht durch anlasslose Überwachung. Sie heißt Schutz vor Diskriminierung, Gewalt, Kriminalität und Hass, vor existenzieller Not und sozialer Ausgrenzung. Wir setzen auf Prävention, auf eine moderne Polizei, die Vertrauen schafft, und auf eine Justiz, die gerecht, digital und unabhängig arbeitet.

Gute Politik gelingt nur mit starken Bezirken, motivierten Beschäftigten und einer Verwaltung, die als Partnerin der Stadtgesellschaft agiert. Wir wollen die Bezirke so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben verlässlich und entsprechend den Bedürfnissen vor Ort erfüllen können und klare Verantwortlichkeiten schaffen. Die Digitalisierung wollen wir konsequent nutzen, um Berlin unbürokratischer, effizienter und transparenter zu machen. Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Zeit spart, Teilhabe ermöglicht und den öffentlichen Dienst zukunftsfest macht. Zukunftsfest heißt auch, sich nicht von globalen Tech-Konzernen abhängig zu machen. Digitale Souveränität muss gerade in einer Zeit der geopolitischen und technologischen Umbrüche zur Grundlage unseres Handelns werden. So schaffen wir ein Berlin, das verlässlich handlungsfähig ist, Verantwortung übernimmt und für alle da ist.

6.1. Innere Sicherheit – Freiheit und Schutz für alle

Wir Bündnisgrüne kämpfen für ein Berlin der Freiheit, in dem alle Menschen sicher sein können. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt und es ist Aufgabe des Staates Sicherheit und Schutz für alle Menschen zu garantieren. Wir stehen für ein Sicherheitsversprechen, das für alle Menschen gleichermaßen gilt. Wir werden nicht hinnehmen, dass Frauen in Deutschland Tag für Tag Opfer von Femiziden und körperlicher Gewalt sind oder dass jüdische Menschen, BIPOC und andere marginalisierte Gruppen sich nicht frei bewegen können. Wir treten ein für eine Sicherheitspolitik, die wissenschaftliche Erkenntnisse in den Mittelpunkt stellt. Statt aktionistischer Symbolpolitik rücken wir die tatsächlichen Alltagsnöte der Berliner*innen und Sicherheitsbehörden in den Fokus. Unsere

40 Innenpolitik bekämpft nicht nur Symptome, sondern die Ursachen. Armut, Perspektivlosigkeit
41 und fehlende Teilhabe sind zentrale Kriminalitätstreiber. Wir unterstützen daher die
42 sozialen Träger und Initiativen, die in der ganzen Stadt der Garant für die soziale
43 Infrastruktur und damit eine zentrale Säule für ein sicheres Berlin sind. Wir sorgen dafür,
44 dass sich die Sicherheitsbehörden auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: die
45 Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Wir sorgen dafür, dass die Sicherheitsbehörden
46 handlungsfähig sind und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: die Verhinderung
47 und Verfolgung von Straftaten. Wo der größte Schaden für die Gesellschaft entsteht, braucht
48 es einen hohen Verfolgungsdruck. Wir sorgen dafür, dass sich Geschäfte der Organisierten
49 Kriminalität in Berlin nicht mehr lohnen. Wir stärken die Bekämpfung von Onlinekriminalität
50 und Hasskriminalität im Netz, schützen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
51 und die Informationsfreiheit und machen Berlin resilient gegen Cyberangriffe. Wir beenden
52 die Symbolpolitik des Wegner-Senats, die die Sicherheitslage nicht verbessert. Ganz im
53 Gegenteil: Darunter leiden Grund- und Freiheitsrechte der Berliner*innen, aber auch die
54 Sicherheitsbehörden selbst.

55 Vertrauen und Sicherheit vor Ort stärken

56 Prävention ist die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung. In den Kiezen, die stark von
57 Kinderarmut, fehlender Teilhabe und Perspektivlosigkeit geprägt sind, werden wir die
58 Angebote der Jugendsozial- und Jugendkulturarbeit, insbesondere für junge Männer, absichern,
59 um junge Berliner*innen in schwierigen Lagen nicht alleinzulassen und sie dabei zu
60 unterstützen, selbstbestimmte Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wir Grüne wollen Ansätze
61 des Community Policing in die Fläche bringen, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu
62 erhöhen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Dazu zählen mehr Kontaktbereichsbeamt*innen
63 als lokale Ansprechpersonen, die Ausweitung von Fahrradstreifen und Präsenz an
64 hochfrequentierten Orten oder Hotspots, auch mit mobilen Wachen und Kiezläufer*innen.
65 Aufklärung, Beratung und Hilfe sind für uns genauso wichtig wie die enge und klar
66 strukturierte Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort.

67
68 Der Umgang mit psychisch erkrankten Personen stellt im Polizeialltag eine der größten
69 Herausforderungen dar. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Personen, die
70 wiederholt mit psychischen Ausnahmezuständen in polizeilichen Maßnahmen landen, müssen
71 einzelfallspezifische Maßnahmen ergriffen werden. In Fallkonferenzen mit allen beteiligten
72 Institutionen und medizinisch-qualifizierten Expert*innen können Bedarfe frühzeitig erkannt
73 und die Überführung ins Hilfesystem abgesichert werden.

74 Sicherheitskräfte stärken und Arbeitsbedingungen verbessern

75 Damit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ihre Aufgaben auch morgen noch erfüllen können,
76 muss die Personalplanung dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Wir wollen die
77 Polizeiausbildung noch attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen, z. B. durch
78 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, verbessern. Für moderne Sicherheitsbehörden ist eine
79 echte Fehlerkultur unverzichtbar. Bei Rassismus, Diskriminierung und Sexismus darf nicht
80 weggeschaut werden. Fälle von Polizeigewalt und willkürlichem Handeln müssen ernsthaft
81 aufgearbeitet werden, denn sie schaden Betroffenen, aber auch Polizist*innen die jeden Tag
82 rechtsstaatlich, emphatisch und rücksichtsvoll handeln. Wir machen es uns zur Aufgabe,
83 Strukturen zu hinterfragen, damit die Arbeit der Sicherheitsbehörden
84 diskriminierungskritisch und gerecht ablaufen kann. Um Polizist*innen und
85 Feuerwehrangehörigen, die im Dienst angegriffen werden, besser helfen zu können, werden wir
86 neben dem Dienstunfallrecht auch die psychischen Folgen solcher Angriffe noch stärker in den

87 Blick nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) stärken. Den massiven
88 Sanierungsstau bei Liegenschaften und Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr werden wir
89 prioritär abbauen: Die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie wollen wir endlich
90 fertigstellen und den Neubau für das Kriminaltechnische Institut anschieben, damit
91 Ermittlungen und Strafverfolgung zukünftig ohne lange Verzögerungen erfolgen können. Die
92 Ausstattung aller Dienstgebäude mit Trinkwasserspendern, die energetische Sanierung und die
93 Nutzung erneuerbarer Energien, auch bei Beschaffungen für den Fuhrpark, werden wir zum
94 Standard machen. Für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste muss für die Bewältigung der
95 Alltagsaufgaben die erforderliche persönliche Schutzausrüstung, Ausstattung und
96 Verbrauchsmaterialien sichergestellt sein. Es darf nicht sein, dass an der Grundausstattung
97 gespart und gekürzt wird.

98 Vielfalt und Resilienz in Sicherheitsbehörden ausbauen

99 Moderne, vielfältige und diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden sind für den Schutz der
100 Demokratie unabdingbar. Gleichzeitig müssen sie als Arbeitgeberinnen in Zeiten des
101 Fachkräftemangels besonders attraktiv sein.
102 Deshalb müssen Demokratiebildung, Diskriminierungskritik und kommunikative Kompetenzen in
103 Aus- und Fortbildung sowie im Studium gefördert werden. So unterstützen wir Grüne die
104 Sicherheitsbehörden dabei, Frauen und Vielfalt zu fördern und Diskriminierung und Sexismus –
105 auch am Arbeitsplatz – entschlossen entgegenzuwirken. Antifeminismus ist eine
106 verfassungsfeindliche Ideologie, die wir als Analyse-kategorie in der Arbeit der
107 Sicherheitsbehörden verankern und durch verbindliche Fortbildungen in Verwaltung, Bildung
108 und Justiz bekämpfen. Wir werden überdies die Empfehlungen der Berliner Polizeistudie
109 konsequent umsetzen und Angebote hinsichtlich Supervision, Einsatznachbereitungen und
110 Resilienzstärkung ausbauen. Für die Verbesserung der Strukturen und der Arbeitsweise bei der
111 Berliner Feuerwehr und im Rettungsdienst werden wir eine Feuerwehrstudie durchführen. Die
112 Einführung des unabhängigen Bürger*innen- und Polizeibeauftragten war die richtige
113 Entscheidung, um das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken – sowohl bei Anliegen von
114 Betroffenen polizeilicher Maßnahmen als auch für Polizist*innen selbst. Wir werden die
115 unabhängige Kontrolle verbessern und dem Beauftragten ermöglichen, effektiv alle an ihn
116 herangetragenen Sachverhalte zu überprüfen.

117 Kriminalität gezielt entgegenwirken

118 Wir Bündnisgrüne möchten Kriminalität gezielt entgegenwirken. Daher führen wir neben der
119 Polizeilichen Kriminalstatistik den Berliner Periodischen Sicherheitsbericht ein, der nicht
120 nur die Anzahl der Taten analysiert, sondern auch deren Ursachen. Polizeiliche Ressourcen
121 sollen danach dort eingesetzt werden, wo sie den meisten Nutzen bieten und aktuellen
122 Entwicklungen bei der Gewalt-, Eigentums- und Vermögenskriminalität gezielt entgegenwirken
123 können. Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir stärken, damit sie ihren Aufgaben im
124 Bereich der Gefahrenabwehr endlich gerecht werden können und diese nicht regelmäßig von der
125 Polizei aufgefangen werden müssen.

126 Überwachung begrenzen und Grundrechte schützen

127 Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und
128 Ängste aus und birgt die Gefahr, unsere demokratische Grundordnung und unsere Grundrechte zu
129 riskieren, die die Überwachung eigentlich sichern soll.

Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und Ängste aus und birgt die Gefahr unverhältnismäßig in unsere Grundrechte einzugreifen, die der Staat zu schützen verpflichtet ist. Wir unterstützen zielgerichtete, effektive, grundrechtsschonende und rechtssichere Ermittlungsinstrumente. Anlasslose Massenüberwachung wie die biometrische Gesichtserkennung lehnen wir ab. Die umfassende Vorratsdatenspeicherung ist zurecht mehrfach vor obersten Gerichten gescheitert. Sollte die Bundesregierung diese erneut einbringen, werden wir ihr im Bundesrat eine klare Absage erteilen. Online-Durchsuchung und Quellen Telekommunikationsüberwachung stellen äußerst tiefe Grundrechtseingriffe dar und das bewusste Offenhalten von Sicherheitslücken ist in Zeiten wachsender hybrider Bedrohungen das Gegenteil von sicherheitspolitischer Vernunft. Wir erkennen an, dass sich die Kommunikation von Straftäter*innen zunehmend ins Digitale verlagert und häufig verschlüsselt stattfindet. Daher wollen wir das Kriminaltechnische Institut und die IT-Forensik der Berliner Polizei stärken. Statt flächendeckender Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir diese nur dort zielgerichtet ausbauen, wo sie tatsächlich helfen kann, unsere Kritischen Infrastrukturen zu schützen. Eine Auswertung polizeilicher Daten mit Hilfe von Software von Palantir oder anderen problematischen Anbietern weisen wir zurück. Gerade Software in den Sicherheitsbehörden muss datenschutzrechtliche Standards garantieren, die Grundrechte wahren und mit klarer Zweckbindung und in ihren Quellcodes transparent und nachvollziehbar ausgestaltet sein. Die Zusammenführung, Verknüpfung und Aufbereitung von Daten in einer polizeilichen Superdatenbank ist weder sicherheitspolitisch zielführend noch verhältnismäßig. Es stellt ein Sicherheitsrisiko dar, sich der digitalen, europäischen Souveränität selbst zu berauben. Wir Grüne setzen darauf, Überwachungstransparenz herzustellen, indem statistisch erfasst wird, welche Maßnahmen wie häufig eingesetzt werden, wo es bei der Umsetzung hapert und was umgekehrt zielführend ist. Das von Schwarz-Rot abgeschaltete Funkzellentransparenzsystem wird es Betroffenen in Zukunft wieder ermöglichen, ihre Auskunftsansprüche einfach und digital durchzusetzen. Das Berliner Polizeigesetz (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz – ASOG) werden wir evaluieren und Bürger*innenrechte und parlamentarische Kontrollmöglichkeiten stärken sowie eine Aufgabenkritik zur Entlastung der Polizei durchführen. Polizeiliches Handeln muss sich stets nach dem Handeln der Verdächtigen richten, weshalb wir anlasslose Kontrollen ablehnen. Sie sind nicht nur ineffektiv und personalintensiv, sondern auch ein Einfallstor für Racial Profiling. Um dem entgegenzuwirken, möchten wir eine digitale Kontrollquittung einführen, mit der jede Person über den Anlass der Kontrolle informiert werden kann. Das schafft Transparenz und Nachvollziehbarkeit in Verbindung mit polizeilichem Handeln. Wir werden die bestehenden kriminalitätsbelasteten Orte und Messer- und Waffenverbotszonen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen und werden sie, wo erforderlich, wieder abschaffen. Die Ergebnisse der Bodycamstudie wollen wir umsetzen und den Einsatz auf die Polizei beschränken. Die Bodycam dient dabei auch als bürgerrechtliches Instrument, das auf Verlangen oder bei unmittelbarem Zwang zur Beweissicherung angeschaltet werden muss.

170 Versammlungsfreiheit verteidigen

Demonstrationen sind ein Mittel, um zusammenzukommen, Unmut und Trauer auszudrücken sowie politische Positionen zu vertreten. Mit jährlich über 7.000 politischen Versammlungen ist Berlin als Bundeshauptstadt auch Demonstrationshauptstadt. Wir Bündnisgrüne schützen das Versammlungsgrundrecht und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gleichzeitig sehen wir, wie durch die Diffamierung von Protestformen und Gerichten versucht wird, Versammlungen unverhältnismäßig einzuschränken oder zu verbieten. Die notwendige Differenzierung muss möglich sein: Gewalt, menschenverachtende und antisemitische Äußerungen von

179 Demonstrationsteilnehmenden und die Instrumentalisierung von Versammlungen durch
180 extremistische Akteur*innen sind eindeutig zu verurteilen. Zugleich ist Kritik an
181 unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen wie pauschalen Sprachverboten und Gewalt gegen
182 Demonstrierende legitim und darf nicht abgetan werden. Gewalt und Hass auf Demonstrationen
183 sind inakzeptabel und sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine
184 Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. Während
185 der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt,
186 stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass
187 Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und
188 an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan
189 werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt,
190 schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.

191 Politisch motivierte Straftaten konsequent bekämpfen

192 Wir stehen für eine konsequente Verfolgung von politisch motivierten Straftaten und
193 Netzwerken – auch und gerade im Internet. Schwerpunkte sind für Berlin vor allem
194 rechtsextremistische und islamistische Gefährdungen. Auch die Bedrohung durch Anschläge und
195 Sabotageaktionen durch Akteur*innen im In- und Ausland, von linksextremistischen
196 Gruppierungen bis zum Einsatz von Low-level-Agents durch Russland, muss von den
197 Sicherheitsbehörden im Fokus behalten werden. Gemeingefährliche Anschläge auf
198 Versorgungssysteme, auf kritische Infrastrukturen, auf die Lebensadern unserer Stadt treffen
199 uns alle, sind hoch kriminell und durch nichts zu rechtfertigen. Die Ermittlungen zu
200 Anschlägen der Vulkangruppen auf das Stromnetz tappen seit 15 Jahren im Dunklen, müssen
201 konzentriert und verstärkt und der Fahndungsdruck erhöht werden. Neben einer Gesamtstrategie
202 gegen Rechtsextremismus benötigen wir eine Stärkung der Deradikalisierungsarbeit sowie der
203 Beratungsstellen gegen Verschwörungsideologien, Hasskriminalität und einen Ausbau der
204 zielgruppenspezifischen Arbeit mit Jugendlichen und Männern. Offene Haftbefehle gegenüber
205 untergetauchten oder verurteilten Rechtsextremist*innen oder anderen Extremist*innen müssen
206 endlich konsequent vollzogen werden. Um organisierte Netzwerke hinter rechtsextremen Hass
207 und Straftaten zu zerschlagen, ist auch das Instrument der Vereinsverbote gegenüber
208 verfassungsfeindlichen Vereinigungen zu nutzen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen
209 gegeben sind.

210 Lehren aus der Neuköllner Straftatenserie ziehen

211 Über Jahre hinweg hat es in Neukölln eine rechte Anschlagsserie gegeben, die von den
212 Ermittlungsbehörden nicht konsequent verfolgt worden ist. Wir Grüne sind solidarisch mit den
213 betroffenen Personen und Kiezen, die bis heute unter den Folgen leiden und Vertrauen in den
214 Rechtsstaat verloren haben. Der Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus hat
215 wiederholt Defizite bei den Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Informationen wurden nicht
216 zusammengeführt, Betroffene nicht ernst genommen. Erst durch die Übernahme der Ermittlungen
217 durch die Generalstaatsanwaltschaft konnten Täter*innen angeklagt und verurteilt werden.
218 Damit sich dies nicht mehr wiederholt, ist entscheidend, dass es eine Zusammenarbeit
219 zwischen betroffenen Dienststellen und Behörden sowie klare Verantwortlichkeiten und einen
220 strukturierten Wissenstransfer gibt – gerade in den Bereichen mit erforderlicher
221 Szenenkenntnis. Wo weggeschaut wird, wächst rechte Gewalt. Umso wichtiger ist, dass auch
222 vermeintlich „kleine Delikte“ nicht bagatellisiert werden – ihre politische Motivation muss
223 von Beginn an mitgedacht und in die Ermittlungen einbezogen werden.

224 Verfassungsschutz neu ordnen und Kontrolle stärken

225 Trotz der erfolgreichen Interventionen des Verfassungsschutzverbundes bei der Verhinderung
 226 extremistischer Anschläge in den letzten Jahren und seiner Beiträge zur Aufdeckung
 227 russischer und chinesischer Spionagekampagnen wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes
 228 zurecht kritisch betrachtet. Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder sind ihren
 229 Aufgaben durch ihre langjährige Blindheit auf dem rechten Auge und Stigmatisierung linken
 230 Protestes, dem Versagen im NSU-Komplex, V-Leute-Skandalen und Fehlern im Zusammenhang des
 231 Breitscheidplatz-Anschlages zu oft nicht gerecht geworden. Für ein wirksames
 232 Früherkennungssystem gegen die wachsenden Bedrohungen der freiheitlichen Demokratie halten
 233 wir Grüne eine strukturelle Neuordnung für erforderlich: Es braucht zwei Säulen mit einem
 234 unabhängigen, anhand öffentlicher Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung
 235 sowie einem rechtsstaatskonformen, von polizeilichen Aufgaben klar abgegrenzten
 236 nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz mit Fokussierung auf die Früherkennung von
 237 staatsgefährdenden Straftaten, Desinformation, Spionage und Terrorismus. Dabei muss auch
 238 berücksichtigt werden, dass Berlin als Hauptstadt besonders im Fokus von Überwachung,
 239 Spionage und Sabotage durch ausländische Geheimdienste und der Verfolgung von
 240 Menschenrechtsverteidiger*innen durch autoritäre Regime ist. Auf Grundlage einer
 241 unabhängigen und wissenschaftlichen Evaluation werden wir anschließend die Aufgaben,
 242 Prioritäten und Ressourcen des Verfassungsschutzes neu justieren. Mit einem
 243 Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die bestehenden parlamentarischen Kontroll- und
 244 Informationsrechte zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit über Informationsgewinnung,
 245 nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe verbessern. Eine Regelabfrage beim
 246 Verfassungsschutz für Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst, Beamte*innen in nicht
 247 sicherheitsrelevanten Bereichen und Referendar*innen lehnen wir ab.

248 Sicherheit und Soziales zusammendenken

249 Der öffentliche Raum ist Begegnungsraum für Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen,
 250 hier treffen verschiedene Perspektiven und Bedürfnisse in einer dicht besiedelten und
 251 wachsenden Metropole aufeinander. Wer nicht nur Symptome, sondern Ursachen bekämpfen will,
 252 muss Sicherheit und Soziales zusammendenken. Die Berliner Polizei betont zurecht, dass sie
 253 sozialen Ursachen mit ihren Mitteln nicht angemessen begegnen kann. Damit das Zusammenspiel
 254 gelingt, fordern wir eine gesamtstädtische Strategie „SicherheitPlus“, die die soziale
 255 Infrastruktur in den Brennpunkten gezielt stärkt. Dies bedeutet für uns einen Dreiklang aus
 256 sozialen Maßnahmen, der Verbesserung der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums und
 257 polizeilichen Präsenzmaßnahmen. Zentral dabei ist für uns die Überzeugung, dass soziale
 258 Probleme nur sozial gelöst werden können. Wir unterstützen die sozialen Träger und
 259 Initiativen, die mit ihrer Arbeit in der ganzen Stadt eine zentrale Säule für ein sicheres
 260 Berlin sind. Außerdem werden wir gezielt die Bezirke dabei unterstützen gemeinsam mit der
 261 Nachbarschaft und den Akteuren vor Ort durch Veranstaltungsformate, städtebauliche Maßnahmen
 262 und mehr Sauberkeit öffentliche Räume neu zu beleben und umzugestalten. Mit ihrem Wissen
 263 über die Problemlagen und Bedarfe vor Ort können kiezspezifische Antworten gegeben.
 264 Entscheidend ist, dass sich polizeiliche und sicherheitspolitische Maßnahmen und die soziale
 265 Arbeit vor Ort ergänzen und Entwicklungen frühzeitig angemessen adressiert werden können.
 266 Durch Präsenz auf Augenhöhe wollen wir die Ansprechbarkeit der Polizei für Gewerbetreibende
 267 und Anwohnende weiter verbessern. Die Verzahnung mit Ämtern, Polizei und Akteuren vor Ort
 268 schafft wichtige Austauschplattformen, um sich gegenseitig abzusprechen und unterstützen zu
 269 können.

270 Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

271 Die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität werden wir Bündnisgrüne priorisieren und die
 272 vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen bündeln: Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft
 273 müssen in die Lage versetzt werden, einen stärkeren Fokus auf Strukturermittlungen legen zu
 274 können, damit die „großen Fische“ nicht durchs Netz gehen. Für einen durchgehenden Follow-
 275 the-Money-Ansatz schaffen wir die nötigen Schnittstellen mit den Finanzämtern, der
 276 Steuerfahndung, der Gewerbeaufsicht und dem Zoll: Organisierte Kriminalität darf sich nicht
 277 mehr lohnen. Wir werden ein Immobilienregister einrichten, aus dem die wahren
 278 wirtschaftlichen Berechtigten an Immobilien hervorgehen, um kriminelle Strukturen im
 279 Immobilienbereich leichter aufdecken und die Immobilien einziehen zu können. Zur
 280 Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen bei Erträgen aus illegalen Quellen, auch durch die
 281 Einziehung von Immobilien, braucht es neben kriminalpolizeilichen Kompetenzen auch
 282 qualifiziertes Personal, das kriminelle Geflechte erkennen, nachvollziehen und verfolgen
 283 kann. Die Gewerbeüberwachung werden wir grundlegend reformieren, auch durch eine klare
 284 Aufgabenverteilung zwischen Land und bezirklichen Ordnungsämtern. Diskriminierende
 285 Praktiken, Herkunftsdebatten, oder symbolpolitische Verbundeinsätze sind weder hilfreich
 286 noch zielführend und dürfen nicht Maßgabe für politisches oder polizeiliches Handeln sein.

287 Wir werden eine stadtweit zuständige Ermittlungsgruppe „Fahrraddiebstahl“ beim
 288 Landeskriminalamt einrichten, auch um organisierten Banden Einhalt zu gebieten. Wir werden
 289 die Hotspots des Fahrraddiebstahls in den Fokus nehmen und die Zahl der Schwerpunkteinsätze
 290 deutlich ausweiten. Denn jedes Jahr werden in Berlin rund 25.000 Fahrraddiebstähle bei der
 291 Polizei gemeldet, das sind über zehn Prozent aller Diebstähle in Berlin, die
 292 Aufklärungsquote liegt dagegen konstant unter fünf Prozent.

293 Kriminalität im digitalen Zeitalter entgegentreten

294 Kriminalität, die im digitalen Raum stattfindet, ist längst Teil einer Realität, die immer
 295 stärkere Auswirkungen auf das „reale Leben“ hat. Sie darf daher gegenüber analogen
 296 Kriminalitätsphänomenen nicht nachrangig behandelt werden. Wir Bündnisgrüne befähigen die
 297 Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Spionage im digitalen Raum,
 298 damit sie effektiv und schnell auf neue Bedrohungslagen reagieren können. Dabei liegt ein
 299 besonderer Fokus auch auf der Bekämpfung von Hasskriminalität. Die großen Tech-Unternehmen
 300 sollen über eine konsequente Umsetzung des Digital Services Act stärker reglementiert und
 301 Nutzer*innen im digitalen Raum vor Hass und Desinformation geschützt werden. Darüber hinaus
 302 braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende, falsche und manipulative
 303 Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen in ihrer Wahrnehmung und Haltung und damit
 304 die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den gewachsenen Möglichkeiten durch
 305 Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für unsere Demokratie dar –
 306 insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden. Der zunehmende Einsatz von KI bringt neben
 307 neuen juristischen Herausforderungen auch Geschäftsmodelle auf den Plan, die auf dem
 308 Diebstahl oder der unangemessenen Verwertung urheber-, persönlichkeits-, datenschutz- oder
 309 patentrechtlich geschützter Inhalte abzielen. Entsprechende Kompetenzen sind dafür auch bei
 310 Polizei und Justiz zu schulen.

311 Im Umgang mit Onlineangriffen braucht es eine berlinweite Strategie zur Cybersicherheit des
 312 gesamten Senats, die unter Einbindung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln
 313 ist. Für die Verwaltung und besonders die kritische Infrastruktur (KRITIS) sind
 314 Mindestsicherheitsanforderungen, eine klare Aufgabenverteilung und präzise beschriebene
 315 Befugnisse und Verantwortlichkeiten der handelnden Behörden notwendig. In einem Berliner IT-
 316 Sicherheitsgesetz wollen wir verbindliche Standards festlegen. Darüber hinaus braucht es

317 eine Neuordnung der föderalen Cybersicherheitsarchitektur: Wir unterstützen daher den Ausbau
318 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle im Bund-
319 Länder-Verhältnis.

320 Informationelle Selbstbestimmung schützen

321 Der Datenschutz gewinnt mit der Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche noch größere
322 Bedeutung. IT-Verfahren müssen so gestaltet werden, dass das Recht auf informationelle
323 Selbstbestimmung und damit der Schutz der Privatsphäre gewährleistet ist. Wir stellen
324 sicher, dass die Befugnisse der Berliner Beauftragten für Datenschutz und
325 Informationsfreiheit in Zukunft auch gegenüber den Sicherheitsbehörden gelten werden. Für
326 die konsequente Durchsetzung von geltendem Datenschutzrecht stärken wir die
327 Landesdatenschutzbeauftragte. Das beinhaltet die überfällige und vollumfängliche Umsetzung
328 der europäischen JI-Richtlinie (Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der
329 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der
330 Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung
331 sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des
332 Rates), die personenbezogene Daten schützt, einschließlich Sanktionsbefugnissen für die
333 oberste Datenschutzbehörde.

334 Unseren Rettungsdienst sicher aufstellen

335 Wer die 112 ruft, muss sich darauf verlassen können, dass die richtige Hilfe kommt. Statt
336 einer Absenkung von medizinischen Standards wollen wir den Berliner Rettungsdienst fit für
337 die Zukunft machen. Es braucht eine Personaloffensive zur Gewinnung von mehr
338 Notfallsanitäter*innen und eine eigene Laufbahn für den Rettungsdienst. Mit einem Runden
339 Tisch „Rettungsdienst“ werden wir die unterschiedlichen Akteur*innen mit der
340 Gesundheitsversorgung verzahnen, damit jede*r Hilfesuchende an die geeignete Stelle –
341 Rettungsstelle, Hausarzt*in, ärztlicher Bereitschaftsdienst, Krisendienste etc. – gelangt
342 und dort die passende Hilfe bekommt. Wir Grüne stärken die Präventionsfähigkeiten und führen
343 Kriseninterventionsteams ein, um insbesondere auf Einsatzlagen mit psychosozialen
344 Herausforderungen besser reagieren zu können.

345
346 Die bisher verschleppte Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene muss kommen und dafür
347 Sorge tragen, dass der Rettungsdienst nicht mehr nur als Transportleistung verstanden und
348 vergütet wird. Wir wollen die Patient*innensteuerung verbessern, damit neben der
349 Notfallmedizin auch die Versorgung von Menschen mit akuten pflegerischen Bedarfen oder
350 akuten psychische Krisen angemessen adressiert werden.

351 6.2 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz krisenfest machen

352 Der Bevölkerungsschutz in Berlin und eine Vorbereitung auf mögliche Krisen wurden jahrelang
353 vernachlässigt. Es herrscht ein System der organisierten Unzuständigkeit. Doch nur eine
354 krisenfeste Stadt, ist eine sichere Stadt. Zwei Anschläge auf unser Stromnetz in den letzten
355 12 Monaten mit tagelangen, großflächigen Stromausfällen haben gezeigt, dass die kritische
356 Infrastruktur nicht ausreichend geschützt ist, das Krisenmanagement nicht ineinandergreift
357 und deutlich mehr in Vorsorge investiert werden muss. Die schwarz-rote Senatspolitik, die
358 primär auf Überschriften und Symbolpolitik setzt, offenbart die Versäumnisse und
359 Konzeptlosigkeit in Fragen des Katastrophenschutzes und des Krisenmanagements. Echte
360 Resilienz schafft man nur durch ein Gesamtkonzept zur Absicherung, physischen Vorsorge und
361 vorbereitete Notstandinsetzung und eine intelligente, dezentrale Struktur des Stromnetzes

362 selbst. Resilienz endet jedoch nicht an der Frage der Strom- und Notstromversorgung, sondern
363 muss Risiken durch Hitze, Starkregen oder Pandemien bis hin zu Cyberangriffen,
364 Desinformationskampagnen, aggressiver Propaganda und Sabotage bis zur Überlastung der
365 Gesundheitsversorgung im Krisenfall in den Blick nehmen. Bereits heute drohen reale
366 Krisenszenarien, auf die Berlin besser vorbereitet sein muss. Für einen effektiven Schutz
367 und eine sichere Versorgung der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophen braucht es nicht nur
368 ausreichend Personal, Ressourcen und Kompetenzen, sondern eine klare Zuständigkeiten und
369 Aufgaben, umfassende Risikoanalysen und Notfallpläne, ressortübergreifende Standards für
370 Verwaltungen und Behörden in Land und Bezirken und die notwendigen Ressourcen, damit im
371 Ernstfall die Strukturen schnell handlungsfähig werden und funktionieren. Wir wollen das
372 Katastrophenschutzgesetz an die Gegebenheiten der Zeit anpassen. Bei großflächigen oder
373 bezirks- und ressortübergreifenden Lagen müssen Maßnahmen frühzeitig durch eine zentrale
374 Koordination der Krisenstabsstrukturen organisiert werden. Eine funktionierende
375 Krisenstabsstruktur von Anfang an ist entscheidend dafür, wie gut eine Lage bewältigt wird.
376 Außerdem müssen wir den Schutz unserer kritischen Infrastruktur systematisch und umfassend
377 mit Blick auf Bedrohungslagen analysieren und die notwendigen Absicherungs- und Anpassungen
378 schnellstmöglich vornehmen. Auch die immer wieder versprochenen Mittel aus den
379 Sondervermögen des Bundes für den Zivil- und Katastrophenschutz müssen in Berlin als
380 Bundeshauptstadt zur Stärkung von Prävention und Sicherheit genutzt werden können. Wir
381 wollen die große Solidarität und Hilfsbereitschaft der Berliner*innen fördern und besser
382 koordinieren, indem wir eine digitale Helfendenplattform und Kanäle schaffen, die eine
383 verlässliche Kommunikation in einer Krise ermöglichen. Neben dem meist ehrenamtlichen
384 Engagement von Einsatzkräften, Hilfsorganisationen, Kirchen, Vereinen und
385 Nachbarschaftsinitiativen können so auch Spontanhelfende besser eingebunden werden. Die
386 Zivilgesellschaft muss über die nötigen Ressourcen und die Unterstützung der Stadt und der
387 Bezirke verfügen, damit ihre wiederholt bewiesene unverzichtbare Hilfsbereitschaft in Krisen
388 und Katastrophen auch bestmöglich den Menschen in Berlin zugute kommen kann. Auch die
389 Berliner Hilfsorganisationen und das THW wollen wir verlässlich einbinden und unterstützen.
390 Für den Zivilschutz braucht es eine Stärkung der vorbeugenden Abwehr hybrider Bedrohungen
391 und eine gut verzahnte Zusammenarbeit des Bundes. Den jährlichen Bevölkerungsschutztag
392 wollen wir für stadtweite organisations- und behördenübergreifende Übungsszenarien nutzen,
393 die eine Einbindung der Bevölkerung beinhalten und im Anschluss evaluiert und
394 weiterentwickelt werden. Denn das Wissen über das richtige Verhalten im Krisenfall stärkt
395 die Krisenbewältigung und bewahrt vor gesundheitlichen Schäden und zusätzlichen Kosten.

396 6.3. Starke Justiz – Rechtsstaat sichern

397 Unser Berlin ist ein sozialer Rechtsstaat. Wir Bündnisgrüne stehen für eine unabhängige und
398 leistungsfähige Justiz. Rechtsschutz und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards müssen
399 stets und für alle Bürger*innen gewährleistet sein. Dafür brauchen wir in Gerichten,
400 Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug engagierte, kompetente und kritikfähige
401 Mitarbeitende. Denn die in der Justiz arbeitenden Menschen bilden das Rückgrat unseres
402 Rechtsstaats, der durch die Zunahme extremistischer Kräfte und antidemokratischer Tendenzen
403 massiv unter Druck steht. Eine zukunftsfähige Justiz nutzt die Chancen der Digitalisierung.
404 Die Resozialisierung Strafgefangener werden wir wieder in den Vordergrund rücken, da die
405 Gesellschaft allein dadurch nachhaltig vor Straftaten geschützt wird. Dies gelingt nur
406 gemeinsam mit freien Trägern, deren Netzwerke und Kompetenzen unverzichtbar sind. Die
407 Entziehung der Freiheit ist Strafe genug, die Haftbedingungen müssen einen zeitgemäßen,
408 behandlungsorientierten Justizvollzug ermöglichen. Rechtsstaatlichkeit heißt für uns aber

409 auch, Opfer von Straftaten durch ein Opferschutzgesetz proaktiv und professionell zu
410 unterstützen und sie wirksam vor weiterer Gewalt zu schützen.

411 Zugang zum Recht verbessern

412 Wir Grüne möchten den Zugang zum Recht in Berlin verbessern, denn dieser ist noch immer
413 nicht für alle Menschen gleich. Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status werden
414 strukturell benachteiligt, häufig können sie sich einen Rechtsbeistand nicht leisten. Auf
415 Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Beratungs- und Prozesskostenhilfe, aber auch der
416 Zugang zur Strafverteidigung erleichtert werden. Zudem werden wir die Rechtsantragstellen
417 bei den Gerichten ausbauen, dort mehrsprachige Angebote schaffen und einen leichteren
418 digitalen Zugang zur Justiz ermöglichen. Wir führen eine gesetzliche Kooperationspflicht für
419 die Landesbehörden mit den Verwaltungsgerichten ein und stellen juristisch sicher, dass
420 eingreifende Entscheidungen regelmäßig nicht vollstreckt werden, solange ein zulässiges
421 Eilverfahren anhängig ist. Die Rechte von Kindern vor den Familiengerichten und als
422 Zeug*innen und Verletzte in Strafverfahren wollen wir stärken. Die wertvolle Arbeit der
423 Kinderschutzambulanz und das Childhood-Haus Berlin an der Charité werden wir stärken. Die
424 Strafverfolgungsbehörden unterstützen wir bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und
425 bauen die Strukturen zur Vermögensabschöpfung im rechtsstaatlichen Rahmen weiter aus.

426 Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen

427 In Berlin befinden sich noch immer zu viele Menschen in Haft, die ihre Geldstrafe nicht
428 bezahlen konnten. Diese Menschen benötigen Hilfe und keine Inhaftierung. Noch immer enthält
429 das Strafgesetzbuch zu viele Bagatelldelikte, die die Justiz belasten und deren
430 strafrechtliche Verfolgung ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist. Daher werden wir uns
431 auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Entkriminalisierung
432 von Bagatelldelikten wie z. B. das Fahren ohne Fahrschein im öffentlichen Nahverkehr
433 einsetzen. Um zu verhindern, dass Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, im
434 Gefängnis landen, werden wir Projekte stärken, bei denen Menschen ihre Geldstrafen
435 abarbeiten können. Von Ersatzfreiheitsstrafen sind oft wohnungslose Personen betroffen. Sie
436 benötigen Hilfe, um die Inhaftierung zu vermeiden. Armut darf kein Grund sein, der Menschen
437 ins Gefängnis bringt.

438 Resozialisierung und Chancen ermöglichen

439 Wir Grüne werden den offenen Vollzug stärken und ausbauen, da er nach unserer Überzeugung am
440 besten geeignet ist, um den schädlichen Einfluss der Haft zu minimieren und die Gefangenen
441 zu einem Leben ohne Straftaten zu befähigen. Strafgefangene brauchen passgenaue und
442 zeitgemäße Behandlungs- und Bildungsmaßnahmen und eine bessere Betreuung vor und nach der
443 Entlassung. Wir sorgen dafür, dass alle zuständigen staatlichen Stellen Verantwortung für
444 die Wiedereingliederung übernehmen, und werden auch die freien Träger hier noch stärker
445 einbeziehen. Kinder von Inhaftierten müssen – ressortübergreifend – intensiver in den Blick
446 genommen werden. Unser Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ ist ein großer
447 Erfolg und wir werden es weiter vorantreiben, sodass alle Gefangenen, bei denen dies zu
448 verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – damit sie den Kontakt mit ihren
449 Familien halten, digitale Bildungsangebote nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job
450 bewerben können. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten
451 Bediensteten. Wir werden daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter
452 steigern und ihn flexibler gestalten. Die Justizvollzugsanstalten werden wir baulich weiter

453 modernisieren, um menschenwürdige Haftbedingungen und zeitgemäße Arbeitsplätze für die
454 Mitarbeitenden zu schaffen.

455 Asylverfahren durch Expertise fair gestalten

456 Für uns Bündnisgrüne steht fest: Der Schutz von Menschenrechten, das Recht auf Asyl und der
457 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sind unantastbar.

458 Hinter jedem Asylverfahren steht ein menschliches Schicksal. Mit jeder Entscheidung wird
459 über Schutz, Sicherheit und Lebenschancen entschieden. Falsche Entscheidungen können
460 schwerwiegende und irreversible Folgen haben, bis hin zu erneuter Verfolgung, Gewalt oder
461 Lebensgefahr für die Betroffenen. Um diesen Entscheidungen die bestmögliche Grundlage zu
462 geben, braucht es fundierte, unabhängige und vielfältige Expertise. Wir wollen daher
463 wissenschaftliche Mitarbeitende am Verwaltungsgericht einstellen, die vertiefte Kenntnisse
464 zu den politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in den
465 Herkunftsländer einbringen und die Erkenntnismittel für die Richter*innen systematisch
466 aufbereiten.

467 Fehlerkultur der Justiz ausbauen

468 Wir Bündnisgrüne stehen für eine transparente, lernende Justiz mit einer entwickelten
469 Fehlerkultur und einem besseren Schutz vor Fehlurteilen. Dazu gehören für uns insbesondere
470 die Verlängerung der Aufbewahrungsfristen von Beweismitteln, die Stärkung der
471 Rechtsmittelinstanzen, eine wissenschaftliche Analyse der Ursachen von Fehlurteilen und
472 entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und Staatsanwält*innen.

473 Personaloffensive in der Justiz starten

474 Angesichts der auf die Justiz zurollenden Pensionierungswelle werden wir unsere Bemühungen
475 für eine Personaloffensive in diesem Bereich erneuern. Hierfür möchten wir die
476 Arbeitsbedingungen familienfreundlicher und mobiler machen sowie Quereinstiege,
477 Aufstiegschancen und Wechsel durch eine angemessene Anrechnung von Vorerfahrungszeiten
478 erleichtern. Die Bedingungen des Rechtsreferendariats sollen attraktiver gestaltet werden.
479 Bei der Einstellung sollen Bewerber*innen mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung
480 Vorrang haben. Frauen in der Justiz werden wir weiter fördern, insbesondere durch
481 paritätische Vorschlagslisten bei Beförderungsstellen. Die Ausbildung der
482 Gerichtsvollzieher*innen werden wir qualifizieren. Wir wollen Pflichtfortbildungen
483 einführen, um sicherzustellen, dass die gesamte Richter*innenschaft vom Angebot profitiert.
484 Beim Ausbau der Fortbildungen werden wir den interdisziplinären Ansatz stärken und dafür
485 sorgen, dass es noch mehr qualifizierte Fortbildungen zu den Kindesanhörungen im
486 Familienrecht und Strafrecht gibt sowie zur Istanbulkonvention, zur häuslichen Gewalt und zu
487 Straftaten, die durch Rechtsextremismus und andere Formen von gruppenbezogener
488 Menschenfeindlichkeit motiviert sind.

489 Juristische Ausbildung reformieren

490 Wir Grüne wollen über die Justizministerkonferenz einen breiten Stakeholder-Prozess mit dem
491 Ziel einer zeitgemäßen und praxistauglichen Reform der juristischen Ausbildung initiieren. In
492 die Diskussionen wollen wir alle relevanten Akteur*innen – darunter Studierende,
493 Referendar*innen, Dozierende, Prüfungsämter und Berufsverbände – einbinden. Die
494 Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus, Klassismus, Antisemitismus sowie Trans- und

495 Homosexuellenfeindlichkeit muss fester Bestandteil der Ausbildung werden, ebenso wie eine
496 Förderung des Erlernens von kritischer Analyse und Reflexion des Rechts. Weitere Ziele sind
497 die höhere Transparenz bei der Notenvergabe, eine Reduktion des Pflichtfachstoffes, die
498 paritätische Besetzung der Prüfungskommissionen, verdeckte Zweitkorrekturen in den
499 Staatsprüfungen und ein verantwortlicher und kritischer Umgang mit Künstlicher Intelligenz.
500 Im Referendariat setzen wir uns ein für eine stärkere Gewichtung der praktischen Leistungen,
501 eine Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe und die Abschaffung der Zuverdienstgrenze. Für die
502 Arbeitsgemeinschaften im Referendariat soll gemeinsam mit dem Kammergericht ein
503 strukturiertes didaktisches Gesamtkonzept entwickelt werden.

504 Extremismusprävention und Unabhängigkeit der Justiz sichern

505 Wir Bündnisgrüne bringen eine Bundesratsinitiative auf den Weg mit dem Ziel,
506 festzuschreiben, dass Schöff*innen und andere ehrenamtliche Richter*innen sich zur
507 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen, und werden eine Strategie zur
508 systematischen Überprüfung der Bewerber*innen zum Zwecke der Extremismusprävention
509 entwickeln.

510 Wir wollen – dem Vorbild der Mehrzahl der anderen Länder der EU folgend – die Unabhängigkeit
511 der Justiz durchsetzen und die Eigenständigkeit der Staatsanwaltschaft durch eine
512 weitgehende Abschaffung des Weisungsrechts der Justizverwaltung stärken.

513
514 Unser Rechtsstaat muss wehrhaft sein. Wir werden unsere Gerichte resilient machen gegen
515 antidemokratische Kräfte. Hierfür werden wir prüfen, gesetzliche Regelungen so anzupassen,
516 dass sie nicht missbraucht werden können, um Gerichte handlungsunfähig zu machen.

517 Als ersten Schritt soll per Erlass erklärt werden, dass das externe Einzelfall-Weisungsrecht
518 gegenüber der Staatsanwaltschaft grundsätzlich nicht ausgeübt wird. Strukturelle Hürden beim
519 Zugang zur Verteidigung werden wir abbauen.

520 Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben

521 Die Digitalisierung der Justiz ist eine Mammutaufgabe, die Priorität haben muss. Nach der
522 flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte an den Gerichten und in den
523 Staatsanwaltschaften müssen die Arbeitsabläufe, die Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen
524 und die Organisation angepasst und zum Teil grundlegend reformiert werden. In der
525 Rechtsprechung und Strafverfolgung werden wir den Einsatz digitaler Recherchertools und
526 Assistenzsysteme unterstützen. Hierdurch schaffen wir Effizienzgewinne und standardisieren
527 Arbeitsabläufe, was zur Entlastung von Richter*innen, Staatsanwält*innen und
528 Rechtspfleger*innen beiträgt. Hierbei behalten wir jedoch stets die Risiken und die
529 Sicherheit im Blick: Es muss immer ein Mensch sein, der letztlich in Gerichtsverfahren
530 entscheidet. Wir entwickeln für Gerichte und Staatsanwaltschaften ein Raumkonzept für die
531 ökologische Sanierung und eine effizientere Flächennutzung, die den neuen digitalen und
532 mobilen Arbeitsabläufen gerecht wird und zugleich eine hohe Aufenthaltsqualität für
533 Beschäftigte und Rechtssuchende garantiert. Wir Grüne werden im Zuge der vollständigen
534 Digitalisierung verstärkt virtuelle Verhandlungssäle einrichten und flächendeckend WLAN
535 anbieten, um Anwält*innen digitales Arbeiten zu ermöglichen.

536 6.4. Funktionierende Verwaltung – Berlin zum Laufen 537 bringen

538 Wer in Berlin lebt, kennt es: Sobald ein Problem auftaucht, ist niemand dafür zuständig;
539 Bürger*innen verzweifeln seit vielen Jahren am Behörden-Pingpong. Deshalb haben wir
540 Bündnisgrüne einen Plan vorgelegt, wie Berlin mit einer Verwaltungsreform endlich wieder
541 funktioniert: klare Zuordnung von Steuerungs- und Durchführungsaufgaben zwischen Senats- und
542 Bezirksverwaltung und Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Berliner Verfassung, was
543 bedeutet, dass diejenigen, die Aufgaben beschließen, auch für deren Kostendeckung
544 verantwortlich sind. Damit stellen wir sicher, dass der Senat die Bezirke bei neuen Aufgaben
545 auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten muss.

546 Die schwarz-rote Koalition hat in ihrem Prozess der Verwaltungsmodernisierung, bei dem wir
547 uns als Bündnisgrüne von Beginn an aktiv eingebracht haben, diese beiden zentralen Elemente
548 aufgenommen; die verabschiedete Verwaltungsreform trägt eine deutliche bündnisgrüne
549 Handschrift. So kommen wir endlich weg vom Behörden-Pingpong und sorgen dafür, dass Berlin
550 endlich wieder funktioniert.

551 Jetzt ist es Zeit, die verabschiedete Verwaltungsreform mit Leben zu füllen und erfolgreich
552 umzusetzen. Unser Ziel sind Senatsverwaltungen, die vorausschauend und strategisch ihre
553 gesamtstädtische Verantwortung wahrnehmen, und Bezirksämter, die engagiert und pragmatisch
554 ihre Leistungen erbringen. So machen etwa schnelle Termine in Bürger*innenämtern, kompetente
555 und diskriminierungsfreie Beratung im Jugendamt sowie Angebote der Teilhabe deutlich, dass
556 der Staat funktioniert und die Anliegen aller Berliner*innen im Blick hat. Daher ist für uns
557 eine handlungsfähige, wehrhafte Verwaltung ein elementarer Beitrag zur Stabilisierung der
558 Demokratie.

559 Verwaltung handlungsfähig und bürger*innennah aufstellen

560 Wir Grüne möchten die Kultur der Verwaltung als Dienstleisterin aller Berliner*innen weiter
561 stärken und sicherstellen, dass sie sich bei der Aufgabenerfüllung entsprechend an deren
562 Bedürfnissen orientiert. Das bedeutet insbesondere, dass die Durchführung bürger*innennaher
563 Dienstleistungen diskriminierungsfrei erfolgt.

564 In einer zunehmend disruptiven Welt ist es unser Ziel, die gesamte Berliner Verwaltung in
565 die Lage zu versetzen, schnell und wirksam neuen Herausforderungen zu begegnen. Hierzu
566 müssen wir sie in ihren Strukturen resilient aufstellen. Wir wollen ein professionelles
567 Ideenmanagement in der Verwaltung etablieren. Die Beschäftigten wissen oft selbst, wo der
568 Schuh drückt und wie man Prozesse verbessern könnte. Hier gilt es, Zugänge zu erleichtern
569 und positive Anreize zu schaffen, diese Ideen auch vorzutragen. Teil des Kulturwandels muss
570 es sein, dass der Mut zur Veränderung auch im eigenen Arbeitsbereich gestärkt wird.

571 Verwaltungsreform umsetzen und Prozesse modernisieren

572 Die begonnene Aufgabenerfassung müssen wir hinsichtlich der Aufgabensortierung zu den
573 Politik- und Querschnittsfeldern zügig weiterführen. Dabei sind die einzelnen Aufgaben auch
574 einer Kritik zu unterziehen. Unser Ziel ist es, dass die Senatsverwaltungen die
575 gesamtstädtischen Steuerungsaufgaben für ihre Politikfelder innehaben. Die Berliner Bezirke
576 sollen Durchführungsaufgaben sowie die bezirklichen Steuerungsaufgaben übernehmen.

577 Verwaltungsprozesse wollen wir im Sinne des Dienstleistungsgedankens gegenüber den
578 Berliner*innen sowie der Berliner Wirtschaft und Stadtgesellschaft vereinfachen. Dabei

579 setzen wir uns aber dafür ein, dass eine Modernisierung von Verwaltungsprozessen keine
580 sozialen und ökologischen Standards untergräbt. Dafür brauchen wir Investitionen in die
581 Digitalisierung. Um als moderner Dienstleister die Anliegen der Bürger*innen und Unternehmen
582 effizient und nutzer*innenfreundlich zu bearbeiten, bedarf es einer konsequenten und
583 beschleunigten Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

584 6.5. Kommunale Demokratie vor Ort gestalten

585 Wir wollen, dass gestaltende Demokratie in den Berliner Bezirken als kommunaler Ebene des
586 Landes Berlins wirksam und erlebbar wird. Wir wollen die Bezirksverordnetenversammlung als
587 Organe kommunale Selbstverwaltung weiter entwickeln, zum Beispiel dadurch, dass in Zukunft
588 noch mehr ihrer Beschlüsse eine bindende Wirkung haben. Unser Ziel ist, die politische
589 Verantwortung im Bezirksamt für die Bürger*innen transparenter und ersichtlich zu machen,
590 wer für welche Politik gerade steht.

591 Wir Bündnisgrüne stellen sechs Bezirksbürgermeister*innen und elf weitere Stadträt*innen. In
592 allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen sind wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
593 vertreten und in drei Bezirken stellen wir die Vorsteher*innen. Wir zeigen an jedem Tag vor
594 Ort: Es macht einen Unterschied, wer regiert – sei es im Klimaschutz, beim Kampf gegen teure
595 Mieten oder bei unserem Einsatz für eine bürger*innennahe Verwaltung. Die Berliner Bezirke
596 bilden das Herz der städtischen Demokratie und Verwaltung. Sie sind der erste
597 Ansprechpartner für die Bürger*innen mit ihren Anliegen. Der Zustand der Bezirksverwaltungen
598 und der Berliner Kieze gibt den Bürger*innen einen ersten Eindruck vom Funktionieren der
599 Stadt und prägt maßgeblich das Vertrauen in die gesamte Berliner Verwaltung. Saubere
600 Grünflächen und intakte Spiel- und Sportplätze sind für uns kein Nice-to-have, sondern eine
601 essenzielle Daseinsvorsorge.

602 Als Verwaltung in den Kiezen und mit dem direkten Kontakt zu den Bürger*innen kennen die
603 Bezirksverwaltungen die Bedürfnisse vor Ort. Sie haben somit die Expertise, Entscheidungen
604 für das bezirkliche Zusammenleben in den Kiezen unter Berücksichtigung der Bürger*innen zu
605 treffen.

606 Starke und handlungsfähige Bezirke garantieren

607 Unser Ziel ist es, dass in den Bezirken gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben sind und
608 bei der Bereitstellung des bezirklichen Leistungsangebotes die bezirklichen Bedürfnisse
609 berücksichtigt werden.

610 Dafür wollen wir Grüne die Bezirke in der Umsetzung ihrer Durchführungsaufgaben sowie der
611 bezirklichen Steuerungsaufgaben stärken. Die Senatsverwaltungen sollen sich daher auf die
612 Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung konzentrieren. Bei der Umsetzung der
613 gesamtstädtischen Steuerung setzen wir auf ein lösungs- und zielorientiertes Miteinander
614 zwischen Senats- und Bezirksebene. Bei Entscheidungen auf gesamtstädtischer Ebene ist die
615 Expertise frühzeitig mit einzubeziehen. Damit die Bezirke ihre Interessen gegenüber dem
616 Senat effektiv durchsetzen können, wollen wir die Prozesse der Entscheidungsfindung
617 innerhalb des Bezirksamtes als Kollegialorgan optimieren und die Rolle der
618 Bezirksbürgermeister*innen dabei stärken ohne grundsätzlich die Ressortverantwortlichkeit
619 aufzuweichen.

620 Zugleich werden wir der im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffenen Einigungsstelle eine
621 zentrale Rolle im Abstimmungsprozess zwischen Landes- und Bezirksebene geben.

Wir wollen die Bezirke stärken, damit sie ihre Aufgaben zukunftsorientiert und servicefreundlich durchführen können und eine soziale, kulturelle und infrastrukturelle Daseinsvorsorge in allen Berliner Kiezen sichergestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das in der Berliner Verfassung verankerte Konnexitätsgesetz im Rahmen der Finanzierung der Bezirke etablieren. Das heißt, wir werden mit Blick auf Land und Bezirke das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ konsequent umsetzen. Zur Sicherung der zeitnahen Bearbeitung bürger*innennaher Dienstleistungen in den Bezirksämtern wollen wir das Konzept der Springer*innenpools (Flex:Units) ausbauen. Unser Ziel ist der Aufbau von zwei zentralen Flex:Units zur Entlastung temporärer Leistungsspitzen.

6.6. Sicheres Personal – Verwaltung zukunftsfähig ausstatten

Die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung sind der zentrale Erfolgsfaktor für eine funktionierende Daseinsvorsorge und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Um eine leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung zu erhalten, muss Berlin um die besten Köpfe und motivierte Beschäftigte werben.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und des sich wandelnden Arbeitsmarktes steht das Land Berlin als Arbeitgeber vor großen Herausforderungen bei der Personalgewinnung sowie Personalbindung. Aktuell ist die Berliner Verwaltung aber nicht gut auf diese Herausforderung vorbereitet: Stellenbesetzungsverfahren sind zu langwierig, eine zentrale, behörden- und ebenenübergreifende Personalplanung findet nicht statt und häufig sind die Bezirke bei der Personalrekrutierung strukturell im Nachteil. Wir Bündnisgrüne wollen das ändern.

Personalbedarf strategisch planen und Beschäftigte wertschätzen

Unser Ziel ist es, den durch die rot-grün-rote Regierung bis 2023 aufgebauten Personalbestand im Land Berlin zu stabilisieren. Dies wollen wir mit Hilfe einer strategischen Personalbedarfsplanung erreichen, die sich am konkreten Bedarf für die Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen ausrichtet.

Unser Ziel ist es, dass Berlin als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Dies wollen wir durch eine neue Kultur der Wertschätzung, Beteiligung und durch einen Ausbau der Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten erreichen. Hierzu ist es uns wichtig, kritisches Denken zu fördern und Ideen der Beschäftigten bei Entscheidungen mit einzubeziehen. Wir werden die behördlichen Frauenvertreterinnen stärken, indem wir eine Hauptfrauenvertretung analog dem Hauptpersonalrat einrichten. Neben einer wertschätzenden Anerkennung der Leistungen der Beschäftigten steht für uns eine moderne und digitale Arbeitsausstattung im Mittelpunkt.

Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unser Ziel ist es, die Vielfältigkeit auch in der Belegschaft der Berliner Verwaltung abzubilden. Wir verstehen Mehrsprachigkeit als Gewinn, auch in der Verwaltung. Um hier besser voranzukommen, werden wir sprachliche Zugangshürden im Einstellungsprozess senken. Die Verwaltung kann dann die Probezeit zum Ausbau von Deutschkenntnissen nutzen, indem sie ihren Mitarbeiter*innen die Teilnahme an berufsbezogenen Sprachkursen wie dem Job-BSK anbietet oder entsprechend eigene verwaltungsbezogene Sprachkurse entwickelt. Wir Grüne erkennen die verschiedenen Lebensrealitäten der Beschäftigten des Landes Berlin an und wollen sie bei der Entwicklung neuer Arbeitsmodelle berücksichtigen. Unser Ziel ist es, eine stärkere Flexibilisierung

666 durch mobiles Arbeiten, Job-Sharing und Führen in Teilzeit zu ermöglichen. Bei der Umsetzung
 667 neuer Arbeitsmodelle ist für uns zentral, dass dies auf freiwilliger Basis und unter
 668 Einbeziehung der Personalvertretung erfolgt. Die Möglichkeit des Quereinstiegs in die
 669 Berliner Verwaltung wollen wir verstärkt durch zielgerichtete Onboarding- und
 670 Weiterbildungsangebote erleichtern.

671 Die Beschäftigten der Bezirke, des Landes und der Landesämter halten Berlin am Laufen.
 672 Gewaltsame Übergriffe und Beleidigungen sind für uns daher absolut inakzeptabel. Daher
 673 fördern wir Maßnahmen zur Gewaltprävention und Unterstützung von Gewaltbetroffenen sowie
 674 eine Wechseljahres-Strategie für die Beschäftigten.

675 Das Landesverwaltungsamt wollen wir zum zentralen Personaldienstleister für die gesamte
 676 Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Dadurch sollen Verfahren im gesamten Personalbereich
 677 effizienter ausgestaltet werden. Strukturelle Benachteiligungen bei der Personalgewinnung
 678 und bei der Personalbindung in den Bezirken wollen wir abbauen. Die diskriminierende Praxis
 679 der Nichtverbeamtung aufgrund des Gewichts werden wir beenden.

680 Nachwuchs für die Verwaltung gewinnen

681 Unser Ziel, mehr junge Menschen für eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst zu
 682 gewinnen, wollen wir durch eine Ausbildungsoffensive erreichen. Sowohl die duale Ausbildung,
 683 duale Studiengänge als auch Trainee-Programme sehen wir als gleichwertige Säulen der
 684 Nachwuchsförderung an. Diese wollen wir gezielt ausbauen und zukunftsfähig gestalten. Auch
 685 die Möglichkeiten der Etablierung des Beschäftigtenwohnens wollen wir in Angriff nehmen.

686 Wichtig ist uns dabei, gezielt Entwicklungsmöglichkeiten und Karrierewege in der
 687 öffentlichen Verwaltung aufzuzeigen. Dazu werden wir die Berufsorientierung auf
 688 verschiedenen Ebenen stärken und die Möglichkeit von Schulpraktika ausbauen.

689 6.7. Digitale Verwaltung – modern, zugänglich und 690 sicher

691 Berlin ist eine Metropole mit vielen digitalen Start-ups und Innovationen. Die Berliner
 692 Verwaltung hat bei der Digitalisierung allerdings noch Aufholbedarf. Wir Bündnisgrüne wollen
 693 eine Verwaltung, deren digitale Dienstleistungen für alle funktionieren. Digitalisierung der
 694 Verwaltung muss sich am Menschen orientieren, sollte resilient, nachhaltig,
 695 diskriminierungsfrei und sicher sein. Um dies voranzubringen, sind Räume notwendig, in denen
 696 Mitarbeitende innovative und kreative Ansätze verfolgen können. Auch möchten wir die
 697 bestehenden Mitarbeitenden in den Verwaltungen besser fort- und weiterbilden; insbesondere
 698 in Digitalthemen, sowohl mit Blick auf Grundkenntnisse als auch hinsichtlich
 699 fortgeschrittener technischer Kenntnisse. Es braucht eine offene Fehlerkultur, mehr
 700 Möglichkeiten des kollaborativen Arbeitens und eine lernfähige Verwaltung. Wir wollen eine
 701 konsequent nutzendensorientierte Verwaltung etablieren, in der klare Zuständigkeiten
 702 existieren, damit das „Behörden-Pingpong“ der Vergangenheit angehört. Zukünftig werden immer
 703 weniger Mitarbeitende für immer mehr Aufgaben zur Verfügung stehen. Deshalb muss auf die
 704 Verwaltungsreform konsequent die Modernisierung von Prozessen und deren Digitalisierung
 705 folgen, ohne die Verwaltung dabei von Tech-Unternehmen abhängig zu machen, denen Profit
 706 wichtiger ist als Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

707 Digitale Services an den Menschen orientieren

708 Wir Grüne wollen, dass jeder Kontakt mit Behörden ohne stressige Terminvergabe,
709 Warteschlangen oder Formularchaos funktioniert. Dass City-WLAN, Transparenz- und Datenportal
710 sowie eine Berlin-App mit allen Dienstleistungen der Berliner Verwaltung und Informationen
711 aus der Nachbarschaft ein selbstverständlicher Teil des Berliner Alltags sind. Berlin
712 braucht eine digitale Verwaltung, die unabhängig, sicher und resilient ist. Wir wollen, dass
713 Daten und Lizenzen in öffentlicher Hand liegen und alle Systeme die Prinzipien „Privacy by
714 Design“ und „Security by Design“ verfolgen. Um eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung zu
715 ermöglichen, richten wir einen Digitalrat als unabhängiges, paritätisch besetztes
716 Expert*innengremium ein mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung,
717 Wirtschaft und der Tech-Community, der den Senat berät.

718 Wir schaffen Services, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Unser Ziel ist
719 ein digitales Bürger*innenamt mit Videoberatung, Einfacher Sprache, digitalen Assistenzen,
720 barrierefreier mobiler Nutzung und Echtzeit-Statusanzeigen für Anträge. Das Service-Portal
721 wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug, Geburt oder Pflegebedarf
722 –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu orientieren. Ein wichtiges
723 Prinzip für die Umsetzung ist die Nachnutzung von Lösungen aus anderen Bundesländern, dem
724 Bund oder von der EU bevor Berlin selbst Software entwickeln oder anpassen lässt. Zudem soll
725 jede neue und bestehende Leistung systematisch auf ihr Automatisierungspotenzial geprüft
726 werden. Gemeinsam mit dem CityLAB Berlin entwickeln wir erprobte Projekte zu stadtweiten
727 Lösungen weiter. Parallel dazu schaffen wir niedrigschwellige Unterstützungsangebote vor
728 Ort: in Stadtteilzentren, Pflegestützpunkten, mobilen Bürger*innenämtern und durch direkte
729 Unterstützung bei der Antragstellung.

730 Verwaltungsdigitalisierung erfolgreich umsetzen

731 Wir wollen das Digitalgesetz für Berlin vollenden. Damit schaffen wir die Grundlage für die
732 weitere Digitalisierung der Berliner Verwaltung. Dabei setzen wir auf verbindliche Standards
733 für die digitale Barrierefreiheit, den Vorrang von Open Source, digitale Souveränität und
734 die proaktive Bereitstellung öffentlicher Daten (Open Data). Es muss gelten: Public Money,
735 Public Code. Aufträge zur Softwareentwicklung werden wir deshalb nur noch für Open Source-
736 Projekte vergeben. Wir verankern ein Recht auf digitale Kommunikation mit der Verwaltung und
737 überführen das Onlinezugangsgesetz (OZG) in Berliner Landesrecht. Neu eingeführt wird ein
738 „digitales Konnexitätsprinzip“, um sicherzustellen, dass auch bei der Zuweisung digitaler
739 Aufgaben derjenige zahlt, die bestellt. Gemäß dem Prinzip „Once Only“ entwickeln wir
740 digitale Verwaltungsleistungen weiter, wo es möglich und sinnvoll ist. Dazu braucht es auch
741 eine intensivere Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern, um bestehende IT-
742 Lösungen ausschöpfen oder gemeinsam neue IT-Lösungen entwickeln zu können.

743 Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung bietet einiges Potenzial. Er kann
744 Prozesse effizienter und schneller machen und alltägliche Arbeitsabläufe vereinfachen.
745 Gleichzeitig birgt Künstliche Intelligenz erhebliche Risiken, insbesondere was strukturelle
746 Diskriminierung angeht. Deshalb werden wir den Einsatz von künstlicher Intelligenz auf eine
747 rechtliche Grundlage stellen, die gegen Risiken Vorsorge trägt, Funktionsgrenzen der KI
748 berücksichtigt und datenschutzrechtliche Grundsätze wahrt. Am Ende ist für uns klar, dass
749 Entscheidungen für Menschen immer von Menschen getroffen werden müssen.

750
751 Digitale Souveränität für die digitale Freiheit der Berliner*innen Digitale Souveränität bei
752 Anwendungen künstlicher Intelligenz zu schaffen ist nicht nur eine technologische, sondern
753 vor allem eine gesellschafts- und demokratiepolitische Herausforderung. Deutschlands und

754 Europas Abhängigkeit von US- und chinesischen Technologiekonzernen gefährdet unsere
755 Handlungsfähigkeit. Nur durch den konsequenten Aufbau europäischer Cloud-, KI- und
756 Digitalinfrastrukturen, klare Souveränitätskriterien in der Beschaffung sowie staatliche
757 Förderung offener, sicherer und interoperabler Lösungen kann diese Abhängigkeit überwunden
758 und unsere Demokratie geschützt werden. Dabei bevorzugen wir KI-Systeme aus Deutschland oder
759 Europa, am besten Open-Source, um Abhängigkeiten von großen Tech-Konzernen zu verringern und
760 Transparenz zu schaffen.

761 Zur Stärkung einer souveränen IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand werden wir das IT-
762 Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) zu einem landeseigenen Plattformanbieter
763 ausbauen. Die Steuerung des IT- Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ) soll hinsichtlich
764 klarer Verantwortlichkeiten, eigener Expertise im Bereich Projektmanagement und der
765 technischen Projektumsetzung gestärkt werden. Open-Source-Lösungen mit offenen
766 Schnittstellen und transparentem Quellcode haben Vorrang vor proprietären Angeboten.
767 „Privacy by Design“ und „Security by Design“ gelten bei jeder Softwareentwicklung:
768 Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, lokale Datenhaltung und barrierefreie
769 Nutzbarkeit sind verbindlich. Zugriffe auf personenbezogene Daten werden dokumentiert und
770 sind für Betroffene einsehbar, um vor Missbrauch zu schützen. Geprüft werden digitale
771 Durchführbarkeit, Barrierefreiheit, Verständlichkeit und Nutzendenorientierung. Dabei setzen
772 wir auf Co-Creation verschiedener Fachressorts, IT-Expert*innen, Zivilgesellschaft und
773 Nutzende.

774 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 6)

775 Katastrophenschutz modernisieren – ressortübergreifende
776 Resilienzstrategie entwickeln

777 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin im Krisenfall vorbereitet ist. Dafür braucht es
778 umfassende Risikoanalysen und Katastrophenschutzpläne in allen Bereichen mit klaren
779 Verantwortlichkeiten und einer Vernetzung zwischen den Akteur*innen. Wir werden dazu eine
780 ressortübergreifende Resilienzstrategie entwickeln, die zentral koordiniert wird. Neben der
781 klassischen Krisenbewältigung werden dabei auch Strategien implementiert, die Vorsorge für
782 aufkommende Krisen betreiben und Anpassungen an veränderte Lagen vornehmen, insbesondere
783 auch Maßnahmen der Klimaanpassung. Darüber hinaus werden wir das Katastrophenschutzgesetz
784 überarbeiten, sowie ein gesetzliches Notfallregister einführen, um im Ernstfall Hilfe und
785 Unterstützung besser koordinieren zu können. Wir werden die Menschen in unserer Stadt
786 außerdem dabei unterstützen, im Krisenfall Selbsthilfe leisten zu können. Für die
787 Vermittlung von Krisenkompetenzen wollen wir einen Berlin-Leitfaden für alle Haushalte
788 entwickeln, ein Katastrophenschutz-Lernzentrum schaffen und Erste-Hilfe-Kurse an Schulen
789 verankern. Die Katastrophenschutzleuchttürme werden wir angemessen ausstatten und
790 konzeptionell als Notanlaufpunkte für die Bevölkerung ausgestalten. Wer heute in Resilienz
791 investiert, schützt morgen Menschenleben und unsere Infrastruktur.

792 Opfer von Straftaten unterstützen – ein Landesopferschutzgesetz für
793 Berlin

794 Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein Landesopferschutzgesetz (Gesetz zur Unterstützung
795 Betroffener von Straftaten – UBSG) ein, das Betroffenen von Straftaten einen Rechtsanspruch
796 auf Unterstützung gibt. Es schreibt einen proaktiven Ansatz fest, verankert Prävention und
797 Täter*innenarbeit gesetzlich und sichert die dauerhafte Finanzierung der Berliner

798 Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen ab. Zugleich schafft es eine Rechtsgrundlage
799 für die schnelle, aber auch sichere Weitergabe von personenbezogenen Daten, damit Betroffene
800 ein passgenaues Unterstützungsangebot erhalten.

801 Ein digitales Bürger*innenamt für Berlin

802 Unser Ziel ist die Einrichtung eines digitalen Bürger*innenamts für Berlin. Es wird
803 Verwaltungsdienstleistungen mittels Videoberatung und digitaler Assistenzen anbieten. Eine
804 barrierefreie mobile Nutzung und die Verwendung Einfacher Sprache sollen dabei
805 sichergestellt sein. So ermöglichen wir einen zügigen und unkomplizierten Zugang für alle
806 Menschen. Außerdem wird es Statusanzeigen für Anträge in Echtzeit geben, damit die
807 Bürger*innen jederzeit über den Bearbeitungsstand informiert sind und besser planen können.
808 Das ServicePortal Berlin wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug,
809 Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu
810 orientieren.